# WEG UND ZIEL

3/1998

Marxistische Zeitschrift



56. Jahrgang 50 Schilling ISSN 0043/2024

# UMVERTEILUNG

**Zeitschrift Marxistische Erneuerung**

**9. Jahrgang, Nr. 34, Juni 1998,** 258 Seiten

Höhme – Asienkrise und Wirtschaftsentwicklung

**Staatsverschuldung / "Schlanker Staat"**

Steinitz – Staatsverschuldung / Dähne – Arbeitslosigkeit und öffentliche Armut / Bischoff – Inflation der Schuldpapiere / Luft – Öffentliches Eigentum / Nick - Gemeineigentum heute / Böttcher/Lieberam – Der „schlanke Staat" / Felder - Strategien der Verwaltungsmodernisierung / Köppe - Neoliberale Steuerpolitik

**1848 - Marx - 150 Jahre Manifest (II)**

Bleiber – 48er-Rezeption in DDR und BRD / Krätke – Marx' Politische Ökonomie (II) / Strutynski – Vordenker der Globalisierung / Veranstaltungen „150 Jahre Kommunistisches Manifest" in Wuppertal, Berlin, Frankfurt/M

**Weitere Berichte:** Russische Revolution 1917 / Werner Hofmann / Rechte an den Hochschulen / Globalisierung

**Diskussionen, Kritik, Zuschriften**
Peter zu Seppmann, Jacobs zu Sève

**und Rezensionen / Annotationen**
Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 54,-; Auslandsabo 60,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt / M., Tel. 069 / 7392934



**Die**

**WEG UND ZIEL**

**Redaktion hat bis September Sommerpause!**



# Achtung!

## Neue Adresse des Vertriebs:

**(Abo- und Heftbestellungen, Kontakt für alle vertrieblichen Angelegenheiten)**

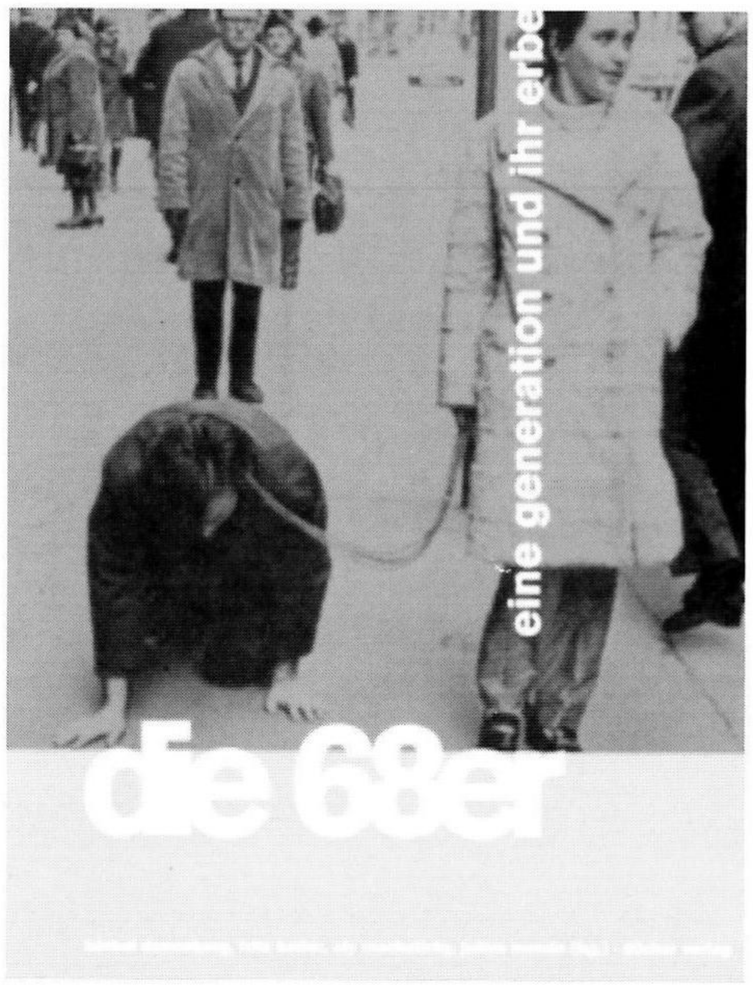
**Kemmerling Zöchling & Partner**
**Medien- und Informationsdienste KEG**

**Schottengasse 3a/1/4/59**
**1010 Wien**

**Telefon ++43-1/535 11 06**
**Telefax ++43-1/532 74 16**

Wir bitten darum, ab sofort alle Bestellungen, Stornos, Adreßänderungen bitte ausschließlich schriftlich (faxlich) an diese Adresse zu richten.
Wir bitten unsere geschätzten Leserinnen und Leser generell darum, uns Adreßänderungen rechtzeitig mitzuteilen, um Lieferunterbrechungen zu vermeiden!






Bärbel Danneberg
Aly Machalitcky
Fritz Keller
Julius Mende (Hg.)

## Die 68er
### Eine Generation und ihr Erbe

392 Seiten, 80 Abb.,
Hartband mit Umschlag
394 Schilling, 54 DM.

Mit dem Fall der Berliner Mauer gerieten die 68er endgültig in Verruf: Sie hätten dem Kapitalismus zu wenig Widerstand entgegengebracht, kritisieren die einen.
Sie trügen die Verantwortung für den Werteverfall der Jugend, sagen die anderen. Manche sehen in den 68ern gar die Wegbereiter der Neuen Rechten. Scharfzüngig fragen die HerausgeberInnen zurück, wie dies die 68er wohl in so kurzer Zeit geschafft hätten. Dreißig Jahre nach dem ersten Aufbegehren der Studenten- und Frauenbewegung zieht dieses Buch Bilanz.

WEG UND ZIEL
Marxistische Zeitschrift

**Medieninhaber und Herausgeber:**
Kommunistische
Partei Österreichs,
1040 Wien, Weyringerg. 33
**Redaktionsadresse:**
Weyringergasse 35/DG, 1040
Wien, Fax.: ++43/1/503 66 38
**Redaktionskomitee:**
Dr. Winfried Garscha
Dr. Lutz Holzinger
Melina Klaus
Mag. Julius Mende
Dr. Martin Potschka
Dr. Wolfgang Priglinger
Helmut Rizy
Dr. E. San Juan Jr. (Korrespondierendes Mitglied, USA)
**Redaktionskoordination:**
Dr. Maria Wölflingseder
**Verwaltung und Vertrieb:**
Kemmerling Zöchling & Partner
Schottengasse 3a/1/4/59,
1010 Wien
Telefon ++43-1/535 11 06
Telefax ++43-1/532 74 16

**Bestellungen, Stornos, Änderungen bitte ausschließlich schriftlich (faxlich)!**
**Layout:**
Matthäus Zinner
**Herstellung:**
Resch & Vana
Lichtgasse 10, 1150 Wien
**Erscheinungsweise:**
fünfmal jährlich
**Abonnement-Preise:**
5 Hefte 250,– S / 45,– DM

Wenn nicht anders angegeben, leben und arbeiten die Autorinnen und Autoren in Wien.

**Die nächste Nummer**
erscheint im
**Oktober 1998**
Themenschwerpunkt:
**Haider und die Freiheitlichen**

# Inhalt

Nr. 3, Juli 1998, 56. Jahrgang

THEMA: UNVERTEILUNG

Emmerich TALOS: Armut im Sozialstaat . . . . . 2
Melina KLAUS: Arbeit und Wohlstand für alle? –
Das zu Verteidigende ist unzureichend . . . . . 11
Erich RIBOLITS: „Wohlversorgtheit“
nicht „Arbeit für alle“ heißt das Ziel! . . . . . 14
Josef SCHMEE: Einige grundlegende Anmerkungen
zur politischen Ökonomie des Steuerstaates . . . . . 17
Ernst LOHOFF: Thesen zur Dialektik von Mangel
und Überfluß . . . . . 22
Franz SCHANDL: Dispositionen sozialer Emanzipation –
Bruchstücke zur Neuorientierung der Sozialpolitik . . . . . 27
Lutz HOLZINGER: Die Zukunft bleibt das einzige Ziel –
Zur sozialpolitischen Entwicklung des Kapitalismus
am Ende des 20. Jahrhunderts . . . . . 32

ANTISEMITISMUS

Winfried R. GARSCHA: Wie man linkem
Antisemitismus nicht beikommt . . . . . 35
Kurt PÄTZOLD: Zu vergangenen und aktuellen
Streitfragen über das theoretische Verständnis
des Faschismus . . . . . 38
Stephan GANGLBAUER: Auschwitz ist vor allem
eine Tatsache . . . . . 43
John BUNZL: 1948 und die Folgen . . . . . 47

REALER SOZIALISMUS IN DISKUSSION

Hans-Heinrich NOLTE: Zivile Gesellschaft, Partei und
Militär in der Endphase der Sowjetunion . . . . . 49
Peter RÖMER: Das Ende des Sozialismus und der
Sieg des Kapitalismus – Eine Antwort und viele Fragen . . . . . 57

MARXISMUS IN DISKUSSION

Michael HOLLESCHOWSKY: „Helfen statt reden!“? . . . . . 62
Franz Stephan PARTEDER: Mit RAF und Engels . . . . . 64

# Armut im Sozialstaat*

*Emmerich TALOS*

## Vorbemerkung

Lange Zeit wurden mit Armut Bilder der materiellen und sozialen Verelendung aus früheren Entwicklungsphasen (z.B. zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 30er Jahre) assoziiert. War in den letzten Jahrzehnten von aktueller Armut die Rede, dann waren damit meist die äußerst prekären Lebensbedingungen vieler Menschen in Entwicklungsländern – wie in Afrika, Südamerika oder in süd- und fernöstlichen Ländern – gemeint. Armut hatte, so auch die in Österreich verbreitete Meinung, wenig mit jenen Ländern zu tun, die nach dem Zweiten Weltkrieg beispielsweise in Westeuropa eine ausnehmend positive Entwicklungsdynamik in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht erlebten. Bestehende Armutsgefährdungen waren damit überdeckt und zugedeckt worden.

Das heißt nicht, daß das Thema Armut vollends von der Agenda politischer Wahrnehmung und sozialwissenschaftlicher Analyse verschwunden war. Für die Bundesrepublik lassen sich für die Zeit seit 1945 mehrere Phasen in der Thematisierung der Armutsproblematik mit durchaus differierenden Bildern identifizieren, wobei für die 70er Jahre eine Zäsur mit der Debatte über „Neue Armut" konstatierbar ist. Aufmerksamkeit wurde dem Thema auch in Österreich während der 70er Jahre zuteil: Eine Reihe von thematisch einschlägigen Studien wurde mit Blick vor allem auf materielle Erscheinungsformen, die davon betroffenen sozialen Gruppen, die Ursachen sowie Lücken von Sozialeinrichtungen durchgeführt.

Die sozialdemokratische Regierung veranstaltete 1978 eine Enquete zum Thema „Kampf gegen die Armut in Österreich". Auch die bekannte Studie von Schneidewind untermauert, daß die weitaus überwiegende Mehrheit der ÖsterreicherInnen (85 Prozent) sich der Tatsache bewußt ist, „daß es auch heute noch bei uns ‚so etwas wie Armut' gibt" (1985, 163). Das Phänomen selbst wurde damals allerdings sehr eng interpretiert: „Wirklich anerkannt als Merkmal der Armut ist nach wie vor nur die Tatsache ‚nichts Ordentliches' zu essen zu haben (wie z.B. ‚nur Kartoffeln') oder ‚betteln zu müssen' (jeweils über drei Viertel zustimmender Antworten)."

Seit einigen Jahren zeichnet sich ein Wandel ab: Armut ist selbst in reichen Gesellschaften wie z.B. der Bundesrepublik Deutschland, Schweiz oder Österreich wieder zu einem breiter rezipierten Thema geworden – ablesbar an einer beträchtlichen Fülle wissenschaftlicher Analysen, an politischen Stellungnahmen und Medienberichten. Zur aktuellen öffentlichen Thematisierung in Österreich haben vor allem auch die 1995 und 1997 veranstalteten Armutskonferenzen, institutionell getragen von einem „Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung", einen wesentlichen Beitrag geleistet. Ungeachtet dessen gilt wohl für Österreich noch mehr, was Müller/Otto für die Debatte der Armutsproblematik in Deutschland konstatieren: „Sie ist indes trotz aller öffentlichen Aufmerksamkeit im wesentlichen eine Fachdebatte geblieben (...)."

Armut ist wenig sichtbar, aber nichtsdestoweniger präsent: In anderen, differenzierten und vielfältigeren Formen als es die lange Zeit verbreiteten Bilder signalisierten. Sie bedeutet in reichen Ländern wie Österreich nicht absolute physische und soziale Verelendung, „d.h. eine Armut, bei der die physische Existenz und Überlebensfähigkeit des Menschen in Frage gestellt ist" (Hanesch, Serries, Leu u.a.). Armut bedeutet hier in jedem Fall in Relation zum gegenwärtig verbreiteten materiellen und sozialen Standard Unterversorgung bzw. beträchtlich eingeschränkte materielle und soziale Teilhabechancen.

Armut ist heute auch häufig zeitlich begrenzt. Neu ist das Phänomen „Armut" nicht, auch wenn spezifische aktuelle Facetten im Begriff „neue Armut" gefaßt werden. Nicht, daß es in den „goldenen Nachkriegsjahrzehnten" keine Armutsgefährdungen gegeben hätte und hat. Das in jüngster Zeit wieder mehr wahrgenommene und thematisierte Phänomen Armut steht m.E. in engem Zusammenhang mit Erosionstendenzen bei jenen „Instanzen", die lange Zeit zentral zur Sicherung von Teilhabechancen in unserer Gesellschaft beigetragen haben: Erwerbsarbeit, Sozialstaat, Ehe und Familie.

In den folgenden Ausführungen geht es in einem ersten Punkt darum, die Entwicklung dieser „Instanzen" in den Nachkriegsjahrzehnten zu skizzieren. Zweitens möchte ich jene, auf diesen Ebenen bereits strukturell angelegten Probleme verdeutlichen – Probleme der Unterversorgung, der Beschränkung von Teilhabechancen, die heute im Unterschied zur vorausgehenden Entwicklung offenkundiger geworden sind. Drittens werde ich neben jüngsten Forschungen über Armut und Verarmungsrisken (in Nachbarländern wie Deutschland und Schweiz sowie auf EU-Ebene) die Ergebnisse österreichischer Studien darstellen. Viertens werden – im Wissen darum, daß es für komplexe Phänomene/Probleme wie Armut nicht die Lösung gibt – in Anlehnung an den aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskurs Maßnahmenschritte, die gesellschaftlichen Ausgrenzungs- und Spaltungstendenzen gegenzusteuern vermögen, zusammengefaßt.

## 1. Zentrale Instanzen der Sicherung von Teilhabechancen in den Nachkriegsjahrzehnten

### 1.1. Erwerbsarbeit

Ein Kennzeichen der Entwicklung in den Nachkriegsjahrzehnten war im Bereich der Erwerbsarbeit die Verschiebung zwischen den Sektoren, vor allem aber auf Ebene der berufstätigen Gruppen: die Verschiebung aus dem Bereich der Land- und Forstwirtschaft hin zum Industrie- und Dienstleistungsbereich; die Abnahme der Selbständigen und die Ausweitung der Zahl von Unselbständigen. Der Arbeitsmarkt wurde damit für zunehmend mehr Menschen in Österreich zur Zuweisungsinstanz von Teilhabechancen in Form der Sicherung von Ein-

---

* Der vorliegende Text ist zuerst in der »Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft« Nr. 4/1997 erschienen. Beim Nachdruck wurde auf den umfangreichen Anmerkungsapparat (Literaturliste und Verweise) verzichtet.

*Georg Emanuel Opitz, Der Salamihändler und der Briefträger, 1825 bis 1830.*

kommen, sozialer Integration und als Zugangstor zu staatlich geregelter sozialer Sicherung. Die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen stieg von 2,16 Millionen im Jahr 1951 auf 3,12 Millionen im Jahr 1991.

Die 50er und 60er Jahre sind gekennzeichnet durch Einkommenszuwächse und die Erweiterung von Konsummöglichkeiten: „Der private Konsum pro Einwohner (real) und das reale pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer haben sich (...) seit 1956 (...) verdreifacht, wobei der stärkste Zuwachs des Einkommens in der Periode bis 1979 stattfand. (...) Diese Entwicklung bedeutete für die österreichische Bevölkerung einen bislang unbekannten Zuwachs an materiellem Wohlstand und an ökonomischer Sicherheit (...). Freilich ist zum Wohlstandswachstum der Nachkriegszeit zu sagen, daß der gestiegene gesellschaftliche Reichtum genauso ungleich verteilt blieb: An den Einkommensrelationen zwischen Vermögenden oder Spitzenverdienern und den übrigen Unselbständigen, sowie zwischen den Geschlechtern hat sich in den letzten 40 Jahren nichts Wesentliches geändert“ (Karazman-Morawetz). Verschiebungen sind im Konsumverhalten während der Nachkriegsjahrzehnte konstatierbar: vom unmittelbar Lebensnotwendigen zu dauerhaften Konsumgütern wie Kühlschrank, Waschmaschine, Fernsehapparat.

### 1.2. Sozialstaat und sozialstaatliche Sicherungssysteme

In den westeuropäischen Staaten mit kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnung und rechtsstaatlich-parlamentarischem politischem System gelten die Nachkriegsjahrzehnte sozialwissenschaftlich betrachtet als das „goldene Zeitalter des Wohlfahrtsstaates“. Konsens gibt es darüber, daß diese Expansion wesentlich mit der außerordentlich günstigen Wirtschaftsentwicklung und den begünstigenden politischen Bedingungen in Zusammenhang steht. Dieser generell für westeuropäische Staaten konstatierbare Trend gilt auch für Österreich.

Der Ausbau erfolgte auf Basis zentraler Gestaltungsprinzipien, die den engen Zusammenhang zwischen sozialer Sicherung und Erwerbsarbeit deutlich machen. Als erstes zentrales Gestaltungsprinzip ist die Anbindung sozialer Sicherung an Erwerbsarbeit zu betonen. Dieses Prinzip ist in Österreich ebenso wie in der BRD mit geringfügigen Modifikationen aufrecht erhalten worden – im Unterschied zu Ländern wie Großbritannien, Schweden oder den Niederlanden, die ihre sozialstaatlichen Systeme mit Zielrichtung Staatsbürgerversorgung weiterentwickelten. Die Aufbringung der finanziellen Mittel steht in Österreich mit der Erwerbsarbeitsorientierung der sozialen Sicherung in engem Zusammenhang: Beiträge der Versicherten und ihrer Arbeitgeber (als Teil der Lohnkosten) bilden den Hauptbestandteil. Weitere Einnahmenquellen stellen Beiträge aus öffentlichen Mitteln (in erster Linie im Bereich der Pensionsversicherung) und Kostenbeteiligungen der Versicherten (in der Krankenversicherung) dar.

Ein zweites Gestaltungsprinzip ist die Äquivalenzrelation zwischen Beitragsleistung und Höhe der finanziellen Sozialversicherungsleistungen. Anders gesagt: die sozio-ökonomische Statussicherung auf ungleichem Niveau. Mit der Erwerbsarbeitsorientierung korreliert die Annahme, daß der Höhe und Dauer der Beitragsleistung der Erwerbstätigen auch die Höhe der Geldleistungen entsprechen sollte. Anders ausgedrückt: das System finanzieller (nicht der Sach-) Leistungen der Sozialversicherung reproduziert die Einkommensungleichheiten und die unterschiedliche Dauer der Erwerbsarbeitsbiographien und damit insbesondere die geschlechtsspezifische ökonomische und soziale Ungleichheit. Ein zentrales Ziel der Sozialversicherungsleistungen ist die Kompensation des Entfalls von Erwerbseinkommen im Fall von Krankheit, Unfall, Erwerbslosigkeit und Alter.

Nicht zuletzt sei das Prinzip der Subsidiarität staatlicher Hilfe angeführt: Staatliche Hilfeleistung im Fall individueller Notlage, die im Rahmen der Sozialhilfe der Länder und Gemeinden organisiert ist, sollte nur dann in Anspruch genommen werden können, wenn für die Hilfesuchenden alle anderen Möglichkeiten der Sicherung des Unterhalts (Einsatz der eigenen Arbeitskraft, eigene oder familiäre materielle Ressourcen) nicht bzw. nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Nachrangigkeit gilt auch für Leistungen wie Notstandshilfe (in der Arbeitslosenversicherung) und Ausgleichszulage (in der Pensionsversicherung).

„Goldenes Zeitalter des Wohlfahrtsstaates“ heißt insbesondere die Ausweitung sozialstaatlicher Sicherungssysteme in personeller und sachlicher Hinsicht. Die Ausweitung des Versichertenkreises ist in den Nachkriegsjahrzehnten vor allem auf die Ausdehnung der Pflichtversicherung in allen Sozialversicherungsbereichen zurückzuführen. Im Unterschied zu Ländern wie Großbritannien oder Schweden folgte diese Ausweitung in erster Linie der grundlegenden Orientierung der österreichischen Sozialversicherung an Erwerbstätigen: Die in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen wurden ebenso wie die Bauern und freiberuflich Selbständigen in einem sukzessiven Prozeß von den 50er bis in die 70er Jahre in die Versicherungszweige Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung einbezogen. Zugleich mit der Ausweitung der Direktversicherten stieg die Zahl der in der Sozialversicherung Mitversicherten (Familienangehörige ohne eigenständigen Versicherungsschutz, anspruchsberechtigte Hinterbliebene). Durch die Einbeziehung von Familienangehörigen, von PensionsbezieherInnen, von Arbeitslosen und BezieherInnen von Sozialhilfeleistungen erreicht die Krankenversicherung (im Sachleistungsbereich) das Niveau einer Volksversicherung. Betrug der Anteil der geschützten Personen an der Bevölkerung 1946 ca. 66 Prozent, so 1980 bereits 96 Prozent. Heute sind es ca. 99 Prozent.

Als Beispiel für Veränderungen im Hinblick auf den Leistungsbereich sei erwähnt, daß die Leistungen an die wirtschaftliche Entwicklung angepaßt (z.B. Rentenanpassung), die Richtsätze der Ausgleichszulage angehoben, die Höchstdauer des Anspruches auf Krankengeld verlängert, Innovationen wie Gesundenuntersuchungen und Jugenduntersuchungen realisiert wurden. Der Ausbau in personeller und sachlicher Hinsicht hatte zusammen mit demographischen Faktoren wie zunehmender Lebenserwartung und Verschiebung in der Altersstruktur zur Konsequenz, daß die Sozialausgaben einen beträchtlichen Anstieg verzeichneten. Exemplarisch aufgezeigt: Die Sozialausgaben insgesamt betrugen im Jahr 1955 ca. 17 Milliarden Schilling (das sind 16 Prozent vom BIP), im Jahr 1993 waren es ca. 617 Milliarden Schilling (d.h. 29 Prozent vom BIP).

Der Neuordnung der Fürsorgepolitik in den 70er Jahren in Form von Ländersozialhilfegesetzen lag ein weitreichendes Verständnis sozialer Sicherung zugrunde: die Sicherung eines Existenzminimums in einem breiteren Sinne betreffend materielle und kultu-

relle Bedürfnisse. Neben dem traditionellen Aspekt der Sicherung eines materiellen Existenzminimums sollte die Sozialhilfe auch auf bisher nicht berücksichtigte soziale Problemlagen Bezug nehmen. Konkreten Niederschlag findet dieses Verständnis in Leistungen wie der Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes, der Hilfe in besonderen Lebenslagen sowie in der Gewährleistung sozialer Dienste, die alten, kranken oder behinderten Menschen eine selbständige Lebensführung ermöglichen sollen.

Nicht zuletzt sei auch auf sozialstaatlich gewährleistete familienbezogene Leistungen verwiesen. Dazu zählt die Ausweitung der Familienversicherung, die Regelung der Witwenpension und Waisenunterstützung, das Karenzurlaubsgeld, Transferleistungen wie die Familienbeihilfe (eingeführt 1949 als Kinderbeihilfe), die Einführung der Schulfreifahrt und der (lange Zeit auch) unentgeltliche Bezug von Schulbüchern.

### 1.3. Familie und Ehe

Neben dem Markt (= Erwerbsarbeit), dem Staat (= Sozialstaat) bilden Familie und Ehe weitere „Netze" zur Sicherung von Teilhabechancen: ökonomisch, sozial und emotional. Einen zentralen Stellenwert für die soziale Absicherung von Frauen spielen die Unterhaltsleistungen durch den (Ehe-)Partner. Dieses so geknüpfte Netz spiegelt die traditionelle Teilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern: der materielle Unterhalt resultierte aus vornehmlich von Männern ausgeübter (außerhäuslicher) Erwerbsarbeit, die innerfamiliale Betreuungsarbeit wurde (annähernd) ausschließlich durch Frauen geleistet, mit all den für sie daraus resultierenden negativen Konsequenzen im Hinblick auf die Integration in Erwerbsarbeit, die generelle Abwertung ihrer Arbeit, niedrige Einkommen, wenn überhaupt eigenständige, dann durchwegs geringe Sozialleistungen.

Der Zusammenhang zwischen Erwerbs- und familiärer Arbeit schlug im Laufe der Entwicklung auch sozialstaatlich zu Buche. Es wurden abgeleitete Ansprüche eingeführt, die in engem Zusammenhang mit der wechselseitigen Unterhaltsverpflichtung im Familienverband stehen. Beispiel dafür: der Familienzuschlag für BezieherInnen von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Sozialhilfe. Es wurden darüber hinaus Leistungen eingeführt, die eine spezifische Partnerschaftsform honorierten und zugleich die familiale Unterhaltspflicht spiegelten: die Witwenpension. Die Ehe wurde damit für einen großen Teil von Frauen zum „Zugangskanal" zum System materieller Sicherung im Alter: ein abgeleiteter Anspruch zwar, aber eine enorm wichtige Basis zumindest für jene Frauen, die keinen eigenständigen Anspruch über Erwerbsarbeit erworben haben bzw. erwerben konnten. In den letzten Jahren traf dies auf jede vierte Frau im Alter von 60 Jahren und darüber zu. Allerdings kann Ehe für bestimmte Leistungen (z.B. Notstandshilfe, Ausgleichszulage) wegen der Anrechnung von Partnereinkommen auch den Ausschluß bedeuten.

## 2. Strukturell angelegte Probleme und aktuelle Erosionstendenzen auf Ebene der zentralen Sicherungsinstanzen von Teilhabechancen

### 2.1. Erwerbsarbeit

Strukturell bedeutet die Nichtteilhabe an Erwerbsarbeit den Verlust zumindest der materiellen Ressourcen, sofern nicht über andere Einkommensquellen (wie z.B. Vermögen, Zinseinkommen) verfügt werden kann. Die Erfahrung mit Erwerbslosigkeit haben in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die 50er Jahre hinein relativ viele Menschen gemacht. Neben dem Sozialstaat fungierte zum Teil auch die Familie als Auffangnetz. Diese Problematik verschwand aus der österreichischen Gesellschaft nicht, wurde allerdings durch die günstige Arbeitsmarktentwicklung seit Beginn der 60er Jahre annähernd zwei Jahrzehnte hindurch beträchtlich abgeschwächt. Der einschneidende Wandel am Arbeitsmarkt seit Beginn der 80er Jahre schuf erheblich veränderte Bedingungen – ablesbar an steigender Erwerbslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit zum einen, an der Verbreitung atypischer Beschäftigungsformen zum anderen.

Im Unterschied zu den 70er Jahren ist Erwerbslosigkeit seit Beginn der 80er Jahre nicht nur zu einem andauernden, sondern auch zu einem quantitativ beträchtlichen, nach Geschlecht, nach Alter, Ausbildung und StaatsbürgerInnen-Status ungleich verteilten Problem geworden. Dem Ende der Vollbeschäftigungssituation im Jahr 1982 mit einer Arbeitslosenrate von 3,7 Prozent folgte ein fast durchgängig weiterer Anstieg der Erwerbslosigkeit. Ausnahmen stellen die Hochkonjunkturjahre 1988 und 1989 dar. Am insgesamten Trend ändert auch das Faktum nichts, daß in den letzten Jahren die Zahl der unselbständig Beschäftigten beträchtlich angewachsen ist. Die Arbeitslosenquote stieg von 3,7 Prozent im Jahr 1982 auf über 7 Prozent im Jahr 1996 – bei einer erstmals wieder rückläufigen Gesamtzahl der unselbständig Erwerbstätigen. Die quantitative Veränderung wird am Ausmaß der Betroffenheit noch deutlicher sichtbar. Waren während des Jahres 1980 insgesamt 242.500 Menschen von Erwerbslosigkeit mindestens einmal im Jahr betroffen, so im Jahr 1996 bereits über 700.000. Lag in den ersten Jahren der Krise am Erwerbsarbeitsmarkt die Erwerbslosenrate der Männer über der der Frauen, so hat sich diese Relation nach 1986 nicht bloß umgekehrt, sondern teilweise auch beträchtlich vergrößert (z.B. 1987: 5,5 Prozent [Männer], 5,7 Prozent [Frauen]; 1990: 4,9 Prozent bzw. 6 Prozent; 1996: 6,9 bzw. 7,3 Prozent).

Die zweite Facette der Veränderung am Arbeitsmarkt stellt das Phänomen sogenannter atypischer Beschäftigungsformen dar. Dazu zählen wir Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Arbeit, Arbeit auf Abruf, Leiharbeit, sogenannte Scheinselbständigkeit. Die Zahl der Teilzeitarbeitenden ist in den letzten 15 Jahren in Österreich andauernd, seit Ende der 80er Jahre verstärkt gestiegen. Der Anteil der Frauen ist bei diesen neuen Beschäftigungsformen ein äußerst hoher. Dies zeigt sich beispielsweise auch an der „geringfügigen Beschäftigung". Im Dezember 1994 waren ca. 128.000 Personen geringfügig beschäftigt, im Dezember 1996 waren es bereits mehr als 154.000 – mit beträchtlich steigender Tendenz im Jahr 1997. Über 70 Prozent dieser Beschäftigten sind Frauen, etwa die Hälfte von ihnen ist anderweitig nicht versichert.

### 2.2. Sozialstaat

Der beträchtliche Ausbau auch des österreichischen Sozialstaates in den Nachkriegsjahrzehnten hat bereits strukturell angelegte Probleme, die wesentlich mit den ausgeführten zentralen Gestaltungsprinzipien in Zusammenhang stehen, weitgehend überdeckt, aber nicht gegenstandslos gemacht: Soziale Sicherung privilegiert in Österreich erwerbstätige InländerInnen vor erwerbstätigen AusländerInnen. Diese Ungleichstellung zeigt

sich exemplarisch an der bis Ende der 80er Jahre generellen, heute teilweisen Ausgrenzung von AusländerInnen aus der Notstandshilfe im Fall der Erwerbslosigkeit. Das erwerbsarbeitsbezogene System der Sozialversicherung privilegiert Männer vor Frauen insofern, als dieses insbesondere die Dauer der Erwerbstätigkeit wie auch die Höhe des Einkommens honoriert – es ist an Erwerbsverläufen orientiert, die in erster Linie für Männer in Frage kommen. Die Benachteiligung von Frauen in der Sozialversicherung und demnach auch die Armutsgefährdung ist strukturell angelegt: denn Frauen haben – bedingt durch geschlechtsspezifisch ungleich verteilte, notwendige familiäre Arbeit – schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt (Berufsunterbrechungen, Benachteiligungen bei Aufstieg) und erzielen (damit zusammenhängend) niedrigere Einkommen. Weniger Versicherungszeiten und niedrigere Erwerbseinkommen schlagen sich in einem erwerbsarbeitsorientierten System in einem niedrigeren Versorgungsniveau – beispielsweise in der Pension – nieder.

Das staatlich geregelte soziale Sicherungssystem privilegiert die Ehe vor anderen Partnerschaftsformen (wie z.B. Lebensgemeinschaften). Exemplarisch ist dies an der Hinterbliebenenversicherung ersichtlich: der Anspruch auf Witwenpension leitet sich nur aus einer Ehe, nicht jedoch aus einer Lebensgemeinschaft ab, obwohl umgekehrt bei anderen Leistungen (wie z.B. Notstandshilfe) eine Einkommensanrechnung des Lebensgefährten erfolgt. Der österreichische Sozialstaat ist in erster Linie auf die Erwerbstätigen ausgelegt, indirekt auf ihre Familie. Er hat erst in zweiter Linie Bedürftige, Notleidende als Adressaten. Dies wird evident am Schattendasein des sogenannten zweiten sozialen Netzes. Die heute wiederholt geäußerte Ansicht, der österreichische Sozialstaat sollte ja den eigentlich Bedürftigen zugute kommen, ist strukturell und de facto betrachtet unzutreffend. Wäre es so, so würde es den Betroffenen wohl besser gehen. Denn je weiter am Rande des Arbeitsmarktes, desto randständiger auch ist staatliche Hilfe für die Betroffenen. Dies ist exemplarisch ablesbar an der sozialen Situation von Unterstandslosen, Haftentlassenen und Flüchtlingen.

Neu sind diese strukturell angelegten Defizite des Sozialstaates nicht. Sie sind seit einiger Zeit allerdings offenkundiger geworden: Das aufgrund des Ausbaus in den Nachkriegsjahrzehnten als dicht geknüpft eingeschätzte Netz der Sozialversicherung erwies sich unter den Bedingungen steigender Erwerbslosigkeit und zunehmender Verbreitung atypischer Beschäftigungsformen sowie auch im Kontext eines merkbaren Wandels der Partnerschaftsbeziehungen als durchaus weitmaschig.

Dies ist unter anderem daran ablesbar, daß seit Beginn der 80er Jahre ein Teil der gemeldeten Erwerbslosen (zur Zeit etwa 10 Prozent) aufgrund der Nichterfüllung der Anspruchsvoraus-

*Georg Fischer, Der Fleischhauer, um 1840 bis 1850.*

setzungen (z.B. wegen fehlender Versicherungszeiten oder wegen der Anrechnungsbestimmungen im Notstandshilferecht) vom Bezug von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe ausgeschlossen blieb und bleibt. Im Kontext andauernder Arbeitsmarktprobleme, des Anstiegs der Langzeitarbeitslosigkeit und der Verbreitung von atypischen Beschäftigungsformen zeigt sich zudem, daß sozialstaatlich geregelte Leistungen das Verarmungsrisiko keineswegs ausschließen bzw. daß das Versorgungsniveau bei bestimmten Leistungen und für bestimmte Versichertengruppen äußerst bescheiden ist. Die in öffentlichen Diskussionen immer wieder auftauchende generalisierende Behauptung der Überversorgung im Wohlfahrtsstaat steht im eklatanten Widerspruch zur realen Situation der materiellen Versorgung von Teilen der LeistungsbezieherInnen. Die seit Mitte der 80er Jahre verfügbaren Daten über BezieherInnen von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe belegen, daß bei einem beträchtlichen Teil der Betroffenen, und zwar bei einem großen Teil der Frauen, in geringerem Ausmaß bei Männern, die Leistungen unter dem Ausgleichzulagenrichtsatz für Alleinstehende (1995: 7.710 Schilling; 1997: 7.887 Schilling) liegen.

Nicht sehr viel anders ist es im Bereich der Pensionsversicherung: Im Jahr 1995 lagen ca. die Hälfte der neuen Frauenpensionen in der gesamten Pensionsversicherung unterhalb dieses Einzelrichtsatzes. Die Versorgung von Frauen durch das Pensionsversicherungssystem ist nicht nur generell infolge niedrigen Erwerbseinkommens und familienbedingter Unterbrechung der Erwerbsarbeit beträchtlich schlechter als die von Männern. Betrug die durchschnittliche Höhe der Alterspensionen im Jahr 1995 bei Männern 13.879 Schilling, so lag sie bei Frauen bei 7.922 Schilling. Ebenso wie in der Invaliditätsversicherung liegt in einzelnen Versicherungssparten die Alterspension von Frauen (in der PV der Arbeiter, in der VA der Österreichischen Eisenbahnen, in der Sozialversicherungsanstalt der Bauern) unterhalb des Einzelrichtsatzes für die Ausgleichszulage. Bei einem Teil der Betroffenen wird die mit niedrigen Sozialversicherungsleistungen einhergehende indivi-

duell unzureichende materielle Versorgung erst im Rahmen der Familie, d.h. durch das Erwerbs- oder Transfereinkommen insbesondere des Ehepartners/Lebensgefährten aufgefangen. Diese ökonomische Abhängigkeit kann allerdings zu einem Problem werden, wenn die Beziehung nicht mehr klappt bzw. wenn es zur Trennung kommt. So haben laut Schätzungen der Studie „Eigenständige Alterssicherung von Frauen“ ca. 60 Prozent der geschiedenen Frauen über 60 Jahre eine Direktpension, die unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz liegt bzw. diesen erreicht.

Die Ausweitung sogenannter atypischer Beschäftigungsformen spitzt bereits bestehende, strukturell in erwerbsbezogenen sozialen Sicherungssystemen angelegte Probleme der Ausgrenzung und der unzureichenden Versorgung noch zu. Arbeitsformen wie geringfügige Beschäftigung entbehren weitgehend eines sozialversicherungsrechtlichen Schutzes. Es wird damit bisher nicht nur keine Vorsorge für einen eigenständigen Pensionsanspruch getroffen, sondern auch keine materielle Sicherung im Fall der Krankheit und Erwerbslosigkeit erreicht. Mit befristeten Arbeitsverhältnissen sind zugleich Instabilitäten in der sozialen Versorgung strukturell vorprogrammiert, zumal die jüngste Politik im Bereich der Sozialversicherung darauf abzielt, das Versicherungsprinzip zu verstärken (siehe dazu unten Punkt. 4).

Von Vollzeitarbeit abweichende Arbeitszeiten gehen mit niedrigeren Einkommen einher. Die negativen Konsequenzen des Äquivalenzprinzips werden damit noch verstärkt. Modellhaft lassen sich für eine Teilzeitbeschäftigung folgende Versorgungsleistungen ausrechnen. Bei einem Monatseinkommen von 8.000 Schilling brutto, d.h. bei einem Nettoeinkommen von ca. 6.600 Schilling, würden die Sozialleistungen netto (als Jahresvierzehntel) betragen:

- für das Krankengeld: öS 4.800,
- für das Arbeitslosengeld: öS 3.850,
- für die Notstandshilfe: öS 3.650.
- für die Pension (nach 35 Versicherungsjahren): öS 4.500.

Daraus wird ersichtlich, daß Einkommen aus Teilzeitbeschäftigung zu Sozialleistungen führen (können), die nicht existenzsichernd sind und daher die Abhängigkeit vom Partner zur Folge haben.

Fazit: Armutsgefährdung besteht auch trotz Arbeit (working poor), das Verarmungsrisiko gibt es trotz sozialstaatlicher Leistungen – dies vor allem dann, wenn das Sozialversicherungssystem die Einkommensungleichheit des Arbeitsmarktes reproduziert.

### 2.3. Familie und Ehe

Der an eine besondere Form der Partnerschaft, nämlich die Ehe, rechtlich angebundene Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung unterliegt realiter einem Erosionsprozeß. Der Grund dafür: die Dauer des familiären Zusammenlebens ist häufiger eine begrenzte. Dies ist ablesbar am Trend hoher Scheidungs- und Wiederverheiratungsraten. Derartige Veränderungstendenzen zeichnen sich auch für Österreich ab. Während seit Mitte der 60er Jahre die Eheschließungen zurückgingen, nahmen die Scheidungszahlen zu: von rund 8.400 im Jahr 1965 über 13.300 im Jahr 1980 auf jährlich 16.300 in den frühen 90er Jahren. Das bedeutet: In den 60er Jahren endete jede siebente Ehe vor dem/r ScheidungsrichterIn, Anfang der 80er Jahre war es bereits jede vierte. Zur Zeit können wir davon ausgehen, daß jede dritte (seit Beginn der 90er Jahre geschlossene) Ehe früher oder später vor dem Scheidungsrichter endet.

Der Anteil der Ein-Eltern-Familien (in erster Linie alleinerziehende Frauen mit Kindern) hat sich seit den 70er Jahren erhöht. Heute sind ein Fünftel aller Familien mit Kindern Ein-Eltern-Familien, 90 Prozent davon wieder Mutter-mit-Kind-Familien. Unter diesen Bedingungen hat sich für einen wachsenden Teil von Frauen die Frage einer eigenständigen materiellen Sicherung auch für den Fall der Krankheit, der Erwerbslosigkeit und des Alters beträchtlich zugespitzt.

Bisher quantitativ nicht gut belegt sind die Konsequenzen der Erosion der Ehe als zuverlässige und stabile Versorgungsinstanz. Bei aller gesetzlich fixierten Gleichberechtigung nach dem Eherecht besteht nach wie vor eine Diskrepanz zwischen dieser und den sozialrechtlichen Ansprüchen. Ob beispielsweise für die geschiedene Frau ein Unterhaltsanspruch besteht, der zugleich wieder die Basis für die Hinterbliebenenversorgung (z.B. Witwenpension) bildet, hängt in erster Linie von der Frage des Verschuldens der Scheidung ab. Eine geschiedene Frau hat in der Pensionsversicherung ihres Ex-Ehemannes dann einen Anspruch auf Witwenpension, wenn dieser ihr (nachehelichen) Unterhalt (auf Grund eines gerichtlichen Urteils oder durch gerichtlichen Vergleich) zu leisten hatte oder der Verstorbene nach der Scheidung bis zu seinem Tode regelmäßig zur Deckung des Unterhaltsbedarfes der geschiedenen Frau beigetragen hat. Die Höhe der Witwenpension hängt allerdings von der Höhe des Unterhalts ab. Da der Großteil der Ehen einvernehmlich geschieden und dabei von den Frauen überwiegend auf Unterhaltsleistungen verzichtet wird, gehen mit der Scheidung auch Ansprüche auf eine materielle Sicherung im Alter verloren. Die Ehescheidung wird somit zu einem Kristallisationskern geschlechtsspezifischer Ungleichheiten, durch die die mangelnde soziale Absicherung von Frauen deutlich zu Tage tritt.

Anita Pfaff hat meines Erachtens den Zusammenhang zwischen Erosion der traditionellen Instanzen und Armut treffend zusammengefaßt: „Die ‚neue Armut‘ wird immer dort entstehen, wo das ‚normale Netz der sozialen Sicherung‘ nicht mehr trägt. Nach wie vor wird dieses aber primär von der Erwerbstätigkeit und der Familie getragen. Neu ist die Armut dann, wenn man traditionell abgesicherte Gruppen von beiden Sicherungssystemen abkoppelt, d.h. ihnen keine eigenen Erwerbschancen gibt, die Familie jedoch auch nicht länger tragfähig sein kann oder will, so z.B. zunehmend verheiratete Frauen nach einer eventuellen Scheidung oder nach Verwitwung im Alter.“

Insgesamt betrachtet: Diese Erosionstendenzen auf Ebene der zentralen und traditionellen Sicherungssysteme bilden jenen Boden, auf dem Verarmungsrisken und Verarmungsprozesse zu einem aktuellen gesellschaftlichen Problem auch in Österreich geworden sind.

## 3. Armut heute

Die jüngste Armutsforschung hat in mehrfacher Hinsicht dazu beigetragen, ein differenzierteres Bild von Armut zu zeichnen: Armut ist in reichen Ländern wie Deutschland, Schweiz und Österreich nicht bloß ein – im Hinblick auf verbreitete soziale und materielle Standards bzw. gesellschaftliche Teilhabechancen – relatives, sondern auch ein pluriformes Phänomen. Zu ihren „Gesichtern“ zählen vor allem: Einkommensarmut bzw. Ressourcenmangel, beschränkter Zugang zu Bildung und Ausbildung, Wohnungsunterversorgung bzw. Wohnungslosigkeit, Armut von Frauen und Kinderarmut. Verarmungsrisken weisen eine beträchtli-

che Dynamik auf. Die vorliegenden Untersuchungen belegen, daß die von Armut bzw. Verarmungsrisken Betroffenen keine homogene Gruppe bilden und nicht auf traditionelle Randschichten der Gesellschaft begrenzt sind. In Abgrenzung zum „alten" Bild von Armut sprechen die Befunde dafür, daß Armut sozial entgrenzt ist. Dauerhaft Betroffene machen nur einen relativ kleinen Anteil aus. Übergänge aus Armut kommen häufiger vor. „Armut ist also meist kein Langzeitphänomen, sondern eine begrenzte Phase im Lebenslauf." Diese „Verzeitlichung" und „Biografisierung" von Verarmungsrisken kann u.a. mit bestimmten Ereignissen (wie Scheidung) oder befristeten Situationen (wie Krankheit oder Ausbildung) zu tun haben. Allerdings können Konfigurationen wie diese oder beispielsweise auch Langzeitarbeitslosigkeit durchaus auch langfristige Konsequenzen zeitigen. Verarmung bedeutet oft kumulierte Problemlagen. Als wesentliche, wenn auch nicht immer alleinige Ursache werden in der Armutsforschung vor allem Faktoren wie die Krise des Arbeitsmarktes bzw. Erwerbslosigkeit, die Größe des Haushalts und die Kinderzahl, die abnehmende Schutz- und Sicherungsfunktion sozialstaatlicher Leistungen und der Ehe/-Familie, unzulängliche oder fehlende Unterhaltsleistungen genannt. Letzteres in Worten von Pfaff: „Der immerhin auch überproportionale Anstieg der Zahl der alleinerziehenden Mütter unter den Hilfeempfängern (in der Sozialhilfe, E.T.) deutet darauf hin, daß neben der ‚Krise' des Normalarbeitsverhältnisses auch die ‚Krise der Normalehe' für den Anstieg in der Zahl der relativ Armen verantwortlich zeichnet."

Unstrittig haben einschlägige Untersuchungen untermauert, daß Armut bzw. Verarmung kein statisches Phänomen darstellt, sondern eine Pluralisierung von Armut gegeben ist. Dieser Befund „darf also keineswegs dazu (ver)führen, das Existieren besonders hart betroffener und klar umschreibbarer (eben doch Problem-) Gruppen zu leugnen. Es sind dies die Arbeitslosen ebenso wie Alleinerziehende, die Ausländer, Aussiedler, Asylbewerber und Kinderreichen – bzw. ihre Haushalte" (Müller und Otto). Die Kehrseite der sozialen Entgrenzung ist, daß der Anteil jener an der Gesamtbevölkerung, die mit Verarmungsrisken konfrontiert sind, bis weit in die mittleren Einkommenslagen hineinreicht.

Im internationalen Vergleich gibt es nicht bloß Unterschiede darin, welche Gruppen von überdurchschnittlich hohen Armutsrisken betroffen sind, sondern vor allem auch darin, wie Armut bzw. Verarmung operationalisiert und gemessen werden. Eine wichtige Rolle dabei spielt der jeweilige Prozentsatz des Durchschnitts-Äquivalents-Einkommens (40 Prozent, 50 Prozent oder 60 Prozent), die Gestaltung der Äquivalenzskalen (d.h. das unterschiedliche Gewicht der einzelnen in einem Haushalt vorhandenen Personen) oder die Wahl der quantitativen Armutsgrenze. Bei allen Unterschieden in der Messung von Armut untermauern vorliegende Untersuchungen das Faktum, daß relative Armut ein weitverbreitetes Phänomen darstellt. Laut Huster sind für die Europäische Union im Übergang zu den 90er Jahren ca. 55 Millionen Personen als arm einzustufen, was ca. 15 Prozent bzw. einem Siebtel der Haushalte entspricht. Im Jahr 1993 lebten den Arbeitsdefinitionen und Konzepten von Eurostat zufolge 57 Millionen Personen in den zwölf Ländern der EU in „armen" Haushalten. Dazu zählten 13 Millionen Kinder unter 16 Jahren, das ist jedes fünfte Kind. Kohl hat für eine Reihe von hochentwickelten Industrieländern Armutsquoten bei Verwendung verschiedener Äquivalenzskalen angeführt. Auf Basis des gewichteten Haushaltseinkommens schwanken die Armutsquoten beispielsweise von 9,7 Prozent (in den Niederlanden) bis 19,7 Prozent (in den USA). Für Deutschland wurde berechnet, daß bei Zugrundelegung der 50 Prozent Armutsschwelle im Zeitraum 1984 bis 1992 etwa 30 Prozent der westdeutschen Bevölkerung mindestens einmal von Armut betroffen waren, 70 Prozent lebten ohne jegliche Armutsperiode. Bei Einbeziehung der neuen Bundesländer lebten 1992 in Deutschland 9,1 Prozent in Einkommensarmut. Im innerdeutschen Vergleich zeigen sich beträchtliche Unterschiede. Das sozioökonomische Panel wies für das Jahr 1995 für Westdeutschland eine Armutsquote von 12,5 Prozent aus. Für die Schweiz kom-

*Josef Schmutzer, Der Bäcker, um 1835.*

men Leu u.a. auf Basis eigener Berechnungen für das Jahr 1992 auf Armutsquoten von 11,3 Prozent bzw. 12,3 Prozent. Allerdings sei darauf hingewiesen, daß mittels derartiger quantitativer Indikatoren die spezifische Armutsproblematik von Frauen als strukturelle Benachteiligung und Ausgrenzung nicht erfaßt ist.

Die jüngste Armutsforschung in Österreich hat bisher im wesentlichen erst in einigen wenigen Studien ihren Niederschlag gefunden. Ungeachtet dessen, daß es auch hier weitgehend Konsens gibt, daß Armut ein komplexes und pluriformes Phänomen ist, gilt für die österreichischen Untersuchungen Gleiches, was Leibfried/Voges für die Beiträge ihres bekannten Sammelbandes konstatieren: „In den meisten Ansätzen in diesem Band wird davon ausgegangen, daß Armut eine Lebenslage ist, die durch eingeschränkte Lebenschancen und unzureichende Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand gekennzeichnet ist. Aufgrund der gegebenen Datenlage erfolgt jedoch eine erste Annäherung an das Thema Armut anhand der Einkommensdimension."

Die Ergebnisse der in den letzten Jahren vorgelegten Studien über Armutsgefährdungen in Österreich sind nicht zuletzt im Gefolge der beiden Armutskonferenzen 1995 und 1997 in einem breiteren Rahmen publik gemacht worden.

Hans Steiner und Walter Wolf kamen auf Basis der Konsumerhebung 1984 und des Mikrozensus vom Juni 1989 über Haushaltseinkommen zu folgendem Ergebnis: Bei Zugrundelegung des ausgabenorientierten Ansatzes sind in Österreich zwischen 1 und 1,5 Millionen Personen, bei Zugrundelegung des einkommensorientierten Ansatzes 770.000 bis 950.000 Personen armutsgefährdet. Das Leben dieser Menschen ist durch erzwungenen Verzicht auf einen Teil der alltäglichen Güter und Dienstleistungen gekennzeichnet: armutsgefährdete Haushalte geben vergleichsweise mehr für Ernährung aus mit entsprechenden spürbaren Einschränkungen in Bereichen wie Bildung, Freizeit/Urlaub, Wohnen. Ihr Resümee: „Armutsgefährdung bedeutet auch heute noch tatsächliche Entbehrung bei Lebensnotwendigem und nicht nur Zurückbleiben gegenüber dem Durchschnitt." Dies ungeachtet dessen, daß in den letzten Jahrzehnten der Lebensstandard armutsgefährdeter Menschen selbst relativ gestiegen ist.

Die Untersuchung von Lutz u.a. kommt je nach angewandten Kriterien für Ende der 80er Jahre bei einkommensbasierten Berechnungen zu einer Zahl von mindestens 689.000 bis 943.000 Personen, bei ausgabenbezogenem Ansatz auf 1 bis 1,5 Millionen Personen, die armutsgefährdet sind. Würde allerdings der „Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende als Armutsschwelle definiert (anstelle von 50 Prozent unter dem Durchschnitt), so bewirkt die Verwendung der Östat-Standard-Äquivalenzrelationen einen sprunghaften Anstieg der armutsgefährdeten Haushalte von 11 auf 15 Prozent. Unter dieser Armutsgrenze leben 1,2 Millionen Personen, davon 185.000 alte Menschen und 342.000 Kinder". In Ausstattungsarmut leben 440.000 Menschen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Stefan Wallner: „1993 lebten unter dem sozio-kulturellen Existenzminimum von 7.100 Schilling pro Monat (Jahreszwölftel) 10,8 Prozent der Haushalte in Österreich, das sind mit 11,9 Prozent der Personen etwas weniger als jeder achte Österreicher. Als Existenzminimum gilt hier wie innerhalb der EU konventionell definiert, ein verfügbares gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen (inklusive Transferleistungen) von weniger als 50 Prozent des durchschnittlich gewichteten Pro-Kopf-Einkommens. Damit leben etwa 1 Millionen Menschen in Österreich unter dem Existenzminimum. Besonders dramatisch ist mit 20 Prozent die Betroffenheit von Kindern, d.h. jedes fünfte Kind lebt unterhalb des Existenzminimums."

Was sind die Ursachen für Armutsgefährdung?

Nach Steiner/Wolf können als Ursachen die Stellung im Berufsleben, Erwerbslosigkeit, Einkommenschancen, die Zahl der Kinder, die Zahl der Verdiener, der Status Alleinerzieherin, regionale Aspekte und das Alter veranschlagt werden.

Wer sind die Betroffenen?

Laut Stefan Wallner lassen sich als besonders von Armut gefährdet folgende Gruppen anführen:

- „gemessen am Erwerbsstatus 46 Prozent der Arbeitslosenhaushalte, 25 Prozent der HilfsarbeiterInnenhaushalte und 14 Prozent aller ArbeiterInnenhaushalte, hingegen nur 8 Prozent der Angestelltenhaushalte und 6 Prozent der Haushalte öffentlich Bediensteter;
- gemessen am Haushaltsstatus 23 Prozent der angestellten und 38 Prozent der arbeitenden Alleinerziehenden und Haushalte mit mehreren Kindern (bei einem Einkommen im Haushalt: 46 Prozent mit drei und mehr Kindern, 10 Prozent mit zwei Kindern und 5 Prozent mit einem Kind; bei zwei Einkommen: 20 Prozent mit drei und mehr Kindern, nur 2 bzw. 1 Prozent bei zwei bzw. einem Kind);
- gemessen an regionalen Kriterien 17 Prozent der in Landgemeinden Lebenden, 12 Prozent der in Kleinstädten Lebenden und 10 Prozent der in Großstädten Lebenden;
- gemessen am Alter jedes fünfte Kind;
- gemessen an der Staatszugehörigkeit 22,5 Prozent aller ausländischen Haushalte, davon 20 Prozent der Haushalte aus Ex-Jugoslawien und 38 Prozent der türkischen Haushalte."

In der Analyse von Lutz und anderen wird der harte Kern von Armutsgefährdeten folgend bestimmt:

- „Kaum jemand unter den Armutsgefährdeten verfügt über einen über die Pflichtschule hinausgehenden Schulabschluß;
- der ländliche Raum ist stärker betroffen;
- die größten Gruppen stellen bei den Erwerbstätigen Arbeiter und Arbeiterinnen, Bauern und Bäuerinnen, bei den Nicht-Erwerbstätigen früher als ArbeiterIn oder Bauer/Bäuerin Beschäftigte sowie Arbeitslose."

Die vorliegenden Armutsstudien konstatieren für den ländlichen Bereich eine höhere Armutsquote als in Großstädten. Laut Steiner/Wolf liegt sie in Agrargemeinden bei 17 Prozent, in Mittel- und Großstädten nur bei 10 Prozent. Als Gründe für diese regionale Ungleichverteilung werden geltend gemacht: „Am Land sind die Ausbildungschancen geringer, die Haushalte größer, die Kinderbetreuungsmöglichkeiten geringer und die Zahl und die Qualität der Arbeitsplätze weit schlechter als in Ballungsgebieten. Auf Landgemeinden und Kleinstädte entfallen mehr als 70 Prozent aller Einkommensarmen."

Dieses regionale Gefälle wird auch durch die Studie von Lutz u.a. untermauert: Fast die Hälfte der Gefährdeten lebt in „ländlichen Gemeinden". Nach Bundesländern betrachtet wird das höchste Armutsrisiko für das Burgenland konstatiert – je nach Methode 15 Prozent bzw. 13 Prozent der Haushalte.

In der jüngsten einschlägigen Analyse kann Stelzer-Orthofer am Beispiel

von SozialhilfeempfängernInnen in Linz geläufige Thesen der Armutsforschung wie Verzeitlichung und Heterogenität untermauern: Der überwiegende Anteil der BezieherInnen (58 Prozent) erhält kurzfristige Leistungen, nur ein sehr geringer Teil (2,2 Prozent) bezieht die Unterstützung regelmäßig und langfristig. Die Autorin betont allerdings, daß dies nicht den Schluß zuläßt, „daß lediglich ein geringer Anteil von Menschen in Österreich arm respektive armutsgefährdet ist". Daß Erwerbslosigkeit einen wichtigen Unterstützungsgrund darstellt, geht aus der Studie über Linz ebenso hervor wie, daß Erwerbstätigkeit neben dem Einsetzen von Leistungen aus der Sozialversicherung die wichtigste Ausstiegsursache darstellt.

## 4. Schritte aus der Armut

Wenn wir die aktuelle Politik in Österreich beobachten, so ist m.E. unübersehbar, daß das Thema Armut nicht bloß nicht auf der Prioritätenliste des deklarierten Handlungsbedarfes steht. Staatliche Politik bewegt sich auf einer gegenläufigen Bahn: Sie ist vor dem Hintergrund beträchtlicher wirtschaftlicher Herausforderungen (Standortkonkurrenz, Konvergenzkriterien, steigende Budgetdefizite) in erster Linie an spezifischen wirtschaftlichen Prioritäten orientiert. Exemplarisch heißt es im Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP Ende November 1994: „Zur Sicherung der Attraktivität und Stabilität des Wirtschaftsstandortes Österreich sowie zur langfristigen Absicherung der Beschäftigungspolitik und unseres hohen sozialen Standards ist es daher unbedingt notwendig, der Konsolidierung des Bundeshaushalts in der kommenden Legislaturperiode Priorität einzuräumen. Auch um die Stabilitätskriterien, die von der Europäischen Union für den Eintritt in die Wirtschafts- und Währungsunion festgelegt wurden, erfüllen zu können, muß das Defizit der öffentlichen Haushalte Österreichs nachhaltig abgesenkt werden. Diese Vorgabe kann nur erfüllt werden, wenn es gelingt, ein umfassendes, alle Gebietskörperschaften einschließendes und sozial ausgewogenes Konsolidierungsprogramm zu entwickeln und umzusetzen." Die Konsequenzen dieser Ausrichtung von Politik zeigen sich nicht nur an Einsparungen bei familienrelevanten Leistungen (z.B. Kürzung des erhöhten Karenzurlaubsgeldes, Kürzung der Familienbeihilfe, Selbstbehalt bei Schulbüchern, Beschränkung der Bezugsdauer von Sondernotstandshilfe, Entfall der Geburtenbeihilfe usw.). In Zeiten der – für einen Teil der Erwerbslosen – realen Entkoppelung von Erwerbsarbeit und materieller Sicherung, der Erosion der Erwerbsarbeit als stabile Zuweisungsinstanz von Teilhabechancen, wird darüber hinaus der traditionelle Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeit und sozialstaatlicher Sicherung noch enger geknüpft. Das diesbezügliche Schlagwort lautet: „Verstärkung des Versicherungsprinzips". Umgesetzt in der Pensionsversicherung und Arbeitslosenversicherung heißt dies: Mehr Versicherungszeiten sind für eine bessere bzw. gleichbleibende Absicherung (in der Pensionsversicherung), für eine bessere und länger andauernde Absicherung (in der Arbeitslosenversicherung) notwendig.

Eine derartige Politik verlagert teilweise den Problemdruck von der Bundesebene auf das nachgeordnete System der Sozialhilfe auf Länder- und Gemeindeebene, obgleich dieses System bereits selbst unter einem wachsenden Druck steht. Ablesbar ist dies daran, daß Arbeitslose und Alleinerziehende in steigendem Ausmaß Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Wie die Veränderungen auf Ebene der Sozialhilfepolitik seit den 80er Jahren zeigen, wird z.T. dieser Druck auf Länder- und Kommunalpolitik auf die von Notlage Betroffenen weitergegeben.

Welche Schritte könnten eingeschlagen werden, um den Problemen von Armut und Verarmungsrisken gesellschaftspolitisch gegenzusteuern?

Analog der Pluriformität der Ursachen und Erscheinungsformen von Armut und Verarmungsrisken werden in der sozialwissenschaftlichen Literatur eine Palette von Schritten ventiliert, die zur Sicherung von materiellen und sozialen Teilhabechancen beitragen könnten.

Einen zentralen Fokus dabei bildet die Schaffung der Voraussetzungen für und die Sicherung von Erwerbschancen – durch den Abbau tradierter Einkommensungleichheiten, durch Schaffung neuer und Erhaltung bestehender Arbeitsplätze. Diesbezügliche Schritte sind:

- die Ausweitung der Beschäftigung durch Investitionen in Bereichen eines besonderen gesellschaftlichen Bedarfes wie Umweltschutz, soziale Dienstleistungen, sozialer Wohnbau;
- Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie deren Verzahnung mit Beschäftigungsmaßnahmen (siehe Hanesch u.a. 1994, 405);
- die Verbesserung der Bedingungen der Vereinbarkeit von familiärer und beruflicher Arbeit sowie von Wiedereinstiegsmöglichkeiten nach Zeiten der Kinderbetreuung;
- der Abbau der Einkommensungleichheit am Erwerbsarbeitsmarkt;

die Ausweitung der Beschäftigung und die Erhaltung bestehender Arbeitsplätze durch Umverteilung der Arbeit: durch eine weitreichende Verkürzung der Arbeitszeit auf tariflichem und/oder gesetzlichem Wege, durch Job-Rotationsmodelle wie Sabbaticals, Solidaritätsprämie, durch Zeitausgleich für Überstunden, durch temporäre Arbeitszeitverkürzungen als Alternative zu Entlassungen à la VW-Modell. Darüber hinaus wurden im Zusammenhang mit Schaffung von Arbeitsplätzen die Entlastung des Faktors Arbeit sowie die Erhaltung und Erweiterung der aktiven Arbeitsmarktpolitik ventiliert.

Einen zweiten Fokus bildet der Umbau der sozialstaatlichen Sicherungssysteme. Diesbezügliche Schritte könnten sein:

- die arbeits- und sozialrechtliche Regelung sogenannter atypischer Beschäftigung;
- die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung, die die bestehende Institution des Sozialversicherungssystems durch einen bedarfsbegründeten Sockel bzw. durch Mindeststandards ergänzt, eine steuerfinanzierte Leistung innerhalb des bestehenden Systems darstellt und der Zielsetzung Verhinderung von Armut im Fall von Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit, Alter und des Alleinerzieherinnen-Status dient;
- die Einführung einer Grundpension für alle in Ergänzung der an Erwerbsarbeit gebundenen Pension.

Unübersehbar ist an diesen verschiedenen Vorschlägen, daß für eine aktiv gestaltende Politik betreffend Armut und Verarmungsrisken die Frage der Verteilung von Arbeit und Einkommen ebenso eine zentrale Rolle spielt wie ein Policy-Mix von Maßnahmen. ■

Emmerich TALOS ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Wien.

# Arbeit und Wohlstand für alle?

## Das zu Verteidigende ist unzureichend

*Melina KLAUS*

*Ausreichend rezipiert wurde, daß aktueller Sozialabbau und -umbau vor allem für Frauen existenzbedrohende Auswirkungen hat. Meist ignoriert wurde die Problematisierung der vergangenen sozialen Standards. Steigende Frauenerwerbsquoten haben keinen Fortschritt bedeutet, was geschlechtsspezifische Arbeitsteilung betrifft. Der Sozialstaat und seine Sicherheiten waren nicht geschlechtsneutral. Der gewerkschaftliche oder sozialpolitische Standpunkt des Bewahrens, der Restauration oder des offensiven Ausbaus geltender sozialer Sicherheit und Wohlfahrt dürfen nicht die einzigen Alternativen sein.*

Arbeit edelt, Arbeit adelt, Müßiggang ist aller Laster Anfang, wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Arbeit als Schlüsselgröße des Lebens, als Tugend. Die bürgerlichen Gesellschaften Europas sponnen ihr Arbeitsethos um den Erdball. Arbeit als zentrale Bezugsgröße für Leben & Verwirklichung, Erziehung & Bildung, Politik & Soziales.

Doch die Arbeit kommt ins Gerede. Das Ende der Arbeitsgesellschaft wird proklamiert – mit Sockelarbeitslosigkeit haben wir zu leben, an steigende Kapitalgewinne bei gleichzeitig weniger werdenden Arbeitsplätzen haben wir uns zu gewöhnen, Vollbeschäftigung sei zu vergessen. (Aus-)Bildung habe sich grundsätzlich zu ändern – Schlüsselqualifikationen statt unflexibler, unveränderlicher Fertigkeiten, lebenslanges Lernen statt lebenslanger Arbeitsplatzsicherheit. Arbeitsdisziplinierung solle der Motivation weichen – entfremdete, monotone Arbeitsbedingungen seien passé, Selbstkontrolle, Identifikation und Unternehmergeist seien gefragt. Und schließlich Konsum und Wohlstand für alle spielt's nicht mehr.

Was dabei nicht in den Blick gerät, ist die Frage, ob es das denn bisher gespielt hat? Egal, ob es um das Vorantreiben des Umbaus dieser sogenannten Arbeitsgesellschaft oder des Wohlfahrtsstaates geht, oder ob versucht wird, gegen die Veränderungen und Eingriffe anzukämpfen, die meisten Analysen und Forderungen sind auf einem Auge blind.

### „Ich arbeite nicht, ich bin nur Hausfrau"

Bleiben wir beim Begriff Arbeit. Auf den zweiten Blick wird klar, daß es sich dabei nur um Lohnarbeit handeln kann. Der über (Lohn-)Arbeit definierte „achtenswerte Mensch" entlarvt sich als „achtenswerter Mann". Denn Arbeit die edelt, meint Arbeit, die entlohnt wird. Arbeitsgesellschaft meint den Produktionsbereich der Gesellschaft – oder hätte mann sonst zwanzig Jahre lang von Vollbeschäftigung sprechen können, ohne in Gelächter auszubrechen. Wer arbeitet und dann ißt, hat sich dieses Essen auch verdient, in beiderlei Sinne. Tätigkeiten, die nicht entlohnt werden, sind demnach nicht Arbeit, was mit sich bringt, daß sie aus dem öffentlichen und politischen Leben bequem ausgeklammert werden können. Menschen, die nicht-entlohnten Tätigkeiten nachgehen, sind vorwiegend Frauen, was mit sich bringt, daß die öffentlichen und politischen Rechnungen bequem ohne sie gemacht werden können.

Es ist ein männlich aufgeladener Arbeitsbegriff, da er Hand in Hand gehen mußte und muß mit und nur zu denken ist bei gleichzeitiger Abwertung anderer Sphären der Gesellschaft. Die patriarchale Hierarchie weist diese Sphären den Frauen zu, verankert mit Entstehen der Arbeitsgesellschaft die Familie und macht aus Nicht-Lohnarbeit „natürliche Aufgaben". Dieser Arbeitsbegriff eröffnet den Zugriff auf Arbeitskräfte, die auf Basis von nicht entlohnten und aus dem Erwerbsarbeitszyklus ausgeschlossenen Tätigkeiten, sprich ungenannter Frauenarbeit, erhalten werden.

Frau kann nun aber immer wieder auf steigende Frauenerwerbsquoten der letzten Jahrzehnte verwiesen werden, und die Lebenswelten und Zukunftsvorstellungen junger und jüngerer Generationen haben nichts mehr mit Ehe und Haushalt zu tun, doch Prozente und ansteigende Kurven täuschen. Zum einen stehen Bildung und ein Erwerbsarbeitsplatz, der Überleben sichert, nicht allen Frauen offen. Wo es Gewinnerinnen gibt, gibt es auch Verliererinnen. Die Quote wird auch von geringfügigen Beschäftigungen gespeist, Teilzeit und Hilfsarbeit bringen einem Drittel aller erwerbstätigen Frauen einen Lohn von unter 10.000 Schilling netto. Abgesehen davon brachte die Eroberung der Lohnarbeitswelt nicht die erhoffte Umverteilung von Arbeit zwischen den Geschlechtern, sondern Arbeitsteilung zwischen Frauen, zwischen Frauen verschiedener Staatsbürgerinnenschaft, verschiedener Generationen. Zum anderen bleibt die Verschränkung von ökonomischen, sozialen Verhältnissen mit den Geschlechterverhältnissen bestehen! Die Organisation von Wirtschaft und Produktion bleibt bezogen auf die Organisation von Familie, Zusammenleben und Privatem; und umgekehrt. Die hier jeweils vorausgesetzte Trennung von Privatem und Öffentlichem läuft im patriarchalen Kapitalismus zwischen Mann und Frau. Daß hier strukturell und politisch so gut wie nichts überwunden ist, zeigen die aktuellen Belastungspakete, marktpolitischen Offensiven und ihre jeweiligen Reaktionen darauf.

Ist auch die sogenannte Hausfrauenehe in unseren Breiten nicht unbedingt mehr hip oder leistbar, haben sich Frauen auch den Zugang zu Erwerbssphäre oder Bildungskarrieren anscheinend erkämpft, so brachte allein dieser Weg keine Säulen ins Wanken. Denn nach wie vor ist es selbstverständlicher Konsens, daß in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit Frauen zurückzustecken haben, daß Ausgabenkürzungen des Sozialstaates auf

*C. Schustler, Der Tapezierer, um 1830 bis 1840.*

familiäre Strukturen und sorgende Frauen zählen können. Und relativ neu ist, daß diese Strukturen es ermöglichen und selbstverständlich erscheinen lassen, diesen „nur Dazuverdienerinnen" prekäre Beschäftigungsverhältnisse anzubieten.

Und was tun die diversen Anwälte des „kleinen Mannes" in Parteien und Gewerkschaften? Über die Forderung nach Erhalt des (noch) Status Quo gehen oppositionelle Programme kaum hinaus. Auch wird die Rückkehr besserer Zeiten ersehnt. Oder über das Einklagen des Rechts auf Arbeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen will Vollbeschäftigung wieder hergestellt werden. *Wieder?* Wir müssen anstreben, erkämpfen den rosigen Zustand, indem möglichst *alle* (=Vollbeschäftigung) das Recht auf und den Zugang zum Voll-Erwerbsarbeitsplatz (5 mal die Woche, ganztags) wieder haben? Gleich ob es dabei um Restauration bald vergangener Verhältnisse geht, oder ob ein Schritt weiter gegangen wird und der Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Arbeitsplatz- und sozialer Sicherheit gefordert wird, wird eines offensichtlich: Frauen, ob groß oder klein, werden hier wohl nicht vertreten. Das zu Verteidigende ist unzureichend.

## Männliche Normalbiographie*

Fakt ist, daß Frauen in Österreich relativ früh (gemessen am Alter) und in hohem Maße voll erwerbstätig sind. Relativ zu anderen kapitalistischen Zentren und relativ früh, da das Ausbildungsniveau österreichischer junger Frauen dem anderer Länder und dem des anderen Geschlechts hinterherläuft. Kürzere Ausbildungszeiten bedeuten früheren Berufseinstieg. Der Feststellung, daß sich das Erwerbsmuster der Frauen immer mehr dem der Männer anpaßt, muß mit einem aber ergänzt werden: Aber meist nehmen Frauen im Laufe ihrer Biographie eine sogenannte Arbeitsreduktion vor, um Familie, Kindern, Pflegeaufgaben, häuslichen Pflichten nachkommen zu können. Die durchschnittliche Frauenerwerbsquote liegt in Österreich derzeit bei 60 Prozent. Sie umfaßt alle Frauen, die mehr als 12 Stunden/Woche einer Erwerbsarbeit nachgehen, was auch Teilzeitarbeit miteinschließt. Weiters als Fakten vorausgeschickt – Produktion ist Männersache, Dienstleistungen werden vorwiegend von Frauen erbracht. Weibliche Berufslaufbahnen kennzeichnen sich durch Nicht-Karrieren. Gleich um welchen Bildungsabschluß es sich handelt, rund die Hälfte aller lohnarbeitenden Frauen werden unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt. 82 Prozent aller geringfügig Beschäftigten (wird nach dem Entgelt definiert) sind Frauen. Arbeitszeitformen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 12 bis 35 Stunden werden als Teilzeitarbeit bezeichnet, dahinter verbergen sich unterschiedlichste Formen des Stundenausmaßes und der Lage der Arbeitszeit. Jede fünfte Frau, gegenüber jedem 62. Mann, ist teilzeitbeschäftigt. Häufiges Pendeln zwischen Anstellung und Arbeitslosigkeit, befristete Dienstverhältnisse, Dienstleistungen auf Werkvertragsbasis oder unfreiwillige Selbständigkeit zeichnen weiters den Ist-Zustand.

## Regelarbeitszeit ist nicht die Regel

Unter Regelarbeitszeit wird verstanden: eine wöchentliche Arbeitszeit zwischen 36 und 40 Stunden, die jedoch nicht an Wochenenden, während der Nacht und auch nicht in Form von Schicht-, Wechsel-, oder Turnusdienst zu leisten ist. Schon Anfang der 90er Jahre hatten nur 43 Prozent der Männer und 39 Prozent der Frauen Regelarbeitszeit. Der signifikante arbeitszeitliche Unterschied zwischen den Geschlechtern zeigt sich an der Verteilung von Vollzeit- und Teilzeitarbeit. Selten erwähnt: Teilzeit bedeutet auch Teilentgelt. Während männliche Teilzeitbeschäftigte oftmals am Weg zur Selbständigkeit sind oder gerade nebenbei ihr Doktoratsstudium beenden wollen, „wählen" Frauen meist diese Arbeitsform, um berufliche und außerberufliche Interessen verbinden zu können. Hinter „außerberuflichen Interessen" verbergen sich familiäre Verpflichtungen. Der Familienstatus eines Mannes hat in den seltensten Fällen Einfluß auf seine Berufsentscheidung.

Mit der Dynamik der Arbeitszeiten zieht der oft erwähnte sozialpolitische, sozialstaatliche Rückzug gleich. Werden Beschäftigungsverhältnisse zunehmend prekär, so betrifft das männliche und weibliche ArbeitnehmerInnen, bleibt nur die Frage, welcher Teil verlo-

* Alle Angaben aus dem Frauenbericht des Frauenministeriums, Wien 1995.

ren gegangene soziale Sicherung oder Arbeitsplatzsicherheit durch hohen Verdienst und private Versicherung ersetzen kann?

## „Weiß, männlich, jung, leistungsfähig"

Für die Beantwortung der Frage braucht es keine Zukunftsvisionen, der Blick zurück genügt. Der Maßstab, nach dem der moderne Standortstaat mißt, ist der gleiche, nach dem uns der Wohlfahrtsstaat (angeblich alle) behütet hatte. Bzw. der Maßstab wird übernommen, die Norm wurde im Sozialstaat gefestigt. Wird heute eingeschätzt, daß die Wohlfahrtssysteme der Metropolen nicht mehr als ein vorübergehender Kompromiß waren, muß auch dazu gesagt werden, daß dieser „fordistische, wohlfahrtsstaatliche Kompromiß" einer zu Lasten von Frauen und MigrantInnen innerhalb der Zentren und ganzen Regionen außerhalb der Zentren war.

Um die inländische, männliche Normalbiographie (frei verfügbare Arbeitskraft, Kontinuität der Erwerbsarbeit, Ernährerstatus etc.) als Kern der Erwerbsarbeitsgesellschaft liegt nicht erst seit kurzem ein breiter, sozial schlecht gesicherter „Rand" der Erwerbstätigkeit. Das rechtliche System von Werkverträgen, Aushilfsarbeit, Heimarbeit, Hilfsarbeit, TagelöhnerInnentum, Saisonarbeit, unentgeltlicher Hilfe, das tolerierte System von Schwarzarbeit, karitativer Versorgungsarbeit, Hausarbeit etc. – all diese Systeme weichen von „Normalarbeit" ab. Jedoch diese „Normalarbeit" war zu allen Zeiten auch Kern der Sozialpolitik und Bemessungsgrundlage für Sozialleistungen.

Sozialpolitik entschärft nicht nur soziale Notlagen, sichert ab, sondern sie gibt auch Rahmenbedingungen vor. Rahmenbedingungen für die Gestaltung der Geschlechterbeziehungen. Sie subventioniert bestimmte Arbeitsteilungen und Lebensformen und benachteiligt andere. Der Mann wird als Berufstätiger, der die Familie ernährt, wahrgenommen und in dieser Rolle unterstützt. So folgt sie patriarchalen und familialistischen Gesichtspunkten bei gleichzeitiger Festigung dieser. „Alleinverdienerabsetzbetrag", Mitversicherung, berechnetes gesamtes Familieneinkommen für Arbeitslosengeld und Notstand etc. sind an der Ernährer/Hausfrauenehe ausgerichtet. Der Zugang zu den erwerbsarbeitsbezogenen Sicherungssystemen, zugeschnitten auf das männliche Normalarbeitsverhältnis ist nicht erst seit gestern erschwert. Lohnarbeit und „verdienter" sozialer Absicherung standen staatliche Wohlfahrt und ganz allgemein SozialhilfeempfängerInnen gegenüber, je nach politischer Coleur mehr oder weniger kraß gegenübergestellt. Waren (sind) die Mehrzahl dieser EmpfängerInnen Frauen, so stehen heute in Zeiten des Ab- und Umbaus vor allem auch Frauen im Sozialschmarotzerinneneck, die Zielgruppe der Diffamierungen ist nicht männlich, nicht jugendlich, nicht leistungsfähig, nicht mit einheimischem Paß ausgestattet. In diese Voraussetzungen eingebettet, bringen die „neuen Arbeitsformen", dort wo sie nicht existenzsichernd sind, eine weitere Form von Abhängigkeit und/oder Armutsrisiko. Ohne gesellschaftliches Netz ist jeder Beschäftigungsdrahtseilakt verhängnisvoll.

Neokonservative Politik reagiert auf die allerorten schwindenden Leitbilder mit einer weiteren Stärkung familiärer Strukturen und der Zementierung der Spaltung der Gesellschaft. Gerät auch die männliche Normalbiographie ins Wanken, wird auch die Identität des lebenslangen Voll-Ernährers verschoben, so bleibt er doch zumindest Herr im Haus und Herr der Welt.

Daß das zu Verteidigende unzureichend ist, gilt auch in diesem Fall. Soziale Absicherungen und Systeme, die nicht das einzelne Individuum bemessen, die bestimmte Lebensformen subventionieren, belohnen, die zwei Zugangskanäle kennen: die Erwerbsarbeit und die Angehörigen- und Mutterschaft, dürfen antipatriarchalen und antikapitalistischen Strategien nicht entsprechen.

Auch die Idee einer „staatsbürgerlichen Versorgung", innerhalb einiger feministischer Ansätze diskutiert, kann keine Alternative sein. Im Gegenteil, wird hier doch eine Spaltung durch die andere ersetzt. „In- oder ausländisch" steht hier „erwerbstätig oder versorgt" gegenüber. Die Devise kann neben der Umverteilung und Umbewertung von Arbeit und radikaler Arbeitszeitverkürzung nur „Grundsicherung für alle" lauten. ■

*C. Schustler, Der Friseur, um 1830 bis 1840.*

Melina KLAUS ist Frauensprecherin der KJÖ-Junge Linke. Sie studiert Pädagogik und Germanistik.

# „Wohlversorgtheit", nicht „Arbeit für alle" heißt das Ziel!

*Erich RIBOLITS*

*Wider die Überhöhung der Arbeit zur zentralen menschlichen Bestimmungsgröße und die daraus folgende Unfähigkeit, dem Weniger-Werden der Erwerbsarbeit anders als mit dem Ruf nach neuen Arbeitsplätzen zu begegnen*

Schon Ende der 50er Jahre prognostizierte Hannah Arendt in ihrem Buch „Vita activa", daß der technische Fortschritt die Menschheit in naher Zukunft von den uralten Fesseln der Arbeit, die sie unmittelbar an die Natur ketten, entbinden werde. Allerdings sah Arendt schon damals voraus, daß die Befreiung von der Last der Arbeit und dem Joch der Notwendigkeiten nicht als die schlußendliche Befriedigung der ewigen Sehnsucht des Menschengeschlechtes „nach einem von Mühe befreiten, göttergleichen Leben" in die Geschichte treten wird. Denn – so führt sie aus – „die Verwirklichung des uralten Traums trifft wie die Erfüllung von Märchenwünschen auf eine Konstellation, in der der erträumte Segen sich als Fluch auswirkt. Denn es ist ja eine Arbeitsgesellschaft, die von den Fesseln der Arbeit befreit werden soll, und diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um deretwillen die Befreiung sich lohnen würde. Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein."[1]

Tatsächlich galt die Arbeit den Menschen bis an die Schwelle zur Neuzeit als „Fluch Gottes"; eine dem Menschen auferlegte bittere Notwendigkeit, der sich jeder, der es sich leisten konnte, entzog. Erst danach setzte ein sukzessiver Prozeß ein, in dessen Verlauf die Arbeit ihren Makel als ein von Gott auferlegtes Übel abschüttelte und zur Tugend umgedeutet wurde. Zunehmend erlangte sie den Status der grundlegenden Bestimmungsgröße des Menschen. Indem das Besondere am Menschen immer weniger in seiner unsterblichen Seele und immer mehr in seiner Fähigkeit gesehen wurde, das Schicksal durch Intelligenz und Willenskraft zu bestimmen, wurde Arbeit zur neuen Definitionsgröße des Menschen. Sie wurde zu jener Größe hochstilisiert, die – wie es Friedrich Engels später einmal formulierte – den Affen zum Menschen macht.

Diese Entwicklung, die in der frühen Neuzeit ihren Anfang genommen hatte und mit den bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts kräftigen Aufwind erhalten hatte, gelangte schließlich, unter tatkräftiger Unterstützung der Arbeiterbewegung um die Wende zum 20. Jahrhundert zu ihrem Abschluß. Die Arbeiterbewegung war es, die die feudale parasitäre Faulheit endgültig desavouierte und das bürgerliche Leistungsstreben definitiv in den Köpfen der Menschen verankerte. In einer beispiellosen Überhöhung der Ideologie ihrer Unterdrücker hat sie den geknechteten und unterdrückten Arbeiter zum Heroen der Geschichte und die entfremdete Arbeit zum Hohelied des Industriezeitalters umgedeutet. Die soziale Disziplinierung durch Arbeit – im Kontext profitorientierter Ökonomie! – wurde dergestalt zu etwas hochstilisiert, um das es sich zu kämpfen lohnt. Der letzte Ansatzpunkt für ein Infragestellen der „Ideologie der Arbeit" war damit gebrochen. Arbeit hatte sich losgelöst von der Bindung an Bedürfnisbefriedigung und war zu einem „Zweck an sich" geworden – die Arbeitsgesellschaft war etabliert.[2]

Das ist die Grundlage jener Situation, die Hannah Arendt in eingangs zitiertem Textausschnitt anspricht: Die Tatsache, daß immer weniger menschliche Arbeit notwendig ist, um die Bedürfnisbefriedigung der Menschen sicherzustellen, kann nun nicht mehr als gesellschaftlicher Erfolg wahrgenommen werden. Die einzig logische Konsequenz, die dieser Entwicklung folgen müßte, die Verringerung der allgemeinen Arbeitszeit – selbstverständlich ohne Kürzung der Einkommen –, gilt heute als exotische Forderung, die auf nur wenig Akzeptanz stößt. Stattdessen werden von allen Seiten in hilfloser Einigkeit neue Arbeitsplätze gefordert und Lohneinbußen hingenommen, weil „wir in den letzten Jahren ja angeblich über unsere Verhältnisse gelebt haben". Kaum wird irgendwo thematisiert, daß die durchschnittliche Wertschöpfung pro geleisteter Arbeitsstunde auch derzeit – genauso wie in den letzten Jahrzehnten – massiv ansteigt und der durch Arbeit geschaffene gesellschaftliche Reichtum weiterhin anwächst. Das vom Arbeitsethos paralysierte Denken verhindert die Forderung nach einer gerechten Aufteilung des Arbeitserfolgs. Offenbar besteht, bevor die unserer Gesellschaft immanente Vergötzung der Arbeit nicht grundsätzlich relativiert wird, überhaupt keine Chance, das Weniger-Werden der Lohnarbeit dafür zu nützen, gesellschaftspolitische Alternativen jenseits von Lohnarbeit und Arbeitsgesellschaft zu entwickeln. Heute klingt schon die Forderung nach einem „Recht auf Arbeit" ketzerisch, an „Wohlversorgtheit für alle" wagt gar niemand zu denken.

## Das Ende der Arbeitsgesellschaft

Uns allen, die wir gelernt haben, uns über Arbeit zu definieren, wird allerdings nichts anderes übrig bleiben als (wieder) zu entdecken, daß der Sinn des Lebens nicht darin liegen kann, sich Arbeitsprozessen unterzuordnen, die nicht an der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern an der Maximierung von Profit ausgerichtet sind. Denn auch wenn Politiker aller Couleurs derzeit regelmäßig Maßnahmen zum Schaffen neuer Lohnarbeitsplätze ankündigen, ist nicht zu erwarten, daß sich der Prozeß der rapide anwachsenden Arbeitslosigkeit (und der damit verbundenen sukzessiven Entwertung der Arbeit) umkehren wird. Der Arbeitsgesellschaft geht ihr namensgebendes Gut – die Erwerbsarbeit in ihrer klassischen Ausprägungsform – aus. Und diese Entwicklung ist endgül-

tig. Denn im Gegensatz zur Arbeitslosigkeit in früheren Entwicklungsphasen im System kapitalistischer Arbeitskraftverwertung, signalisiert die gegenwärtige Arbeitslosigkeitswelle nicht eine Periode der Umstrukturierung *im* System, sondern *die Krise des Systems selbst*. Es handelt sich dabei nämlich nicht – wie meist angenommen wird – bloß um Folgen des technischen Fortschritts oder der ökonomischen Globalisierung.

Wären dies die Ursachen des Weniger-Werdens an Lohnarbeitsplätzen, dann wäre das System der kapitalistischen Arbeitskraftverwertung noch lange nicht grundsätzlich in Frage gestellt. So ist das permanente Hervorbringen neuer, produktivitätssteigernder Technologien und Arbeitsverfahren nachgerade ein Kennzeichen der kapitalistischen Konkurrenzökonomie. Und auch der mit dem Begriff Computer verbundene, gegenwärtige Produktivitätsfortschritt ist nur ein – wenngleich gewaltig großer – technologischer Entwicklungsschritt, wie es deren schon viele gegeben hat. Hätte sich an den Rahmenbedingungen nichts geändert, würden – so wie bisher – die durch den technischen Fortschritt „freigesetzten" Arbeitskräfte bald schon von Wirtschaftsbereichen aufgesogen werden, die durch das weitere Ankurbeln des Warenumlaufs und das Wecken neuer Konsumwünsche entstehen.

Auch die durch die Globalisierung ausgelösten Arbeitsplatzverlagerungs- und Vernichtungseffekte, einschließlich der damit verbundenen sozialen Erosionen, bringen die Arbeitsgesellschaft nicht unbedingt zum Kippen. Zwar funktioniert es tatsächlich immer weniger, durch die Unterordnung der Politik unter Wirtschaftswachstumsprämissen den Spielraum für die sozialstaatliche Abfederung gesellschaftlicher Widersprüche zu schaffen. Mit den vorhandenen Instrumenten nationaler Politik kann die global agierende Konkurrenzökonomie nur mehr in immer geringerem Maß beeinflußt werden. Und es würde wohl Jahrzehnte dauern, bis transnationale politische Instrumentarien erkämpft sind, die es ermöglichen würden, dem Kapitalismus auch auf globaler Ebene jenes soziale Erscheinungsbild zu geben, das seinen zuletzt recht guten Ruf begründet hat. Aber prinzipiell kann davon ausgegangen werden, daß es irgendwann auch im internationalen Rahmen möglich wäre, die Anarchie des (Arbeits-)Marktes politisch zu überformen.

Was aber tatsächlich berechtigt, gegenwärtig von einem heraufdämmernden „Ende der Arbeitsgesellschaft" zu reden, ist, daß zunehmend die ökologisch diktierten „Grenzen des Wachstums" sichtbar werden. Permanente Ausweitung ist einer der Grundpfeiler der kapitalistischen Ökonomie. Das daraus abgeleitete Generalrezept zur

*Anonym, Ein Nachtwächter in Wien.*

Bekämpfung kapitalistischer Krisen, das Ankurbeln der Wachstums- und Konsumspirale, stößt allerdings derzeit immer deutlicher an Grenzen. Zunehmend wird unübersehbar, daß das mit permanentem Wachstum untrennbar verbundene Prinzip der hemmungslosen Ausbeutung aller Ressourcen fortschreitend wachsende Rohstoff- und Energieprobleme sowie ökologische Zerstörungen auf progressiver Stufenleiter nach sich zieht. Damit wird es aber auch immer schwieriger, den – durch die permanente Erhöhung der Produktivität ausgelösten – *relativ* andauernd sinkenden Arbeitskräftebedarf durch einen neuen Bedarf an lebendiger Arbeit mittels der fortschreitenden Ausweitung der Produktion und des Angebots an Dienstleistungen zu kompensieren.

## Ausbeutung von Natur und Mensch sind dem Kapitalismus immanent

Eine der entscheidenden Grundlagen der kapitalistischen Erfolgsstory war die leichte Verfügbarkeit über billige Rohstoffe und Energien sowie die nahezu uneingeschränkte Möglichkeit, die Naturgrundlagen der Produktion quasi als Gratisproduktivkraft auszubeuten. Heute ist der daraus resultierende Prozeß der anwachsenden Zerstörung der Natur, den Karl Marx am Beispiel der Industrialisierung der Vereinigten Staaten bereits Ende des neunzehnten Jahrhunderts aufgezeigt und – neben der hemmungslosen Ausbeutung lebendiger Arbeitskraft – als ein grundsätzliches Phänomen der kapitalistischen Produktion beschrieben hat[3], für jedermann unmittelbar erkennbare Realität geworden. Immer offensichtlicher wird, daß die gewaltigen Produktivitätszuwächse der letzten Jahrzehnte nur auf der Basis des schrankenlosen Raubbaus und der systematischen Zerstörung der Naturgrundlagen unserer Existenz erzielbar waren. Die brutale Ausbeutung der Arbeitenden, die den Frühkapitalismus gekennzeichnet hatte, war in weiterer Folge bloß abgelöst worden durch eine ebensolche Ausbeutung und Verstümmelung der Natur.

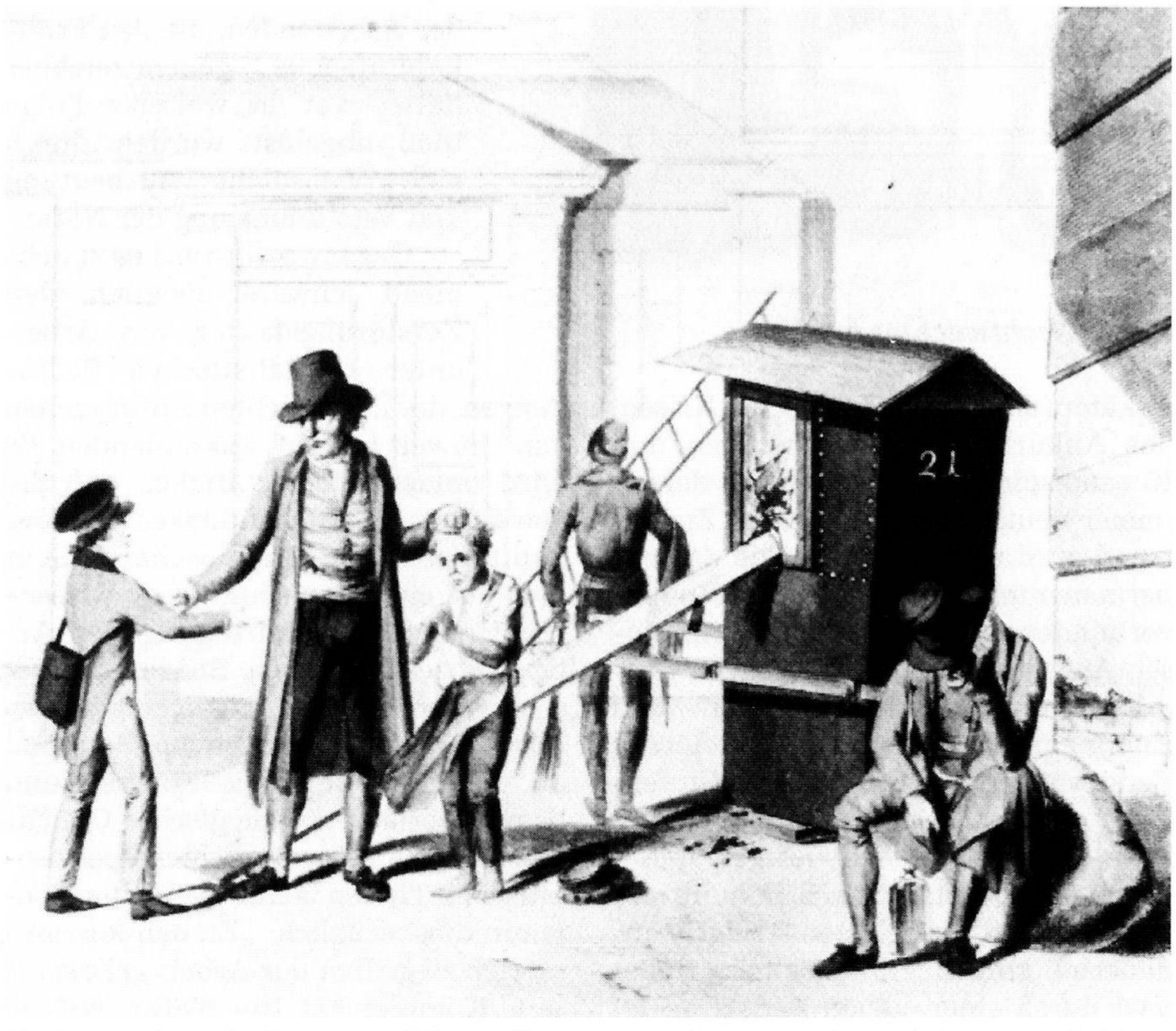
Gegenwärtig wird es zunehmend schwerer möglich, den Zerstörungsfaktor von Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen, der im schlichten Aufbrauchen von Umwelt besteht, auszublenden. Es wird immer offensichtlicher, daß die gewaltigen Produktivitätsgewinne der kapitalistischen Ära durchaus nicht bloß auf einer „unschuldigen" wissenschaftlichen Durchdringung der Arbeitsprozesse beruhen. Sie sind in diesem Ausmaß nur möglich gewesen durch einen anwachsenden Raubbau an den natürlichen Ressourcen und dem Unterlaufen ökologischer Gleichgewichte. In seinen geschichtsphilosophischen Thesen bemerkte Walter Benjamin diesbezüglich: „Zu den korrumpierten Begriffen der Arbeit gehört als sein Komplement die Natur, welche (...) gratis da ist."[4] Heute beginnen die

Kosten des quantitativen Wachstums allerdings zunehmend seinen Nutzen zu schmälern.[5] Mit den Grenzen des Wachstums ist damit aber auch die Grenze der Lohnarbeit schaffenden Potenz des Kapitalismus erreicht.

## Arbeitsfetisch – ideologische Barriere gegen emanzipatorische Veränderung

Worum es heute also geht, ist die Einsicht, daß die in Europa allerorts hohen und noch weiter steigenden Arbeitslosenzahlen und der anwachsende Zwang für viele Amerikaner, sogenannte Mac-Jobs anzunehmen, sehr viel mehr bedeutet als eine vorübergehende Krise im System der kapitalistischen Arbeitskraftverwertung. Wir befinden uns am Anfang vom „Ende der Arbeit" und in dieser Situation bringt es herzlich wenig, um neue Arbeitsplätze zu kämpfen. Notwendig ist die Überwindung des allgemein verinnerlichten Arbeitsethos – der Idealisierung des Arbeitens über jede bedürfnisorientierte Notwendigkeit hinaus. Diese Fetischierung der Arbeit kettet die Bewohner der industrialisierten Welt an die mit Ausbeutung, Zerstörung und Ungleichheit verbundene Arbeitsgesellschaft. Und der Arbeitsfetisch stellt jene ideologische Barriere dar, durch die verhindert wird, daß die Spaltung der Gesellschaft in Menschen, die sich um Arbeitsplätze immer heftiger konkurrieren müssen, und in solche, deren Profite genau dadurch anwachsen, nicht als politisch-ökonomischer Grundskandal des kapitalistischen Gesellschaftssystems wahrgenommen und entsprechend bekämpft werden kann.

Eingedenk der Marxschen Erkenntnis, daß das Reich der Freiheit erst jenseits der Arbeitsnotwendigkeiten beginnt, gilt es nicht um neue Arbeitsplätze zu kämpfen, sondern um das Herstellen gesellschaftlicher Bedingungen, die allen Menschen maximale kulturelle Teilhabe bei einem Minimum an geforderter Arbeit ermöglichen. Das Ziel kann nicht sein, daß alle Menschen „vollbeschäftigt" sind, sondern, daß sie an der erzeugten Güter- und Leistungsfülle teilhaben und sich beschäftigen können, womit sie sich beschäftigen wollen. Es ist höchste Zeit für die Einsicht, daß der Mensch sich nicht als arbeitender Konsument vom Tier unterscheidet, sondern als denkendes Wesen. Dazu müssen allerdings jahrhundertelang eingeübte soziale und emotionale Verhaltensweisen hinterfragt und tief verschüttete Sehnsüchte wiederentdeckt werden. Es gilt, unsere „nicht verwertbaren" Bedürfnisse wieder zutage zu befördern, jene menschlichen Sehnsüchte und Wünsche, die sich nicht in Profit umsetzen lassen und die demgemäß im Kapitalismus einer permanenten Erosion ausgesetzt sind. Aufzutreten gilt es gegen die ideologische Rede vom *Sinn des Lebens,* der in der Arbeit zu suchen sei, und es gilt die *Muße* wiederzubeleben, jenen ursprünglichen Fundamentalbegriff abendländischer Kultur, der in der programmatischen Mußelosigkeit der totalitären Arbeitswelt gänzlich obsolet geworden ist. Denn Kultur setzt Muße voraus und das heißt „Befreiung von Arbeit". ■




*S. Terger, Sesselträger, aus: Wiener Scenen aus dem gemeinen Leben, um 1830.*

Erich RIBOLITS ist Berufsbildungsforscher. Er lehrt als Dozent an mehreren Universitäten und ist in der LehrerInnenaus- und -weiterbildung tätig.

## Anmerkungen

1 Arendt, H.: Vita activa, oder Vom tätigen Leben. München 1989[6].

2 Siehe dazu ausführlich: Die Arbeit hoch? Berufspädagogische Streitschrift wider die Totalverzweckung des Menschen im Post-Fordismus. München/Wien 1997[2].

3 Marx, K.: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Marx/Engels: Gesammelte Werke, Bd. 23. Berlin (Ost) 1988[17].

4 Benjamin, W.: Einbahnstraße (1928). Zit. nach Guggenberger, B.: Wenn uns die Arbeit ausgeht. Die aktuelle Diskussion um Arbeitszeitverkürzung, Einkommen und die Grenzen des Sozialstaats. München/Wien 1988, S. 41.

5 In seinem Buch „Die Pflicht zur Faulheit" belegt der Autor Reinhard Klopfleisch diese Aussage mit einer Untersuchung von Christian Leipert aus dem Wissenschaftszentrum in Berlin, der berechnet hat, daß die „heimlichen Kosten des Fortschritts" im Zeitraum zwischen 1970 und 1988 von knapp 7 auf 11,6 Prozent des Bruttosozialprodukts angestiegen sind. Dabei rechnet der Wirtschaftswissenschaftler zu den Kosten, die durch das *Wachstum* der Wirtschaft entstehen, nicht nur Umweltschäden, sondern auch Kosten des Gesundheitssystems, des Verkehrs, der Zersiedlung der Landschaft, der Kriminalität und der Arbeitsunfälle. Klopfleisch weist allerdings auch auf Experten hin, die sogar die in dieser Höhe angesetzten *Kosten des Wachstums* noch als wesentlich zu niedrig ansehen. Klopfleisch, R.: Die Pflicht zur Faulheit. Freizeit zwischen Streß und Muße. Düsseldorf/Wien/New York 1991, S. 202f.

# Einige grundlegende Anmerkungen zur politischen Ökonomie des Steuerstaats

*Josef SCHMEE*

*Die Finanzierung über Steuern ist (und ist es immer gewesen) eine Form ökonomischer Ausbeutung und damit ein Problem für die Klassenanalyse. Es trifft heute nicht weniger als in der Vergangenheit zu, daß äußerer Schutz und äußere Macht sowie die Bereicherung einiger Klassen auf Kosten anderer der Zweck des Beitragssystems sind. (James O'Connor)*

## 1. Historische Entwicklungslinien des Steuerstaats

Die Herausbildung und Entwicklung des Steuerstaats hat Joseph A. Schumpeter in seiner ‚Krise des Steuerstaats' analysiert. Anlaß dazu gab ihm die Behauptung, daß „die staatsfinanziellen Probleme, die der Erste Weltkrieg zurücklassen wird, nicht im Rahmen der Wirtschaftsverfassung gelöst werden können".[1] Schumpeter war der Auffassung, daß aus der Finanzgeschichte sich die Gesellschaftsform ableiten läßt, wobei der finanzielle Abdruck der Steuerstaat ist.[2] Für ihn war der moderne Steuerstaat, so wie er zu Ende des Ersten Weltkrieges in die Krise geschlittert war, seinerseits eine Krise des Feudalsystems. Historisch gesehen wurzelt dieser weder in unmittelbarer Weiterentwicklung, noch „im Sinne einer Weiterentwicklung oder ‚Kulturwanderung' im antiken Steuerstaat, sondern in den sehr bodenständigen Verhältnissen des Reichs und der Fürstenterritorien des 14. bis 16. Jahrhunderts".[3] Nach Schumpeter entwickelte sich aus der Krise des Feudalsystems der moderne Steuerstaat, dessen Entwicklungsdilemmata deshalb im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus am besten sichtbar werden. In geraffter Form beschreibt er die ‚Krise der Domänenwirtschaft am Ausgang des Mittelalters'. Charakteristisch für diesen historischen Abschnitt der Menschheitsgeschichte ist die Tatsache, daß es zwischen öffentlichem und privatem Recht insoweit keine systematische Unterscheidung gab, als sich typischerweise noch keine Staatsgewalt herausgebildet hatte: „Jene Summe von Rechten und Machtstellungen besaß der Fürst zu eigenem Nutzen, so daß seine Phraseologie von öffentlichem Wohl damals und noch viel später keinen andern Sinn hatte als etwa ähnliche Ausdrucksweisen im Munde eines Fabrikherrn von heute."[4] Auch gab es keine soziale Macht, auf die sich das Gemeinwohl hätte gründen können. Lediglich die Intentionen des Fürsten kamen für die Verfolgung des Gemeinwohls in Frage: „Freilich haben viele jener landesfürstlichen Rechte auch damals dem Bedürfnis der sozialen Gemeinschaft gedient: die Rechtsprechung vor allem. Allein das macht sie noch nicht zu etwas ‚Öffentlichem' oder ‚Staatlichem'.[5] Somit läßt sich der Staatsbegriff nicht auf das Feudalsystem anwenden: „Solange der Staat als besondere reale Macht nicht da ist, hat die Unterscheidung von öffentlichem und privatem Recht überhaupt keinen Sinn."[6] Für Schumpeter bedeutet das, daß für die Politik des Landesherrn, die ja „nicht Staatspolitik, sondern seine persönliche Angelegenheit war" er selbst aufzukommen hatte. Letztendlich ließen sich die Ausgaben des Landesherrn in der feudalen Wirtschaftsordnung über nachstehende Mittel finanzieren: „Die Mittel (...) entstammten ebensowenig einer einheitlichen Staatsgewalt wie die Landesherrlichkeit – es war eine Summe von Einkünften sehr verschiedener Natur, wie die letztere eine Summe verschiedener Rechte. Vor allem kamen die Einnahmen aus seinem eigenen Grundbesitz in Betracht, also die – seit dem 13. Jahrhundert hauptsächlich in Geldrenten bestehenden – Giebigkeiten seiner ‚Untertanen', der hörigen Bauern, deren Grundherr er war. Bis in das 16. und 17. Jahrhundert erblickte man darin die Grundlage fürstlicher Finanzwirtschaft und in der Reform der Verwaltung des Dominiums – die überall zwischen dem 13. und 16. Jahrhundert durchgeführt wurde – den Kern des ‚finanziellen Problems' der Zeit. Dazu kamen die verschiedenen nutzbaren Rechte, Münz-, Markt-, Zoll-, Bergwerks-, Judenschutzregal, und endlich gerichts-, stadt-, vogteiherrliche Einkünfte. Darüber hinaus gab es wohl hergebrachte Gaben der Lehnsmannen, die vielumstrittenen Leistungen der Kirche, aber keinen allgemeinen Anspruch auf ‚Steuern'."[7]

Im 14. und 15. Jahrhundert geriet der Landesherr in eine zunehmend finanziell schwierigere Situation; in einzelnen Fällen wird die Lage unhaltbar – eine Krise der Finanzwirtschaft war da. Bei der Erklärung dieser Krise geht es jedoch Schumpeter nicht so sehr um zeitliche Ereignisse, sondern er versucht den dabei ablaufenden tieferen sozialen Umbildungsprozeß aufzuzeigen. Eine Ursache der Krise war, daß der Fürst sein Dominium schlecht verwaltete. Die wichtigste Ursache jedoch waren die steigenden Kosten für die Kriegsführung, die sich ebenfalls durch die Auflösung des Lehnverbunds und die damit erforderliche Einrichtung von Söldnerheeren ergaben; diese wurden dann ihrerseits wieder eine treibende Kraft der weiteren Entwicklung. Für Schumpeter war dieser Entwicklungsprozeß die „Patrimonialisierung der Persönlichkeit".

Was sich nun als Auflösung des Feudalsystems abzuzeichnen begann, war Ausdruck der Krise des Finanzsystems. Je länger aber diese Finanzkrise die Erledigung gesellschaftspolitischer Aufgaben in die Länge zog, um so mehr entpuppten sich die Staatsaufgaben wie etwa die Türkenkriege im Sinne der gemeinsamen Not heraus. In dem Augenblick, wo die Stände nun derartige Staatsaufgaben und damit ihre Finanzierung anerkannten, war ein neuer sozialer Tatbestand geschaffen: „Der Sachverhalt, daß die alten, die ganze Persönlichkeit in überpersönliche Zwecksysteme einspannenden Formen erstorben waren und die Individualwirtschaft jeder Familie zum Mittelpunkt ihres Daseins geworden, damit eine private Sphäre begründet war, der nun die öffentliche als ein unterscheidbares Etwas gegenübertrat: Aus der

‚gemeinen Not' wurde der Staat geboren."[8] Schumpeter weist im weiteren Verlauf seiner Untersuchung zu Recht darauf hin, daß die endgültige Herausbildung einer Steuerpflicht nicht geradlinig, sondern über viele Umwege eingeführt wurde. Mit der Etablierung des Steuerstaats, mußte sich nun das Privateigentum des Landesherrn von öffentlichem Eigentum streng unterscheiden: „Wie immer dem aber sein mag: Der Steuerstaat war da – Idee und Maschine"[9], seine Existenz verdankt er der Krise des feudalen Finanzierungssystems.

## 2. „Verschuldeter Steuerstaat" versus ‚Unternehmerstaat' – Rudolf Goldscheids ‚Finanzsoziologie'

Auch am Ausgang des 20. Jahrhunderts ist das Studium der Arbeiten von Rudolf Goldscheid sehr aufschlußreich. In seinem ersten Kapitel ‚Finanzwissenschaft und Soziologie' führt er aus: „Die Wissenschaft vom Staat ist noch ganz und gar rückständig. Und zwar obwohl alle Aufbauelemente für sie eigentlich bereits vorhanden sind. Man hat es nur noch nicht recht verstanden, sie sich zunutze zu machen. Sonst müßten wir schon längst eine Entwicklungsgeschichte des Staates besitzen, die uns den tiefsten Einblick in sein innerstes Wesen gewährt, die uns sowohl reichsten Aufschluß über die Ursachen seiner Struktur wie über die seiner Funktion bietet."[10] Fortschritte gab es jedoch hinsichtlich der Staatserkenntnis, wo das Verhältnis von Staat und Gesellschaft oder von Staat und Wirtschaft genauer untersucht wurde. Goldscheid führt in diesem Zusammenhang aus, daß „damit der rein juristischen Staatsauffassung die soziologische entgegentrat, die den Staat als Machtorganisation begreifen lehrte (...)". „Wir zweifeln heute nicht mehr daran, daß der Staat nicht einem Sozialvertrag seinen Ursprung verdankt, sondern sind überzeugt, daß er in der Hauptsache auf jenen Herrschaftseinrichtungen beruht, die, als Niederschlag von Gruppenkämpfen, den Besiegten von den Siegern auferlegt wurden."[11] Die Entwicklungsstränge von Staat und Ökonomie verlaufen letztendlich nicht parallel, vielmehr werden sie in wesentlichen Punkten von ganz anderen Faktoren bestimmt als etwa die Bildung der Sozialstruktur; diese wird überwiegend von den Lebensnotwendigkeiten der Menschen bestimmt. Es sind jedoch ganz andere Faktoren, die zur Entwicklung der Struktur des Staates beitragen. Für Goldscheid ist der „Kampf der Gruppe der mächtigste Faktor sowohl für die Differenzierung der staatlichen wie der gesellschaftlichen Struktur. Aber dieser hinterläßt ganz andere Wirkungen beim Staat als bei der Gesellschaft".[12]

Somit stellt sich die einfache Frage, wie denn in den Gemeinwesen jene Einrichtungen entstehen konnten, die wir heutzutage ganz allgemein als staatliche Einrichtungen beschreiben? Die Antwort Goldscheids darauf lautet: „Der eigentliche Motor, der aus einem primitiven Gemeinwesen die Anlage zu staatlicher Entwicklung hervortreibt, ist sein Finanzbedarf (...)." „Es wäre völlig verkehrt, jedes Gemeinwesen, bloß weil es eine bestimmte soziale Struktur hat, Über- und Unterordnung aufweist, Individuen und Schichten mit verschiedenen Rechten ausstattet, schon als Staat bezeichnen zu wollen (...)." „Somit ist die Herausbildung eines staatlichen Gefüges an die Existenz einer ‚gemeinsamen Kasse' gebunden, deren Verwaltung die Zentralgewalt ausübt. Beginnt man weiters erst in der Finanzorganisation die Triebfeder der staatlichen Entwicklung zu sehen, so erkennt man wie sich Staat und Gesellschaft auch auf das strengste in ihrer ausschlaggebenden Verschiedenheit auseinanderhalten lassen."[13] Schon diese elementare Einsicht, so Goldscheid, muß uns veranlassen, in der Finanzwissenschaft den Hauptschlüssel „zur Soziologie des Staates zu erblicken, in der Finanzgeschichte nicht nur den Zugang zur Staatsgeschichte, sondern auch den zur Erforschung der Staatsstruktur und Staatsfunktion zu suchen (...)". „Man wird anfangen, sie mit den Methoden der Soziologie zu bearbeiten, um sie aus der mittelalterlichen Rückständigkeit zu befreien."[14] An dieser grundlegenden Einsicht hat sich auch bis zum heutigen Tage nicht wirklich etwas geändert. Nach wie vor existieren große weiße Flecken in der Finanzwissenschaft, wenn es darum geht, gesellschaftspolitische Aussagen hinsichtlich des Staates zu formulieren.

Goldscheid weist weiters darauf hin, daß die Analyse der kollektiven Ausgaben und Einnahmen einer Gruppe in der soziologischen Forschung nach wie vor nicht den Stellenwert hat, der ihr zustehen würde. Zwar hat uns die materialistische Geschichtsauffassung bereits die Augen über die Bedeutung der Ökonomie für die gesellschaftliche Entwicklung geöffnet. Jedoch auch sie hat nur ungenügend den Einfluß der Finanzverhältnisse auf das Zusammenleben der Menschen berücksichtigt. Das Leben der Gesellschaft ist „in anderer Weise wirtschaftlich bedingt wie das Leben des Staates (...)". „Und ganz besonders ist hervorzuheben, daß die staatliche Finanzwirtschaft ein sozialisierender Faktor eigenartiger Natur ist. Der Finanzbedarf der Gesellschaft schafft ihre wichtigste gemeinsame Angelegenheit. Je größer der gemeinschaftliche Finanzbedarf wird, desto dichter wird das Netz der staatlichen Einrichtungen."[15]

Für Goldscheid stellt somit die Finanzorganisation den Überbau dar, den etwa die kriegerischen Ereignisse hervorrufen, d.h. was die eigentliche staatsbildnerische Kraft der Kriege ausmacht. „Nur scheinbar sind es die Kriege selber, denen die Staaten ihre entscheidende Ausgestaltung verdanken; in Wirklichkeit ist es die neue finanzielle Situation, die aus der erhöhten Beanspruchung der Gesellschaft durch Kriege hervorgeht, welche den Motor der Staatsdifferenzierung konstituiert."[16] Letztendlich ist es der Finanzbedarf des Gemeinwesens selbst, der die Rechte und Pflichten der Bürger entscheidend bestimmt. Im Mittelalter hatte ein wachsender Finanzbedarf nicht nur die Folge, daß der Bürger dem Landesherrn tributpflichtig wurde, sondern auch umgekehrt, daß der Landesherr in steigende Abhängigkeit seiner Bürger geriet. Er war somit gezwungen zur Deckung seines Finanzbedarfs einen Teil seines Besitzes zu veräußern oder zu verpfänden. Die Geschichte liefert hunderte von Belegen dafür, wie es zur zunehmenden Kapitalhörigkeit des Staates gekommen ist.

Die Konsequenzen daraus haben sich jedoch im historischen Abriß grundlegend geändert. Kam es im Zeitalter des Absolutismus noch zu einer Bevormundung der Wirtschaft, die als Zweck die ärgste erdenkliche Verschwendung hatte, so liegen die Verhältnisse dagegen im Zeitalter der sogenannten ‚freien Konkurrenz' anders. „Heute ist längst nicht mehr der Staat der Vampyr der privatrechtlich gegliederten Wirtschaft, es hat sich vielmehr das umgekehrte Verhältnis herausgebildet: die Privatwirtschaft ist allmählich zum Vampyr des Staates geworden. Sie hat sich Schritt für Schritt aus der staatlichen Bevormundung befreit, hat dem Staat seine Rechte ihr gegenüber beschnitten, unter gleichzeitiger

Erweiterung seiner Pflichten ihr gegenüber, ohne sich viel darum zu kümmern, wie und wo der wirtschaftlich enteignete Staat für sein von Tag zu Tag wachsendes Budget so beschaffene reale Sicherheiten gewinnen soll, die die breiten Massen nicht zu den härtesten Entbehrungen, ja zur schlimmsten Unsicherheit ihrer gesamten Existenz verurteilen."[17]

In der historischen Entwicklung des Staates haben wir es auch mit verschiedenen Arten von ‚Depossedierungen' zu tun: So ging die erste Enteignung mit dem Verlust von Gemeineigentum vor sich. Diese Expropriation, so Goldscheid, beantwortet der Staat, indem er „einen großen Teil der Privatwirtschaft unter seine Herrschaft zu bringen sucht, in dem er weiter das neu entstehende bürgerliche Privateigentum zugunsten des Staatshaushaltes um dessen Früchte zu bringen bestrebt ist (...)". „Jedoch auch den feudalistischen Staat ereilt das Schicksal neuerlicher Depossedierung. Auch seine Ausbeuterrechte werden ihm beschränkt, er wird gezwungen, die Eigentumsrechte der bürgerlichen Privatwirtschaft zu respektieren und von dem zu leben, was sie ihm an Renten und sonstigen Abgaben aussetzt." Aus dieser Entwicklung ergibt sich für Goldscheid, daß „der vielgelästerte Ausbeuterstaat in Wirklichkeit der ausgebeutete Staat ist. Was angeblich in die Staatskasse floß, floß, soweit der Staat nicht über eigenen Besitz verfügte, immer in die Kassen bestimmter bevorrechteter Schichten; das Volk ging bei der Bevormundung der Privatwirtschaft durch den Staat ebenso leer aus wie bei der Bevormundung des Staates durch die Privatwirtschaft."[18]

Abschließend bemühen wir noch einmal Schumpeter, der in seiner Goldscheidkritik darauf hingewiesen hat, daß die ‚Krise des Steuerstaats' auf tiefere, systemische Zusammenhänge verweist. Für ihn lag es somit auf der Hand, daß „dauerndes Versagen des Steuerstaats nie die zufällige Folge einer sei es noch so großen Störung sein könnte (...)". „Sondern die einfachste Überlegung zeigt, daß der Krieg äußerstenfalls nur eine viel tieferliegende Unzulänglichkeit der Gesellschaftsform, deren finanzieller Abdruck der Steuerstaat ist, ans Licht gerissen hat, daß er äußerstenfalls der Anlaß gewesen sein kann, der die Tragunfähigkeit des Gebälks unserer Gesellschaft dargetan und einen aus tiefern Gründen unvermeidbaren Zusammenbruch vorweggenommen haben kann."[19]

## 3. James O'Connor – Die Finanzkrise des Staates

Über die Finanzierung des Budgets schreibt O'Connor, daß „die Finanzierung über Steuern eine Form ökonomischer Ausbeutung und damit ein Problem für die Klassenanalyse ist. Es trifft heute nicht weniger als in der Vergangenheit zu, daß äußerer Schutz und äußere Macht sowie die Bereicherung einiger Klassen auf Kosten anderer der Zweck des Beitragssystems sind."[20] Somit findet auch jede wichtige Veränderung im Gleichgewicht der politischen Kräfte ihren Niederschlag in der Steuerstruktur. Anders ausgedrückt: die Steuersysteme sind ganz einfach besondere Formen der Klassensysteme.

*Georg Emanuel Opitz, Käsestecher, Uhrenverkäufer und Aschensammler, aus: Wiener Volkstypen, 1805 bis 1812.*

Als sich der Kapitalismus inmitten der feudalen Gesellschaft zu entwickeln begann, benutzte das Bürgertum das bestehende Steuersystem dazu, die Landherrn zu zwingen, den Staat an die Erfordernisse der privaten Kapitalakkumulation anzupassen. Auch versuchten in der Vergangenheit die herrschenden Klassen normalerweise nicht, die Steuerausbeutung ideologisch zu verschleiern, zu rechtfertigen oder zu rationalisieren. Neue Steuern werden somit, mit Schlagworten – etwa ‚Steuergerechtigkeit' oder ‚Erhöhung der Leistungsanreize' – versehen und ohne größere Schwierigkeiten eingeführt. Andererseits muß der Staat mit dieser ideologischen Steuerausbeutung die zum Tragen kommenden erhöhten Steuersätze wie auch die Ausdehnung der steuerlichen Grundlage klären. Die Rechtfertigung der Ausbeutung begründet sich nach O'Connor auf drei allgemeine Vorstellungen: „Auf die alte Idee der Anreize, die neuen Ideen der Zahlungsfähigkeit und der gleichen Behandlung Gleicher."[21] Hinsichtlich der Idee der Anreize spiegelt sich hier die offizielle Ideologie über die Besteuerung, die behauptet, daß die Steuern nicht die Anreize, Geldkapital sowohl anzubieten als auch zu investieren, verringern dürften. Mittlerweile ein von der Kapitalseite oft bemühter Stehsatz. Es bleibt jedoch anzumerken, daß innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Produktion die eingangs zitierten Lehrsätze natürlich zutreffend sind: „Diejenigen, die sie vorbringen, können die Produktion sabotieren, wenn sie nicht das erhalten, was sie als annehmbare Profitmargen und persönliche Einkommen erachten (...)." „Die Doktrin von der Zahlungsunfähigkeit hält dafür, daß alle Mitglieder der Gesellschaft (...) die ihrem persönlichen Einkommen angemessenen Steuern bezahlen sollten." Dieses Prinzip wird jedoch dann aufgegeben, wenn es mit der Doktrin der Anreize in Konflikt gerät. „Dutzende von Steuerlücken gewährleisten zum Beispiel, daß die Einkommen aus Kapitalbesitz im wesentlichen steuerfrei bleiben. Ferner diskriminiert die Verwendung des Einkommens, nicht des Reichtums, als Maßstab der Zahlungsfähigkeit ganz klar die Arbeitnehmer zugunsten des Kapitals. Nirgends in der kapitalistischen Welt werden nicht realisierte Kapitalgewinne besteuert, auch wenn sie offensichtlich die Fähigkeit des einzelnen, Steuern zu zahlen, erhöhen."[22] Die dritte Rechtfertigung der Steuerausbeutung ist die Vorstel-

lung, daß Gleiche gleich behandelt werden sollten. Im Prinzip nicht angreifbar, ist diese Doktrin in der Praxis für die Arbeitnehmer jedoch schädlich. „Die kapitalistische Gesellschaft ist keine Gesellschaft von Gleichen. Es gibt Besitzende und Nichtbesitzende, organisierte und nicht organisierte Arbeitnehmer, Reiche und Arme usw. Somit verstärkt ein Steuersystem, das Gleiche gleich behandelt, nur die vorhandenen Ungerechtigkeiten."[23]

Zusammenfassend führt O'Connor aus, daß „das Steuersystem zwei wichtige Funktionen erfüllt. Erstens erlaubt es dem Monopolkapital, seine Einkommen und seinen Reichtum zu vermehren (...)." „Zweitens eignet sich das System, um die Aufwendungen für das Sozialkapital und für die sozialen Unkosten bestreiten zu können, Kapital vom Mittelstand und von der Arbeiterklasse an. Indem es so die Möglichkeit der Arbeiter, flüssige Sparmittel zu akkumulieren, beschneidet, zwingt das Steuersystem die Arbeiter, Arbeiter zu bleiben. Hier liegt ein interessanter Widerspruch des Steuersystems: einerseits trifft die steuerliche Belastung die Arbeiterklasse am härtesten; andererseits benötigt die Arbeiterklasse in steigendem Maße Aufwendungen (soziale Konsumption und soziale Unkosten) eben aufgrund ihres Status als Arbeiterklasse."[24]

*Georg Emanuel Opitz, Kastanienbraterin und Laternbuben, aus: Wiener Volkstypen, 1805 bis 1812.*

## 4. Welchen Beitrag können Joseph Schumpeter und Rudolf Goldscheid zur Erklärung heutiger Budgetkrisen überhaupt leisten?

Bei der Beurteilung der Budgetdebatte in Österreich steht man zumeist unter dem Eindruck von aktuellen tagespolitischen Ereignisse, die den Blick hinter die Kulissen der wahren gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ereignissen verstellen. Die Zuhilfenahme der Analysemethode der ‚Finanzsoziologie' von Schumpeter, die unter dem Einfluß von Goldscheid formuliert wurde, zwingt jedoch den kritischen Betrachter geradezu, die aktuelle Tagespolitik auszublenden und demgegenüber strukturelle Überlegungen hinsichtlich der Budgets anzustellen. Dies relativiert auch manche von der politischen Klasse vorgetragene Handlungszwänge. Die derzeitige Budgetkrise in Österreich ist somit bei genauerer Betrachtungsweise gar kein so singuläres Ereignis, wie uns die Politiker glauben machen wollen. Die Hauptursachen sind nicht zuletzt in äußeren Zwängen begründet, wie die Erreichung der Maastricht-Kriterien.

Rufen wir uns das zwanzigste Jahrhundert kurz in Erinnerung, so hat es eine ähnliche Situation schon in den zwanziger und dreißiger Jahren gegeben. Damals wurde der österreichischen Bevölkerung unter „Hinweis auf das Diktat des Völkerbundes in Genf ein Sparpaket mit ähnlich bitterem Inhalt und mit durchaus vergleichbaren begründenden Argumenten verordnet".[25] Matis/Stiefel verwenden zur Illustration der damaligen Situation Ministeratsprotokolle aus den Jahren 1925 bis 1938 und weisen darauf hin, daß man nur die Namen der Politiker austauschen und anstelle des ‚Völkerbundes' in Genf die ‚Europäische Union' in Brüssel einzusetzen braucht. Die nachfolgende Aufzählung der damaligen Budgetmaßnahmen zeigt recht eindrucksvoll die Parallelen zu den diversen Sparpaketen der Bundesregierung auf: „Aufnahmesperren und Abbauaktionen im öffentlichen Dienst, Nichtnachbesetzung freigewordener Stellen, eine Besoldungsreform, Realeinkommenseinbußen und neue Dienstzeitenregelung für Beamte, Ausgliederung und Privatisierung von Staatsbetrieben, Verminderung des Aufwands für gesundheitliche Fürsorge, Kürzungen bei den Pensions- und Rentenzahlungen, aber auch entsprechende Gebühren- und Steuererhöhungen."[26]

In diesem Zusammenhang stellt sich jedoch die Frage, ob die Situation in den zwanziger Jahren nicht doch eine grundlegend andere gewesen sei. So war die gesellschafts- und wirtschaftspolitische Situation in der Ersten Republik primär durch die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs mit den allgemein bekannten Folgen geprägt. Trotzdem ist Matis/Stiefel zuzustimmen, wenn sie allgemein hierzu ausführen, daß „es den für den Staat politisch Verantwortlichen offenkundig immer schwer fällt, irgendwelche Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, schon deshalb, weil sie diese ja selbst kaum kennen (...)". „Manches von dem, was die Zwischenkriegszeit betraf, gilt es auch heute zu bedenken, vor allem trifft dies für die psychologischen Auswirkungen der Finanzpolitik auf das allgemeine Wirtschaftsklima zu."[27] Am Ende des 20. Jahrhunderts geht es nicht bloß darum, ob die politisch Verantwortlichen Fehler der Zwischenkriegszeit, die im Zusammenhang mit der Sanierung eines maroden Staatshaushalts gemacht wurden, zu vermeiden wissen; vielmehr geht es darum, auf den auf Liberalisierung und Deregulierung des Geld- und Kapitalverkehrs beruhenden Globalisierungsschub zu reagieren.

Zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert verändert das kapitalistische System sein Gesicht. Während die immer größer werdende Schar der Vertreter des Neoliberalismus dieses mit der Hoffnung auf ein neues *Goldenes Zeitalter* des Wirtschaftswachstums und der Prosperität verbindet, zeigen sich in zunehmendem Ausmaß die negativen Folgen für die unselbständig Beschäftigten in diesem Land. Untrennbar damit verbunden ist einerseits die rasante Zunahme der sozialen Ungleichheiten wie auch der politischen und sozialen Konflikte und anderer-

seits nehmen auch die weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen zu. Schließlich wird mit zunehmender Globalisierung die kapitalistische ‚Standortsicherung' in praktisch allen Staaten zum Credo der Wirtschaftspolitik, zu dem es keine Alternativen mehr zu geben scheint. Regierungen sehen sich hilflos internationalen Kapitalbewegungen und Finanztransaktionen in ungeahnter Größe ausgesetzt, da die praktizierten wirtschafts- und sozialpolitischen Instrumente zunehmend stumpfer werden. Diese radikalen gesellschaftspolitischen Veränderungen geschehen in einer Zeit, in der einerseits der ‚Staat' und die ‚Gesellschaft' derart einschneidenden Veränderungen unterworfen sind, daß so gut wie alle Prinzipien und Kategorien der bürgerlichen Demokratietheorie zur Disposition stehen.[28] Hirsch verweist zurecht darauf, daß „es in einer solchen Situation nicht darum gehen kann, strategische Blaupausen und politische Rezepte zu entwickeln. Vielmehr kommt es darauf an, die bestimmenden gesellschaftlichen Strukturen und Entwicklungen mit ihren Widersprüchen zu erkennen und sich mit konkreten politischen Ansätzen und Bewegungen auseinanderzusetzen. Die heute bestehende Zersplitterung in den weltweiten Oppositions- und Protestbewegungen sowie die Vielfältigkeit der politisch-sozialen Fronten und Konflikte können auch als Chance für die allmähliche Herausbildung einer neuen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Struktur begriffen werden."[29]

## 5. Ausblick

Die Frage, ob wir mehr Staat oder weniger Staat brauchen, ist angesichts der in vielen Ländern bestehenden Finanzkrise – verschärft u.a. durch die Erfüllung der Maastricht-Kriterien – heute wieder eine aktuelle Grundfrage politischer Entscheidungsprozesse. Primär geht es hierbei darum, welche Rolle der Staat zukünftig bei der Lösung wirtschafts- aber auch gesellschaftspolitischer Probleme einzunehmen hat. Zwar weisen die Auffassungen darüber zum Teil noch voneinander ab. Was jedoch neu an dieser Situation ist, ist daß der gemeinsame gesellschaftliche Nenner über die Installierung eines schlanken Staates in der Bevölkerung und insbesondere bei den politisch Verantwortlichen – egal welcher politischen Couleur sie angehören – stetig ansteigt. Die öffentlichen Haushalte sind jedoch vor allem deshalb in finanzielle Schwierigkeiten geraten, da zum einen die Erreichung der Maastricht-Kriterien ‚finanziert' werden muß und zum anderen hohe Aufwendungen zur Finanzierung der steigenden Massenarbeitslosigkeit erforderlich sind. Dies führt zu erheblichen Steuer- und Beitragsausfällen, die über zusätzliche Kredite und/oder auch Ausgabenkürzungen aufgefangen werden müssen. Die Chancen auf eine radikale politische Umkehr in Österreich scheinen somit nicht sonderlich gut zu sein. Ein Blick auf die herrschende Politik zeigt, daß diese inzwischen vom „Diktat der leeren Kassen" geprägt ist: Selbst dort, wo dringlicher Handlungsbedarf besteht, werden von der Politik wenig tragfähige und verteilungspolitisch höchst unbefriedigende Lösungen durchgesetzt. Diese Politik erzeugt erhebliche negative Umverteilungseffekte, die auf lange Sicht zu gesellschaftspolitischen Instabilitäten führen werden. ■

Josef SCHMEE ist Nationalökonom.

## Anmerkungen

1 Joseph Schumpeter, Die Krise des Steuerstaats (Graz und Leipzig 1918); hier zitiert nach: Rudolf Goldscheid, Joseph Schumpeter, Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, hrsg. v. Rudolf Hickel (Frankfurt/Main 1976), 329.
2 Joseph Schumpeter, Krise des Steuerstaats (1976), 330.
3 Ebenda, 333.
4 Ebenda, 334.
5 Ebenda, 335.
6 Ebenda, 335.
7 Ebenda, 335f.
8 Ebenda, 338f.
9 Ebenda, 340.
10 Rudolf Goldscheid, Finanzwissenschaft und Soziologie, in: Rudolf Goldscheid, Joseph Schumpeter, Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen, hrsg. von Rudolf Hickel, 1976, 317.
11 Ebenda, 317.
12 Ebenda, 318.
13 Ebenda.
14 Ebenda, 320.
15 Ebenda, 321.
16 Ebenda.
17 Ebenda, 326.
18 Ebenda, 327.
19 Joseph Schumpeter, Die Krise des Steuerstaats, 330.
20 James O'Connor, Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt 1974, 244.
21 Ebenda, 246.
22 Ebenda.
23 Ebenda, 247.
24 Ebenda, 255.
25 Dieter Stiefel, Die große Krise in einem kleinen Land. Österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik 1929-1938, Wien 1988, 121ff; zitiert nach Herbert Matis, Dieter Stiefel (Hrsg.), Krise des Steuerstaats – Steuerstaat in der Krise? Plädoyer für einen Funktionswandel des modernen Steuerstaats, Wien 1997, 7.
26 Vgl. Matis, Stiefel, 1997, 8.
27 Ebenda, 9.
28 Vgl. Joachim Hirsch, Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995, 8f.
29 Ebenda, 184.

## Literatur

Döring, Herbert, Die öffentliche Diskussion zur angemessenen Rolle des Staates in Westeuropa, in: Bundesministerium für Finanzen (Hrsg.), Eine neue Rolle für den Staat?, Wien 1993.

Goldscheid, Rudolf/Schumpeter, Josef, Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen. Herausgegeben von Rudolf Hickel, Frankfurt/Main 1976.

Hickel Rudolf, Grundsätze der Besteuerung – Eine politisch-ökonomische Neubetrachtung, in: Karl Diehl/Paul Mombert (Hrsg), Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie. Grundsätze der Besteuerung, Frankfurt/Berlin/Wien 1982, S. 9-81.

Hirsch, Joachim, Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995.

Kyrer, Alfred, Von den „Sparpaketen" zu den „Strukturpaketen" – Budgetpolitik mit dem Zeithorizont 2000, in: Matis/Stiefel (Hrsg.), Krise des Steuerstaats – Steuerstaat in der Krise? Wien 1997, S. 215-249.

Matis, Herbert/Stiefel, Dieter, Krise des Steuerstaates – Steuerstaat in der Krise?, in: Dieselben (Hrsg.): Krise des Steuerstaates – Steuerstaat in der Krise? Plädoyer für einen Funktionswandel des modernen Steuerstaats, Wien 1997, S. 5-17.

O'Connor, James, Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt/Main 1974.

# Thesen zur Dialektik von Mangel und Überfluß

*Ernst LOHOFF*

## 1.

Der Mensch ist bekanntlich ein bedürftiges Wesen. Er kann nicht leben, ohne mit seinesgleichen wie mit der ihn umgebenden äußeren Natur in Beziehung zu treten. Die Aneignung von Natur ist dabei wesentlich an deren Umwandlung gebunden. Erst menschliche Aktivität kann dem vorgefundenen Naturstoff ein vielgliedriges und ausdifferenziertes Ensemble menschlicher Genußgegenstände abgewinnen. Gesellschaftliche Reproduktion schließt in diesem Sinne notwendig ein produktives Moment ein. Dieses banale Faktum hat in der modernen Warengesellschaft aber eine ganz spezifische, alles andere als selbstverständliche Bedeutung angenommen. Alle vorkapitalistischen Gesellschaften hatten eine bestimmte Art und ein gewisses Niveau der Gütererzeugung und Distribution zur Voraussetzung; die bürgerliche Gesellschaft macht daraus den alles andere beherrschenden Inhalt von Gesellschaftlichkeit. Während die Produktion der Dinge des alltäglichen Gebrauchs in vormodernen Ordnungen immer dem eigentlichen gesellschaftlichen Raum vorgelagert blieb, rückt sie in der Warengesellschaft in dessen Zentrum, und das in Ware verwandelte Erzeugnis wird zur Elementarform des sozialen Zusammenhangs, zum Paradoxon einer in den Dingen geronnenen Gesellschaftlichkeit.

## 2.

Die privilegierte Position, die der Herstellung von Waren als dem Ursprung der gesellschaftlichen Objektivierung in der Moderne zukommt, hat auch in deren Selbstverständnis tiefe Spuren hinterlassen. Das warengesellschaftliche Bewußtsein behandelt maximierten Warenausstoß als Synonym für Reichtum schlechthin; gleichzeitig gilt ihm dessen Vermehrung als ultima ratio, an der sich der Sinn jeder Ordnung zu messen hat. Der systemimmanente Zwang, Mensch und Natur allenthalben zu Ressourcen betriebswirtschaftlicher Vernutzung umzufunktionieren und sie der Tendenz nach restlos als deren Rohmaterial in die tautologische Selbstbewegung des ökonomischen Werts einzuspeisen, wird zur besonderen Tugend umgemünzt. Vom Standpunkt des kapitalistischen Selbstzwecks aus mag es fast ein Ärgernis sein, daß sich zwischen die Pole G und G', die Ausgangs- und Endpunkt der Vermehrung von Geldkapital markieren, allemal als vermittelnde Bewegung die Erzeugung und Distribution verkäuflicher Waren schieben muß; der kapitalistischen Ideologie jedoch dienen die dabei in beständig wachsendem Umfang anfallenden Gebrauchswertschlacken, indem sie diese mit Wohlstand gleichsetzt, als zentrales Legitimationsargument. Seit jeher besingt der Liberalismus das blinde Spiel der einzelbetrieblichen Verwertung unverdrossen als segenspendend, weil es angeblich wie kein anderes System geeignet sei, möglichst viele mit möglichst vielem zu versorgen.

## 3.

Die Selbstüberhöhung der kapitalistischen Ordnung zur Reichtum schaffenden Gesellschaft par excellence ist natürlich nicht unwidersprochen geblieben. Vor allem der Marxismus hat diesen Anspruch stets zurückgewiesen. Bei aller Kritik an der Glorifizierung des Marktes blieb indes die Arbeiterbewegung selber dem liberalen Reichtumsbegriff verhaftet. Das Kapitalverhältnis wurde zwar insofern kritisiert, als es die unmittelbaren Produzenten von der Verfügung über ihr Produkt ausschließt und auf der Aneignung fremder Arbeit beruht. Überhaupt nicht ins Blickfeld rückte dagegen die kapitalistische Form des Reichtums selber, die als eine gigantische Ansammlung von Waren Inhalt und Qualität dieses Reichtums grundsätzlich negativ affiziert. Die Warenform zwingt die Genußdinge bereits auf einer dem (juristischen) Aneignungs- und Verteilungsproblem vorgelagerten Ebene in eine gesellschaftliche Gestalt, die nicht Reichtum schlechthin ist, sondern vielmehr nur eine ganz spezifische, zugerichtete Variante von Reichtum.

## 4.

Daß der Marxismus diese Ebene der Kritik systematisch ausgeblendet hat, kommt freilich nicht von ungefähr. Der Grund ist weniger in irgendwelchen innertheoretischen Defiziten zu suchen, als vielmehr im sozialhistorischen Gehalt der Arbeiterbewegung selber. Denn wie hätte eine mächtige soziale Bewegung, die angetreten war, der abstrakten Arbeit als dem Grundprinzip der bürgerlichen Verkehrsform gegen die bürgerliche Gesellschaft selber Geltung zu verschaffen, ausgerechnet die Vergiftung thematisieren sollen, die dem gesellschaftlichen Reichtum durch seine Reduktion auf die Vergegenständlichung abstrakter Arbeit angetan wird? Eine Bewegung, die dem Kapital nur das Recht streitig machte, die kontaminierten Früchte der gesellschaftlichen Arbeit für sich zu monopolisieren, konnte einfach nicht das madig machen, was sie der Verfügungsgewalt von „Monsieur le Capital" entreißen wollte.

## 5.

Am Ende des 20. Jahrhunderts tritt die Gesellschaft jedoch in eine gänzlich veränderte Situation ein. Angesichts der fundamentalen Krise der Arbeitsgesellschaft läßt sich Emanzipation beim besten Willen nicht mehr als die Befreiung der glorreichen, alle „Werte" schöpfenden Arbeit vom kapitalistischen Zugriff denken, sondern im Gegenteil nur mehr als Befreiung von dem absurden Zwang, alles und jedes auf dieser Welt in die Darstellungsform abstrakter Arbeit verwandeln zu müssen. Eine derartige Umorientierung ist aber wiederum nicht möglich ohne eine radikale Kritik des kapitalistischen Verständnisses von Reichtum. Der klassische Marxismus hat das bürgerliche Privateigentum als geraubten Reichtum begriffen; im Kampf gegen die wildgewordene Herrschaft des Ökono-

mischen gilt es dagegen, das Privateigentum ganz im eigentlichen (lateinischen) Wortsinn als beraubten Reichtum zu denunzieren.

## 6.

Für die Marktapologetik erscheint es als selbstverständlich, daß der Reichtum einer Sondersphäre namens Wirtschaft entstammt und die Steigerung der Reichtumsproduktion identisch mit dem Vormarsch betriebswirtschaftlicher Rationalität ist. Die Welt der Ökonomie, die sich im Prozeß der Moderne erst formiert hat und den warengesellschaftlichen Reichtum hervorbringt, ist aber (wie jede/r BWL-StudentIn schon im ersten Semester erfährt) theoretisch wie praktisch gerade nicht die Welt des Umgangs mit überfließenden Ressourcen. Dieses ökonomische Universum wird vielmehr umgekehrt durch die Allgegenwart von Knappheit beherrscht, und der Siegeszug der Wirtschaft fällt mit der sukzessiven Transformation aller sozialen Beziehungen in Knappheitsrelationen zusammen. Nach eigenem Bekunden hat die Ökonomie, die Quelle allen warengesellschaftlichen Reichtums, praktisch wie theoretisch also das genaue Gegenteil von Reichtum zum Grundprinzip. Nimmt man das ökonomische Selbstverständnis beim Wort, so versteigt sich die Warengesellschaft, wo sie sich zur Reichtumsgesellschaft ausruft, zu einer seltsamen Behauptung: Ausgerechnet die Verallgemeinerung von Knappheit soll die Beseitigung des Mangels durch Reichtum bewirken.

## 7.

Auf den ersten Blick mag dieser merkwürdige Befund als schlichter Denkwiderspruch erscheinen. Näher besehen wird hier indes nichts anderes als die Grundparadoxie sichtbar, wie sie für den warengesellschaftlichen Reichtum konstitutiv ist. Die Identität von Mangel und Reichtum mag absurd sein, genau diese Absurdität liefert aber eine präzise Bestimmung dessen, was in der Moderne Ökonomie bedeutet: Reichtum in diesem Sinne kann nur die Form seines eigenen Gegenteils annehmen. Diese paradoxe Verkehrung läßt sich bis in die Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft, die einzelne Ware, zurückverfolgen. Soll irgendeinem Ding die Ehre der Verwandlung in eine Ware zuteil werden, so muß es grundsätzlich zwei unterschiedlichen Kriterien Genüge tun. Es muß einerseits geeignet sein, ein wie auch immer geartetes menschliches Bedürfnis zu befriedigen; und insofern repräsentiert es abstrakt gesellschaftlichen Reichtum. Andererseits kann die Metamorphose zur Ware nur gelingen, wenn der „Genußgegenstand“ in spe gleichzeitig als das erscheint, was der wirtschaftswissenschaftliche Jargon als „knappes Gut“ bezeichnet. Gesellschaftlicher Reichtum, zu dem sich die potentiellen Nutzer in einer anderen Weise als durch den Austausch von „knappen Gütern“ Zugang verschaffen können, taugt grundsätzlich nicht als dingliche soziale Chiffre der Warengesellschaft und fällt damit aus ihrem Reichtumsbegriff heraus. Etwas mag so lebensnotwendig sein wie es will – nimmt es nicht die Form eines Mangels an, so bleibt es vom Standpunkt der Warengesellschaft aus prinzipiell sinnlos.

*L. Brand, Hühnerkrämer 1775.*

## 8.

Im christlich-jüdisch-islamischen Kulturkreis hat sich der Traum einer vom Mangel erlösten Gesellschaft traditionell in die Vorstellung des Paradieses gekleidet. Vom Standpunkt der ökonomischen Vernunft wäre der Garten Eden indes die reine Hölle und der Inbegriff völliger Armut. Wenn nämlich Reichtum, wie uns die Ökonomen seit Adam Smith lehren, identisch ist „mit der Macht kaufen zu können“, dann sinkt er dort, wo keine Notwendigkeit des Warentausches ersichtlich ist, weil es sich um (in ökonomischen Termini gesprochen) „freie Güter“ handelt, logischerweise auf seinen absoluten Nullpunkt. Wie stattdessen die ideale warengesellschaftliche Welt auszusehen hat, verrät die moderne subjektive Wertlehre, wenn sie ihre Doktrin gewohnheitsmäßig am berüchtigen Beispiel vom Preis für ein Glas Wasser in der Wüste erläutert. War das religiöse Paradies nicht von dieser Welt, sondern deren transzendenter Kontrapunkt, so ist der warengesellschaftlichen Idealwelt der Drang inhärent, die Realität ihrem Bilde gemäß umzugestalten. Die verquere logische Identität von Reichtum und Knappheit gibt die Grundrichtung der historischen Entwicklung moderner Ökonomie an. Die Warengesellschaft hat zweifellos eine Vielfalt neuer und bunter Wassergläser hervorgebracht. Vor allem aber hat sie die Ödnis geschaffen und schafft sie jeden Tag neu, in der diese Gläser erst ihre Bedeutung als Reichtum gewinnen. Der autosuggestive Stolz, mit dem die Trinkgefäße präsentiert werden, darf nicht von diesem zweiten und eigentlich zentralen Aspekt der „historischen Mission“ unserer glorreichen Warengesellschaft ablenken.

## 9.

Das ökonomische Bewußtsein gibt sich keinerlei Rechenschaft über seine paradoxe Logik. Stattdessen behandelt es Nützlichkeit und Knappheit mehr oder minder als synonym und läßt die beiden Kriterien, die einen Genußgegenstand zur Ware machen, zu einem einzigen verschwimmen. Allein im Be-

griff der „freien Güter“ klingt im wirtschaftswissenschaftlichen Sprachgebrauch noch ein Rest von Problembewußtsein darüber an, daß es prinzipiell auch Reichtum jenseits von ökonomisierter Knappheit geben könnte. Selbst diese scheinbare Konzession ist freilich ausschließlich darauf ausgerichtet, die Grunddoktrin zu bestätigen. Denn das ökonomische Bewußtsein nimmt nur zähneknirschend zur Kenntnis, daß Luft, Sonnenschein und einige wenige andere lebenswichtige Ressourcen ohne die Dazwischenkunft irgendeiner ökonomischen Aktivität vorhanden und trotz aller marktwirtschaftlichen Anstrengungen auch am Ende des 20. Jahrhunderts immer noch nicht zu Mangelgütern und damit zu Waren geworden sind. Es unterstellt damit im Umkehrschluß, daß erstens alle nach menschlichen Begriffen nur in endlicher Menge vorhandenen Naturgegenstände knapp sind und es sich zweitens bei den Resultaten menschlicher Produktionstätigkeit per se schon um knappe Güter handelt.

**10.**

Selbstverständlich kann eine Gesellschaft niemals unbegrenzte Hilfsquellen zur Verfügung haben. Diese banale Tatsache macht indes nicht das Prinzip ökonomischer Knappheit zu einer überhistorischen und geradezu natürlichen Konstante. Diese Knappheit verweist keineswegs einfach auf das unzureichende Vorhandensein von Gütern; sie ist vielmehr von vornherein das Resultat des in spezifischer Weise einschränkenden warengesellschaftlichen Zugriffs auf die menschlichen und natürlichen Ressourcen. Sogenannte Knappheitsrelationen entstehen allein dadurch, daß Menschen nur Zugang zu Gütern erhalten, wenn diese sich vorher in ihr ausschließliches Privateigentum verwandelt haben. Ökonomische Knappheit tritt also nur insofern auf, als der Zugriff des einen den grundsätzlichen Ausschluß aller anderen von jeder Art des Gebrauchs impliziert.

**11.**

Dem modernen Menschen mag es schwer fallen, sich ein anderes als dieses exkludierende Aneignen überhaupt vorzustellen. In den traditionellen, nach dem Prinzip der „Nahrung“ strukturierten Agrargesellschaften war jedoch umgekehrt ein derartiges Ausschlußeigentum schlichtweg unvorstellbar. Auf ein Stück Grund und Boden und das dazugehörige Inventar bezogen sich stets eine ganze Reihe sich überschneidender Nutzungsrechte. Das gleiche Stück Wald diente den Dorfbewohnern ihrem Gewohnheitsrecht gemäß zur Schweinemast und zum Brennholzsammeln, während der Lehnsherr dort die Jagdrechte innehatte. Und nicht nur der Grundherr partizipierte am bäuerlichen Acker und seinen Erträgen, sondern auch die Landlosen bzw. Landarmen, etwa durch das Recht zur Nachlese. Dieses Geflecht von sozial gebundenen Aneignungsformen sorgte gewiß nicht für idyllische Verhältnisse und war mit einer streng hierarchischen sozialen Schichtung verbunden; diese Agrargesellschaften kannten auch Not und periodisches Elend durch Kriege und Naturkatastrophen. Es lag aber außerhalb ihres Denkhorizonts, daß breite Teile der Bevölkerung konsequent von ihren eigenen Reproduktionsbedingungen abgeschnitten existieren sollten. Für eine solche Depravierung sorgte erst die Installation der warengesellschaftlichen Logik und ihre juristische Kodifizierung des Knappheitszwangs, die das alte Recht, Brennmaterial zu sammeln, in Holzdiebstahl verwandelte. Sie machte aus dem für alle nutzbaren Gemeindeland privates Territorium und für mehrere Jahrhunderte aus großen Teilen der bäuerlichen Produzenten Landstreicher.

**12.**

Schenkt man der ökonomischen Mythologie Glauben, so haben die meisten Menschen der vormodernen Gesellschaften in nie enden wollender Plackerei der Natur kaum mehr als das blanke Überleben abtrotzen können. Erst das Aufkommen der Warengesellschaft und ihrer spezifischen Funktionsteilungen soll dem allgemeinen Elend ein Ende bereitet haben. Diese Sichtweise ist nicht nur deshalb schief, weil sie ein soziales Phänomen in die Naturbeziehung projiziert; sie läßt sich auch nicht mit dem Material zur Deckung bringen, das die sozialhistorische Forschung mehr nolens als volens über die Entwicklung des Lebensstandards seit der frühen Neuzeit zu Tage gefördert hat. So unterschiedliche Autoren wie Fernand Braudel, Immanuel Wallerstein oder Wilhelm Abel sind sich in einem Punkt einig: Der Siegeszug der modernen Warengesellschaft beginnt mit einem historisch einmaligen Verarmungsschub. In Mittel- und Westeuropa sank das Wohlstandsniveau der Massen seit dem 16. Jahrhundert ebenso kontinuierlich wie dramatisch und fiel im 18. Jahrhundert auf einen absoluten Tiefpunkt, um erst am Ende des 19. Jahrhunderts wieder sein spätmittelalterliches Ausgangsniveau zu erreichen. Der Prozeß der „ursprünglichen Akkumulation“ hat offenbar weder den gesellschaftlichen Reichtum vermehrt noch ist er als ein bloßes Nullsummenspiel zu verstehen, bei dem die vorhandenen Ressourcen zugunsten des Kapitals umverteilt worden wären. Als ursprüngliche Expropriation hatte dieser Prozeß vielmehr die brutale Vernichtung jeder knappheitsfreien und nicht monetarisierten Reichtumsproduktion zum Hauptinhalt.

**13.**

Die ökonomische Mythologie hat so gesehen durchaus recht, wenn sie einen absoluten Mangel an den Anfang des modernen warenproduzierenden Systems stellt. Allerdings handelt es sich dabei eben nicht um ein dem Siegeszug dieses Systems fremdes und vorgängiges Faktum, sondern vielmehr um das Resultat seiner eigenen Erstinstallation. Die Warenökonomie brach in Europa keineswegs aus ihrem Nischendasein aus, weil die traditionellen subsistenzwirtschaftlichen Formen in der Produktion und Verteilung des Reichtums apriori unterlegen gewesen und friedlich niederkonkurriert worden wären. Die moderne Ökonomie nahm vielmehr bezeichnenderweise den Ausgangspunkt ihres Triumphzuges in der militärischen Zerstörungsproduktion, dem einzigen Gebiet, auf dem sie tatsächlich all ihren Vorgängern von vornherein haushoch überlegen war. Die Revolutionierung des Kriegswesens durch die Erfindung des Schießpulvers und der Ersatz feudaler Gefolgschaftsheere durch Söldnertruppen wälzten das gesellschaftliche Gefüge weniger deshalb nachhaltig um, weil die in diesem Bereich zuerst verselbständigte Logik des Geldes als Muster besonders anziehend gewirkt hätte. Es war vor allem der durch die neue Form von Kriegsführung entstandene enorme Geldbedarf, der zusammen mit den bürokratischen Territorialstaaten das Motiv hervorbrachte, ohne Rücksicht auf das allgemeine Lebensniveau Naturalwirtschaft und „freie Güter“ gewaltsam zurückzudrängen, um eine warenproduzierende Ökonomie durchzusetzen, die allein Aussicht auf mo-

netär besteuerbare Einkünfte bot. Nur aus der inneren Dynamik von materieller Reichtumsproduktion, ohne diese gewaltsame Planierung, wäre die moderne Ökonomie im Westen ebensowenig zur alles beherrschenden Form aufgestiegen wie in anderen Weltteilen, in denen sich neben der vorherrschenden Naturalwirtschaft schon viel früher ein blühender (Fern)handelssektor ausgebildet hatte.

### 14.

Die Herstellung eines nie dagewesenen absoluten Mangels kann besonders deswegen als eine unabdingbare Voraussetzung für den Triumphzug der Warengesellschaft gelten, weil ohne den großangelegten frühmodernen Expropriations- und Verelendungsprozeß niemals die massenhafte Verwandlung des menschlichen Produktionsvermögens in die Ware Arbeitskraft möglich gewesen wäre, die nun einmal die Grundlage einer Verallgemeinerung der Warenform bildet. Daß unsere glorreiche Arbeitsgesellschaft ausgerechnet in Zucht- und Armenhäusern ihre Prototypen hatte, spricht Bände darüber, welch enormer Leidensdruck notwendig war, um unsere Altvorderen ins Manufaktur- und Fabrikwesen hineinzukomplimentieren. Es bedurfte schon einer Serie von sozialen Katastrophen und eines gewaltigen Demoralisierungsschubs, um die Produzenten so weit zu bringen, sich selber mit den Augen des Kapitals als Träger von Arbeitskraft zu sehen.

### 15.

Sowenig die Warengesellschaft in ihrer Entwicklung die Stufe des absoluten Mangels auslassen konnte, ebensowenig durfte sie indes auf ihr stehenbleiben. Die Warenproduktion kann nur expandieren, indem sie der Tendenz nach die gesamte Gesellschaft in Arbeitskraftverkäufer auflöst; gleichzeitig muß sich aber jede Ware in letzter Instanz im Konsum realisieren. Solange das Gros der Bevölkerung nur negativ in die Wunderwelt der Ware integriert ist und vom Konsum großenteils ausgeschlossen bleibt, geraten diese beiden Momente miteinander in Widerspruch und die tautologische Selbstzweckbewegung des Werts droht sich selber zu erdrosseln. Das warenproduzierende System kann nur weiterprozessieren, wenn es den absoluten Mangel überwindet. Dessen Aufhebung ist freilich nicht mit dem Verschwinden von Mangel überhaupt zu verwechseln. Es findet lediglich ein Formwechsel statt. An die Stelle des absoluten tritt der sich selber perpetuierende relative Mangel. Das Arbeitssubjekt gerät, sobald es als gleichberechtigtes Warensubjekt anerkannt wird, in einen circulus vitiosus: Zwar wachsen seine Möglichkeiten der Partizipation am Warenreichtum; aber nur deswegen, weil zugleich der Zwang, seine gesamten Bedürfnisse in Bedürfnisse nach Waren zu transformieren, noch viel schneller wächst.

### 16.

Es würde viel zu kurz greifen, wollte man diesen Teufelskreis auf das Problem subjektiver Haltungen reduzieren, auch wenn natürlich die sozialpsychologische Dimension unübersehbar ist. Das Regime des relativen Mangels ist vielmehr als das Ergebnis einer auf ständig neuer Stufenleiter fortgesetzten und objektivierten Enteignung zu fassen. Hatte die ursprüngliche Akkumulation die Produzenten ihrer eigenen Produktionsmöglichkeiten beraubt, so konnte das entstandene warenproduzierende System nur expandieren, indem es den noch nicht unter die Ware subsumierten sozialen und reproduktiven Zusammenhang zersetzte und mit seinem jeweils neuen Angebotsdruck jedes Restchen von Selbsttätigkeit, Selbstgenuß und herrenlosem (nicht einem bestimmten Privateigentümer zurechenbaren) Reichtum zerstörte. Gerade in ihrer einzigartigen Boomphase nach dem Zweiten Weltkrieg blieb in diesem Sinne die kapitalistische Reichtumsproduktion immer auch Vernichtung von Reichtum anderer Art. Die Automobilmachung der Gesellschaft etwa, der Inbegriff des fordistischen Massenkonsums, machte die Städte unwirtlich und hatte die radikale räumliche Trennung aller Lebensbereiche (Wohnen, Arbeiten, Konsumieren) zur Folge. Sie sorgte damit überhaupt erst für ihre eigene negative Notwendigkeit im Alltag. Und sobald die Unterhaltungsindustrie das selbstorganisierte Kultur-, Sport- und Freizeitwesen überrollt hatte, wurde es für die Individuen zusehends schwerer, ihre disponible Zeit außerhalb des Warenkonsums zu gestalten. Stets ist das gleiche Grundgesetz der Ökonomisierung am Werk: Wo immer Menschen in autonomen sozialen Beziehungen am Werk waren, muß endlich Markt werden, d.h. gemeinsames Tun wird durch die abstrakte Arbeit und den autistischen Konsum isolierter Warensubjekte verdrängt. Jeder verwertungsfreie Raum gilt als Verschwendung und hat entweder zu verschwinden oder verkommt zur Müllhalde, auf der die Exkremente der universellen Arbeits- und Konsumschlacht vor sich hinstinken. Wer auch nur versucht, in innerstädtischen Bezirken ein sonniges Ruheplätzchen zu finden, ohne sofort Waren konsumieren oder sich zwischen Hundescheißehaufen niederlassen zu müssen, erfährt unweigerlich die „materielle Gewalt“ dieser Dynamik.

### 17.

Das Geld- und Arbeitssubjekt muß flexibel sein, es hat jederzeit sein Leben bedingungslos auf die optimale Verwertung seines Humankapitals auszurichten. Diese Bedingung erfüllt das Individuum umso besser, je weiter sich der soziale Zusammenhang ausdünnt, in dem es lebt. Dem totalen Markt entspricht das vollisolierte und vollidiotisierte Individuum, das nur dem Geldverdienen verpflichtet ist und das den Luxus, sich jenseits der Welt der Zahlungen auf andere und anderes verbindlich einzulassen, völlig aufgegeben hat. Selbst die Kleinfamilie, ursprünglich das Vehikel der warenförmigen Totalvergesellschaftung durch Entsozialisierung, wird zum Ballast und droht selber dem Vormarsch des einsamen homo oeconomicus zum Opfer zu fallen.

Der Preis, den die Individuen und die Gesellschaft für diese Form von Sparsamkeit zu zahlen haben, ist freilich enorm. Selbst auf der Ebene der scheinbar unschuldigsten unmittelbaren Bedürfnisse erweist sich der Warenkonsum immer schon als kompensatorisch. Daß jede Geldmonade ihre Einzelzelle mit einer gigantischen Infrastruktur vollstopft und Einbauküchen, die auf die Versorgung von Hochzeitsgesellschaften ausgelegt sind, einmal im Jahr benutzte Heimwerkerausrüstungen und einen fahrbaren Untersatz unterhält, der 23 Stunden am Tag zum „ruhenden Verkehr“ gehört, spricht weniger für den Reichtum dieser Gesellschaft als für die Armseligkeit der sozialen Zusammenhänge. Eine Gesellschaft, die nicht einmal ein so simples Bedürfnis wie das nach sauberer Wäsche anders als durch den individuellen Kauf und Betrieb einer kleinen Waschfabrik pro Einzelhaushalt befriedigen kann, stellt sich allein dadurch schon ein Armutszeugnis aus.

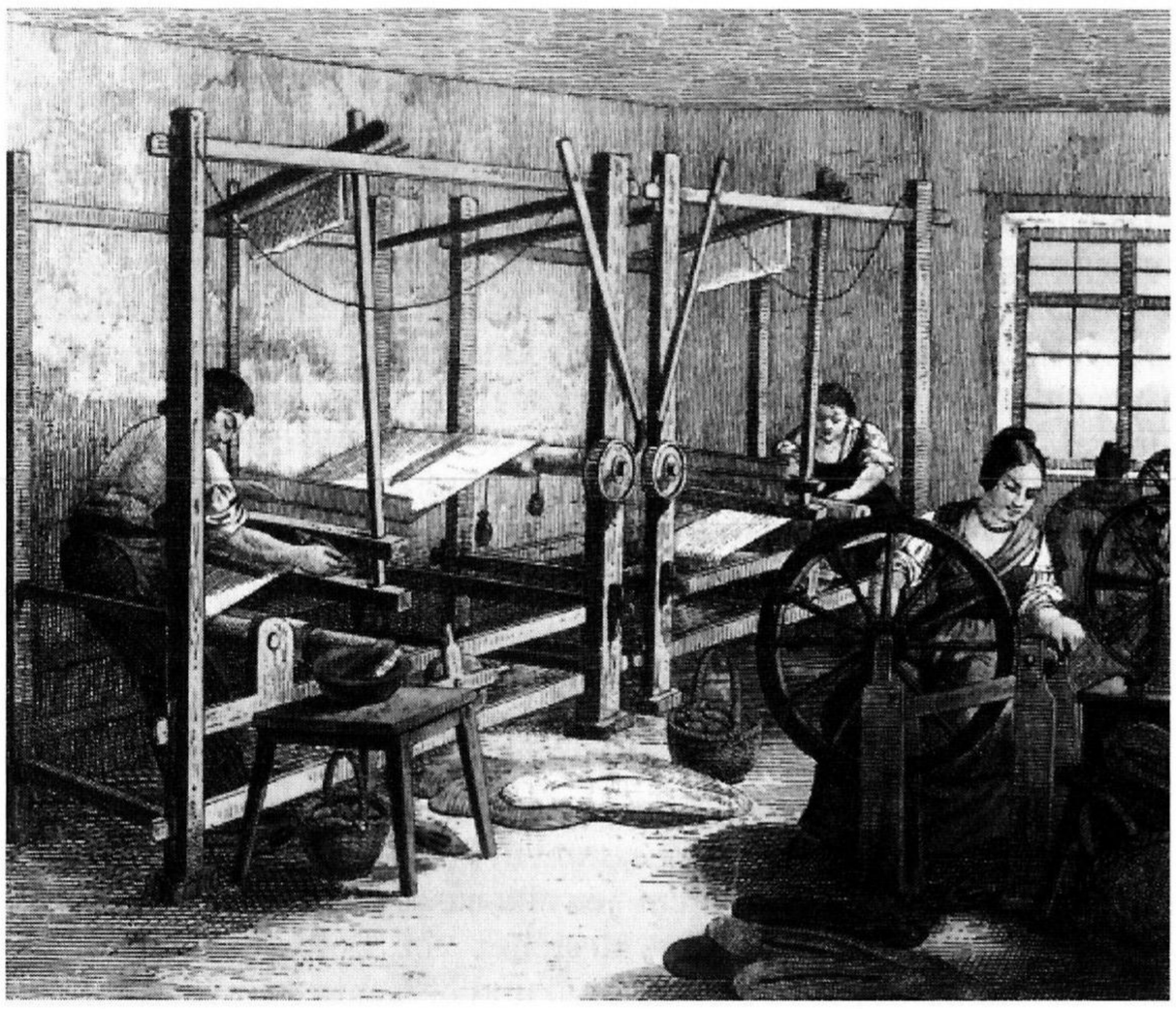
Daß der vielgefeierte Warenreichtum wesentlich Mangel und soziale Armut anzeigt, gilt aber natürlich erst recht für den weiten Bereich, in dem der Warenkonsum als erbärmlicher Ersatz von sozialer Anerkennung, Kontaktfähigkeit oder Zuneigung herhalten muß. Wenn sich menschlicher Reichtum am besten mit Beziehungs- und Bedürfnisreichtum umschreiben läßt, dann bedeutet Warenreichtum das genaue Gegenteil: das gesamte Universum an möglichen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Beziehungen wird auf die immergleiche leere Abstraktion heruntergedimensioniert. Diese Reduktion verunmöglicht den Individuen jede dauerhafte Befriedigung. Genau dieser Mangel treibt sie aber dazu, das gleiche Spiel endlos zu wiederholen, und auf eben diese Weise erfüllen sie als Hamster im Rad die subjektive Voraussetzung der tautologischen ökonomischen Selbstzweckbewegung.

**18.**

Die Apologeten dieses Reichtums an Mangel und der dazugehörigen Warendemokratie rücken jede Form von Konsumkritik gern in die Nähe einer Bedürfnisdiktatur. Diese notorische Denunziation behandelt die für das warenproduzierende System konstitutive Maßstabslosigkeit als Tugend. Sie geht aber auch deshalb ins Leere, weil sich die vielbeschworene „Konsumentendemokratie“ bei näherem Hinsehen als lupenreine Angebotsdikatur erweist. Nicht der pseudo-autonome Warenkonsument bestimmt mit seiner Kaufentscheidung, was auf dem Markt zu finden ist, sondern der heteronome Vernutzungsbetrieb unter Einschluß seiner politischen Abteilung sorgt für alle wesentlichen Weichenstellungen. Der ominöse König Kunde darf vielleicht mitbestimmen, ob der VW-Golf oder der Fiat-Panda größere Marktanteile für sich erobern kann. Daß jedoch die Straße über die Schiene obsiegt hat, geht auf keinerlei autonome Nachfrage zurück. Der Individualverkehr hat sich durchgesetzt, weil es für die Warenproduktion nun einmal weit profitabler ist, den Transport von Menschen und Gütern nicht als Dienstleistung zu verkaufen, sondern jedem Individuum seine eigene kleine Lokomotive aufzunötigen, und weil die Verkehrspolitiker und Autolobbyisten dieser Logik mit allen Mitteln den Weg bereitet haben.

**19.**

Die Zwangsmetamorphose allen Reichtums in die Form der Ware und damit des strukturellen Mangels führt zu immer aberwitzigeren Resultaten und untergräbt in letzter Konsequenz die Reproduktionsfähigkeit von Gesellschaft überhaupt. Die fortlaufende Entsozialisierung treibt die Menschen zusehends in den Wahnsinn, während sie in einer zur Warenhalde verkommenen Welt kaum mehr genug Luft zum Atmen finden. Der Dynamik von Heteronomisierung tut diese Entwicklung allerdings keinerlei Abbruch; die gesellschaftliche Form zerbricht nicht daran, daß sie ihre ganze soziale Destruktivität entfaltet. Seine immanente Schranke findet das vermeintliche perpetuum mobile des relativen Mangels vielmehr allein in der Auszehrung seiner Substanz, also der abstrakten Arbeit, von der die Knappheit produziert werden muß. Als Reichtum an Mangelgütern können die Arbeitsprodukte nur deshalb auf dem Markt realisiert werden, weil bereits die in ihnen vergegenständlichte Verausgabung von Arbeitskraft als etwas Knappes erscheint. Abgeknappst war die Arbeitszeit bereits unter dem Regiment des absoluten Mangels, weil sie sich mit der Herausbildung der ökonomischen Sphäre aus einer Äußerung in eine Entäußerung des Lebens verwandelte. Zum knappen, einigermaßen pfleglich zu behandelnden Gut stieg die Arbeitskraft wiederum im Übergang zum relativen Mangel auf. Diese zweite Bedingung erweist sich heute jedoch zusehends als hochproblematisch. Wenn die Universalität von Knappheitsrelationen wesentlich darauf beruht, daß Waren auf die Verausgabung knapper Arbeit zurückgehen, dann wird die gesamte Ordnung brüchig, sobald die Arbeitskraft nicht mehr knapp ist, sondern zu etwas Überflüssigem wird. Genau dieser Prozeß vollzieht sich aber heute unter unseren Augen.



*Josef Schmutzer, Der Weber, um 1835.*

**20.**

Die paradoxe Verknappung der systemisch erzeugten Knappheit selber macht die ursprünglich installierte Identität von Reichtum und Mangel unhaltbar. Damit wird der Bruch mit dem Formdiktat der Ware und der Übergang zu einem Reichtum notwendig, der von ständig neu zu setzenden Knappheitsrelationen befreit ist. Dieser Übergang setzt jedoch einen radikalen Bruch mit dem Prozeß der Heteronomisierung und der Enteignung voraus, der charakteristisch für die letzten fünfhundert Jahre gewesen ist. Ohne eine bislang nicht absehbare radikale Aneignungsbewegung gegen die Warenform kann sich das Ende der ökonomischen Knappheit nur als soziale Katastrophe realisieren. An die Stelle des relativen, prozessierenden Mangels tritt dann wiederum der absolute Mangel, weil Geldsubjekte ohne Geld trotz gewaltiger Produktionspotenzen von der einzigen Art des Bezugs auf den gesellschaftlichen Reichtum abgeschnitten werden, den dieses System kennt. In demselben Maße, wie sich dieser Zustand vermaßt, steuert das warenproduzierende System blind auf eine Situation zu, in der vielleicht das frühmoderne Elend vergleichsweise fast idyllisch erscheinen könnte. ■

Ernst LOHOFF ist Publizist.
Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift »Krisis«. Er lebt in Nürnberg.

# Dispositionen sozialer Emanzipation

## Bruchstücke zur Neuorientierung der Sozialkritik

*Franz SCHANDL*

*In diesem Beitrag geht es darum, einige Akzente für zukünftige soziale Kämpfe zu entwickeln. Denn wie es lief, läuft es nimmermehr, auch wenn zahlreiche Akteure noch immer so tun als ob.*

*Arm* und *reich* sind allgemeinverständliche Assoziationen, aber keine auch nur irgendwie positiv festzuhaltenden Kategorien: „Der Mensch ist arm oder reich", sagt Adam Smith, „je nachdem in welchem Ausmaß er sich die zum Leben notwendigen und annehmlichen Dinge leisten und die Vergnügungen des Daseins genießen kann."[1] Eine Art Symbiose von Leistungsfähigkeit und Genußfähigkeit, die keine genaue Festlegung kennt. Arm und reich gerät so zu einer Frage der Quantität, im Kapitalismus zu einer Frage der Aneignung von Wert, sei es in Form von Geld oder Ware. Maßstab ist das *mehr* oder *weniger*.

Im Folgenden ist davon auszugehen, daß wir Reichtum in materieller Hinsicht auffassen wollen, nicht in ideeller. Das mag insgesamt problematisch sein, für unseren Ansatz ist es aber nützlich, da es die Begriffe besser klären hilft. Reichtum berührt zwischenmenschliche Materialisierungen, nicht die Kommunikation überhaupt. Quellen des materiellen Reichtums sind die Stoffe und Tätigkeiten, die ihn erschaffen. Der Reichtum verkörpert die stoffliche Seite des Produkts. Obwohl auch das Verständnis von Reichtum als Reichhaltigkeit sämtlicher Ausdrucksformen Sinn macht, soll er hier als Güterfülle zu lesen sein. Es ist also die Rede vom ökonomischen Befinden, nicht von der individuellen Befindlichkeit. Daß diese miteinander zu tun haben, ist evident, daß sie nicht gleichzusetzen sind, ebenso.

Wären die Reichen nicht reich, wären die Armen nicht arm, so das gängige Urteil über die Verhältnisse der Ungleichheit. Doch stimmt das so? Armut ist keine Folge von Reichtum, auch wenn sie so erscheint. Die Diskrepanz ist bloß Ausdruck, zur Erklärung grundlegender Differenzen taugt sie nicht. Reich und arm sind lediglich oberflächlich aus dem Gegenteil bestimmbar und ableitbar, sie sind beide nur spezifische Ausdrucksformen ungleich verteilter Möglichkeiten von Menschen. Arm und reich sind Resultate kapitalistischer Wirtschaftsdynamik, nicht umgekehrt.

### Umverteilung als Unverteilung

Die gesellschaftliche Dialektik geht so: Reichtum schafft nicht Armut, aber sie positionieren sich gegenseitig als Realisierungen ein- und desselben Prinzips. Marx schreibt diesbezüglich über Sismondi: „Was aber bei ihm zugrunde liegt, ist in der Tat die Ahnung, daß den im Schoß der kapitalistischen Gesellschaft entwickelten Produktivkräften, materiellen und sozialen Bedingungen der Schöpfung des Reichtums, *neue* Formen der Aneignung dieses Reichtums entsprechen müssen; daß die bürgerlichen Formen nur transitorische und widerspruchsvolle sind, in denen der Reichtum immer nur eine gegensätzliche Existenz erhält und überall zugleich als sein Gegenteil auftritt. Es ist Reichtum, der immer die Armut zur Voraussetzung hat und sich nur entwickelt, indem er sich entwickelt."[2]

Die Hegelsche Vorwegnahme desselben Zusammenhangs findet sich im § 243 der Rechtsphilosophie: „Wenn die bürgerliche Gesellschaft sich in ungehinderter Wirksamkeit befindet, so ist sie innerhalb ihrer selbst in *fortschreitender Bevölkerung* und *Industrie* begriffen. – Durch die *Verallgemeinerung* des Zusammenhangs der Menschen durch ihre Bedürfnisse und der Weisen, die Mittel für diese zu bereiten und herbeizubringen, vermehrt sich die *Anhäufung der Reichtümer* – denn aus dieser gedoppelten Allgemeinheit wird der größte Gewinn gezogen – auf der einen Seite, wie auf der andern Seite die *Vereinzelung* und *Beschränktheit* der besonderen Arbeit und damit die *Abhängigkeit* und *Not* der an diese Arbeit gebundenen Klasse, womit die Unfähigkeit der Empfindung des Genusses der weiteren Freiheiten und besonders der geistigen Vorteile der bürgerlichen Gesellschaft zusammenhängt."[3]

Es ist empirisch nicht haltbar, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, auch wenn bestimmte Reiche immer reicher und bestimmte Arme immer ärmer werden. Im Prinzip sind die Verteilungsverhältnisse in den letzten Jahrzehnten mehr oder weniger gleich geblieben, im historischen Längsschnitt hat es keine eklatanten Abweichungen gegeben. Bis weit in die achtziger Jahre können wir sogar feststellen, daß nicht nur die Reichen reicher, sondern auch die Armen reicher geworden sind. Die Verteilung ist also kein unzweideutiges Indiz für Not und Elend in der Gesellschaft, sie ist nur eine Größe, keinesfalls die bestimmende.

Die allgemeine soziale Liturgie führt nicht weiter. Sie ersetzt Argumentation durch Moral, Kritik durch Skandal. Uns ist der Positiv „arm" negativ genug, wozu braucht man eigentlich die Steigerungsstufen? Wer zuviel mit den Steigerungsstufen hantiert, setzt sich zumindest dem Verdacht aus, an der Ausgangsstufe nichts auszusetzen zu haben, verbliebe die soziale Diskrepanz nur in einem vernünftigen Rahmen.

Was heute stattfindet ist vielmehr die Deklassierung, die der Armut (von den Arbeitslosen bis hin zu Konkursfällen im privaten und im unternehmerischen Bereich) Vorschub leistet und neue Dimensionen „eröffnet". *Deklassierung* meint aber, daß Menschen auch ihre Zuordnungen verlieren, sie einfach aus dem System als überflüssig hinausfallen. Zu einer Reservearmee werden, die freilich kein Arbeitssektor mehr anwenden will.

Eine einfache Division der Güter oder der Arbeitsplätze, wie sie die Umverteilung vorschlägt, ist auf der Basis kapitalistischer Verhältnisse gar nicht machbar, denn es ist schließlich stets so, daß die „Verteilungsverhältnisse wesentlich identisch mit diesen Produktionsverhältnissen, eine Kehrseite derselben sind."[4] Jene können von diesen nicht abheben.

Die *Um*verteilung ist eine *Un*verteilung. Sie ist nicht möglich. Der Klassenkampf vermag nur äußerst geringfügige und kurzzeitige Abweichungen vom Wertgesetz vorzunehmen. Er bildet keine Gegenkraft, sondern ist nur eine Regelungsvarianz. Damit sind aber auch alle linken und radikalen Reformversprechungen der Illusion anheimgegeben. Schon Marxens Kritik des Gothaer Programms der deutschen Sozialdemokratie zielte in diese Richtung. Marx warf ihr vor, „den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen".[5]

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Damit ist aber auch das Grundproblem der heutigen Sozialbewegung bereits ausgesprochen. „Umverteilen – was sonst?"[6], ist eine falsche Suggestivfrage. Die Hoffnung auf die Umverteilung trägt nicht. Umso eifriger wird sie plakatiert. Der Klassenkampf versucht sich in trotzigen Reinkarnationen. Es kann doch nicht sein, was nicht geht. Wenn es nur irgendwo ein bißchen flackert, ist er bereits Feuer und Flamme, glaubt an die Wiederkunft alter Zeiten. Die Enttäuschung folgt prompt, ohne daß die Enttäuschten aber Folgen ziehen. Das reflexionslose Festhalten vieler Traditionssozialisten korrespondiert geradezu mit den unreflektierten postmodernen Verwerfungen.

## Wert und Reichtum

Von vorrangiger Bedeutung ist uns die analytische Auseinanderhaltung von Wert und Reichtum. Sie ist Grundlage jeder seriösen Kritik der politischen Ökonomie. Die Verwechslung von Form und Stoff führt auch immer wieder dazu, Reichtum und Geld identisch zu setzen und zu vorschnellen Losungen wie „Geld ist genug da" zu greifen. Was zweifellos stimmt, ist, daß genug Reichtum für alle vorhanden wäre, was aber keineswegs für den Wert und seine letzte Erscheinungsform, das Geld zutrifft.

Zur Differenzierung: „Der Wert unterscheidet sich also grundsätzlich vom Reichtum, denn der Wert hängt nicht vom Überfluß, sondern von der Schwierigkeit oder Leichtigkeit der Produktion ab."[7] David Ricardo weiter: „Durch die beständige Erhöhung der Leichtigkeit der Produktion wird der Wert verschiedener bereits früher produzierter Waren fortgesetzt vermindert, obwohl wir auf diesem Wege nicht nur den nationalen Reichtum, sondern auch die Kraft der zukünftigen Produktion erhöhen."[8] „Reichtum kann also nicht an dem Quantum Arbeit, das er zu kaufen vermag, gemessen werden",[9] (...) „denn der Reichtum hängt immer von der Menge der produzierten Güter ab, ohne Rücksicht auf die Leichtigkeit, mit der die für die Produktion verwendeten Mittel vielleicht beschafft worden sind."[10] „Reichtum ist nicht vom Wert abhängig. Jemand ist reich oder arm je nach der Fülle an notwendigen und angenehmen Dingen, über die er verfügen kann."[11]

Marx stimmt dem zu, korrigiert aber den letzten Punkt: „In anderen Worten sagt Ricardo hier: Reichtum besteht nur aus *Gebrauchswerten*. Er verwandelt die bürgerliche Produktion in bloße Produktion für den Gebrauchswert, was eine sehr schöne Ansicht einer durch den *Tauschwert* beherrschten Produktionsweise ist. Die spezifische Form des bürgerlichen Reichtums betrachtet er als etwas nur formelles, ihren Inhalt nicht Ergreifendes."[12] Tritt der Reichtum als Warensammlung auf, dann ist klar, daß die stoffliche Materialisierung der Produkte nicht um ihrer selbst willen erfolgte, sondern zum Zweck der Realisierung des Werts. Marx folgt Ricardo zwar in der Nichtidentifizierung von Wert und Reichtum, streitet aber gleichzeitig ab, daß der bürgerliche Reichtum unabhängig vom Tauschwert begriffen werden kann.[13] Der bürgerliche Reichtum ist durch den Wert dimensioniert, ohne mit ihm gleich zu sein.

Die Problematik liegt weiters aber auch darin, daß Marx selbst mit einem doppelten *Reichtumsbegriff* arbeitet: der erste faßt den kapitalistischen Reichtum als eine „ungeheure Warensammlung";[14] der zweite anthropologisiert Reichtum als die Entwicklung menschlicher Möglichkeiten (auf der materiellen Ebene) schlechthin. „Der Reichtum besteht, *stofflich* betrachtet, nur in der Mannigfaltigkeit der Bedürfnisse."[15] Reichtum wird hier von den bürgerlichen Fesseln abgekoppelt und mit der Potenz der Produktivkräfte gleichgesetzt: „Alle bisherigen Gesellschaftsformen gingen unter an der Entwicklung des Reichtums – oder, was dasselbe ist, der gesellschaftlichen Produktivkräfte."[16] In seiner vehementen Verteidigung Ricardos gegen dessen sentimentale Kritiker bekennt Marx sich schlußendlich zur „Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur als Selbstzweck".[17] Der Kritiker des besonderen Reichtums ist ein großer Affirmatiker des allgemeinen. Diese dialektische Position erlaubt zweifellos eine Perspektive, die über unmittelbare Interventionen hinausreicht. Genau diese gelte es zu entwickeln und zu konkretisieren.

Die Vergrößerung der Reichtümer ist nicht identisch mit der Vergrößerung der Werte. Was aber nicht meint, daß in der Epoche des aufsteigenden Kapitals das *Gesamtwertprodukt* nicht gestiegen wäre, weil die einzelnen *Produktenwerte* gefallen sind. Die Wertprodukte sind zweifellos gestiegen, auch wenn die Produktenwerte gesunken sind. Dies erfolgte durch die stete Ausdehnung der Warenproduktion und die Einbeziehung der Arbeitskräfte auf immer neuen Gebieten und Feldern. Diese den Kapitalismus charakterisierende Korrespondenz ist heute erstmals umfassend in Frage gestellt.

Eine finale Krise des Kapitalismus kann erst dann eintreten, wenn auch der Wert insgesamt nicht mehr wachsen kann, so sehr er die stoffliche Produktion auch auszudehnen versteht. Über das Ende der Arbeit schreibt Marx: „Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören, die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert [das Maß] des Gebrauchswerts. Die *Surplusarbeit der Masse* hat aufgehört, Bedingung für die Entwicklung des allgemeinen Reichtums zu sein, ebenso wie die *Nichtarbeit der wenigen* für die Entwicklung der allgemeinen Mächte des menschlichen Kopfes. Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhnde Produktion zusammen, und der unmittelbare materielle Produktionsprozeß erhält selbst die Form der Notdürftigkeit und Gegensätzlichkeit abgestreift. Die freie Entwicklung der Individualitäten und daher nicht das Reduzieren der notwendigen Arbeitszeit, um Surplusarbeit zu setzen, sondern überhaupt die Reduktion der notwendigen Arbeit der Gesellschaft zu einem Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie alle freigewordne Zeit und geschaffnen Mittel entspricht."[18]

## Fetisch Wert

Wichtig ist aber noch etwas anderes. Nämlich die entschiedene Abgrenzung des Werts von dem, was der Volksmund so alles darunter versteht.[19] *Wert* ist dem gesunden Menschenverstand eine in all seinen Verästelungen positive Kategorie – *wertvoll* eben! –, in der Kritik der politischen Ökonomie hingegen eine äußerst kritische Größe.

Doch das inflationäre Gerede vom Wert und den Werten hat auch in die marxistische Literatur Eingang gefunden und dort heillose Verwirrung gestiftet. Auf jeden Fall ist es gänzlich dem Marxschen Opus widersprechend, die zentrale Kategorie des Werts in die bürgerliche Alltagssprache hinein aufzulösen, und gerade aus ihr etwa eine „Hypothese über eine marxistische Theorie der Werte“[20] abzuleiten. Nichts irrer als das. Am Beispiel von Agnes Heller sei das hier dargestellt.

Der Begriff des Werts hat sich ausgehend vom ökonomischen Sektor über alle gesellschaftlichen Bereiche ausgeweitet. Wert ist dahingehend zu einem unhinterfragten Terminus geworden. Wenn etwas etwas wert ist, ist etwas etwas wert. Wert gilt als die positive Abstraktion par excellence. Heller spricht ganz unbefangen von einer Wertorientierung, von moralischen und reinen Werten, von Persönlichkeitswerten etc. „All das (und ausschließlich das) ist Wert, worauf unsere Orientierungskategorien in bezug auf die gesellschaftliche Regelung, auf die Normen allgemein anwendbar sind.“[21] „Die primäre Kategorie der Wertorientierung ist das Kategorienpaar gut–schlecht.“[22] Gut ist etwas, was Wert enthält, schlecht ist etwas, was keinen oder wenig Wert enthält. Heller wird hier zur Propagandistin des Alltagspositivismus. „Unser Wertesystem hat seinen Ursprung in transzendenten Mächten,“[23] schreibt sie andernorts gar.

Der Hellersche Kauderwelsch läßt wirklich nichts aus: „Marx erarbeitete zwar keinen allgemeinen Begriff des Werts, er operierte aber mit einem grundlegenden Wertbegriff (dem Reichtum (sic!, F.S.)[24]); er gebrauchte universelle Wertaxiome, aus denen sich all seine Werturteile axiologisch ableiten lassen. Unsere Aufgabe ist es nun, die Konturen einer allgemeinen Theorie der Werte aufzuzeigen, die mit der Marxschen Gesellschaftsontologie (sic!, F.S.) im Einklang und auf den Fundamenten der Marxschen Wertorientierung (sic!, F.S.) steht.“[25] „Die ontologisch primäre (aus anderem empirisch nicht ableitbare) Kategorie, ist die Kategorie des gesellschaftlichen Reichtums. „Reichtum“ ist die allseitige Entfaltung der gattungsmäßigen Wesenskräfte. Das erste Wertaxiom lautet: Wert ist alles, was zur Bereicherung der gattungsmäßigen Wesenskräfte gehört, was diesen Vorschub leistet. Das zweite Wertaxiom lautet: Der höchste Wert besteht darin, daß die Individuen sich den gattungsmäßigen Reichtum aneignen können.“[26]

Fast könnte man meinen: Frau Heller habe Marx und Ricardo nie gelesen. Das ginge ja noch an. Aber Marx, dessen Werk gerade darin besteht, die Kategorie des Werts zu kritisieren und zu entzaubern, den eigenen Sermon eines auffrisierten gesunden Menschenverstandes einzuverleiben, ist schon ein starkes Stück. Heller inflationiert den Begriff Wert wie eine protestantische Pastorin. Sie verwandelt den Kritiker des Werts in einen Philosophen der Werte, zu einem Dutzendaxiologen. Günther Anders setzte wohl nicht zu Unrecht die Begriffe *Werte* und *Wertordnung* überhaupt auf die schwarze Liste. Diese Worte, so schreibt er in seinen „Ketzereien“ seien nur von Konservativen benutzbar.[27]

*C. Geiger, Der Juwelier, um 1830 bis 1840.*

## Reaktionärer Bodensatz?

Der Wert setzt die Werte. Er ist die zentrale Instanz des Selbstwerts, der Reflektor des Individuums. Bürgerliches Selbstbewußtsein verläuft auf einer Skala der Ab- und Aufwertung am Markt. *Einkommen* ist die quantitative Zugangs- und Beteiligungsgröße, die auch über verschiedene Formen von Integration und Desintegration (Was haben? Wo sein? Wie viel dürfen? Was darstellen?) entscheidet. Das hat schon seine bürgerliche Logik. Bereits Marx wußte, daß „im selben Maß, wie das Geld in seinen verschiednen Bestimmungen sich entwickelt, (...) der Reichtum als solcher der allgemeine Maßstab des Werts des Individuums wird.“[28]

Das Einkommen ist (weil löst) die Eintrittskarte, die über den Rang in der Gesellschaft befindet. Um irgendwo dazu zu gehören, bedarf es einer adäquaten Geldbörse, um sich in Realität und Symbolik anpassen zu können. Es ist das Einkommen (wo immer es auch herkommt), das über die Auslese des *Minderwertigen* bestimmt. Dementsprechend sind Arbeiter minderwertig, Textilarbeiterinnen noch minderwertiger und ausländisches Dienstpersonal am allerminderwertigsten. Keine Lohnerhöhung, so sehr sie jedem und jeder individuell zu gönnen ist, kann diesem bürgerlichen Übel abhelfen. Soziale Diskriminierung hat ökonomische Gründe. Sie wird nicht mutwillig hergestellt, sie liegt am System. Die sozial Schwachen (Arbeitslose, Hausfrauen, Mütter, Tagelöhner, Hilfsarbeiter) leiden an ihrer mangelnden Markttauglichkeit.

Viele wollen sich nun vor der Konkurrenz dadurch schützen, daß sie andere Markt- und Sozialkonkurrenten (Ausländer, Sozialschmarotzer, Beamte, Politiker, Spekulanten, Juden) stigmatisieren und diese aus der Konkurrenz bzw. den sozialen Leistungen ausschließen oder doch abdrängen wollen. Sie möchten ihren sozialen Status sichern oder verbessern, indem sie nach politischer Abwertung anderer Gruppen schreien. Deren Möglichkeiten sich wiederum zu wehren, sind gänzlich unterschiedlich, manche Konkurrenten sind so leichter erledigbar als andere. Nichtsdestotrotz verfolgen die Konkurrenzsubjekte andere Konkurrenzsubjekte als Sündenböcke, deren hauptsächliches (wenn auch nicht einziges) Kriterium zusehends das nationale Kennzeichen darstellt. Rassistische Faustregel: Je weniger ein Ebenbild, desto größer das Feindbild.

Dem Entwertungsdruck wird nicht entgegengetreten, es wird hingegen versucht, ihm auszuweichen und ihn weiterzureichen. Die Drangsalierten spielen Schwarzer Peter. Jene, denen etwas weggenommen wird, trachten permanent danach, anderen etwas wegzunehmen. Sie beherbergen somit eine Tendenz, die selbst restriktiv ist. Genau das ist der Punkt, wo reaktionäre Bestrebungen auf fruchtbaren Boden fallen.

Daß Subjekte andere Subjekte, Teile andere Teile entwerten müssen und deshalb entwerten wollen – verschärft noch in der Krise! –, demonstriert die ganze Tragik der Bedingungen, aber auch die Notwendigkeit, hier anders einzugreifen als dies bisher durch die moralische Entrüstung geschehen ist. Die Verhaltensweisen sind Folge der Verhältnisse, Ausgrenzung somit Folge von Demokratie und Marktwirtschaft. Sie ist deren Konsequenz. Wer sie nicht will, muß ihr die Grundlagen entziehen.

Die Ausgrenzung ist jedenfalls der Nucleus der Ausmerzung. Diese muß sich nicht automatisch aus jener ergeben, aber sie ist denn doch möglich. Sie ist der negative Affekt des jeder Warenmonade inkorporierten Betriebssystems der Konkurrenz. Überflügeln, Wettmachen, Ausschalten, Erledigen. Damit soll nichts entschuldigt, aber doch einiges erklärt werden. Die Täter bleiben Täter, auch wenn sie zur Tat getrieben werden. Damit aber keine Tat mehr betrieben wird, reicht es nicht aus, gegen die Täter zu sein, sondern gegen das, was ihre Taten hervorbringt. Der Täter realisiert die Tat, er schafft sie nicht.

Vor dem Geld sind alle Menschen gleich, aber durch das Geld erhalten sie verschiedene *Wert*igkeiten. Natürlich ist die monetäre Differenz einer radikalen Kritik zu unterziehen. Aber eben einer radikalen, diese ist nur sinnvoll, wenn sie verlängert wird zu einer umfassenden Abrechnung mit der bürgerlichen Selbstverständlichkeit verschiedener Wertigkeiten menschlicher Tätigkeit. Bedingungen sind zu thematisieren, nicht bloß deren Auswüchse. Die Kritik an den Einkommensdifferenzen (etwa gar noch als unsägliche Privilegiendebatte) hat zu einer des Einkommens, ja zu einer Kritik von Arbeit und Geld aufzusteigen. Bleibt sie darunter, dann ist sie der Bodensatz, der es ermöglicht, die soziale Frage als populistische Veranstaltung zu inszenieren. Man denke an Haider und all seine (auch linkspopulistischen) Nacheiferer. Das Spiel „Wem schneiden wir was weg?“ hat kannibalistische Züge. Doch alle spielen es.

## Pro toto?

Die Bescheidenheit der Erkenntnis darf nicht länger Grundlage des Handelns sein. Was heute betrieben wird, ist Gesellschaftskritik ohne explizite (und schon gar nicht explifizierte) Sozialkritik einerseits, und andererseits sozialer Kampf ohne differenzierte Analyse, am besten ausgedrückt im populistischen Vokabular von Umverteilung oder Privilegienabbau. Dimensioniert wird diese Praxis durch ein ganz engstirniges politisches Interesse.

Der soziale Kampf muß sich heute jedoch auf das Ganze richten, was meint gegen das bestehende Ganze und für ein neues, anderes Ganzes. Er darf nicht mehr die partiellen Interessen bestimmter Gruppen in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen rücken. Es ist daher nicht mehr Parteiergreifung im alten Sinne gefordert, sondern Theorie und Praxis beanspruchen Totalität gegen die einzelnen Interessen der gesellschaftlichen Destruktivität. Das ist freilich schon jenseits der Politik. Doch genau darauf soll es ja hinauslaufen. Nicht gegen unverhältnismäßige Verteilungen geht es, sondern gegen das (Un)Verhältnis schlechthin.

Interesse und Resultat des Kapitals sind übrigens nicht zwangsweise eins. Man sollte seinen Apologeten schon glauben, daß sie interessiert sind, die Arbeiter in Wert zu setzten, nicht sie zu entwerten, was vielmehr Effekt ist. „Ist diese Verbesserung der Lebensumstände der unteren Schichten auch für die Gesellschaft als ganzes vorteilhaft oder nachteilig?“, fragt Adam Smith, um die Frage sogleich eindeutig zu entscheiden: „Die Antwort scheint auf den ersten Blick äußerst einfach zu sein. Dienstboten, Taglöhner und Arbeiter bilden die Masse der Bevölkerung eines jeden Landes, so daß man deren verbesserte Lebenslage wohl niemals als Nachteil für das Ganze betrachten kann. Und ganz sicher kann keine Nation blühen und gedeihen, deren Bevölkerung weithin in Armut und Elend lebt. Es ist zudem nicht mehr als recht und billig, wenn diejenigen, die alle ernähren, kleiden und mit Wohnung versorgen, soviel vom Ertrag der eigenen Arbeit bekommen sollen, daß sie sich selbst richtig ernähren, ordentlich kleiden und anständig wohnen können.“[29]

Das Programm der aufsteigenden Arbeiterbewegung ist hier bereits im Kern vorweggenommen. Das Elend der Arbeiterklasse, wie es zurecht in vielen Schriften des 19. Jahrhunderts angeprangert wurde, ist jedenfalls objektives Ergebnis des Kapitalverhältnisses, nicht die subjektive und sodann verwirklichte Absicht der Kapitalisten.

Robert Kurz schreibt: „Insbesondere seit der fordistischen Ära eines flächendeckenden Vollkapitalismus mit hochorganisierter Massenproduktion ist die Massenkaufkraft eine conditio sine qua non für eine gelingende Akkumulation des Kapitals. Wird die Massenkaufkraft durch Massenarbeitslosigkeit, Abbau der Sozialleistungen und Zurückfahren öffentlicher Dienste bzw. staatlicher Investitionen radikal abgeschmolzen, dann ist nicht nur die soziale Reproduktion, sondern auch die ökonomische Existenz- und Funktionsfähigkeit des Kapitalismus selber grundsätzlich in Frage gestellt.“[30]

So „will“ das Kapital die Arbeiter sowohl *verwerten* als auch *entwerten*. Was ein grundsätzlicher Widerspruch ist, der aber solange belanglos bleibt, solange auf das Gesamtkapital bezogen ersteres letzterem überwiegt oder sie sich zumindest die Waage halten. Ist das der Fall, besteht an der ökonomischen Funktionstüchtigkeit des Kapitalismus kein Zweifel.

## Arm gegen reich für reich

Ein Kennzeichen des Kapitalismus ist „die Verwandlung dessen, was überflüssig erschien, in Notwendiges, geschichtlich erzeugte Notwendigkeit – [dies] ist die Tendenz des Kapitals. Die allgemeine Grundlage aller Industrien wird der allgemeine Austausch selbst, der Weltmarkt und daher das Ganze der Tätigkeiten, Verkehrs, Bedürfnisse etc., woraus er besteht. *Luxus* ist Gegensatz zum *Naturnotwendigen*. Notwendige Bedürfnisse sind die des Individuums, reduziert selbst auf ein Natursubjekt. Die Entwicklung der Industrie hebt diese Naturnotwendigkeit wie jenen Luxus auf – in der bürgerlichen Gesellschaft allerdings nur *gegensätzlich*, indem sie selbst wieder nur bestimmten gesellschaftlichen Maßstab als den notwendigen gegenüber dem Luxus setzt.“[31] Was aber bloß meinen kann, daß in einer befreiten Gesellschaft Luxus und Notwendigkeit als soziale Gegensätze überhaupt verschwinden, sich auflösen in einer allgemeinen mannigfaltigen Möglichkeit.

Soziale Kritik und sozialer Kampf müssen sich freilich abseits der geforderten Restriktion an der möglichen Fülle des Lebens und seiner Annehmlichkeiten orientieren. Der Konsumismus mag verwerflich sein, nicht jedoch der Konsum. Ebensowenig die Begehrlichkeit und das Verlangen nach den möglichen Produkten. Dazu sind sie ja da. Zu den Dingen gilt es ein ganz profanes Verhältnis zu entwickeln, abseits von metaphysischen Tücken der Ware und ihrer Fetischismen.

„Nicht das Auto ist repressiv, nicht das Fernsehgerät ist repressiv, nicht die Haushaltsutensilien sind repressiv, sondern das Auto, das Fernsehgerät und der technische Kleinkram, der gemäß den Erfordernissen des gewinnbringenden Austauschs einen wesentlichen Bestandteil der Existenz der Menschen, ihrer eigenen „Verwirklichung" ausmacht."[32] In der Zurückweisung des postmodernen Hedonismus liegt bei aller Berechtigung auch ein Moment der Abwehr des Vergnügens überhaupt. Es sind oft gerade die Linken, die in (ihren) Entbehrungen mehr Tugend als Not sehen. Doch nichts sollte ferner liegen, als die aktuelle gesellschaftliche Nötigung in ein subjektives Bekenntnis zu verwandeln.

Eines jedenfalls sollte klar sein, sogar der ganz junge Engels wußte schon davon: „Aber die bloße Demokratie ist nicht fähig, soziale Übel zu heilen. Die demokratische Gleichheit ist eine Chimäre, der Kampf der Armen gegen die Reichen kann nicht auf dem Boden der Demokratie oder der Politik überhaupt ausgekämpft werden. Auch diese Stufe ist also nur ein Übergang, das letzte rein politische Mittel, das noch zu versuchen ist und aus dem sich sogleich ein neues Element, ein über alles politische Wesen hinausgehendes Prinzip entwickeln muß. Dies Prinzip ist der Sozialismus."[33] Was an dieser Stelle deutlich rauskommt, das ist diese explizite Fundamentalkritik der Politik. Der Sozialismus wurde jedenfalls nicht unter diesen Begriff subsumiert, sondern als über ihn hinausgehend bezeichnet. Kommunismus und Politik sind sich wesensfremd. Kommunismus bedeutet Überwindung der Politik.

*Sogleich* war freilich nicht *sofort,* der politische Kampf sollte länger im Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzung stehen als der junge Engels vermutete. Viel länger. Im Zeitalter des Klassenkampfs (1848-1989) war es geradezu zu einer Symbiose von politischem und sozialem Kampf gekommen. Es ging dabei aber auch um die Realisierung des Klassenverhältnisses, nicht schon um seiner Überwindung. Die steht erst heute an.

Der soziale Kampf muß aus seiner defensiven Haltung (Verteidigt die..., Hände weg von...) ausbrechen und offensive Strategien entwerfen. Mit der krampfhaften Orientierung auf den Arbeitsplatz muß Schluß sein. Ein radikaler Bruch mit dem Arbeitsfetisch ist der Gordische Knoten einer emanzipatorischen Sozialbewegung. Kommunismus meint nicht Befreiung *der* Arbeit, sondern Befreiung *von der* Arbeit. „Denn der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft aller Individuen. Es ist dann keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time das Maß des Reichtums."[34]

Der Kommunismus wird höchst vergnüglich sein, oder er wird nicht sein. ■

Franz SCHANDL ist Historiker und Publizist.

## Anmerkungen

1 Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen (1776), München 1978, S. 28.
2 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert.(1906/11) Dritter Teil, MEW, Bd. 26.3, S. 51.
3 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts (1821), Werke 7, Frankfurt am Main 1986, S. 389.
4 Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band (1894), MEW, Bd. 25, S. 885.
5 Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms (1875), MEW, Bd. 19, S. 22.
6 Stellvertretend für viele dazu: Rainer Klien, „Umverteilen – was sonst?", »Die Alternative« 7-8/1997, S. 8-13.
7 David Ricardo, Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung (1821), Marburg 1994, S. 231. Weiter heißt es aber unrichtigerweise: „Die Arbeit von einer Million Menschen in den Manufakturen wird stets den gleichen Wert, aber nicht den gleichen Reichtum produzieren." Zur Kritik Marxens an dieser Passage siehe: Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW, Bd. 26.2 (1906/11), S. 537-541; 554f.
8 David Ricardo, Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung, S. 232.
9 Ebenda, S. 235.
10 Ebenda, S. 236.
11 Ebenda, S. 233.
12 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert. Dritter Teil, MEW, Bd. 26.3, S. 49.
13 Vgl. dazu auch: Franz Schandl, Vom Fortschritt in der Geschichte über den Wert zum Gut, »Weg und Ziel« 1/1997, S. 61-63.
14 Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie (1859), MEW, Bd. 13, S. 15; bzw.: Das Kapital, Erster Band, MEW, Bd. 23, S. 49.
15 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (1857/58), MEW, Bd. 42, S. 433.
16 Ebenda, S. 445-446.
17 Karl Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW, Bd. 26.2, S. 111.
18 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 601.
19 Vgl. bspw. unser konkretes Fallbeispiel anhand der Präsidentschaftskandidatur von Gertraud Knoll: Franz Schandl, Kreislauf der Ignoranz, »Streifzüge« Nr. 2/98, S. 1ff.
20 Agnes Heller, Hypothese über eine marxistische Theorie der Werte, Frankfurt am Main 1972. Ähnlich verfahren auch Peter Moeschl/Reinhold Sturm, Allgemeine Werttheorie, »Der Streit« Nr. 41/42, November 1991.
21 Agnes Heller, Hypothese über eine marxistische Theorie der Werte, S. 17.
22 Ebenda, S. 18.
23 Agnes Heller, Das Alltagsleben. Versuch einer Erklärung der individuellen Reproduktion, Frankfurt am Main 1978, S. 144.
24 Wenn man vor allem bedenkt, daß es bei Marx wie bei Ricardo um eine strikte Trennung von *Wert* und *Reichtum* gegangen ist, dann muß man sich schon fragen, ob die nicht alle Tassen im Schrank hat.
25 Agnes Heller, Hypothese über eine marxistische Theorie der Werte, S. 15.
26 Ebenda, S. 9.
27 Günther Anders, Ketzereien, München 1991, S. 130f.
28 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 157.
29 Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen, S. 68.
30 Robert Kurz, Die letzten Gefechte. Ein Essay über den Pariser Mai, den Pariser Dezember und das Bündnis für Arbeit, »Krisis« 18 (1996), S. 40.
31 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 434.
32 Herbert Marcuse, Versuch über die Befreiung, Frankfurt am Main 1969, S. 27-28.
33 Friedrich Engels, Die Lage Englands (1844), MEW, Bd. 1, S. 592.
34 Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 604.

# Die Zukunft bleibt das einzige Ziel

## Zur sozialpolitischen Entwicklung des Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts

*Lutz HOLZINGER*

*Im Moment trägt die Linke aller Schattierungen den Anstrich von Konservativen. Politiker und Publizisten, die mehr oder weniger unter den ohnehin unscharfen Begriff „links" fallen, beklagen, daß alles schlechter werde. Was sonst sollte die Folge der Tatsache sein, daß dem transnational operierenden Großkapital vor kurzem der bisher einzige ernst zu nehmende Gegner abhanden gekommen ist.*

Es wäre absurd, wenn die Implosion des „realen Sozialismus" und die damit verbundene Paralyse der kommunistischen Weltbewegung keine Folgen hätte. Zu profitieren trachten davon vor allem jene Kräfte, die sich nur zögernd auf die friedliche Koexistenz eingelassen, gleichzeitig aber alle Register zur Unterminierung des im Ansatz alternativen Gesellschaftssystems gezogen haben. Der von ihnen ausgeübte unerhörte Außendruck war wesentlich mitverantwortlich dafür, daß das sozialistische Modell sowjetischer Prägung Unzulänglichkeiten produziert hat und von den Zielsetzungen von Marx immer stärker abgewichen ist.

Sieht man sich die Haupttendenzen der sozialen Entwicklung im einheitlich kapitalistischen Europa an, ist sie momentan durch enorme Wachstumsraten geprägt: Das gilt vor allem für die Steigerung der Profite sowie die dramatische Zunahme der Arbeitslosen, der Obdachlosen und der von Armut Betroffenen. An ein und demselben Tag im April war zu lesen, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland erneut Rekordniveau erreicht hat und der Vorsteuer-Gewinn der Deutschen Bank im ersten Quartal des heurigen Jahres um 40 Prozent auf rund 12 Milliarden Schilling gestiegen ist.

Unter diesen Umständen fragt sich, ob das ganze 20. Jahrhundert mit dem Auf- und Untergang der Morgenröte einer neuen Gesellschaft ein Versehen der Geschichte war. Reflektiert man die Rückentwicklung der letzten Jahre, drängt sich die Vorstellung auf, daß das Motto „Zurück an den Start" dominiert. Dieses Bild trägt jedoch nicht der Tatsache Rechnung, daß den Lohnabhängigen eine Reihe von sozialstaatlichen Rahmenbedingungen und Mindestniveaus beim Einkommen, Wohnen, Bildungssystem usw. nicht mehr streitig gemacht werden können. Wir befinden uns eher in einer Spiralenbewegung. Allerdings kommt es darauf an, daß sie sich wieder aufwärts bewegt – ganz nach dem Motto „Die Zukunft ist unser einziges Ziel". (Unter diesen Titel stand die Ausstellung der sowjetischen Revolutionskunst von Stepanowa und Rodtschenko, die 1991 im Wiener MAK gezeigt wurde.)

Eine Passage aus der Autobiographie von Hanna Sturm scheint für die Differenz von einst und jetzt bezeichnend. Vor der Geburt ihres dritten Geschwisters machte sie sich vor allem über die künftige Aufteilung der Erdäpfel Sorgen, die in ihrer Familie gewöhnlich zum Frühstück bereitgestellt wurden: Das Kind stellte sich die bange Frage, ob ihm künftig nur mehr zwei Stück bleiben würden. Bei der Lektüre dieser Passage weiß man nicht recht, ob man lachen oder weinen soll. – Aus Trauer über die ehemaligen Zustände bzw. aus Freude über die Überwindung derartiger Verhältnisse. Es war ein gewaltiger Druck der Arbeiterbewegung und die Entfaltung ungeahnter Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums erforderlich, daß die Reproduktion der Lohnarbeit im Kapitalismus auf enorm erweiterter Stufenleiter stattfand.

Mit dem Hinweis auf das Lohnarbeitsverhältnis als Voraussetzung für soziale Sicherheit ist übrigens ein besonders kritischer Punkt der bestehenden Systeme benannt: Ihre Erwerbsorientierung führt zur unzureichenden Behandlung aller jener Gruppen, die Unterstützung am meisten brauchen. Darüber hinaus bewirkt ein defekter oder nicht vorhandener Mechanismus zur Umverteilung des privat angeeigneten, aber gesellschaftlich produzierten Reichtums, daß Armutsphänomene in der herrschenden Gesellschaft wieder in steigendem Maß zur Normalität gehören, obwohl die von Hanna Sturm geschilderte bittere Armut in unseren Breiten nicht mehr existiert.

### Zwei außergewöhnliche Studien

Die Hoffnungen auf den Anbruch des „wissenschaftlichen Zeitalters", die mit den Anfangserfolgen der revolutionären Arbeiterbewegung verbunden waren, haben sich nicht erfüllt. Sie müssen aufs nächste Jahrtausend vertagt werden. Dieser Befund ändert nichts daran, daß die Oktoberrevolution zunächst einen unwiderstehlichen Aufbruch signalisiert hat. Sie hinterließ nicht nur in den Sozialsystemen, sondern auch vielen künstlerischen Bereichen des 20. Jahrhunderts unauslöschliche Spuren. Im Moment geht es aber nicht um die Spurensicherung fortschrittlicher Traditionen, sondern um die Abwendung akuter Gefahren. Sie erwachsen der Neigung des heutigen Kapitalismus, an der menschenverachtenden Praxis des Manchester-Liberalismus anzuknüpfen.

Die Bewegungsrichtung der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung machen zwei Großstudien deutlich. Einerseits die vom österreichischen Politologen Emmerich Talos herausgegebene Studie *„Soziale Sicherung im Wandel – Österreich und seine Nachbarstaaten"* (Böhlau Verlag, Wien 1998); andererseits das vom französischen Soziologen Pierre Bordieu gemeinsam mit einem Team er- und bearbeitete Interviewmaterial *„Das Elend dieser Welt – Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft"* (Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 1997).

Der von Talos herausgegebene Band stellt den ersten umfassenden Vergleich der Sozialsysteme von Österreich und seinen westlichen wie östlichen Nachbarstaaten dar. Gegenstand der Untersuchung ist die Entwicklung dieser Systeme in den letzten 20 Jahren. Bereits in der Einleitung wird klargestellt: „Die durch die beiden Ölkrisen generierten hohen Inflationsraten konnten in den achtziger Jahren

nur zum Preis gestiegener und persistenter Arbeitslosenraten nach unten gedrückt werden." (S. 14)

Was die Rückwirkung der wirtschaftlichen auf die soziale Entwicklung angeht, wird folgendes Szenario ausgebreitet: „Parallel zu den sich verschärfenden ökonomischen Rahmenbedingungen verdichtet sich die Kritik am sozialstaatlichen Nachkriegskonsens. Budget- und Finanzrestriktionen sowie eine steigende und immer länger dauernde Erwerbslosigkeit reaktivierten und intensivierten die bislang von der exzellenten ökonomischen Performance und Expansionsdynamik des Sozialstaates überdeckte Sozialstaatskritik neoliberaler/neokonservativer Prägung auf der einen und jene von Vertretern der Kritischen Theorie sowie RepräsentantInnen sozialpolitischer Reformstrategien auf der anderen Seite. Während die neoliberale Seite den Wohlfahrtsstaat als Problemerzeuger identifizierte, welcher die Eigenverantwortung und Leistungsanreize untergrabe, zum Selbstbedienungsladen organisierter Interessengruppen verkomme, und zudem freiheitsgefährdend und wachstumsfeindlich sei, brachte die neokonservative Variante den Wohlfahrtsstaat mit der Erosion traditioneller Wertvorstellungen in Verbindung. Gemeinsam wurde der Verlust der individuellen Arbeitsethik sowie ein übermäßiges Anspruchsdenken der Bürger an den Staat und damit einer Überlastung der liberalen Demokratie konstatiert. Die kritische Theorie ortete im Gegensatz dazu einen zunehmenden Widerspruch zwischen der Krise des fordistischen Akkumulationsregimes und der für den Bestand der liberalen Demokratie notwendigen, vom Sozialstaat mitgenerierten Massenloyalität. Im Bild gesprochen: Der Wohlfahrtsstaat als Deckel des kapitalistischen Kochtopfs auf dem Ofen der bürgerlichen Demokratie vermag infolge der krisenhaften ökonomischen Entwicklung dem steigenden Problemdruck nicht mehr standzuhalten. Unregierbarkeit und Sklerose auf der einen Seite und Legitimitätskrise und Disorganisierung auf der anderen Seite waren die Schlagwörter für die Zukunftsszenarios, die den westlichen Industrieländern prophezeit wurden. In den achtziger Jahren gewann angesichts veränderter ökonomischer und sozialer Rahmenbedingungen eine dritte, von Vertretern sozialpolitischer Reformstrategien getragene Kritikschiene an Bedeutung, deren Fokus die Zuspitzung sozialer Problemlagen bei gleichzeitig sinkender Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme bildete. Mit den auf dieser Kritik aufbauenden Aus- und Umbauforderungen des sozialen Sicherungsgefüges und den Rückbauforderungen der neoliberalen/neokonservativen Sozialstaatskritik war auf der diskursiven Ebene jenes Feld abgesteckt, das in unterschiedlicher Weise in sozialpolitischen Strategien und realisierter Sozialpolitik seinen Niederschlag fand." (S. 14 f.)

*J. N. Geiger, Der Wirth, um 1830 bis 1840.*

## Bergab mit der Europäischen Union

Der rund 600 Seiten starke Band enthält eine Fülle von Fakten und Auffälligkeiten. Unter anderem räumt er mit dem weit verbreiteten Vorurteil gründlich auf, wonach Österreich über ein beinahe einzigartiges System der sozialen Sicherheit verfüge. Im internationalen Vergleich zählt es zum eher konservativen Typus. Demnach hat es die SPÖ trotz bald 30-jähriger Kanzlerschaft nicht geschafft, in Österreich wenigstens für sozialdemokratische Verhältnisse nach dem Muster Skandinaviens zu sorgen. Statt dessen hat sie tatkräftig am Rückbau des Sozialstaates mitgewirkt. Was die östlichen Nachbarstaaten betrifft, konnten sie nach dem Systemwechsel mit Ausnahme der nicht vorhandenen Arbeitslosenversicherung weitgehend an den bis dahin bestehenden staatlichen Systemen der sozialen Sicherheit anknüpfen. In der Praxis wurden sie aber vor allem nach deutschem und österreichischem Muster ausgerichtet. Besser dran waren diese Länder in der Vergangenheit bei den Familienförderungen. Dazu heißt es in der Studie: „Im Vergleich zu den meisten Ländern mit einer kapitalistischen Marktwirtschaft zeichneten sich die früheren sozialistischen Länder auch durch ein ausgebautes System von Familienleistungen aus: Gaben etwa 1979/80 die OECD-Staaten im Durchschnitt 1,1

Prozent des BIP für Familienleistungen aus, so betrug der Anteil in der CSSR 2,4 Prozent und in Ungarn 1,9 Prozent. Trotz weitgehend einheitlicher und zentraler Organisation sicherten Einrichtungen auf regionaler und insbesondere auf betrieblicher Ebene eine gewisse Nähe zu den geschützten Personen." (S. 520)

Was speziell Österreich betrifft, wird in der Untersuchung betont, daß die negative sozialpolitische Entwicklung mit der Bildung der Währungsunion zu tun hat und auch mit der politischen Widerstandsfähigkeit betroffener Gruppen zusammenhängt. Hier die entsprechenden Zitate:

- „Die Anbindung des für 1999 vorgesehenen Inkrafttretens der Währungsunion an die sogenannten Konvergenzkriterien im allgemeinen, die von den Mitgliedsländern seit den letzten Jahren mit großer Hartnäckigkeit verfolgten Strategien zur Senkung der öffentlichen Verschuldung insgesamt, der jährlichen Budgetdefizite im konkreten, haben den Druck auf die sozialstaatlichen Sicherungssysteme verstärkt ansteigen lassen. Dies ist ablesbar an den Sparmaßnahmen, die in allen in den Vergleich einbezogenen EU-Mitgliedsländern gleichzeitig und mit beträchtlichen Auswirkungen auf die Bedingungen und das Niveau sozialer Sicherung beschlossen wurden." (S. 20).
- „Von den an die unterschiedlichen Problemlagen anknüpfenden Maßnahmen ist mitunter ein länderspezifisch variabler Personenkreis betroffen, dessen Zusammensetzung auch das Widerspruchspotential gegen staatliche Umbauoptionen absteckt: RentnerInnen sind eine wahlstrategisch ungleich bedeutsamere Klientel als marginalisierte Randgruppen wie Sozialhilfeempfänger, Langzeitarbeitslose oder Alleinerziehende, und dadurch besser in der Lage, Widerstand gegenüber Kürzungsstrategien zu artikulieren. (...) So kann etwa für die achtziger Jahre festgestellt werden, daß arbeitsmarktnahe Sicherungssysteme wie die Arbeitslosenversicherung und diesbezügliche Anschlußleistungen ungleich tiefgreifenderen Umstrukturierungen als etwa die Kranken- oder Rentenversicherung unterworfen waren." (S. 24)

Obwohl die Studie zeigt, daß der sozialstaatliche Rückbau speziell in Österreich bisher relativ behutsam vorgenommen wurde und noch mit keiner Systemveränderung verbunden war, wird folgendes Resümee gezogen: „Bei dieser Politik (der Anpassung der Sozialleistungen an Budgeterfordernisse) geht es nicht mehr nur um die ‚Stabilisierung' der sozialen Sicherung auf einem niedrigeren Niveau. In langfristiger Perspektive betrachtet, geht es um die Anpassung und Zurichtung sozialer Sicherung für politische Prioritäten und propagierte ökonomische Erfordernisse. Insofern stellen die Veränderungen einen Wandel gegenüber der sozialpolitischen Orientierung in den Nachkriegsjahrzehnten dar." (S. 582) Als Haupttendenzen der künftigen Entwicklung wird verstärkte Marktorientierung und – trotz der Erosion dieser Institution – erhöhte Verantwortung der Familie als Schutz gegen Armuts-„Karrieren" erwartet.

Ziel der Untersuchung, die von Emmerich Talos herausgegeben wurde, war es, die objektive Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme in Österreich und Umgebung während der letzten 20 Jahre zu beleuchten. Überspitzt formuliert, steht dabei im Mittelpunkt, wie es den unter Druck geratenen Systemen, nicht aber den ihnen ausgesetzten Menschen geht. Der Misere dieser Menschen ist Pierre Bordieu mit einem Team von SoziologInnen in der groß angelegten Studie „Das Elend der Welt – Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft" konkret nachgegangen. Sie beruht auf Tiefeninterviews mit Menschen aus den frühen 90er Jahren, die unmittelbar von der Formierung der Zwei-Drittel-Gesellschaft in Frankreich betroffen waren.

## Menschen als Wegwerfgüter?

Der Ruf der Einzigartigkeit, der dieser Untersuchung vorauseilt, ist in jeder Hinsicht berechtigt und hat vor allem damit zu tun, daß die Betroffenen selbst unmittelbar zu Wort kommen. Der dicke Band besteht einerseits aus behutsamen Kommentaren der Wissenschaftler und andererseits aus detaillierten Protokollen der umfangreichen Gespräche mit Opfern der sozialen Brüchigkeit der herrschenden Gesellschaft. Die meisten von ihnen sind mit Abstiegskarrieren konfrontiert. Bei jeder Themengruppe gelingt es dem Team Bordieus, durch die Befragung von Zeitzeugen unterschiedlicher Betroffenheit ein äußerst rundes Bild der jeweiligen Situation zu zeichnen.

Gleichgültig ob es um ein von der Anwesenheit ausländischer Familien geprägtes Wohnumfeld, die Auswirkungen der immer stärker rationalisierten Fabriksarbeit, die Probleme Jugendlicher mit Staatsmacht und Schulsystem usw. geht – in jedem Fall erlaubt die unmittelbare Zeugenschaft der Betroffenen ein konkretes Verständnis der jeweiligen Problemlage. Die Ansichten und Haltungen der Befragten zum Leben etwa in Sozialwohnsilos am Rand einer französischen Provinzstadt differieren, je nach dem, ob es sich bei den Zeugen um Jugendliche oder Erwachsene, In- oder Ausländer, Hausbewohner oder Hausmeister handelt. In allen Fällen ist die Misere dieser in Frankreich extrem brisanten Zonen evident. Ihre Realität ist u.a. von der Tatsache geprägt, daß die Kinder der als Arbeitskräfte in den 60er und 70er Jahren ins Land geholten und nun großteils arbeitslosen Menschen über praktisch keine Berufsperspektive verfügen. Die Folge ist, daß das gesamte Leben in derartigen Siedlungen vom vandalistischen Aufbegehren verlorener Generationen geprägt ist.

Die differenzierten Aspekte der sozialen Wirklichkeit, die in „Das Elend der Welt" geschildert werden, haben einen gemeinsamen Nenner. Er besteht in der zunehmenden Perspektivlosigkeit immer größerer Teile der Bevölkerung in einem führenden Land der Europäischen Union. Frankreich befindet sich damit in keiner Sondersituation. Dort ist nur eine Entwicklung weiter fortgeschritten und äußerst sensibel dokumentiert worden, die auch in Österreich auf dem Programm steht. Das Phänomen Armut wird heutzutage weniger durch bittere materielle Not geprägt, sondern besteht darin, daß den Betroffenen schlicht Lebenschancen vorenthalten werden: Substantielle Ausbildung, adäquate Arbeitsplätze, Perspektiven im Beruf, passendes Wohnumfeld, menschenwürdiger Lebensabend usw.

Der scheinbar unaufhaltsame Rückbau der sozialen Sicherheit trägt dazu bei, daß diese Krise sich vor allem in den Bereichen zuspitzt, die der unmittelbaren Produktion vor- und nachgelagert sind. Der Widerspruch, daß diese Entwicklung mit einer enormen Steigerung der Profite gekoppelt ist, kann als Hoffnungsschimmer betrachtet werden, sofern er aufbricht und die Überwindung dieser Misere einleitet. Eine bessere Zukunft bleibt das einzige Ziel. ■

Lutz HOLZINGER ist Germanist und Publizist.

# Wie man linkem Antisemitismus nicht beikommt

## „Antinationaler" Nationalismus und unhistorisches Geschichtsverständnis
## Zum Artikel „Bestien in Menschengestalt" von Stephan Grigat in »Weg und Ziel« 2/1998

*Winfried R. GARSCHA*

*Seit 33 Jahren gab es kein Heft dieser Zeitschrift mit Schwerpunkt „Antisemitismus", und das in Österreich – einem Land, in dem auch die mörderischsten Formen des Antisemitismus tief verwurzelt sind.*
*Ich habe daher in der Redaktion nicht nur die Idee eines Antisemitismus-Schwerpunkts unterstützt, sondern mich – aus der Kenntnis und eigenem Erleben der Tolerierung von Antisemitismus in der KPÖ in den letzten Jahrzehnten – auch dafür ausgesprochen, dem „linken Antisemitismus" einen eigenen Artikel zu widmen.*

Das Mindeste, das von einem derartigen Artikel verlangt werden muß – zumal, wenn er den Anspruch erhebt, antisemitische Tendenzen in der österreichischen Linken innerhalb und außerhalb der KPÖ in einen historischen Kontext zu stellen – wäre, daß er historische Fakten korrekt referiert und plausible Erklärungen dafür anbietet. Stephan Grigats Artikel wird diesen Mindestanforderungen nicht gerecht.

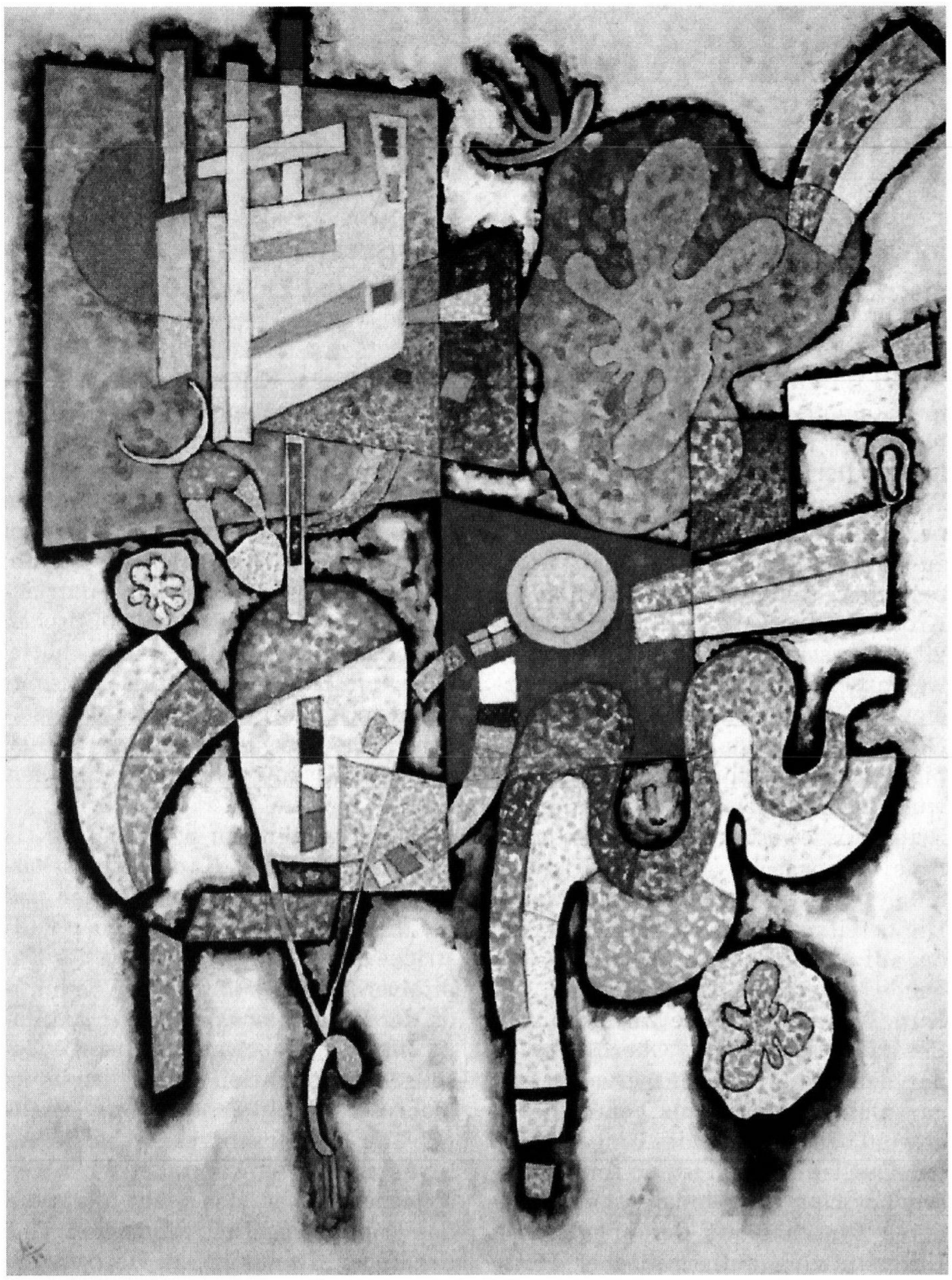
Meine beiden Hauptvorwürfe sind 1. die „schiefe" Darstellung historischer Vorgänge – das gilt insbesondere für seine, gelinde gesagt, eigenwillige Interpretation der Rolle der KPÖ bei der Demonstration von Bad Ischl 1947, die zum „Ischler Milchprozeß" geführt hat – und 2. die unhistorische Isolierung von Aussagen kommunistischer PolitikerInnen und TheoretikerInnen aus ihrem historisch-gesellschaftlichen Kontext.

Ad 1. Der Autor bleibt uns, trotz einer Fußnote, die Quelle für seine Behauptung, KPÖ-Funktionäre (gemeint ist vor allem der junge kommunistische Widerstandskämpfer Raimund Zimpernik) hätten die Menge in Bad Ischl zu antisemitischen Exzessen „aufgepeitscht", schuldig. Die von ihm als Kronzeugin zitierte Historikerin Margit Reiter schreibt in ihrer Dissertation wesentlich differenzierter über die Ereignisse und erwähnt auch, wo auf Grund der Quellenlage Fragen offenbleiben. Grigat hingegen tut so, als würde seine Darstellung durch die von Reiter ausgewerteten Quellen gedeckt. Eine derartige Vorgangsweise ist zumindest unwissenschaftlich zu nennen. Die bereits seit drei Jahren vorliegende, auf amerikanischen Quellen beruhende gründliche Untersuchung von Kurt Tweraser über die amerikanische Besatzungspolitik in Oberösterreich hat der Autor vorsichtigerweise erst gar nicht zur Kenntnis genommen – obwohl bei seiner Art des Umgangs mit den Quellen fraglich ist, ob ihn Tweasers Forschungsergebnisse zu einer anderen Einschätzung der angeblichen Unterstützung antisemitischer Hetze durch die örtliche KPÖ geführt hätten.

Ad 2. Grigat schreibt zwar abstrakt von der Zeit „vor Auschwitz", blendet aber den durch und durch antisemitischen Charakter des philosophischen, gesellschaftstheoretischen und politischen Diskurses der letzten Jahrzehnte des vorigen und der ersten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts aus und erklärt völlig ahistorisch den heutigen Diskurs zum Maßstab der Beurteilung. Das heißt beispielsweise, daß eine konkrete Aussage von Marx oder Engels nicht daran gemessen wird, inwieweit sie unter *damaligen* Bedingungen emanzipatorisch war, sondern inwieweit sie der vom Autor postulierten *political correctness* der Gegenwart entspricht. Das mag in einer polemischen Auseinandersetzung angehen; von einer Untersuchung, die so wissenschaftlich daherkommt wie Grigats Artikel, erwarte ich mir aber eigentlich, daß sie wenigstens *einigen* Kriterien von Wissenschaftlichkeit entspricht. Viele Fußnoten gehören nicht dazu, wohl aber ein Minimum an historischem Kontext. Ein Blick in beliebige zeitgenössische Bücher oder Zeitungen genügt, um festzustellen, daß es *niemanden* gab, der den antisemitischen (und patriarchalen usw.) Charakter des politischen Diskurses jener Zeit erkannt hätte. Marx und Engels ihren Antisemitismus vorzuwerfen, liegt ungefähr auf derselben Ebene wie ein Vorwurf an Galilei, daß er die Quantenphysik nicht kapiert hat.

Eine weitere prinzipielle Kritik zielt auf Grigats Kapitalismus-Verständnis. Ich halte es für nützlich, auf die theoretischen und politischen Fallstricke einer Verpersönlichung des Kapitalverhältnisses (bzw. einer Reduktion der Kapitalismuskritik auf Kapitalistenkritik) hinzuweisen. Aber die Gesellschaftsformation Kapitalismus ist mehr als nur ein Produktionsverhältnis. Die komplexen gesellschaftlichen Strukturen einer kapitalistischen Gesellschaft lassen sich nicht allein auf das Kapitalverhältnis reduzieren. Und der Imperialismus ist ein Herrschaftsverhältnis, das durch mehr Faktoren definiert wird als nur durch die Modernität des Kapitalverhältnisses. Diese Unterscheidung wird praktisch bei der Frage nach den Subjekten antiimperialistischer Politik: Antiimperialismus kann mehr (und breiter) sein als antikapitalistische Politik; er kann sich auch im Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und antikolonialer, nationaler Befreiungsbewegung manifestieren, d.h. im Bündnis zwischen proletarischen und bürgerlichen politischen Kräften.

Das, was Grigat bei der Beurteilung des antisemitischen Rassismus einfordert – nämlich nicht nur ökonomische Faktoren zu berücksichtigen – vernachlässigt er selbst bei der Beurteilung imperialistischer Politik. Für die Bewertung einer nationalistischen Ideologie wie des Zionismus reicht ihre historische Erklärung nicht aus (es ist



*Wassily Kandinsky, Kompliziert – Einfach, 1939.*

Grigat allerdings hundertprozentig beizupflichten, wenn er den eigentlichen Grund für die israelische Staatsgründung nicht im Zionistenkongreß von Basel, sondern in Auschwitz ortet); notwendig ist auch die Analyse ihrer politischen Funktion in den Auseinandersetzungen um imperialistische Vorherrschaft und hegemoniale Bevormundung. Derartige Auseinandersetzungen werden nun einmal nicht von Einzelpersonen, sondern von Staaten und – was meist, aber nicht immer, dasselbe ist – von als politische Subjekte organisierten Völkern geführt. Es ist zwar richtig, auf die Gefahr, in „völkische" Demagogie abzugleiten, hinzuweisen (Beispiele dafür lassen sich bei nationalen Befreiungsbewegungen rund um den Globus finden), aber bei Grigat kommt's so raus, als führe nationaler Befreiungskampf gegen imperialistische Unterdrückung notwendigerweise zur Überhöhung der eigenen Nation. Der Bezugsrahmen fürs Politikmachen darf für ihn – als „antinationalen" Linken – nie die Nation, ja nicht einmal die Klasse, sondern nur das jeweilige zu befreiende Individuum sein. Dürfen Linke, weil sie doch prinzipiell antinational zu sein haben, nationale Befreiungskämpfe nicht unterstützen?

Von Grigats „antinationalem" Anspruch bleibt jedoch wenig übrig, wenn es sich um Israel dreht. Er wendet sich zwar – richtigerweise – dagegen, an jüdische Israelis und arabische Palästinenser unterschiedliche Maßstäbe anzulegen, doch steht für ihn Israel samt seiner derzeitigen reaktionären politischen Führung jenseits der Kritik. Eine solche Reaktion ist zwar angesichts einer Haltung vieler Linker, die dem Staat Israel sein Existenzrecht glatt bestreiten, verständlich, aber sie soll bitte nicht als „antinational" daherkommen!

Daß es nach 1933 in der arabischen Welt „zahlreiche Versuche gab, nationalsozialistische und faschistische Parteien zu gründen", wird von Grigat in einer Weise hervorgehoben, als sei das ein Beweis für die Anfälligkeit der Araber für antidemokratische Bewegungen. Sind zionistische Juden *per se* demokratisch? Hat es die jüdisch-rassistischen Schriften des poale-zionistischen Theoretikers Ber Borochov nie gegeben? (Übrigens ein weiterer Beweis, daß auch Linke gegen Rassismus nicht gefeit sind.)

Der Kult um den „Boden" als zu „befreiendes" Subjekt ist nationalistischer Unfug. Boden kann, hier ist Grigat zuzustimmen, nur von den darauf lebenden Menschen „befreit" werden. Doch übersieht er geflissentlich, daß die „Erfinder" dieser Ideologie im Nahen Osten keine arabischen Palästinenser waren, sondern jüdische Siedler, die den Boden des Heiligen Landes von seinen nicht-jüdischen Bewohnern „erlösten".

Grigats Artikel ist der (notwendigen!) Auseinandersetzung mit linkem Antisemitismus nicht hilfreich. Er provoziert keine kritischen Reflexionen, sondern den Nachweis, wo von ihm Fakten verdreht oder entstellt werden. Dabei spricht er wesentliche Felder an, auf denen die Auseinandersetzung mit linkem Antisemitismus geführt werden müßte:

- Strukturelle Affinitäten einer Gesellschaftsanalyse, die unter „Kapital" nur konkrete Kapitalisten versteht, zu antisemitischen Denkmustern;
- Konzessionen kommunistischer Parteien an antisemitische Vorurteile in der Bevölkerung und in den eigenen Reihen sowie partielle und temporäre Adaption dieser Vorurteile für die eigene Propaganda;
- Ignoranz vieler KommunistInnen gegenüber dem Ausmaß und den Auswirkungen des nationalsozialistischen Judenmords;
- nationalistische bis rassistische Aufladung des Begriffs „Antizionismus" und der Beurteilung der Politik der Staates Israel in der europäischen Linken.

## Alle Displaced Persons Juden?

Die KPÖ *ist* für ihre Politik gegenüber den Displaced Persons („DPs") nach 1945 zu kritisieren. Die »Volksstimme« unterschied sich bei der Charakterisierung der DPs als Landplage nicht von den anderen Zeitungen. Die einzige Besonderheit war, daß kommunistische JournalistInnen in den DPs antisowjetische Konterrevolutionäre, ehemalige Angehörige der Wlassow-Truppen und andere Kollaborateure der Nazis in Osteuropa sahen. Die Tatsache, daß sich unter den Displaced Persons Zehntausende von Überlebenden des nationalsozialistischen Judenmords befanden, wurde von der KPÖ ignoriert. Und jüdische Flüchtlinge aus den Volksdemokratien Polen und Rumänien flohen in den ersten Nachkriegsjahren in der Regel nicht vor den Kommunisten in den Westen, sondern vor den – durch die polnischen und rumänischen Kommunisten zumindest nicht verhinderten – teilweise blutigen neuerlichen Verfolgungen in diesen Ländern. (Grigat hingegen tut so, als seien *alle* DPs Juden gewesen.)

Die Ignoranz gegenüber dem Schicksal von Überlebenden des Holocaust teilten die KommunistInnen mit den anderen politischen Kräften und auch mit den Alliierten. So wurden im ersten Nachkriegsjahrzehnt zwar in ganz Europa Hunderttausende von Gerichtsverfahren wegen Kriegs-, NS- und Kollaborationsverbrechen eingeleitet und viele Zehntausende verurteilt (allein von den österreichischen Volksgerichten 13.607 Personen), doch trotz der gewichtigen Rolle, die der Judenmord beim Nürnberger Tribunal gegen die Hauptkriegsverbrecher spielte, gab es kaum Gerichtsverfahren wegen der Organisierung und Durchführung des nationalsozialistischen Vernichtungsprogramms. Das änderte sich erst in den sechziger Jahren, nach dem Eichmann-Prozeß von Jerusalem. Doch in der Geschichtspropaganda der KPÖ hat die Ermordung der europäischen Juden (und der Sinti und Roma) als besonderes Verbrechen des NS-Regimes bis in die achtziger Jahre fast nur dort eine Rolle gespielt, wo gleichzeitig auf die Pläne der Nazis zur Ermordung von weiteren dreißig Millionen Menschen – nämlich der russischen Bevölkerung der eroberten Teile der Sowjetunion – hingewiesen werden konnte. (Das trifft auch auf meine eigenen »Weg und Ziel«-Artikel jener Jahre zu.)

Die von Grigat gewählten Beispiele für Antisemitismus in den KPÖ-Medien sind wenig überzeugend – wenn jüdische Ärzte und jüdische KP-Funktionäre (als Teilnehmer der von Stalin Ende der vierziger/Anfang der fünfziger Jahre erfundenen Verschwörungen) als „Bestien in Menschengestalt" beschrieben werden, so ist das erstens ein Terminus, der sich auch in der damaligen Berichterstattung über Volksgerichtsprozesse gegen KZ-Wärter findet (was ihn nicht besser macht), und zweitens nichts anderes als ein Beispiel für die Servilität gegenüber den Vorgaben aus Moskau: Mitstreiter aus dem antifaschistischen Widerstand wurden zu „Faschisten" gestempelt, Genossen, die in Gestapo-Gefängnissen und Konzentrationslagern ihre Tapferkeit und Prinzipientreue unter Beweis gestellt hatten, wurden in den kommunistischen Medien mit einem Male zu „feigen Verrätern" – die unrühmliche Liste ließe sich fortsetzen. Das war die Art, wie der politische Diskurs unter KommunistInnen vor dem XX. Parteitag der KPdSU geführt wurde. Die KPÖ-Medien machten hierbei keine Ausnahme.

## Populismus der KPÖ

Der Appell an nationalistische Vorurteile ist ein Kennzeichen des Populismus – und die Politik der KPÖ war nicht selten populistisch. Beispiele dafür finden sich besonders dort, wo es gegen Flüchtlinge aus kommunistisch regierten Ländern ging. Der Bogen reicht von Ungarn 1956 bis Polen 1980/81. 1981 hat Eva Priester, die das Spiel auf diesem Klavier selbst ganz gut beherrschte, in einem „Es geschah"-Feuilleton in der »Volksstimme«-Beilage die Notbremse gezogen und auf Ähnlichkeiten der in der KPÖ gehörten Argumente gegen die polnischen Flüchtlinge mit reaktionären „Ausländer-raus"-Parolen hingewiesen – was nicht hieß, daß nationalistischen Vorurteilen an der Parteibasis ab diesem Zeitpunkt seitens der FunktionärInnen der Partei immer und überall entgegengetreten worden wäre.

Abschließend einige Anmerkungen zum Umgang der »Volksstimme« mit dem Problem des Antisemitismus in den siebziger und achtziger Jahren – und nur diesen kann ich aus eigenem Erleben beurteilen:

Selbstverständlich hat sich die »Volksstimme« *keiner* antisemitischen Schreibweise befleißigt, im Gegenteil, sie hat immer wieder (meist als einzige Zeitung) antisemitische Rülpser der österreichischen Politprominenz thematisiert. Dennoch verursachte die Lektüre der »Volksstimme« nicht selten ein ungutes Gefühl: Es gab – leider immer wieder – sehr wohl Beispiele für unterschwelligen Antisemitismus in der »Volksstimme«, auch bei RedakteurInnen jüdischer Herkunft. Die von Grigat erwähnten Artikel über die Geiselnahme durch ein palästinensisches Kommando 1973 gehören ebenso dazu wie gewisse Untertöne in der kommunistischen Waldheim-Berichterstattung.

## Waldheim-Affäre

Natürlich spielte bei der Art der Berichterstattung vieler jüdischer Journalisten in den USA über die Waldheim-Affäre die Politik der UNO gegenüber Israel unter dem Generalsekretariat Waldheim mit hinein. Doch worin besteht der Informationswert eines (noch dazu mehrfach wiederholten) Hinweises darauf in einer österreichischen Zeitung? Für das Lesepublikum einer österreichischen Zeitung hatte ein derartiger Hinweis vor allem eine Entlastungsfunktion für Waldheim. Die »Volksstimme« verdiente sich mit ihrer Waldheim-Berichterstattung wahrlich keine goldene Palme antifaschistischer Aufklärung.

Doch Kurt Waldheim war kein Einzelfall. Die »Volksstimme« ließ an Bruno Kreisky kaum je ein gutes Haar – mit einer ganz großen Ausnahme: Sie unterstützte seine unappetitliche Kampagne gegen Simon Wiesenthal mit einer Reihe von Artikeln, die noch unter dem Niveau von Kreiskys Angriffen lagen. Nun mag Ing. Wiesenthal ein politischer Reaktionär sein – aber er hat die österreichische Justiz in einer Zeit, als diese kaum bereit war, NS-Verbrecher vor Gericht zu stellen und zu verurteilen, auf Trab gehalten. Die heftigsten Angriffe auf den „Nazi-Jäger" kamen von ganz rechts. Und „zufällig" hörte die Verfolgung von NS-Verbrechen in Österreich zur selben Zeit auf, als Kreisky (unter Mithilfe der »Volksstimme«) Wiesenthal moralisch fertigzumachen versuchte.

Über all das wäre selbstkritisch nachzudenken. Ein Artikel wie der von Grigat ist aber keine Einladung zum Nachdenken, sondern eine – noch dazu nicht einmal besonders qualifizierte – „Abrechnung". Es ist zu hoffen, daß die hiermit eröffnete Diskussion trotzdem zu politisch brauchbaren Ergebnissen führt. ■

Winfried R. GARSCHA ist Historiker. Er arbeitet im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands.

# Zu vergangenen und aktuellen Streitfragen über das theoretische Verständnis des Faschismus*

*Kurt PÄTZOLD*

*Obwohl die Definition des Faschismus, die 1933 in der Kommunistischen Internationale entstanden war und später Georgi Dimitroff zugeschrieben wurde, von der übergroßen Mehrheit der Historiker abgelehnt wird, gibt es doch kaum eine Beschäftigung mit dem Gegenstand, die nicht so oder so, offen oder indirekt gerade auf diese, häufig auch abwertend „Dimitroff-Formel" genannte Wesensbestimmung des Faschismus an der Macht Bezug nehmen würde. Den einen gilt sie als instrumentalistisch, anderen schlechtweg als dogmatisch, vielen eigentlich als indiskutabel.*

Jedoch haben auch die meisten Soziologen, die sich an einer historisch-materialistischen Geschichtsauffassung orientieren, ihrerseits über Jahrzehnte hinweg eine kritische Debatte der 1935 durch den VII. Weltkongreß gleichsam bestätigten Definition nicht vorgenommen. Die Wissenschaftler in der DDR machten da keine Ausnahme, wenngleich sie wie andere mit ihren konkreten Untersuchungen über diese Charakteristik hinausgelangt und längst nicht mehr im Zweifel waren, daß diese – in den Kämpfen der Zeit entstanden und formuliert in der Absicht, die antifaschistischen Kämpfe zu befördern – ein Produkt sich überlappender wissenschaftlicher und politischer Interessen gewesen war. Denn es lag in der Traditionslinie Marxschen Denkens, daß diese Wesensbestimmung des Faschismus 1. auf die eigene Orientierung in den veränderten Klassenverhältnissen zielte, 2. der Abgrenzung von anderen Auffassungen diente, die als falsch oder fehlerhaft und auch einfach als politisch schädigend angesehen wurden und 3. eine geistige Grundlage für den Kampf gegen den Faschismus abgeben sollte.

Nach der Zerschlagung des faschistischen Mächteblocks in den Jahren 1943 bis 1945 richtete sich das Bestreben in vielen Staaten darauf, ein Wiederaufleben oder eine Wiederkehr des Faschismus unmöglich zu machen. Das praktische Interesse prägte sich ungleich stärker aus als das rückwärtsgewandte theoretische. Dazu mochte beitragen, daß der Faschismus als vollständig und dauerhaft diskreditiert galt. Eine solche Schlußbilanz wurde auch in den Reihen der Kommunisten nicht angestrebt, deren Theoretiker und Ideologen sich am frühesten, schon zur Zeit des Aufkommens und des Sieges der Faschisten in Italien, eingehend mit der damals ganz neuartigen und daher schwer zu entschlüsselnden Erscheinung befaßt hatten. Die zwölf Jahre zuvor – also 1935 – vorgenommene Wertung, galt als richtig und es wurde postuliert, daß sie sich auch politisch gesehen als fruchtbar erwiesen und bewährt hatte. Ein Defizit im Hinblick auf das Verständnis des Geschehenen wurde nicht empfunden oder jedenfalls nicht öffentlich ausgedrückt. Hinzu kam, daß niemand so recht und bohrend fragen wollte, inwieweit sich in der Kommunistischen Internationale die eigene Einschätzung des Faschismus eigentlich durchgesetzt hatte und ob sie wirklich zur Grundlage der Politik der Weltorganisation geworden war. Wäre das geschehen, hätte die Fragestellung allein auch zu einer selbstkritischen Auseinandersetzung führen müssen. Denn die von Stalin und seinen Mitführern verfochtene Politik hatte im August und September 1939 buchstäblich mit einigen Federstrichen Molotows die gesamte Faschismusbewertung ausgetilgt. Dimitroff hatte sich den Entscheidungen unterworfen. Dieses Geschehen kam im Grunde einem Widerruf gleich, der hartnäckig beschwiegen werden sollte und totgeschwiegen werden konnte, weil ja nach 1941 Prozesse in Gang gekommen waren, die es erlaubten, diese Vorgänge in den Hintergrund zu verdrängen.

So also, aufgrund eines ganzen Ursachenkomplexes und seiner Wirkungen, unterblieb die Beantwortung vieler Fragen, die sich nach dem zum Teil vorhergesehenen, in vieler Hinsicht aber überraschenden Gang der Ereignisse aufdrängten: Daß dieses Regime extrem terroristisch war, hatte sich auf vielfache und furchtbare Weise bestätigt. Doch war es auch, wie 1933 unter dem unmittelbaren Eindruck der eben entstandenen Konzentrationslager, der bestialischen Morde an Antifaschisten, der ersten Todesurteile, beschlossen von „ordentlichen" Gerichten, des Prozesses vor dem Reichsgericht in Leipzig gegen Dimitroff und Genossen festgestellt wurde, wirklich offen terroristisch? Hatte es sich nicht für eine gewisse Zeit ein gesitteteres Äußeres aufzuschminken gewußt? Wie war doch dieses Deutschland 1936 von den Teilnehmern und Besuchern der Olympischen Spiele wahrgenommen worden? Waren sie alle nur auf eine geschickt angeordnete Kulisse hereingefallen?

Weiter: Gewiß hatte sich erwiesen, daß es sich beim Faschismus an der Macht um ein extrem imperialistisches Regime handelte, aber bedeutete das gegenüber früheren Regimen nur eine Steigerung im Quantitativen? Mußte nicht das Verhältnis dieses Herrschaftssystems zu seinen Vorgängern nach Kontinuität und Diskontinuität erst noch bestimmt werden? Und wiederum weiter: Gewiß hatte es sich bei dem Faschismus an der Macht um eine Kapitalherrschaft gehandelt, aber was bedeutete die Verkürzung auf „Dikta-

---

* Vortrag in einem Seminar der Kommunistischen Partei Österreichs in Reichenau bei Linz, am 4. April 1998. Die Zwischentitel stammen von der »Weg und Ziel«-Redaktion.

tur der reaktionärsten Elemente des Finanzkapitals"? Die Großmächtigen der Wirtschaft hatten doch die politische Herrschaft nicht in persona an sich gerissen, wenn es auch im deutschen Naziregime mit Alfred Hugenberg, Kurt Schmitt und Hjalmar Schacht insgesamt fünf Jahre lang Personen auf dem Platze des Reichswirtschaftsministers gegeben hatte, die dem Großkapital zugerechnet werden mußten. Wie also verhielt es sich konkret mit der Ausgestaltung des staatlichen Systems und dem Verhältnis von politischer und wirtschaftlicher Macht?

Sicher: Eine Definition ist immer ärmer als die Theorie und eine Theorie wiederum ärmer als die Wirklichkeit. Aber ließ diese Definition von 1933/35 nicht doch zu viele Fragen offen oder im Unbestimmten? Und vor allem: Waren in dem Jahrzehnt zwischen dem VII. Weltkongreß und der Zerschlagung der faschistischen Hauptmacht Deutschland nicht Entwicklungen sichtbar geworden oder erst eingetreten, die eine theoretische Verarbeitung bis hin zu erneuerten Begriffsbestimmungen verlangten? Zu nennen waren in dieser Hinsicht mindestens drei Tatsachen- und Ereigniskomplexe, welche von den Theoretikern der Komintern damals nicht gesehen wurden oder nicht vorhergesehen werden konnten. 1. die extreme Stabilität der Massenbasis der faschistischen Regime, in Italien nicht anders als in Deutschland. Hätte der Kongreß des Jahres 1935, der wie bekannt ohnehin mit einjähriger Verspätung einberufen worden war, auch nur ein dreiviertel Jahr darauf stattgefunden, etwa im zeitigen Frühjahr 1936, dann hätte das Urteil in diesem Punkte schon anders ausfallen können. Italien hatte den Krieg gegen Abessinien begonnen und diese gleichsam verspätete kolonialimperialistische Aktion, die sich gegen einen Staat richtete, der Mitglied des Völkerbundes war, wurde in Massenkundgebungen in italienischen Großstädten gefeiert und hysterisch bejubelt und löste keinerlei Systemkrise aus. In Deutschland hatte sich das Regime im März 1936 zum ersten von seinen Führern durchaus als abenteuerlich empfundenen militärischen Schritt entschlossen und die Truppen der im Aufbau befindlichen Wehrmacht in die demilitarisierte Rheinlandzone und also vor die Grenzen Frankreichs und Belgiens rücken lassen, die aufgrund der Erfahrungen von 1914 am stärksten am Status Quo interessiert sein mußten. Diese offene Nichtachtung einer wesentlichen Entwaffnungsbestimmung des Versailler Vertrags war von der deutschen Bevölkerung weithin als eine nationale Tat gutgeheißen und von ihr teils enthusiastisch begrüßt worden. An der Jahreswende 1935/1936 wurde deutlich, daß sich die faschistischen Regime festigten. Sie verankerten sich in den Volksmassen tief, und ließen Politiker in Staaten der parlamentarischen Demokratie nicht ohne Neid über die jeweiligen Grenzen blicken. Zugleich wurden die Machthaber in Berlin und Rom dreister.

Mehr noch: Es waren nicht nur nationalistische und nationalchauvinistische Aktionen, von der jeweiligen Propaganda als Großtaten gepriesen, die den Diktaturen und den Diktatoren Sympathien und Gefolgsleute eintrugen. In beiden Staaten gab es bis in die Arbeiterklasse hinein Nutznießer der Regime. Mithin waren nicht nur die Hoffnungen auf zeitnahe innere Krisen der faschistischen Regime zu begraben, sondern die Ursachen dieser für unmöglich gehaltenen Entwicklung zu untersuchen, das unterblieb. Es genügt die Geschichte des antifaschistischen Exils in den Blick zu nehmen, um sich davon zu überzeugen, wie sehr diese Gefolgstreue der Deutschen gegenüber diesem Führer und dem Regime die Politiker, Schriftsteller, Wissenschaftler quälte, die über die deutschen Zustände nachdachten. Bis in das Frühjahr 1945 hinein erlosch die Hoffnung nicht vollständig, es würden sich doch Deutsche finden, die sich gegen das System erhöben und zu seinem Sturz beitrügen. Das war nicht geschehen und das Faktum verlangte wie andere der Erklärung.

In dem Jahrzehnt zwischen 1935 und 1945 hatte sich namentlich in Deutschland erwiesen, daß – um ein viel zitiertes Wort Lenins abzuwandeln – die reaktionäre Idee nicht anders als die fortschrittliche zur materiellen Gewalt werden kann, wenn sie die Massen ergreift. Die Millionen deutscher Soldaten und die Millionen von Zivilisten im „Hinterland", Frauen wie Männer, erwiesen sich durch den Faschismus in vergleichsweise kurzer Zeit als hochgradig und stabil ideologisch ausgerichtet. Nicht, daß sie die Lehren der Hitler, Rosenberg, Streicher und der anderen Ideologen des deutschen Faschismus systematisch studiert hätten, obwohl es in den NSDAP-Organisationen permanent Schulungen und abgestufte Schulungssysteme gab. Aber sie hatten doch die Hauptlosungen akzeptiert und verinnerlicht, mit denen die eingeschlagene Politik begründet und gerechtfertigt wurde. Viele glaubten, daß sie einen gerechten, ihnen aufgezwungenen Krieg führten und daß er ihnen den Weg zu einem besseren und reicheren Leben eröffnen müßte. Viele waren von der Überlegenheit der Deutschen und mindestens der geringeren Wertigkeit anderer Völker und Nationen überzeugt. Charakterisierte diese hochgradige geistige Inbesitznahme von Massen nicht ebenfalls die faschistischen Regime? Und die Tatsache, daß diese Millionenbasis schließlich in den Etappen der Agonie rasch brüchig geworden und zerbrochen war, sprach doch nicht dagegen, daß sie furchtbare Jahre lang im wahrsten Wortsinn existiert und gewirkt hatte.

## Modernes Dunkelmännertum

Von der spezifischen Ideologie aber war bei der Wesensbestimmung des Faschismus nicht ausdrücklich die Rede gewesen, wenn auch, was nicht gering geschätzt werden soll, beispielsweise Dimitroff 1935 darauf verwies, in welchem Grade die Verfälschung der eigenen nationalen Geschichte für die Zwecke der Regime genutzt wurde. Diese Ideologie war nicht nur kolonialistisch und imperialistisch, nicht allein antimarxistisch und antibolschewistisch, sondern im vollständigsten Sinne antiaufklärerisch. Gedanklich führte sie hinter die historisch-politische Zäsur des Jahres 1789 und hinter die Epoche der Aufklärung zurück. Sie stellte eine Art modernes Dunkelmännertum dar und lieferte mit der äußersten Zuspitzung sozialdarwinistischer, geopolitischer und vor allem rassistischer und da wieder rassistisch-antisemitischer Doktrinen das geistige Fundament für Massen- und Völkermord.

Das führt zu dem Argument, das bei allen Auseinandersetzungen und allen Angriffen auf die Dimitroff zugeschriebene Faschismusdefinition an die Spitze gesetzt wird. Zwischen 1935 und 1945 lag, zu verantworten und organisiert vom deutschen Faschismus, durchgeführt mit Hilfe von kollaborierenden Faschisten und anderer Reaktionäre in vielen verbündeten Staaten und besetzten Gebieten, der Massenmord an großen Menschengruppen. Das Verbrechen begann im Reich mit der Tötung der wirklich und vermeintlich unheilbar Kranken, die als unnütze Esser und die Volkswirtschaft und Volksgemeinschaft störende angebliche „Ballastexistenzen" vernichtet wur-

den. Es wurde fortgesetzt durch den Massenmord an den sowjetischen Kriegsgefangenen, die ebenfalls als unnütz galten und die von den Angehörigen der Wehrmacht dem Hunger-, Kälte, Krankheits- und Seuchentod preisgegeben wurden. Es gipfelte in den Massenmord an den Juden und den Zigeunern, den Sinti und Roma, die auch als unbrauchbar, schädlich, gar gefährlich eingestuft und ausnahmslos getötet werden sollten. Es geschah durch die begonnene Vernichtung von Slawen und Angehörigen anderer osteuropäischer Völker, die in den Expansions- und Siedlungsplänen der deutschen Eroberer als Überflüssige figurierten und deshalb zu „zig Millionen", wie es in einem Dokument hieß, deportiert und dezimiert werden sollten, um Platz für die neuen Herren zu schaffen und deren System funktionstüchtig zu gestalten. Dieser Völkermord gehörte zu diesem Faschismus. Er hatte der treffenden Charakteristik des Systems als barbarisch jedoch seit den Jahren 1939/1941 eine Dimension gegeben, die unvorhersehbar gewesen war. Wer Faschismus sagte, hatte doch fortan „Auschwitz" mitzudenken.

Meine Zwischenbilanz lautet: Die Kritik an der Theorie des Faschismus und der aus ihr hervorgewachsenen Definition, wie sie sich uns in Gestalt der Referate und Diskussionsbeiträge des Jahres 1935 darstellt, kann sich nur als eine historische Kritik legitimieren. Anders entartet sie zur Besserwisserei und zur Nörgelei. Die Kongreßdelegierten waren keine Hellseher. Aber als historische Kritik, im Sinne der Feststellung und Untersuchung der seinerzeitigen objektiven und subjektiven Erkenntnisgrenzen und vor allem der Analyse dessen, was seitdem „hinzugekommen" war, wurde diese Kritik fällig und mit den Jahren und Jahrzehnten, die nach 1945 verflossen, geradezu überfällig. Wenn von Unterlassenem die Rede ist, bezieht sich dies folglich in erster, zweiter und dritter Linie auf die historisch-materialistisch orientierten Wissenschaftler der Nachkriegszeit und da wiederum insbesondere auf diejenigen, die in den entstehenden und sich etablierenden Staaten des realsozialistischen Typs und Systems zwar nicht unter idealen, aber doch ihrer Arbeit nicht durchweg hinderlichen Bedingungen tätig sein konnten, freilich erst Jahre nach Stalins Tode und selbst nicht sogleich nach dem XX. Parteitag der KPdSU.

Doch heute stehen wir auch vor der traurigen Tatsache, daß es zu einer theoretisch anspruchsvollen internationalen Zusammenarbeit auf dem Felde der Geschichte des Faschismus nicht einmal zwischen den Historikern in den Forschungsinstituten der sozialistischen Länder gekommen ist. Zur „Hinterlassenschaft" aus jener Zeit gehören viele grundlegende Arbeiten zu Themen dieser Zeitepoche, von denen heute die einen bereits totgeschwiegen, andere unberechtigt herabgesetzt werden, die aber nichtsdestoweniger in der Wissenschaftsgeschichte Bestand haben können, wenn die aus dem offiziellen Wissenschaftsbetrieb herausgedrängten Gesellschaftswissenschaftler die Kraft aufzubringen vermögen, weiter zu arbeiten und Gelegenheit finden, zu publizieren. Nur eben: eine Gemeinschaftsarbeit zur Faschismustheorie und ein Gemeinschaftswerk zur Faschismus-Geschichte, das damals Untersuchungen zur Rolle der „Nationalsozialisten", der „Pfeilkreuzler", der „Eisernen Garde", der Ustaschi umfassen konnte, entstand nicht und diese Arbeit ist heute nicht mehr „nachholbar".

## Faschismusforschung in der DDR

Kein Staat und keine Historikerschaft in den realsozialistischen Staaten hatte soviel Gründe und – denkt man an die Archive – so viele Gelegenheiten, die Faschismusforschungen voranzutreiben, wie die DDR. Und in der Tat ist die Liste der Ergebnisse vieler forscherischer Initiativen und Produktionen lang. Jedoch gab es in der DDR kein einziges wissenschaftliches Institut, das sich – wie das Institut für Zeitgeschichte in München, das die Hochzeit seiner Produktivität unter Martin Broszat erlebte – ganz der Faschismusforschung gewidmet und sich als wissenschaftliche Einrichtung internationale Anerkennung auf diesem Teilgebiet historiographischer Arbeit erworben hätte. Die Erörterung der inneren und staatenübergreifenden Ursachen dafür würde eine eigene Abhandlung erfordern. Jedenfalls entstand im realsozialistischen System so auch kein Anziehungs-, Ausbildungs- und Ballungszentrum für Wissenschaftler, die in den Kommunistischen Parteien und deren Umfeld außerhalb der sozialistischen Staaten wirkten und ihrerseits sich mit der Geschichte des italienischen, des französischen und anderer, nicht zuletzt der österreichischen Faschismen befaßten.

Diese Entwicklung und diese unbefriedigende Lage traten ein, wiewohl in der internationalen Auseinandersetzung zwischen den Strömungen des historischen Idealismus und den historisch-materialistisch orientierten Wissenschaftlern die Geschichte des Faschismus unausgesetzt und entgegen allen anderen Erwartungen an Aufmerksamkeit und Bedeutung gewann. Dieser Zeitraum deutscher und europäischer Geschichte lieferte geradezu die Kronzeugen für die Behauptung, daß die „Marxisten-Leninisten" unfähig seien, dieses Jahrhundert zu entschlüsseln. Insbesondere erwiesen sie sich angeblich gegenüber den Fragen als völlig hilflos, welche sich aus dem Genozid und seiner zentralen Erscheinung, dem Judenmord, ergeben würden.

Die nie bis an die Wurzel bekämpften Erscheinungen des Dogmatismus und ganz vulgärer Engstirnigkeit äußerten sich auf Seiten der Marxisten-Leninisten vor allem und greifbar in der Verweigerung, den ganzen Reichtum materialistischer Beschäftigung mit der Geschichte des Faschismus auf- und anzunehmen, einen Reichtum, zu dem Kommunisten und Sozialdemokraten – denn es gab unter den Sozialdemokraten der zwanziger bis vierziger Jahre nicht wenige, denen die Methodologie von Marx für die Auseinandersetzung mit der sozialen Wirklichkeit wegweisend war und blieb – und unter den Kommunisten, nicht zuletzt Trotzkisten, Anarchisten und auch Personen beigetragen hatten, die sich später wieder der Sozialdemokratie zuwandten. Die aber blieben als Renegaten, Abweichler bewertet und wurden als Theoretiker eingeordnet, von denen eo ipso nichts Bedenkenswertes, geschweige denn Wahres zu erfahren sei. So blieben deren Anstrengungen und Verdienste, die nie anerkannt wurden, der Vergessenheit anheimgegeben, wieviel immer von Schöpfertum geredet und meist auch geschwafelt wurde. Hier wäre im wahrsten Wortsinn zu schöpfen gewesen, aus schon Geleistetem. Ein erinnernswertes Gegenbeispiel gab in den sechziger und siebziger Jahren in der (Alt-)Bundesrepublik die linke Studentenbewegung, die seinerzeit versuchte, sich des Vergessenen zu erinnern. Das fand seinen Niederschlag auch in einer Reihe von wiedergedruckten älteren, in Deutschland vordem nie bekanntgewordenen Arbeiten zur Faschismustheorie.

Nun sind die Zeiten und mit ihnen die Chancen gründlich verändert. Wer sagt, daß heute die materialistischen

Sichten auf den Faschismus und seine Geschichte marginalisiert sind, der trifft nicht einmal die ganze Wahrheit. Deren Methoden und Ergebnisse sollen nun aus ganz anderen Gründen vollständig in Vergessenheit gebracht werden. Da der Kapitalismus wie in Deutschland so in ganz Europa das Feld beherrscht, verfügt er selbstredend auch über die Macht, jede Erinnerung daran zu tilgen, daß es der Boden eben dieser Gesellschaft war, auf dem die faschistischen Bewegungen und Staaten wuchsen und stark wurden. Mehr und mehr setzt sich die auf Hitler und seine Clique konzentrierte und reduzierte Betrachtung des deutschen Faschismus durch. Das Scheinwerferlicht richtet sich auf Personen und Personengruppen, die gleichsam an der Rampe der historischen Bühne agierten, und allenfalls wird von deren Interessen an Macht und Gewinn gehandelt. Die verbreitete Verabschiedung von jedem Versuch, Geschichte theoretisch zu durchdringen, zeigt auch die in der Bundesrepublik in der Öffentlichkeit, vor allem in den Schulen weitgehend durchgesetzte Praxis an, nicht vom Faschismus zu sprechen, sondern vom Nationalsozialismus und ihn als eine einzelne deutsche und nur deutsche Erscheinung darzustellen. Die Argumente, die dieses Verfahren begründen, wenn es überhaupt begründet wird, sind buchstäblich an den Haaren herbeigezogen. Faschismus sei kein wissenschaftlicher, sondern ein Kampfbegriff und obendrein vielfach politisch mißbraucht worden. Als ob nicht, wenn das wahr wäre, die gleichen Argumente und mit mehr Recht gegen die Benutzung des Begriffs „Nationalsozialismus“ sich vortragen ließen.

Kurzum: Zeitcharakteristisch ist, wenn man über die Zunft im engeren Sinne hinausblickt, aber selbst noch in deren Reihen, nicht eine seriöse Auseinandersetzung mit dieser oder jener Interpretation des Faschismus, sondern eine sich ausbreitende Verflachung des geschichtstheoretischen Denkens, seine hochgradige Verlotterung. Davon zeugt auch die verbreitete Flucht ins liebevoll untersuchte und ausgebreitete Detail, dem man in vielen Dissertationen begegnet. Und darüber kann nicht hinwegtäuschen, daß sich gelegentlich Diskussionen gerade an sensationell wirkenden und zudem aufgeputzten Thesen entzünden, wie im Falle des Erscheinens des bekanntgewordenen Buches von Daniel J. Goldhagen, oder – wenn auch nicht im gleichen Ausmaß – wie durch die Behauptung eines deutschen Wissenschaftler, nun den Befehl Hitlers zur Vernichtung der Juden auf den Tag genau festgemacht zu haben. Von den Hauptfragen, die an Staat und Gesellschaft des Faschismus zu stellen sind, entfernt sich die Forschung mehr und mehr hin zu Rand- und vergleichsweise exotischen Fragen. Das geschieht nicht, weil im „Zentrum“ alles schon aufgeklärt wäre, dort also neue Einsichten und Erkenntnisse nicht gewonnen werden könnten, sondern weil die Vertiefung in die Kernfragen keine Karriere eines Geschichtswissenschaftlers zu begründen vermag.

## Rückfall in Nachkriegszeiten

Das Ende der DDR und mit ihr das Ende der staatlichen und anderen wissenschaftlichen Institute haben das Feld in der deutschen Historiographie und Geschichtspublizistik nahezu ganz für den Rückfall in jene frühen Nachkriegszeiten freigemacht, in denen die apologetischen Interessen von Klassen, Gruppen und Klüngeln bedient wurden. Das zeigen beispielsweise die neueren Jubiläumsschriften an, die anläßlich von Gründungstagen von Universitäten herausgegeben worden sind. Da findet sich kaum noch eine Spur davon, daß es Ende der sechziger Jahre Studenten waren, die endlich eine kritische Sicht in die Geschichte dieser Lehr- und Forschungsanstalten erzwangen, so daß besondere Vorlesungsreihen zur Rolle der einzelnen Disziplinen im Nazireich gehalten werden mußten. Das gleiche Zurückfallen in überwunden geglaubte Zeiten kann an den Festveranstaltungen, in den Ausstellungen und Publikationen beobachtet werden, die anläßlich von Jahrestagen namhafter deutscher Unternehmen stattfinden. Die Tendenz ist im Hinblick auf die Zeisswerke in Jena, die sich kürzlich – 1997 – des 150. Gründungstages der Werkstatt des Carl Zeiss erinnerten nicht anders als bei dem entsprechenden Jubiläum des Siemenskonzerns. Es lebt die glatte und unverschämte Verfälschung der Rolle der deutschen Großkonzerne wieder auf, wie sie schon der erste Präsident der Bundesrepublik 1961, zwei Jahre nach dem Ende seines Amtes, als Festredner beim 150-jährigen Gründungsjubiläum der Firma Krupp in Essen praktizierte. Damals log er frech, Alfred Krupp sei wegen der Erzeugung von Waffen von einem amerikanischen Militärgericht verurteilt worden, wegen einer Tat, wie Heuß behauptete, die nichts anderes dargestellt habe als die der Eigner und Manager bei Vickers-Armstrong oder bei Bethlehem Steel oder bei Schneider-Creuzot. Schon damals wurde darauf vertraut, daß die große Masse die Tatsachen nie kannte oder sich an sie nicht erinnerte, und daß diejenigen, die es exakt wissen, besser schweigen würden und denen, die das nicht tun wollten, nur Publikationsmöglichkeiten von sehr begrenzter Reichweite zu Gebote ständen.

Es ist die komplementäre Erscheinung dieser Weißwäscherei an Unternehmen und Personen des Bank- und Industriekapitals, wenn gleichzeitig – auch das keine neue Praxis – versucht wird, den Volksmassen die Verantwortung für das Aufkommen und den Sieg und dann die verheerende Rolle des Faschismus allein anzulasten. Wie faschistisch waren die Deutschen, das bildete die Diskussion zu Goldhagen und ebenso zur Ausstellung „Vernichtungskrieg“. Differenzierungen, die nicht die Zahl betreffen – also: wie viele, wie wenig, scheinen ganz überflüssig zu sein. Mit einer einzigen, freilich nicht zu umgehenden Ausnahme. Sie betrifft die antifaschistischen Widerstandskämpfer. Deren aktivsten Teil, und das war anerkanntermaßen der kommunistische, wird wegen seiner wirklichen oder erdichteten Ziele politisch und die Akteure und deren Motive werden moralisch herabzusetzen. Die von Lutz Niethammer vorgelegte Arbeit über die „roten Kapos“ in dem KZ Buchenwald besaß da eine signalisierende Wirkung für die Forschungen vieler junger Historiker, die derzeit die Geschichte von Konzentrationslagern erforschen und neu schreiben und sich vor allem dafür interessieren, die Widersprüche zwischen den Häftlingsgruppen und deren Auseinandersetzungen aufzuspüren, und die den Kommunisten anlasten, wie es der Jenaer Professor vorgegeben hatte, sie hätten sich in den Lagern nur um ihr eigenes Überleben und danach nur um den Lohn für ihr eigenes Leiden geschert.

Ist das ein zu düsteres Bild von der Beschäftigung mit der faschistischen Vergangenheit in der Bundesrepublik? Es wird nicht einen Deut aufgehellt, wenn man sich der ja nicht beendeten Debatten um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ vergegenwärtigt. In ihnen ging es nicht einmal um eine begrenzte theoretische Auseinandersetzung, nicht einmal um das grundlegende Verständnis, was dieser Krieg nach

seinen Absichten und Zielen war. Ja, man könnte sagen, daß die Verwendung des Haupttitels „Vernichtungskrieg", was freilich ganz außerhalb des Interesses der Urheber lag, das Verständnis des Wesens dieses Krieges mehr verbarrikadiert als es dafür eine Öffnung schafft. Denn welcher Krieg hätte nicht vernichtet? Und vor allem: Vernichtung war ja nicht das Endziel dieses massenmörderischen Unternehmens, sondern eines der Mittel, um es durchzusetzen und zu den gedachten, wirklichen Endsiegzielen zu gelangen, die bereits im Kriege praktisch in Angriff genommen wurden, weil das Kriegsgeschehen dafür Gelegenheit, Rechtfertigung und Tarnung in einem bot und der Triumph als sicher galt.

Nein, bei dieser Ausstellung ging es zunächst und nur um die bloße Anerkennung von Tatsachen, um das Wissen über das tatsächliche Geschehen, um dessen uneingeschränkte und unbeschönigte Kenntnisnahme. Dabei sind nicht die Totalverweigerer die eigentlich interessante und die deutschen Zustände charakterisierende Gruppe, sondern der Verlauf der beiden Debatten im Deutschen Bundestag, die Weigerung, die Ausstellung in seinen Räumen zu zeigen, die buchstäblichen Affentänze von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern in mehreren Ländern, die aufgeführt wurden, als es darum ging, Räume für diese Ausstellung zur Verfügung zu stellen oder zu deren Eröffnung zu erscheinen. Wo war, gerichtet gegen diese Total – und Teilverweigerer, die Stimme der (west)deutschen Historiker, die doch vordem – beim Ende der DDR – auf einer ihrer alljährlichen Tagungen sich politischen Stellungnahmen nicht verweigerten und den ostdeutschen Kollegen, die in diesem Moment keine Kollegen mehr waren, dringend und öffentlich rieten, sich doch eine Karenzzeit aufzuerlegen und sich nicht sogleich um die Mitgliedschaft im nunmehr gesamtdeutschen Verband zu bewerben? Wo war denn ein bestimmtes Wort der in besonderem Maße zuständigen Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr, dessen Historiker seit Jahren zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs wichtige Werke vorlegen, von denen sie aber selbst wissen und sagen, daß deren Inhalt über die Zunft hinaus nicht sehr weit zur Kenntnis genommen wird?

Es hat sich in der deutschen Öffentlichkeit und namentlich bei den Haupt- und Staatsaktionen in der Bundesrepublik ein geschwätziges, ewig Betroffenheit zur Schau stellendes Verhältnis zur Geschichte des deutschen und internationalen Faschismus und dessen Verbrechen durchgesetzt, das nach Zeiten und Plätzen für weitere Demonstrationen verlangt und sie sich schafft. Noch haben sich die Absichten, die Erinnerungskultur und insbesondere die Erinnerungsarchitektur aus DDR-Zeit an Faschismus und Antifaschismus vollständig zu schleifen, nicht durchsetzen können. Doch aufgegeben sind sie nicht und zu ihrer Rechtfertigung muß das Argument vom instrumentalisierten Umgang mit der Vergangenheit herhalten, als käme nicht jeder, der nur ein wenig darüber nachdenkt, alsbald darauf, daß die Abschaffung der Instrumentalisierung von Geschichte die Abschaffung der Politik voraussetzen würde. Gefragt werden kann ernsthaft heute nur, welchen Zwecken der Rückgriff auf die Geschichte in Wort und Schrift, Lied und Stein jeweils dienstbar gemacht wird.

## Was war der Faschismus?

Was bedeutet dieser Befund? Der geistige Kampf um die Frage „Was war der Faschismus" muß offenbar auf einem sehr weiten und ganz elementaren Feld geführt werden. Und er verbindet sich derzeit vor allem mit der Auseinandersetzung, die durch die Revitalisierung der Totalitarismus-Doktrin notwendig geworden ist. Sie ist im Munde und in der Feder vieler zu dem Knüppel geworden, der jedwede Idee an eine über den Kapitalismus hinausführende Gesellschaft zerschlagen und deren Verfechter mundtot machen soll. Zur Begründung dieser Doktrin wird national und international jede Anstrengung unternommen. Die nächste und mit Sicherheit wirkungsvollste wird das Erscheinen des „Schwarzbuches des Kommunismus" in deutscher Übersetzung darstellen, das für die Mitte des Monats Mai vom Verlag angekündigt wurde. Der Absicht, über den Zahlenvergleich der Verbrechen Faschismus und „Kommunismus" als wesensgleiche „totalitäre Regime" auszuweisen, sie letztlich gleichzusetzen, den „Kommunismus" als das noch schlimmere, weil in noch höherem Maße menschenmordende System hinzustellen, sie jedenfalls gleichermaßen als verbrecherisch und unmenschlich zu verdammen, kann nur entgegengewirkt werden, wenn von der Theorie der beiden Gesellschaften und nicht nur von Macht- und Herrschaftsapparaten gehandelt wird, wenn die jeweiligen Ursprünge, Antriebe, Widersprüche und Ziele der Bewegungen, Systeme und Staaten analysiert werden und auch Herkunft und Inhalt ihrer Ideologien nicht ausgeschlossen bleiben.

Es mögen sich Studenten in Universitätsseminaren mit dieser oder jener speziellen Theorie über den Faschismus befassen, sich mit deren Verästelung bis ins Detail beschäftigen und daran ihren Verstand schulen, sie mögen darüber erneut und lange streiten, wie modern oder wie unmodern diese oder jene Variante des Faschismus gewesen sei und in diesem oder in jenem Lande gewirkt habe, ob der Nazifaschismus einen deutschen Sonderweg in die Moderne darstellte, welcher Politiker diese oder jene Seite des Faschismus stärker oder weniger repräsentiert habe usw. Im Mittelpunkt der zeitgenössischen Auseinandersetzungen in der deutschen Gesellschaft und wohl nicht nur in ihr, steht, die Bedeutung aller anderen Streitfragen weit überragend, das Totalitarismus-Thema. Wissenschaftlich und erkenntnistheoretisch geht es dabei um eine Frage: Handelt es sich bei der Subsumierung der faschistischen und der kommunistischen Parteien und Regime unter den Begriff Totalitarismus um eine echte Abstraktion oder um eine die Wirklichkeit ganz oder teilweise verfehlende Konstruktion, also um das Resultat eines gedanklichen Irrweges. Diese Frage kann und muß unabhängig von der unstrittigen Tatsache entschieden werden, daß die meisten Verfechter der Totalitarismus-Doktrin doch darauf zielen, jedes Individuum, jede Partei, ganz allgemein jede Bestrebung, die über das parlamentarisch verfaßte System der Kapitalherrschaft, vulgo die (soziale) Marktwirtschaft, hinaus und in sozialistische Zustände zu gelangen suchten, als potentielles Verbrechertum zu markieren und sie folglich entsprechend zu behandeln. Denn letztlich soll via dieser Doktrin nicht mehr und nicht weniger nachgewiesen werden, als daß jeder Versuch, den Bannkreis des Kapitalismus zu verlassen, doch nur bei einem Stalin und dem System des Gulag enden werde, weil er dort enden müsse. Damit ist aber nur die verbreitete Funktion der Doktrin bezeichnet und nichts über ihren Wahrheitsgehalt gesagt. ■

Kurt PÄTZOLD ist Historiker mit Schwerpunkt Faschismusforschung. Er war Professor in Berlin/DDR.

# Auschwitz ist vor allem eine Tatsache[1]

*Stephan GANGLBAUER*

*Verständlich ist das Bedürfnis nach rationaler Erklärung des historisch beispiellosen Großverbrechens, das begangen worden ist in Auschwitz und all den anderen Stätten des Grauens, als welches sich die nationalsozialistische Herrschaft erwiesen hat, seit der Vernichtungskrieg im Osten und Südosten begonnen war. Dies Bedürfnis aber ist nur zu stillen um den Preis der Rationalisierung des Schreckens, der von Auschwitz ausgeht.*

Die nüchterne Kälte, in der die Massenfabrikation von Leichen organisiert und durchgeführt wurde, übersteigt das menschliches Erfahrungsvermögen. „Das eigentliche Grauen der Konzentrations- und Vernichtungslager besteht darin", sagt die Autorin der „Banalität des Bösen", „daß die Insassen, selbst wenn sie zufällig am Leben bleiben, von der Welt der Lebenden wirksamer abgeschnitten sind, als wenn sie gestorben wären, weil der Terror Vergessen erzwingt. Der Mord geschieht hier ganz ohne Ansehen der Person; er kommt dem Zerdrücken einer Mücke gleich."[2] „David Rousset nannte seinen Bericht über die Zeit in einem deutschen Konzentrationslager *Les Jours de Notre Mort* (Die Tage unseres Todes), und es ist wahr, daß es ist, als hätte man eine Möglichkeit entdeckt, das Sterben selbst permanent zu machen, einen Zustand zu erzwingen, in dem Tod wie Leben gleich wirksam verhindert werden."[3]

„Der entscheidende Schritt in der Präparierung lebender Leichname ist die Ermordung der moralischen Person", bemüht sich Arendt zu verstehen, was hier vor sich gegangen ist: „Dies geschieht wesentlich dadurch, daß zum ersten Mal in der Geschichte Märtyrertum unmöglich gemacht worden ist. Denn die Lager und der Mord des politischen Gegners sind nur Teile eines Systems des Vergessens, das sich nicht nur auf die Mittel öffentlicher Meinungsbildung (...) erstreckt, sondern bis in die Familien und Freundeskreise des Betroffenen greift, wo es Trauer und Erinnerung unmittelbar verhindert" (ebenda, 692).

„Ohne den Willen zur Grausamkeit geht es nicht", hat Hermann Rauschning von den Gesprächen mit Hitler überliefert: „Herrschaft wird nie durch Humanität begründet, sondern (...) durch Terror (...) Wichtiger noch als der Terror ist die systematische Umwandlung der Begriffswelt und Empfindungsschemata der Masse. Man muß sich noch die Gedanken und Gefühle der Menschen unterwerfen (...)"[4] Tatsächlich wurden Hitlers Visionen in der Unentrinnbarkeit der Vernichtungslager noch übertroffen: unterworfen wurde selbst das Unterbewußtsein der Opfer. Der tatsächliche Terror der Lager war nicht mehr träumbar, berichtet Reinhart Koselleck: „Die Phantasie des Grauens wurde hier von der Wirklichkeit überboten. Deshalb lassen sich die Lagerträume auch nicht mehr in herkömmlichem Sinne als fiktionale Texte lesen, die auf die Wirklichkeit verweisen."[5]

Die eine Art der KZ-Träume seien Vorboten des Todes gewesen. Im Traum wurde die Vergangenheit umgewünscht in die Zukunft. In bewegten, bunten Bildern aus der Heimat jenseits des elektrischen Stacheldrahts, von der Heimat, die der Häftling gesucht habe und zurückzurufen versucht, die es aber nur mehr unter Ausblendung der schieren Faktizität des Lagers habe geben können. Victor Frankl habe von einem Mithäftling berichtet, der das Datum seiner Entlassung geträumt habe: „es wurde zu seinem Todestag im Lager. Gerade die Geborgenheit des häuslichen Lebens, die Hoffnung zu versprechen schien, wurde zum Zeichen des Untergangs."[6]

Jene Vorboten des Todes, die Zukunftsträume, wurden hervorgebracht von der schieren Angst, welche den Blick versperrte. Aus der gelähmten Wahrnehmung erwuchsen die Heilsträume, die bild- und handlungsarm unter Verzicht auf jede zeitliche Dimension der Lagerwirklichkeit entsprachen. „Was im üblichen Leben ein Vorbote der Bewußtseinsspaltung ist, die egozentrische Zerstörung der intersubjektiven Erfahrungswelt, die in schierer Anachronie endet, das gewinnt unter den inversen Zwängen der KZ-Haft eine (...) umgewendete Bedeutung. Im Lager herrschten Bedingungen, die alle bisherige Erfahrung verhöhnten, unwirklich zu sein schienen, aber dennoch wirklich waren. Die Nötigung, sich zu entwirklichen, um auf einer Endstufe des Daseins lahmgelegt zu werden, führte zu einer Inversion auch der Zeiterfahrung. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft hörten auf, Orientierungslinien des Verhaltens zu sein. Diese in den Leib diktierte Perversion mußte ausgekostet werden, um sich von ihr zu befreien. Davon zeugen die Heilsträume (...). Erst die letzte Schwundstufe, seinen eigenen Tod schon ausgestanden zu haben, bot Anhalt zur Hilfe. Erst so gewann der Häftling mit seinem nahezu schon vernichteten Körper eine minimale, aber die entscheidende Spanne zum Weiterleben. Die Zeitlosigkeit, zu der die Häftlinge verdammt worden waren, gewann in solchen Träumen eine rettende (...) Kraft. Die Entäußerung von seinem empirischen Selbst wurde zur stillen Waffe gegen das Terrorsystem, das im KZ quer durch die Häftlinge und Bewacher hindurch installiert war. Es war die teuflische Inversion, daß der Tod ein besseres Leben und das Leben ein schlimmerer Tod zu sein schienen, die es durchzustehen galt. Nur in Heilsträumen fand das Inferno sein fiktives Ende ‚außerhalb' der Zeit (...)."[7]

Die politische Pointe solcher Träume war, daß sie apolitisch waren. Im Heilstraum seien von ihm selbst getarnte Akte der Widerstandshaltung zu sehen. Mehr jedoch ließe sich schließlich nicht mehr sagen, als daß selbst die sprachlose Innenwelt ihre geheime Geschichte gehabt hätte, in der Rettung oder Untergang ausgetragen worden seien. Sie habe beredte Aussagen des stummen Leibes hervorgetrieben, die Zeugnis abgelegt hätten, und die zu entschlüsseln einen Zipfel jenes Mantels lüften heiße, hinter dem sich das vergangene Grauen versammelt habe.

Unbeschadet ihrer inneren Disposition aber waren die Häftlinge „Rohstoff", „Material" für die industrielle Massenfabrikation von Leichen. Die errechenbare Todesstatistik im KZ gewinnt größere Aussagekraft als die Träume: „Die innere Evidenz der Über-

*Wassily Kandinsky, Komposition X, 1939.*

lebenschancen, die sich im spontanen Verhalten der Häftlinge und ihrer Träume manifestierte, ist nicht mehr kommensurabel mit der statistischen Frequenz, mit der vergast wurde. Damit wurde den Vernichteten auch der letzte Sinn, der Sinn des Opfers entzogen, die Absurdität wurde zum Ereignis."[8]

Doch die Unterwerfung auch noch der Gedanken und Gefühle der Beherrschten begann nicht erst in den Lagern, und sie war nicht auf die Opfer beschränkt. Darüber gibt Siegfried Kracauers kluge Analyse Aufschluß, die er über Leni Riefenstahls filmische Inszenierung der Inszenierung des Nürnberger Parteitags 1934 angestellt hat. Die Vorbereitungen für den Parteitag seien laut Riefenstahls eigenen Angaben mit den Vorbereitungen für die Dreharbeiten des „Triumphs des Willens" abgestimmt worden. „Der Film enthielt (...) Bilder von Massenornamenten, die in das exaltierte Leben dieses Parteitages einflossen. Denn als Massenornamente mußten sie Hitler und seinem Stab erscheinen, der an diesen Konfigurationen Gefallen fand, die für die Bereitschaft der Massen standen, nach dem Willen ihrer Führer geformt und benutzt zu werden." Hier werde der Betrachter des Triumphes des nihilistischen Willens ansichtig, schrieb Kracauer. Um das totalitäre System am Leben zu erhalten, habe es sich nicht mit der Vorführung eines Potemkinschen Dorfes aus Pappe begnügen können, sondern ihm alles wirkliche Leben eingliedern müssen. In beeindruckender Weise werde hier die Metamorphose der Realität in einen Raum, dessen Dimensionen völlig unklar bleiben, vorgeführt. Um dieser Transfiguration der Realität Gestalt zu verleihen, schwelgt ‚Triumph des Willens' in endlosen Bewegungen. Es wird mit dem nervösen Leben der Flammen gespielt; der überwältigende Eindruck einer Fülle von vorrückenden Bannern oder Standarten wird systematisch ausgeforscht. Bewegung, die durch die Kamera produziert wird, unterstützt die der Objekte. Es wird ständig zur Seite, nach oben und unten geschwenkt und gefahren – so daß die Zuschauer nicht nur eine fieberhafte Welt vorbeiziehen sehen, sondern sich in ihr entwurzelt fühlen. Die allgegenwärtige Kamera zwingt sie, auf den unmöglichsten Wegen zu gehen, und die Schnitte treiben sie noch weiter(...) Hier scheint völlige Bewegung die Substanz verschlungen zu haben, Leben gibt es nur im Übergangszustand."[9]

Eine erschreckende Übereinstimmung der Beobachtungen Kracauers an diesem Film mit denen Hannah Arendts an den Zeugnissen aus den Vernichtungslagern: Leben nur im Übergangszustand. Als eine „entleerte Welt" erschien Kracauer jene Welt der Nazipropaganda, die behandelt wird wie „formloses Material, dem jede Eigeninitiative abgeht".

Die Ereignis gewordene Absurdität wirft Schatten in eine Gegenwart, die keine Gewähr bietet, daß solches nicht wieder geschehen kann.[10] Sonst läßt sich aus Auschwitz nichts lernen. Davon geht kein wie immer gearteter Trost aus. Denn Versöhnung kann es nur geben, wenn Sühne für Schuld geleistet werden kann. Davon geht keine Erkenntnis aus außer der, daß Solches oder Ähnliches nie wieder geschehen darf. Wesentlich an dieser einzig möglichen Erkenntnis ist die Form, in der allein sie den zugrundeliegenden Untaten entspricht: Als kategorischen Imperativ hat Adorno sein Diktum formuliert. Er, der jedes zweideutige Verhältnis zur Aufklärung für unvereinbar mit Bekämpfung des Antisemitismus erklärte, wußte um die Grenzen der Aufklärung.

Die Lager waren die Laboratorien der totalen Herrschaft, in denen das gigantische Experiment darauf stattfand, wie das Modell des gewünschten „Bürgers" erzeugt werden könnte: ein auf die elementaren Reaktionen reduziertes Exemplar der Spezies Mensch, das jederzeit liquidiert und durch andere sich identisch verhaltende Reaktionsbündel abgelöst werden könnte (Arendt 1991, 697). Leo Löwenthal kam bereits 1945 zu denselben Schlüssen: „Das Leben wird zu einer Kette erwarteter, vermiedener oder erlittener Schocks, und diese fragmentierten Erfahrungen führen zur Fragmentierung des Individuums. In einer terroristischen Gesellschaft (...) besteht der Plan für das Individuum darin, daß es keinen gibt; somit wird es zum bloßen Objekt, zum Bündel bedingter Reflexe, mit denen es auf unzählige manipulierte und kalkulierte Schocks reagiert."[11]

Die unerträgliche Konfrontation mit der nicht recht begreifbaren Wirklichkeit der Vernichtungslager ist unumgänglich, weil sie Inbegriff, nicht nur Teil der nationalsozialistischen Herrschaft geworden ist. Die Momente des dem Menschenverstand gewöhnlich Faßlichen, des „normalen" Lebens, die außerhalb der Lager weiterbestan-

den, enthielten die in ihrer Bedeutung begreifbaren und erfahrbaren Elemente des Tatsächlichen, einfach weil die vollständige Abschottung gegen die Welt außerhalb der totalen Herrschaft nicht möglich war. Es sind eben jene Restbestände, die nicht der Selbstzweck gewordenen Herrschaft unterworfen waren, an die sich der gesunde Menschenverstand selbstverständlich zu halten sucht, um nicht daran zu verzweifeln, was seither als Menschen möglich bewiesen ist. Das Erinnern des unermeßlichen Leids gewährt keinen Trost. Die psychologischen Berichte wie die Dokumente und Autobiographien zeigen eine verkehrte Welt: Das weitgehende Fehlen von Unrechtsbewußtsein bei den meisten Tätern, ein Gefühl von Schuld und Scham bei den designierten Opfern darüber, rechtzeitig geflohen zu sein, überlebt zu haben, die Erniedrigung ertragen zu haben. Sie geben eindringlich Kunde von jener eigentümlichen, das menschliche Erfahrungsvermögen übersteigenden „Entwirklichung der Wirklichkeit" unter der nationalsozialistischen Herrschaft. Zu demselben Befund sind Forscherinnen und Wissenschafter verschiedener Fachrichtungen auf ganz unterschiedlichen Wegen gelangt, und davon zeugen frühe Berichte von Überlebenden wie spätere (auto-)biographische Verarbeitungen des Geschehenen.

Der Name Auschwitz bezeichnet das reale Geschehen des millionenfachen Mordes, des Verbrechens gegen die Menschheit (und nicht, wie oft verfälschend übersetzt wird: gegen die Menschlichkeit), begangen an jüdischen Männern, Frauen und Kindern, das faktisch und potentiell ebenfalls gegen Zigeuner und Angehörige der slawischen Völker, „Asoziale", Homosexuelle und sogenannte „überflüssige" Bevölkerungsgruppen gerichtet war. Die *Tatsache Auschwitz* spricht gegen alle Varianten spezifisch moderner Geschichts- und Sozialwissenschaften, in denen das einzelne Ereignis als bloßer Exponent eines kontinuierlichen Entwicklungsprozesses ohne eigene Bedeutung erscheint. Auch und gerade wissenschaftlicher Forschung ist es aufgegeben, Auschwitz als Memento dessen aufzuklären und im Gedächtnis zu bewahren, daß *wirklich alles möglich* geworden ist.

In diesem besonderen Sinn gibt Auschwitz einen entsetzlichen Grund zu jenem Staunen, das einst der Anfang allen Philosophierens gewesen ist. Im Zeichen der Vernichtung an einem emphatischen Begriff von Wahrheit festzuhalten, verlangt Eingedenken, Innehalten im rastlosen Getriebe der modernen Gesellschaft.

Nachdem in den Jahren des ungebrochenen „Wirtschaftswunders" Auschwitz höchst erfolgreich „verdrängt" worden war, und nachdem „1968" das Fragen angefangen hatte, wer die Täter gewesen sind, ob sie am selben Tisch sitzen oder von ihren Pulten herunter dozieren, ob sie schon wieder in Direktionen von Großunternehmen sitzen oder höchste Ämter bekleiden, danach erst kam die Fernsehserie „Holocaust". Sie wurde ein großer Erfolg; nicht weniger groß war der Erfolg des Kinofilms „Schindler's Liste". Daß es mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus nun aber wirklich genug wäre, die „Schlußstrich"-Mentalität tritt seither je nach Situation forsch fordernd oder auch defensiv mit einem verständnisvollen „ja, schlimm (...)" auf, dem regelmäßig das *Aber* folgt: Aber die jetzt Lebenden sind doch frei von Schuld, aber wir müssen in die Zukunft blicken (...)." Auch daran ist zu erkennen, wie sich die Bedingungen der Befassung mit dem Grauen geändert haben durch die kulturindustriellen Welterfolge. *Schindler's Liste* schließt Mitte der neunziger Jahre den jederzeit reproduzierbaren Verwandlungsprozeß von Barbarei in Kultur ab, schreibt Detlev Claussen: „Aus Auschwitz ist endgültig der ‚Holocaust' geworden." Allein, das Wort ‚Holocaust' halte Erinnerungsreste in einer vergeßlichen Welt am Leben, ohne die sich gar nicht an Auschwitz erinnern ließe. Nachdenken über Auschwitz braucht wahrnehmbare Erinnerungsspuren, die wieder in Nachdenken sich verwandeln lassen. Doch die Produkte der Kulturindustrie behindern das Nachdenken, in ihnen verschmelzen Aufklärung und der Widerstand gegen Aufklärung. „Die einfachste Technik, dem vollen Bewußtsein von totaler Gewalt und absoluter Ohnmacht auszuweichen, besteht in der Regression des Subjekts von der Wortvorstellung zur Bildvorstellung. *Déjà-vu:* Die dokumentarischen Bilder des *Holocaust*, aus denen auch Spielberg seinen Film komponiert hat, drohen das ganze Bewußtsein einzunehmen, gegen den Gedanken abzusperren durch die Emotionalisierung von Auschwitz. Man kann sich mit dem ‚Holocaust' beschäftigen und zugleich die volle Einsicht in die vollendete Sinnlosigkeit abwehren. Die Gefühle, die durch ein perfekt gehandhabtes Unterhaltungsmedium erzeugt werden, bleiben nicht an dem Anderen

*Wassily Kandinsky, Um den Kreis, 1940.*

haften, der vernichtet zu werden droht, sondern suchen rastlos Identifikationsfiguren, die einen Ausweg aus einer unerträglichen Situation von übermächtiger Gewalt und ohnmächtiger Verzweiflung bieten. Die Massenmedien liefern dem identifikationsbereiten Zuschauer in dieser Situation fiktive Helden, die aber als authentische Figuren verkleidet werden: Im TV-Film *Holocaust* wurde der Aufstand im Warschauer Ghetto 1943 als heroischer Ausweg gezeigt, auf den sich die Gefühle der Zuschauer verschieben sollten, während in *Schindler's Liste* der ganze Weg der ‚Schindlerjuden' der Ausweg ist, den die Zuschauer zu gehen bereit sind, weil der Schrecken totaler Vernichtung in das eingelöste Versprechen der Erlösung verwandelt wird."[12]

Wer die Erinnerung wachhalten will, tut gut daran, anderen und sich selber nichts vorzumachen: Hinter dem Kunstwort Holocaust droht die tatsächlich stattgefundene massenhafte Vernichtung zu verschwinden. Der „Zivilisationsbruch" (Dan Diner), den die bürokratisch organisierte Massenfabrikation von Leichen bedeutet, der ist, jedenfalls hierzulande wie überhaupt in den deutschsprachigen Ländern und Gebieten zutreffend benannt mit dem Namen jenes Ortes am Rand des oberschlesischen Industriegebiets, der zurecht kaum auf polnisch, weithin aber auf deutsch bekannt ist – der richtige Name von Oswiecim ist Auschwitz.

Das Leid, das Menschen zugefügt wurde an jenen Orten, an denen sich der wahre Zweck der jedes benennbaren Zweckes baren, der nackten Herrschaft der Gewalt erfüllte, liegt jenseits der Grenze dessen, was künstlerische Gestaltung sich zutraut, bislang sich zugetraut hat. Ruth Klüger, die als Kind nach Auschwitz verbracht wurde, hat jener Ort die Selbstverständlichkeit des „weiter lebens" genommen. Auschwitz sei wie ein Ort von einem anderen Planeten, an dem es scheint, als hätten nicht die SS-Schergen das Kommando, sondern als ob die Verbrennungsöfen die oberste Gewalt ausübten. Arnold Schönberg, der es vermochte, die stumme Angst in seiner Musik zum Sprechen zu bringen, da er seine Musik frei hielt davon, das Leiden zum Anlaß eigenen Gefühlserlebnisses zu gebrauchen, er wagte sich „Mit dem Überlebenden aus Warschau" in die Vorhölle. Franz Werfel hatte in der traditionellen Form des Romans den Völkermord der türkischen Jungnationalisten an den Armeniern angemessen überliefern können. Pablo Picasso hat archetypische Gestalten des Leidens hervorgebracht, um die Erinnerung an die Auslöschung von Guernica durch die Naziluftwaffe zu bewahren. Eine Massenerschießung von Juden hat Paul Celan in die Hermetik der Todesfuge gezwungen, damit das Leid zum Sprechen gebracht werde. Peter Weiss: Die Ermittlung? Vielleicht.

Vielleicht ist dem Verfasser der *Ästhetik des Widerstands* die weitest mögliche Annäherung gelungen an das Verbrechen, das menschliches Erfahrungsvermögen übersteigt. Er hat damit auf die beschämenden Vorfälle, Urteile und Umstände des großen Frankfurter Auschwitz-Prozesses geantwortet. Bedenkenswert ist, daß er das Stück in einer vormodernen Form gestaltet hat. Als Oratorium. ■

Stephan GANGLBAUER ist Historiker. Von ihm erschien ein Beitrag über *Kunst und nationalsozialistische Gewaltherrschaft,* in dem von Christian Ehalt herausgegebenen Band: Inszenierung der Gewalt. Kunst und Alltagskultur im Nationalsozialismus, Frankfurt-Berlin-Bern-New York-Paris-Wien 1996 (Peter Lang Verlag).

## Anmerkungen

1 Dieser Beitrag ist veranlaßt durch Stephan Grigats Artikel in »Weg und Ziel« 1/1997. Der Autor überbietet in seiner „wertkritischen" Ausrichtung noch das Gespentische jener „Ökonomie der Endlösung", zu der Götz Aly und Susanne Heim durch maßlose Überforderung der Aussagekraft zahlreicher wichtiger Dokumente über die Täter und ihre Untaten gelangt sind. Damit haben sie nicht nur ökonomistischen Mißverständnissen Vorschub geleistet. Da sie sich mit ihrer eingängigen Formel den Zwängen der Deutungsindustrie gebeugt haben, haben sie selbst die Bedeutung ihrer aufwendigen Quellenstudien herabgesetzt. Deren Bedeutung besteht darin, daß sie die Verträglichkeit, mehr noch: die Affinität von bürokratisch formiertem Expertentum mit blanker Gewaltherrschaft ebenso vor Augen führen, wie sie zahlreiche Fälle von Karrieren der (Mit-)Täter und Organisatoren in den Bereichen Infrastuktur, Raum- und Verkehrsplanung etc. belegen, die über den Mai 1945 häufig ungebrochen fortgesetzt werden konnten.

2 ARENDT Hannah, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, Ungekürzte Ausgabe: I. Antisemitismus, II. Imperialismus, III. Totale Herrschaft (1951, dt. 1955), München-Zürich 1991, 682.

3 „Es war ein ständiges Kommen und Gehen und Tod ohne Ende", berichtet Yankel Wiernik, einer der wenigen, die das Grauen überlebt haben: „Ich lernte es, jeden lebendigen Menschen als eine zukünftige Leiche zu betrachten." (zit. n.: LÖWENTHAL Leo, 1990/3: Falsche Propheten. Studien zum Autoritarismus [ = Leo Löwenthal, Schriften Bd. 4, hg. von Helmut Dubiel], Frankfurt 1990, 211).

4 Zit. n.: ebenda, 216.

5 KOSELLECK Reinhart, Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt 1989, 290.

6 Ebenda, 291.

7 Ebenda, 291-292.

8 Ebenda, 293.

9 KRACAUER Siegfried, Von Caligari zu Hitler. Eine psychologische Geschichte des deutschen Films (zuerst: 1947), Frankfurt 1984, 355.

10 Über die Gründe der massenhaften Gefolgsbereitschaft für die Nazi heißt es in dem schon 1945 niedergeschriebenen Essay „Individuum und Terror", in: LÖWENTHAL 1990/3, 172: „Die Menschheit hat sich als Folge der von ihr entwickelten Technologien selbst weitgehend überflüssig gemacht. Moderne Maschinen und Organisationsmethoden ermöglichen es einer relativ kleinen Gruppe von Managern, Technikern und Experten verschiedenster Art, den gesamten Industrieapparat in Gang zu halten. Unsere Gesellschaft hat das Stadium potentieller Massenarbeitslosigkeit erreicht; und Massenbeschäftigung ist in zunehmendem Maße das manipulierte Produkt eines Staatsapparates, der überzählige Menschenmengen in öffentliche Arbeiten abschiebt (...), um die Menschen einerseits am Leben und andererseits unter Kontrolle zu halten." Der Wille, die staatlich gewährleistete Massenbeschäftigung fortzuführen, scheint nun, fünfzig Jahre später, verbraucht.

11 Individuum und Terror, in: LÖWENTHAL a. a. O., 207.

12 CLAUSSEN Detlev, Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, 2. Auflage mit einem Vorwort aus 1994, Frankfurt, 10f.

# 1948 und die Folgen*

*John BUNZL*

*Obwohl es im heutigen politischen Diskurs um die Gegenwart des Friedensprozesses geht, spielt doch im Bewußtsein und Unterbewußtsein der Beteiligten die Vergangenheit eine entscheidende Rolle.*

Es wird meist argumentiert, daß dieses Thema aber aus praktischen, pragmatischen und taktischen Erwägungen (vorläufig) ausgeklammert werden müsse, um den Verhandlungsprozeß nicht zu gefährden. Nun sehen wir aber, daß trotz dieser Vorkehrungen kaum Fortschritte zum Frieden zwischen Israelis und Palästinensern registriert werden können. Damit soll umgekehrt nicht argumentiert werden, daß eine Einbeziehung der Vergangenheit von sich aus zu einer Verbesserung des Klimas beitragen würde. Es kann jedoch mit Sicherheit beobachtet werden, daß sich die Last der Geschichte auf verschiedene Weise bemerkbar macht:

1. im Vermeidungsverhalten der Beteiligten selbst;
2. in den Vermutungen über eine „hidden agenda" der anderen Seite;
3. in den fortwirkenden Traumatisierungen der Konfliktpartner;
4. in manifesten Äußerungen der populären Kultur auf beiden Seiten;
5. in Aufarbeitungsversuchen von Historikern.

Es könnten noch zahlreiche andere Erscheinungen genannt werden, uns geht es jedoch in diesem Beitrag hauptsächlich um Vorgänge im Bereich der israelischen Geschichtswissenschaft.

Viele Staaten müssen mit Ursprungsmythen und/oder Lebenslügen leben. Wahrscheinlich kommt keine Gesellschaft ganz ohne verklärte Versionen ihrer Geschichte aus. Das kann durchaus harmlos sein, wenn ein historisierender Diskurs nicht zur tragenden Säule eines allgegenwärtigen Legitimationszusammenhangs wird. Und das Rechtfertigungsgebäude wird solange benötigt als Existenz und Verhalten des eigenen Kollektivs gegen die Rechte und Interessen eines anderen Kollektivs durchgesetzt werden müssen. In diesem Sinn ist ein Wort des israelischen Revolutionärs Eli Loebel zu verstehen: „Nur wer das zionistische Projekt fortsetzen will, ist auch gezwungen, seine Vergangenheit zu rechtfertigen."

Jedenfalls mußten bestimmte historische Voraussetzungen erfüllt sein bzw. bestimmte Dilemmata offenkundig werden, was gesellschaftlich relevant erst nach dem Libanon-Krieg 1982 der Fall war. Nachdem Teile der Intellektuellen die palästinensische Dimension des Konflikts ernsthaft wahrzunehmen begannen, konnten sie nicht bei den Folgen des Krieges von 1967 stehen bleiben. Sie mußten sich vielmehr jenem Ereignis zuwenden, das an der Wiege der israelischen Staatsgründung und der palästinensischen Katastrophe stand. Dieses Ereignis (der Krieg von 1948) steht im Zentrum sowohl des israelischen als auch des palästinensischen Narrativs. Die kritischen Historiker konnten an ihm nicht vorbeigehen, obwohl es nicht der einzige Gegenstand ihrer Forschungen ist.

## Der Startschuß

Man kann den Beginn der neuen Debatte mit der Veröffentlichung eines Buches von Simha Flapan (1988) ansetzen. Der Autor, ein Veteran der zionistischen Linken, hatte schon (1979) eine Arbeit publiziert, die sich kritisch mit der Politik seiner Bewegung gegenüber den palästinensischen Arabern vor 1948 auseinandersetzte. Im Vorwort zu seinem Werk über die Mythen der Staatsgründung (1988) setzte er sich explizit das Ziel, den Ursprüngen der gegenwärtigen israelischen Politik nachzuspüren. Seine Thesen ließen an provokativer Sprengkraft nichts zu wünschen übrig, litten jedoch (bes. in akademischen Kreisen) unter dem Makel, daß es sich beim Autor nicht um einen professionellen Historiker handelte. Dennoch analysierte er relativ systematisch jene Themen, mit denen sich in der Folge auch die „neuen Historiker" auf ihre Art beschäftigten.

## Flapan diagnostizierte sieben „Mythen"

1. Die Zionisten hätten die UN-Teilungsresolution vom November 1947 prinzipiell akzeptiert, d.h. sie wären mit der Errichtung eines arabischen Staates im „anderen" Teil Palästinas als „Kompromiß" einverstanden gewesen.Demgegenüber sieht Flapan die zionistische Zustimmung zum Teilungsplan als „taktisch" an. Die Strategie habe vielmehr darin bestanden, gemeinsam mit Transjordanien zunächst einen palästinensisch-arabischen Staat zu verhindern und dann das dem jüdischen Staat zugesprochene Territorium zu erweitern.

2. Die palästinensischen Araber hätten den Teilungsplan vollkommen abgelehnt und unter der Führung des Mufti von Jerusalem einen totalen Krieg gegen den jüdischen Staat begonnen, was diesem nur mehr die militärische Option übrig ließ. Demgegenüber berichtet Flapan über zahlreiche Versuche von palästinensischen Führern, vor der Unabhängigkeitserklärung (14. 5. 1948) zu einem Modus vivendi zu gelangen. Ben Gurions fundamentaler Widerstand gegen die Schaffung eines palästinensischen Staates habe die Araber des Landes erst recht in die Arme des Mufti getrieben.

3. Die palästinensischen Araber wären vor und nach der Staatsgründung auf Geheiß ihrer Führer massenhaft geflüchtet, um mit den siegreichen arabischen Armeen zurückzukehren. Die jüdische Führung hätte sie zum Bleiben aufgefordert. Diesem Kernstück von Propaganda und Erinnerung widmen sich auch andere und detailliertere Studien (hpts. Morris 1987 und 1990), auf die wir noch eingehen werden. Flapan kommt bei seinen Recherchen jedenfalls zu dem Schluß, daß die Massenflucht in erster Linie auf die Absichten der israelischen politischen und militärischen Führungen zurückzuführen ist: Sie wären zur Ansicht gelangt, daß zionistische Kolonisierung und Staatlichkeit den „Transfer" der palästinensischen Araber in arabische Länder erforderlich gemacht habe.

4. Die am 15. 5. 1948 militärisch intervenierenden Staaten hätten das gemeinsame Ziel verfolgt, den neuen jüdischen Staat zu vernichten und seine

---

* Gekürzter Text, der beim ORF-Symposium zu „50 Jahre Israel" am 22. 4. 1998 vorgetragen wurde.

jüdischen Bewohner zu vertreiben, wenn nicht ins Meer zu werfen. Demgegenüber kommt Flapan zu dem Schluß, daß es eine gemeinsame arabische Strategie nicht gegeben habe, außer dem Wunsch, das Abkommen zwischen König Abdallah von Transjordanien und der provisorischen jüdischen Regierung zu verhindern. Abdallahs Plan eines Groß-Syrien unter haschemitischer Kontrolle sollte zu Fall gebracht werden.

5. Der Grund für den Krieg sei die arabische Invasion Palästinas vom 15. 5. 1948 gewesen. Sie hätte den UN-Teilungsbeschluß verunmöglicht. Demgegenüber hätten die Araber dem US-Vorschlag eines drei-monatigen Waffenstillstands unter der Bedingung zugestimmt, daß Israel vorübergehend seine Unabhängigkeitserklärung aussetze. Ein Vorschlag, der von der provisorischen israelischen Regierung nur mit einer Mehrheit von 6:4 abgelehnt worden war.

6. Das militärische Kräfteverhältnis habe dem Bild von David und Goliath entsprochen: die zahlenmäßig unterlegenen, schlecht bewaffneten Zionisten waren in Gefahr, von einer gigantischen Militärmaschinerie überrollt zu werden. Demgegenüber würden Fakten und Zahlen eine andere Sprache sprechen. Ben Gurion bestätigt selbst, daß der Krieg nur bis zum Waffenstillstand am 11. 6. 1948 einen defensiven Charakter gehabt habe. Riesige Waffenlieferungen hätten dann dazu beigetragen, daß Israels besser ausgebildete und erfahrenere Armee eine Überlegenheit auf dem Boden, in der Luft und zu Wasser erlangte.

7. Israel habe immer die Hand zum Frieden ausgestreckt; aber da kein arabischer Führer bereit war, Israel anzuerkennen, hätte es keine Gesprächspartner gegeben. Demgegenüber berichtet Flapan, daß es zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und 1952 mehrere Vorschläge von arabischen Staaten und neutralen Vermittlern gegeben habe, die von Israel abgelehnt wurden.

Es ist unschwer zu erkennen, daß sämtliche „Mythen" auf eine *Externalisierung* von Schuld und Verantwortung hinauslaufen, d.h. die moralische Qualität des eigenen Unterfangens belegen sollen. Da die zionistische „Linke" bis 1977 eine hegemoniale Stellung innerhalb der Gesamtbewegung einnahm, war diese Argumentationsweise nach innen und außen vorherrschend. Es ist daher umso erstaunlicher, daß es gerade Simha Flapan war, der als Tabubrecher fungierte. Wie die Erfahrung der „neuen Historiker" zeigt, ist er aber nach wie vor nicht typisch für seine „Reichshälfte". Im Gegenteil: die heftigsten Angriffe gegen die jungen Wissenschaftler kamen aus dieser Richtung. Kein Wunder, rieben sich die „neuen Historiker" doch auch eher an den „linken" Mythen als am rechten, affirmativen Bekenntnis zur historischen und aktuellen Notwendigkeit von Gewalt, Härte und – Unrecht.

## Fünfzig Jahre danach

Die außerordentliche Hartnäckigkeit des Konflikts, die vielen Kriege und das tägliche Drama von Gewalt und Widerstand haben das eigene Geschichtsverständnis modifiziert und dem Narrativ der „anderen" Seite eine gewisse Glaubwürdigkeit verliehen. Obwohl die bisher erfolgreichere und stärkere Seite auch international „ihre" Version besser an den Mann/die Frau bringen konnte, ist im Land selbst vielen klar, warum das gleiche Ereignis von den einen als „Befreiungskrieg" gefeiert und von den anderen als „Katastrophe"(al-Nakba) betrauert wird.

Wie gesagt, waren die „neuen Historiker" nicht die ersten, die auf den mythologischen und legitimatorischen Charakter offizieller israelischer Geschichtsschreibung verwiesen; die Gleichzeitigkeit ihres Auftretens und ihr Zugang zu neuen Quellen erhöhten jedoch ihren Einfluß auf das öffentliche Bewußtsein. Wichtiger aber, als diese Faktoren, war die Entwicklung des Konflikts selbst, der besonders nach dem Libanonkrieg (1982) eine Veränderung des politischen Klimas in Israel bewirkte. Dieser Krieg wurde massenhaft nicht als Verteidigungskrieg empfunden, er war offiziell gegen die PLO gerichtet und sollte die israelische Kontrolle über die besetzten Gebiete stabilisieren. In die Zweifel und die Opposition von großen Teilen der Öffentlichkeit ging die Vorstellung ein, daß sich das palästinensische Problem nicht militärisch lösen lasse und ein politischer Ausweg gefunden werden müsse. Ein solcher Weg schloß die Anerkennung der Palästinenser als Verhandlungspartner ein, was auf den Status ihres Narrativs nicht ohne Folgen bleiben konnte. Jedenfalls scheint die Gleichzeitigkeit des palästinensischen Volksaufstands (Intifada, ab Dezember 1987) und des Auftretens der „neuen Historiker" kein Zufall gewesen zu sein. Da in Israel „aller Geschichtsdiskurs Legitimitätsdiskurs" (Diner, 1995) war bzw. ist, signalisieren die neuen Historiker zwar eine Dissidenz, schreiben aber doch „Kontra-Geschichte" und sind insofern noch ihren akademisch-ideologischen Gegnern verhaftet. Sie signalisieren aber auch die Chance einer „Ablösung der Historie von der Struktur des Legitimitätsdiskurses". (Ders.) ■

John BUNZL ist Politologe.
Er arbeitet am Österreichischen Institut für Internationale Politik.

## Literatur

Simha Flapan, The Birth of Israel: Myths and Realities, New York 1987.

Benny Morris, The Birth of the Palestinian Refugee Problem, 1947-1948, Cambridge 1988.

Ders., 1948 and After: Israel and the Palestinians, Oxford 1990.

Ilan Pappe, Britain and the Arab-Israeli Conflict, 1948-1951, London 1988.

Ders., The Making of the Israeli-Arab Conflict 1947-1951, London 1992.

Avi Shlaim, Collusion across the Jordan: King Abdullah, the Zionist Movement and the Partition of Palestine, Oxford 1988.

Ders., The Debate About 1948, in: »International Journal of Middle East Studies« 27/1995, S 287-304.

John Bunzl, Israel und die Palästinenser. Die Entwicklung eines Gegensatzes, Wien 1983.

Issa Khalaf, Politics in Palestine: Arab Factionalism and Social Desintegration 1939-1948, New York 1991.

Walid Khalidi, Revisiting the UNGA Partition Resolution, in: »Journal of Palestine Studies«, Autumn 1997, S. 5-21.

Nur Masalha, Expulsion of the Palestinians. The Concept of „Transfer" in Zionist Political Thought 1881-1948, Washington 1992.

Norman G. Finkelstein, Image and Reality of the Israel-Palestine Conflict, London-New York 1995.

Dan Diner, Cumulative Contingency: Historicizing Legitimacy in Israeli Discourse, in: »History and Memory«, Spring/Summer 1995, S. 147-167.

Armin Bram, Vom Mythos zur Geschichte. Bemerkungen zur „neuen israelischen Historiographie", in: »Babylon« 9/1991, S. 122-128.

# Zivile Gesellschaft, Partei und Militär in der Endphase der Sowjetunion*

*Hans-Heinrich NOLTE*

*Meine Grundthese zum Begriff „zivile Gesellschaft" ist, daß dieser überhaupt erst in der Konfrontation zum Sozialismus in der uns geläufigen Zuspitzung entstanden ist (Nolte 1998).*

Aus dieser intellektuellen Konfiguration des Begriffs ergibt sich, daß er einen Systematisierungsgrad mit sich bringt, welcher unserer westlichen Gesellschaft nur wenig entspricht. Die zivile Gesellschaft setzt einen gewissen Wohlstand, setzt „Abkömmlichkeit" immer schon voraus. Beides ist in Osteuropa nicht oder doch viel weniger gegeben (Chirot 1989). In der Anwendung des Begriffs auf Osteuropa, in der impliziten Gleichsetzung der Bedingungen, liegt deshalb eine Überforderung (Nolte 1997).

Die Überforderung bezog sich in Osteuropa in der Periode zwischen 1917 und 1991 (bzw. 1945 und 1989) jedoch auf eine Gesellschaft, deren Machtelite den Anspruch erhob, das alternative Gegenmodell zum Kapitalismus geschaffen zu haben. Sie wollte den immanenten Machtverhältnissen des Kapitalismus mit seinen großen privaten Freiräumen eine Gesellschaft entgegensetzen, welche mehr Gleichheit verwirklichte. Insbesondere die kommunistische Intelligenz Rußlands hatte sich dies Ziel gesteckt, und sie hob die Freiräume, insbesondere der freien Verfügung über Kapital, zu eben diesem Zwecke auf (zum Gesamtablauf der Beziehung siehe Beyrau 1993).

Dieser revolutionäre Versuch wurde zur grundlegenden Tatsache der Geschichte Rußlands im 20. Jahrhundert (einführend Altrichter 1993), obgleich nach der Meinung vieler die Bedingungen dort für einen solchen Versuch gar nicht besonders günstig waren. Aus der geistes- und politikgeschichtlichen Entscheidung einer Minderheit wurde dann – durch Schule und Universität, Kino und Zeitung – die Mentalität vieler. Zum Problem wurde, daß das alternative Modell Staatssozialismus oder Monopolsozialismus die Intelligenz Osteuropas und auch Rußlands nicht mehr überzeugte.

## Zivile Gesellschaft als zwischenmenschliche Vereinigung

Als „zivile Gesellschaft" hat Michael Walzer definiert „sowohl den Raum von (zwischen)menschlichen Vereinigungen, die nicht erzwungen sind, als auch das Ensemble jener Beziehungsnetzwerke, die um der Familie, des Glaubens, der jeweiligen Interessen und einer bestimmten Ideologie willen gebildet worden sind und diesen Raum ausfüllen" (Walzer 1992:65). Auch wenn die klassische These der osteuropäischen Opposition gegen den Sozialismus lautete, daß es in ihm keine zivile Gesellschaft gebe, konnte man bei Beobachtung vor Ort vieles aus dieser Definition wiederfinden. In der UdSSR, um ein konkretes Beispiel zu nehmen, gab es viele „nicht erzwungene" Vereinigungen, zum Beispiel religiöse und sportliche, auch Familien oder landsmannschaftliche Gruppen bildeten wichtige Bezugspunkte. Die Forschung hat über Interessensgruppen in der sowjetischen Gesellschaft vielfältiges Material zusammengetragen, das nach dem Zusammenbruch des Sozialismus bestätigt worden ist. Der Unterschied lag darin, daß diesen Gruppen keine Partizipation, keine Einwirkung auf den politischen Bereich zugestanden wurde.

Es gab umfangreiche Netzwerke von Beziehungen, und wahrscheinlich haben im alltäglichen Leben der Sowjetunion Beziehungen eine größere Rolle gespielt als im Westen. Diese Beziehungen waren nicht geldförmig, oder wenn Geld in ihnen eine Rolle spielte, dann war es sekundär. Um ein Beispiel zu geben: Jede Buchhandlung mußte eine regelmäßige Routineuntersuchung der Augen durchführen. Richtete sich der Augenarzt nach den Betriebsbedürfnissen, dann hielt die Buchhandlung die für ihn interessanten Bücher unter dem Ladentisch vorrätig. Auch wenn er für sie zahlte – das war nicht entscheidend; Geld hatte man im Grund genug, interessante Ware war schwer zu kriegen. Familien, religiöse Gemeinden, landsmannschaftlich oder ethnisch definierte Gemeinschaften, Betriebsbelegschaften – es gab vielfältige Netzwerke und Vereinigungen, die einem halfen, z.B. an eine Reparatur des Autos oder eine Unterkunft in einer fremden Stadt zu kommen, und wo man wieder half, wenn es darauf ankam. Aber diese staatsfreie, zivile Welt des Sowjetbürgers war von der Ebene der Politik säuberlich geschieden, und zur Politik gehörten hier auch alle Wirtschaftsentscheidungen oberhalb der Größenordnung des schönen Buchs oder der Autoreparatur.

Die zivile Gesellschaft des sowjetischen Bürgers fand also in einem anders geschnittenen Raum statt. Die Politik blieb das Monopol der Kommunistischen Partei. Die KP hatte viel mehr Mitglieder als Parteien im Westen – in der UdSSR zum Schluß 18 Millionen, und zwar insbesondere unter den Männern im Karrierealter. Die Partei war aber hierarchisch von oben nach unten strukturiert, so daß Politik überwiegend Monopol der Nomenklatur blieb, also der Inhaber jener Ämter, welche nur mit Zustimmung der Partei besetzt werden konnten – über welche die Partei eine Kaderakte führte. Der Aufstieg in die sowjetische Nomenklatur setzte zweierlei voraus:

1. Identifikation mit der Partei, also nicht bloße Mitgliedschaft, sondern Beteiligung an Parteiaktionen (wie etwa Großreinemachen in einem Wohnsilo oder Durchsetzen einer Sonderschicht in einem Betrieb) und

2. gute Zensuren in der Universität bzw. dem Technikum, und Erfolg im Beruf – insbesondere in der Produktion.

---

* Dieser Beitrag stammt aus der Zeitschrift »Beiträge zur historischen Sozialkunde" 4/1997. Er wurde geringfügig gekürzt. Die Zwischentitel stammen von der »Weg und Ziel«-Redaktion.

Da es letztlich die Nomenklatur war, welche wieder festlegte, wer zu ihr gehören sollte, war das System der sowjetischen Politik durch Kooptation bestimmt. Das galt auch für die höchsten Posten und die wichtigsten Parteiämter, also für Mitgliedschaften in Zentralkomitee und Politbüro sowie für die Sekretäre. Offene politische Kämpfe um diese Posten gab es nicht; die Auseinandersetzungen wurden vielmehr hinter den Kulissen ausgetragen. Die Hierarchie war also nicht hinterfragt und auch kaum angreifbar; außer mit dem Instrument des Leserbriefs. Wie bei anderen Kooptationssystemen auch war das Durchschnittsalter der Erfolgreichen sehr hoch; das entscheidende Gremium Politbüro war in der Endphase mit Greisen besetzt.

Ganz anders als die Kommunisten der ersten Stunde waren die Spitzenleute der Partei in den siebziger Jahren meist Ingenieure und Techniker. Sie hatten in den dreißiger Jahren ziemlich eng geschnittene Ausbildungen hinter sich gebracht, im Krieg ihre ersten Erfolge errungen und leiteten nun verschiedene große Industriezweige oder Werke. Auch die Landwirtschaft war in der UdSSR durch Ingenieure und Agrotechniker geprägt. Gorbatschow bildete als Jurist in diesem Kreis eher eine Ausnahme, aber auch Offiziere – die im sowjetischen System Militärakademien besucht hatten und nicht selten schon als Schüler Kadettenschulen – gehörten nur selten zur Führungselite. Meist waren zwischen 6 und 8 Prozent der Mitglieder des Zentralkomitees Offiziere; im Politbüro als dem wichtigsten Machtgremium war nicht regelmäßig ein Militär vertreten, und keiner der Generalsekretäre der Partei hatte seine Karriere in Armee oder Luftwaffe gemacht.

Man kann davon ausgehen, daß einige große Wirtschaftszweige und Institutionen, insbesondere die Schwer- und Investitionsgüter-Industrie, über Mitglieder des ZK aus ihren Reihen in den politischen Entscheidungsprozeß eingebunden waren, ebenso das Militär – eine vorherrschende Position konnte letzteres aber nie erringen. Die Herrschaft der Partei blieb (abgesehen von Polen) in allen Ländern des RGW bis zu ihrem Ende eine Herrschaft von Zivilisten. Die Militärs hatten Einfluß, und wenn sie sich mit anderen, z.B. den Mitgliedern der Schwerindustrie, zusammentaten, auch großen Einfluß, aber sie waren nie beherrschend.

Trotzdem gab es in der sowjetischen Gesellschaft der Nach-Chruschtschow-Zeit nach allen Regeln klassischer Militarismuskritik Militarismus. Überall im Lande traf man auf Uniformen. Es gab einengende Fotografierverbote – jeder Bahnhof, jede Brücke war im Zweifelsfall ein geheimes Objekt, von Flugplätzen oder Fabriken zu schweigen. Riesige Gebiete waren dem normalen Besucher aus dem Westen, aber auch dem sowjetischen Bürger ohne Sondergenehmigung unzugänglich, darunter eine Millionenstadt wie Gorkij, das heute wieder Nischni-Nowgorod heißt. An pathetischen Denkmalen für die Siege im Zweiten Weltkrieg wechselten sich alle Viertelstunden die Delegierten von Komsomol und Gewerkschaft im Stechschritt ab, um Wache zu halten. Im Geschichtsunterricht nahm Militärgeschichte einen großen und wesentlichen Teil des Lehrbuchs ein, und in den Darstellungen gab es fast ausschließlich Siege. Falls der Bericht über eine Niederlage doch einmal nicht zu umgehen war, dann waren die Feinde in der Übermacht gewesen. V. Aspaturian stellte zur Debatte, ob nicht die ganze Sowjetunion ein „Militärisch-Industrieller-Komplex" sei. Diese Begriffsübertragung legte eine zu große Ähnlichkeit zwischen dem amerikanischen MIK und der UdSSR nahe, machte aber die Sache klar: in der UdSSR gab es Militarismus, auch wenn das Militär gegenüber der Partei keineswegs einen Vorrang errungen hatte.

Der Grund dafür waren die eingefahrenen Verhaltensweisen und Denkformen der Partei selbst. Die Kommunistische Partei hat 1917 in dem Glauben begonnen, sie könne das Militär als Institution abschaffen, dann aber sehr schnell wieder eine formale Armee aufgebaut, die in den dreißiger Jahren eine breite industrielle Rüstungsbasis erhielt. Die Beinahe-Katastrophe der Jahre 1941/45 hatte traumatische Wirkungen; der deutsche Überfall und noch mehr das deutsche Vordringen bis Stalingrad bestätigten Ängste, daß die sowjetische Gesellschaft mit Militärgewalt aufgelöst werden sollte, was ja auch das Ziel Deutschlands war. Nachdem Chruschtschow mit seinem Ziel, die Armee entscheidend zu reduzieren, gescheitert war, gewöhnte sich die Breschnew-Administration daran, Rüstungsinvestitionen Priorität zu geben. Dabei spielte das außenpolitische Ziel eine Rolle, Parität mit den USA zu erlangen. Es war der Sowjetunion nie gelungen, die USA wirtschaftlich „einzuholen", geschweige denn, sie zu „überholen" – desto mehr sah man in der strategischen Parität alle die Wünsche, Hoffnungen und Ängste aufgehoben, welche der Versuch einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus mit sich gebracht hatte. Auch viele Bürger fühlten sich übrigens durch das Gefühl bestätigt, zu einer Weltmacht zu gehören.

*Alexander Rodtschenko, Auf dem Barren, 1938.*

Es gab in der sowjetischen Öffentlichkeit durchaus eine Diskussion über das Ausmaß der Rüstung. Sie kam nicht in beißenden Angriffen oder spöttischen Analysen zum Ausdruck, wie die gleichzeitige Rüstungskritik im Westen, sondern in unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen der Zeitschriften und Journale. In diesem Zusammenhang war die Reaktion auf die deutsch-sowjetischen Verhandlungen in der Regierungszeit Willy Brandts ein Prüfstein (Nolte 1979). Während z.B. literarische Zeitschriften wie die »Neue Welt« die Veränderungen in der Bundesrepublik breit darstellten und sie auf innere Entwicklungen zurückführten, berichteten Militärzeitschriften wie »Roter Stern« nach wie vor über Neonazis und Revanchisten am Rhein. Daß mit der Regierung eines solchen Landes 1970/72 der Moskauer Vertrag geschlossen wurde, mußte die Leser überraschen. Aber weder Partei noch Militär gerieten in Schwierigkeiten. Die interne Begründung dafür, daß mit Deutschland und anderen kapitalistischen Mächten ein entspannteres Verhältnis möglich wurde, wär nämlich, daß die sowjetische Übermacht der Grund für das Einlenken des Westens war, oder, wie der »Rote Stern« vom 10. Dezember 1972 schrieb: „Nach dem Maß des Wachstums von Macht und Einfluß der UdSSR sowie der brüderlichen Länder des Sozialismus (...) geben sich in der Politik vieler kapita-

listischer Länder immer mehr Elemente des Realismus zu erkennen“ (Zitat bei Nolte 1979:110 f.). Da die sowjetische Militärmacht als Grund für die Entspannung angesehen wurde, wäre es geradezu falsch gewesen, die Rüstungen zu mindern. Die in der Armeezeitung vertretene Formel für friedliche Koexistenz legitimierte den weiteren Ausbau des sowjetischen Militärs. Und in der Tat – die Entspannungspolitik der späten sechziger und siebziger Jahre hatte keinen Einfluß auf die sowjetische Rüstungsquote, die vielmehr gleichbleibend hoch blieb. Schon vor der Afghanistankrise und der damit begründeten Aufrüstung der USA ab 1979 ließ sich absehen, daß diese Politik nicht nur in der Sache widersprüchlich, sondern auf Dauer undurchführbar war. Die Bedingungen von Koexistenzpolitik als einer internationalen Politik wurden nicht allein von der UdSSR bestimmt; es konnte auf die Dauer nicht angehen, die rüstungspolitischen Folgen der Entspannungspolitik, nämlich die Abrüstung, zu vermeiden (Nolte 1979:134). Der Westen war durchaus in der Lage, die sowjetischen Rüstungen glaubwürdig zu kontrollieren und auf diese Inkonsistenz hinzuweisen. Und er war sehr gut in der Lage, erneut zu rüsten, wie er das dann im letzten Regierungsjahr Carters und erst recht unter Präsident Reagan auch tat. Die Sowjetunion konnte in ihrer Innenpolitik dekretieren, was als Fakt zu gelten hatte, aber sie konnte das nicht in der Außenpolitik tun. Die Entscheidung, trotz der Entspannungspolitik am hohen Rüstungsniveau festzuhalten, war erkennbar falsch.

Dies war jedoch vorerst nur außenpolitisch, und nicht innenpolitisch deutlich, weil das Informationsmonopol der Partei es überhaupt verhinderte, daß das sowjetische Rüstungsniveau diskutiert wurde. Chruschtschow hatte, wie erwähnt, nach seinem Regierungsantritt den Versuch gemacht, die Rote Armee entschieden zu verkleinern. Wahrscheinlich hatte ihn keine umfassende volkswirtschaftliche Analyse der Kosten dazu veranlaßt, sondern die Not an Arbeitskräften. Es war im sowjetischen System fast unmöglich, kontrollierte Migrationen von freien Arbeitskräften an Orte zu lenken, wo sie gebraucht wurden. Chruschtschow hoffte, die entlassenen Soldaten großenteils an die großen Baustellen in Sibirien bringen zu können und dadurch eine Erhöhung der Rohstoffproduktion zu erreichen. Aber Chruschtschow wurde gestürzt – wie Andrej Sacharow später meinte, nicht zuletzt wegen seines Abrüstungsversuchs. Er plädierte 1968 dafür, die sowjetischen Streitkräfte auf die Aufgabe der Landesverteidigung zu beschränken. A. Amalrik publizierte in seinem 1969 geschriebenen Essay „Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?“ die Beobachtung, daß die Armee unablässig wuchs. Aber diese Beobachtung stand bei ihm im Kontext der Frage, ob das Sowjetsystem in eine Militärdiktatur verwandelt werden würde, oder es zu einer Liberalisierung kommen werde, also im Kontext seiner eher apokalyptischen Erwägungen zu einem befürchteten Krieg zwischen Rußland und China. Alexander Solschenizyn argumentierte 1974 in seinem „Offenen Brief an die sowjetische Führung“, daß die Ziele eines großen Imperiums und die moralische Gesundheit eines Volkes unvereinbar seien. Andrej Sacharow plädierte 1975 in seinem Schreiben zur Verleihung des Friedensnobelpreises dafür, daß der Westen in der Abrüstungsfrage mit Festigkeit und realer Kraft gegen die Sowjetunion agieren müsse. Er warnte den Westen davor, darauf zu setzen, daß die UdSSR aus wirtschaftlichen Gründen an der Abrüstung mehr interessiert sei als der Westen: „Die Wirtschaft unseres Landes trägt gewiß außerordentlich schwer an der gewaltigen Last der militärischen Ausgaben. Es würde daher in höchstem Maß im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung liegen, wenn die vielen Milliarden Rubel für friedliche Zwecke umgewidmet würden.“ Darum gehe es den Machthabern aber gar nicht, sondern nur „um den Status der Elite und ihrer Privilegien, die eng mit der gegenwärtigen Situation verflochten sind.“ (Sacharow 1975:73).

## Sowjetische Elite und die Rüstung

Warum war der Status der sowjetischen Elite ausgerechnet mit der Rüstung verbunden? Wie erwähnt lag die politische Macht eindeutig in den Händen von Zivilisten und nicht in jenen von Militärs, es konnte also nicht einfach um den Status der Offiziere gehen. Die militärische Großmachtstellung bedeutete einerseits für alle Mitglieder der Elite eine ideologische und auch nationale Genugtuung: wenigstens auf die Weltmacht Rußland mußte der Westen Rücksicht nehmen, auch wenn der ideologische Einfluß des Marxismus – und schon gar des Sowjet-Marxismus – im Westen immer mehr sank. Aber es gab auch einen polit-ökonomischen Grund. Die politischen Führer der UdSSR waren Macher, waren Ingenieure. Konsumgüter zu produzieren war schon in dieser Periode schwierig; die Kunden wollten auch just solche Schuhe, welche die Fabriken gerade nicht herstellten, beschwerten sich, weil die Nähmaschinen so schwer waren, und schimpften, weil es nicht genug Autos gab. Mit Konsumgüterproduktion konnte niemand Karriere machen, genausowenig übrigens wie mit Landwirtschaft. Wer Minister für die Textilindustrie oder die Landwirtschaft war, der saß auf einem Kippelstuhl und die Wahrscheinlichkeit sprach dafür, daß das das Ende seiner Karriere war. Anders die Schwerindustrie und die Rüstungsindustrie. Kein Kunde beschwerte sich darüber, wenn die Granaten nicht ordentlich gedreht waren oder der Stahl der Panzerplatten nicht hart genug war. Auch wenn er vielleicht im Depot blieb, weil der Motor streikte, der Panzer wurde statistisch als Teil der ungeheuren Panzerüberlegenheit des Warschauer Vertrags weitergeführt. In der Schwer- und Rüstungsindustrie konnte man Karriere machen, dorthin gingen die besten Hochschulabsolventen, dort wurde durchaus auf dem technischen Niveau des Westens geforscht. Für Ingenieure war diese Möglichkeit verlockend. Die Kritik der ersten Vertreter der neuen Opposition in den Jahren um 1970 ging an deren Mentalität vorbei. Es war vor allem moralisch motivierte Kritik – für viele altmodisch –, die in der Person Solschenizyns verkörpert war. Auch wenn gesehen wurde, daß die Belastungen durch die Rüstung groß waren, wurde doch nicht in ökonomischen Kategorien gefragt, ob sie vielleicht untragbar wären. Zu einer derartigen Aussage fehlten sogar Sacharow und erst recht Solschenizyn einfach die Kenntnisse. Ein erster Schritt, mit welchem die Gesellschaft in jenen Jahren begann, nicht nur der politisch allmächtigen Partei die Folgsamkeit aufzukündigen, sondern sich selbständig zu unterrichten, war der Kampf gegen das Informationsmonopol. Der Teil dieses Kampfes, der am meisten ins Auge fiel, war die Auseinandersetzung um die Wahrheit über die Stalinzeit; über die Hungersnot von 1932/33, den GULAG, über Katyn und Kurapaty (Iou 1977) – diesen Teil streife ich hier nur. Theoretisch entscheidender war der Kampf um den unabhängigen Zugang zur Statistik und damit zu der

Frage, welchen Grad der Rationalität die sowjetische Wirtschaftsordnung für sich beanspruchen durfte.

Das Informationsmonopol betraf einen zentralen Anspruch der Partei – nämlich den, politische Entscheidungen nach wissenschaftlichen Kriterien zu fällen und also der Diskussion, der Kritik und der Opposition bei der Findung der Wahrheit nicht zu bedürfen. Dieser Anspruch betraf an erster Stelle die Wirtschaftsentscheidungen und vor allem die Verabschiedung des von vielen hochqualifizierten Mitarbeitern erarbeiteten Staatlichen Plans. Auch hier war zuerst auf dem Gebiet der Außenbeziehungen deutlich geworden, daß dieser Anspruch nicht aufrechterhalten werden konnte – in Wirklichkeit war nämlich der Gosplan nicht in der Lage zu bestimmen, was Wert war. Die Güter in der UdSSR hatten Preise, die zum großen Teil nicht auf eine Berechnung ihres Wertes zurückgingen. Im Verhältnis zu den RGW-Ländern wurde das unmißverständlich, weil nämlich die anderen Mitgliedstaaten sich weigerten, die weithin unbegründeten Preise der UdSSR zu übernehmen und darauf bestanden, die Welthandelspreise zugrunde zu legen – es gab im RGW zwar (für ein Jahr) feste Preise, diese folgten aber der Entwicklung auf den kapitalistischen Märkten.

Damit war ein zentrales inhaltliches Anliegen des Marxismus gescheitert. Noch konnte man darüber hinwegsehen: der Kaiser war nackt, aber alle bewunderten seine neuen Kleider. Die Rolle des Kindes in dieser Parabel übernahm Roy Medwedjew, der seit 1961 an einem kritischen Buch über Stalin arbeitete – es erschien 1971 in New York unter dem Titel „Die Wahrheit ist unsere Stärke". Da auch unter Stalin politische Entscheidungen als wissenschaftlich der Kritik entzogen worden waren, kam Medwedjew auf die Frage, wie überhaupt wissenschaftliche Wahrheit erreicht werden kann. In seinem zweiten Buch „Sowjetbürger in der Opposition. Plädoyer für eine sozialistische Demokratie", das 1972 in Paris erschien, führte er aus, daß Wahrheit in politischen Fragen nur in Diskussion erreicht werden kann. Wahrheit kann also nicht einfach das Ergebnis eines Datenabgleichs der Planbehörde sein. Medwedjew betonte, daß gerade die Intelligenzija aus beruflichen Gründen darauf angewiesen ist, solche Diskussionen zu führen. Erste Voraussetzung für eine angemessene Diskussion aber mußte die Freiheit der Information sein: sie ist „für den Intellektuellen so unentbehrlich wie sein tägliches Bort" (Medwedjew 1973:213). Seine besondere Kritik galt der mangelhaften Statistik der UdSSR. Damit erlangte auch die Kritik an der Rüstung eine andere Dimension. Schon in der Einführung kritisierte Medwedjew nicht mehr nur die Übertriebenheit der Rüstung, die Gefährlichkeit der Atomrüstung und daß der Bevölkerung durch die militärische Ressourcenallokation Konsumgüter entgingen, sondern darüber hinaus die Rüstungsquote als Belastung der Gesamtwirtschaft: „ein allzu großer Teil unseres Nationaleinkommens (wird) mittelbar oder unmittelbar von der nationalen Verteidigung beansprucht. Dieser Teil des Einkommens bleibt unproduktiv. Die Sowjetunion gibt für ihre Verteidigung im Verhältnis mehr aus als die Vereinigten Staaten und natürlich mehr als die westeuropäischen Staaten und als Japan; das belastet die Wirtschaft und verschlechtert die Möglichkeiten des wirtschaftlichen Wettbewerbs. Auf lange Sicht kann diese Tatsache vielleicht sogar die Verteidigungschancen der Sowjetunion verringern" (Medwedjew 1973:28).

Weder Rüstungsfragen noch Fragen der Ressourcenallokation bildeten jedoch in den achtziger Jahren die vorrangig diskutierten Probleme der sowjetischen Opposition. Ihr ging es um Etablierung der Menschenrechte, Einführung von Mitbestimmungsformen, Kampf gegen die Repression – z.B. die Verurteilungen zu Arbeitslager oder sogar die Einweisungen in psychiatrische Anstalten –, um Auseinandersetzungen mit der Breschnewschen Russifizierungspolitik und nicht zuletzt um die Möglichkeit, ungehindert reisen zu dürfen. Da die USA gerade ein neues Rüstungsprogramm durchsetzten, konnte es Intellektuellen in Rußland nicht naheliegen, die sowjetische Rüstung zu kritisieren. Und die Wirtschaftsvorstellungen der Opposition gingen fast ohne Ausnahme von der Reformierbarkeit des Sozialismus aus (Segbers 1989). Insgesamt verlor die Opposition in jenen Jahren an Protestkapazität.

## Skeptische Berichte über die sowjetische Wirtschaft

Dabei mehrten sich in den siebziger und achtziger Jahren skeptische Berichte über die sowjetische Wirtschaft, welche ihr einen schlechten allgemeinen Zustand attestierten. Auch einem wirtschaftlich nicht geschulten Beobachter wie mir fiel bei Exkursionen auf, wie alt die industriellen Anlagen und wie ausgefahren die Schienen im ganzen Lande waren. Bei einem Besuch eines metallverarbeitenden Betriebs in Donezk(ck) fühlte ich mich an meine Kindheit im Ruhrgebiet erinnert – schaukelnde Kukillen mit dem flüssigen Eisen, ratternde Maschinen, verrostende Außenanlagen. Aber in jeder Werkshalle wurde unsere Delegation von dem leitenden Ingenieur, dem Leiter des Parteiaktivs und dem Leiter des Komsomol empfangen. Wie bei allen früheren Besuchen – ich bereise die UdSSR seit 1966 – standen die Maschinen der Kolchosen auf einem riesigen Platz im Freien. Wir wurden – auch, wie üblich – sehr freundlich mit Brot und Salz und bei fortschreitender Tageszeit mit teilweise ganz vorzüglichem Wodka bewirtet. Aber überall war leicht zu sehen, daß wenig für die Erhaltung getan wurde. Wenn das in den Vorzeigeunternehmen so war, in die wir eingeladen wurden – wie mochte das auf den schlechteren Kolchosen und den weniger erfolgreichen Fabriken aussehen? Aber andererseits deutete wenig darauf hin, daß ein Zusammenbruch bevorstehe. Barbara Dietz gab 1984 einen Sammelband zu den Zukunftsperspektiven der Sowjetunion heraus, den sie im Rekurs auf Amalriks Voraussage einleitete mit der Bemerkung, daß die Reformen unter Kossygin zwar wieder zurückgenommen waren, die Sowjetunion sich aber doch „in einem relativ stabilen Zustand befand", als Breschnew starb. „Offensichtlich konnte das sowjetische System selbst die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten (...) ohne Reformen meistern." (Dietz 1984:7). Dieser Eindruck von Stabilität wurde von sowjetischen Oppositionellen geteilt. Die Opposition war zwar nicht verstummt, aber sie beherrschte doch auch nicht die Öffentlichkeit. Viele Kritiker hatten das Land verlassen. Polen war in Unruhe, der Afghanistankrieg dauerte noch an, der Erdölpreis sank und damit schrumpfte eine der wichtigen Einnahmequellen der UdSSR im Außenhandel. Die USA zeigten der UdSSR, daß sie in der Rüstung sehr wohl nochmals zulegen konnten und planten die Strategic Defense Initiative. Aber das sowjetische System war stabil.

Man sah durchaus die Zeichen an der Wand. H.-H. Höhmann führte aus, daß es zwar insgesamt Wirtschaftswachstum gegeben hatte, daß aber die Kapitalproduktivität kontinuierlich gesunken war. Da die Zahl der Be-

schäftigten nur noch geringfügig gesteigert werden konnte, sanken die Zuwachsraten. Die Investitionsquote war im Vergleich mit westlichen Daten sehr gering, wobei noch hinzugerechnet werden mußte, daß das sowjetische System nur eine kleine Abschreibungsrate kannte; weniger als 2 Prozent des Wertes der Industrieanlagen wurden jährlich ausgesondert, während z.B. in den USA die Rate bei über 4 Prozent lag; die Erneuerung der Industrie ging in den USA also mehr als doppelt so schnell vor sich. Die Schattenwirtschaft hatte sich ausgeweitet. Höhmann schätzte den Anteil der Rüstungskosten auf 12 bis 14 Prozent des Bruttosozialprodukts – also etwa doppelt so viel wie die USA zu diesem Zeitpunkt aufwandten.

Wolfram Schrettl machte deutlich, warum es nicht möglich war, die Arbeitsproduktivität zu steigern. In der Tat lag die Arbeitsproduktivität weit unter den im Westen üblichen Quoten. Ohne Drohung von Arbeitslosigkeit konnte man die sowjetischen Arbeiter einfach nicht zu denselben Anstrengungen bringen, wie sie im Westen üblich sind. Wollte man die Arbeitsproduktivität erhöhen, dann mußte man das Konsumwarenangebot vermehren; sank dieses Angebot, dann fühlten die Arbeiter sich berechtigt, zu bummeln. Der Stalinsche Weg, über die Erhöhung der Ausbeutung der Arbeitskraft die Produktion zu steigern, war nicht mehr möglich. Ein Bewußtsein für das gesellschaftliche Eigentum hatte sich kaum entwickelt – viele fühlten sich berechtigt, Werkzeuge oder Material aus staatlichen Baustellen oder Fabriken für eigene Zwecke mitzunehmen. Neben der offiziellen war eine große Schattenwirtschaft entstanden – eben jene Autoreparatur, jener Bau der Datscha, der über die Netzwerke der Nachbarschaft und Freundschaft organisiert wurden und nicht über die offiziellen Stellen.

Warum wurde diese Schwierigkeiten zum Auslöser des Zusammenbruchs? Schattenwirtschaften (z.B.) gab und gibt es auch in anderen Systemen. Und die Leistungen des sowjetischen Systems waren nicht so schlecht; es gab, zumindest in den großen Zentren des Landes, keine Arbeitslosigkeit (anders wohl an der Peripherie); es gab ein funktionierendes Gesundheits- und Pensionssystem. Zwar ging es vielen mäßig, aber niemand hungerte. Die UdSSR hatte eine große Fähigkeit erlangt, mit dem gesellschaftlichen Chaos zu leben und zu überleben. Im Vergleich zu manchem anderen halbperipheren Land wie Spanien oder der Türkei war die wirtschaftliche „performance" gar nicht so schlecht. Andere halbperiphere Länder wären aber der angemessene Bezugspunkt gewesen, denn Rußland war eben auch im Sozialismus nicht über die Rolle eines Rohstoffexporteurs im Weltsystem hinausgekommen. Aber, wie der Reformer Jegor Gaidar kürzlich formulierte, 1985 war „die sowjetische Gesellschaft sehr stabil und faktisch (glaubten) alle Etagen der Gesellschaft, daß diese Stabilität noch Jahrzehnte andauern würde".

Das Problem lag darin, daß die sowjetische Führung und die Eliten der UdSSR ihr Land eben nicht mit Spanien oder der Türkei verglichen, sondern mit den Ländern des Zentrums des Weltsystems. Ihre Leitvorstellung war, daß der Sozialismus eine Alternative zum Kapitalismus auch im Zentrum biete, daß die UdSSR, – wie es 1990, dann selbstkritisch, in der Parteizeitung »Kommunist« hieß, sich für die „Erzieher des Planeten" hielten (zitiert Nolte 1997:76). Es war dieses Pathos, das nur aus dem Systembezug zu erklären ist, das die Zufriedenheit mit dem Mittelmaß, das man erreicht hatte, verhinderte. Aus diesem politischen Pathos heraus bezog die Entscheidung der Breschnew-Regierung für militärische Parität mit dem Westen ihre Stärke: wenn es schon sonst nicht gelungen war, mit dem kapitalistischen Zentrum gleichzuziehen, dann wenigstens bei der Raumfahrt und bei den Panzern in Mitteleuropa und bei den Interkontinentalraketen.

## „Imperiale Überdehnung"

Daß das volle Ausmaß der „imperialen Überdehnung" nicht wahrgenommen wurde, das hatte allerdings auch mit den Schwächen der zivilen Gesellschaft innerhalb der UdSSR zu tun. Man windet der Opposition auch im Westen keine Kränze, aber auch die Mächtigen hören ihr zu. Sacharow und Medwedjew hatten unter den Mächtigen der Sowjetunion kein Publikum. Medwedjews Kritik der Statistik als der Grundlage des Selbstbildes ging an den Mächtigen vorüber. Der Betrug der Statistiker, die kontinuierlich ein besseres Bild zeigten, als der Wahrheit entsprach, wurde zum Selbstbetrug (wie die sowjetischen Statistiker V. Seljunin und I. Chanin 1987 schrieben). Als die sowjetische Führung sich 1985 entschloß, dem drohenden Stillstand entgegenzutreten und einen neuen Anfang zu wagen, ging sie davon aus, daß die UdSSR gegenüber dem Westen in den letzten Jahrzehnten wirklich aufgeholt habe, weil Generationen von Statistikern immer wieder, von unten nach oben, die Zahlen geschönt hatten; weil kontinuierlich zu wenig abgeschrieben, der normale Verschleiß zu gering angesetzt worden war; und weil man sich so ein scheinbar wissenschaftliches Bild von sich selbst gezimmert hatte, das durchaus nicht ohne Glanz war – auch wenn man es etwas aufpolieren konnte. Während die offizielle Statistik, so die beiden Kritiker, zu dem Ergebnis kam, daß die UdSSR zwei Drittel des amerikanischen Bruttosozialprodukts erarbeite, wäre es in Wirklichkeit nur ein Drittel, also die Hälfte dessen, was zusammengerechnet wurde, gewesen. Diese Kritik des Selbstbildes war jedoch 1985 nicht allgemein zugänglich. Vielleicht hatte man beim KGB, dessen Chef noch Generalsekretär war, das zutreffendste Bild, aber auch dieses war mit Sicherheit nicht nüchtern genug. Politbüro und ZK wählten also einen relativ jungen Mann zum Generalsekretär der Partei, der ein bißchen aus der Reihe fiel: Er war kein Ingenieur, sondern Jurist; er hatte (für russische Verhältnisse) viel von der Welt gesehen, und seine Frau entsprach dem westlichen Frauen-Image, schlank und klug, und nicht dem tradierten russischen, warm und dick. Michail Gorbatschow versuchte ein Programm der Beschleunigung, „Uskorenie". Vor allem ging es ihm darum, die intellektuelle und moralische Führerschaft der Partei in der sowjetischen Intelligenz zurückzugewinnen. Er begann also mit dem Kampf gegen die Trunksucht, welche große volkswirtschaftliche Schäden, allerdings auch fiskalische Vorteile verursachte; er rief zu mehr Mitarbeit in der Partei auf, eröffnete Möglichkeiten, über Kandidaten in den Parteiwahlen kontrovers abzustimmen und er gab den Betrieben – wie schon Kossygin und Chruschtschow vor ihm getan hatten – mehr Selbständigkeit gegenüber dem Zentralen Plan. Wie auch schon Kossygin verwandte Gorbatschow zur Bezeichnung dieser Reformen den Begriff „Perestroika", Umbau, und unter diesem Konzept wurde sein Programm weltweit bekannt. Vor allem deswegen, weil es von vornherein mit einem Versuch verbunden war, die internationale Abrüstung voranzutreiben. Rußland verwandelte sich unter Gorbatschow vom Bremser zum Antreiber in der Ab-

rüstungsfrage, und international wie national veränderte sich mit einem Schlag das Bild der politischen Führungen – hatten bis dahin greisenhafte sowjetische Führer relativ jungen Männern an der Spitze Amerikas gegenüber gestanden, so war es nun ein relativ junger Führer der Sowjetunion, der den greisenhaften amerikanischen Präsidenten Reagan drängte, doch weitere und entscheidendere Schritte weg von der Hochrüstung, weg von SDI zu machen.

Der Westen sah, entgegen Sacharows Warnung von 1975, sofort einen dichten ökonomischen Zusammenhang zwischen Abrüstung und Reform. So hat William Borm, einer der großen alten Liberalen Deutschlands, diesen Zusammenhang ganz offen hergestellt, als er Gorbatschows Drei-Stufen-Plan zur Abschaffung aller Atomwaffen bis zum Jahr 1999, verkündet am 15. Januar 1986, in deutscher Übersetzung publizierte. In den eigenen Texten, etwa den Reformvorhaben, die auf dem 27. Parteitag am 25. Februar 1986 verkündet wurden, hatte Gorbatschow diesen Zusammenhang jedoch nicht hergestellt; zumindest den eigenen Texten zufolge glaubte der Generalsekretär, die Partei reformieren und in Schwung bringen zu können, ohne die hohe Rüstungslast abzubauen. Gewiß wollte die UdSSR die Rüstungslast nicht noch weiter erhöhen, wollte sie nicht gegen SDI anrüsten, aber die Minderung der Ressourcenallokation in der Rüstung wurde nicht als Vorbedingung für den Erfolg der Reform verstanden. Mit anderen Worten: der Generalsekretär war nicht der Meinung, daß er zu diesem Zeitpunkt einen Konflikt mit der Schwerindustrie und dem Militär riskieren mußte, um die Rüstungslast zu senken. Sie wurde auch nicht gesenkt, sondern blieb auf alter Höhe.

Inzwischen begann sich die Kritik des sowjetischen Militärs erneut auf der moralischen Ebene zu artikulieren. Insbesondere der anfangs noch andauernde Krieg in Afghanistan wurde angegriffen. Der Roman über die „Zinkjungen“ erschien, in den Leserbriefen wurde die Versorgung der Veteranen herausgestellt und gegen Denkmale argumentiert. Erst 1989, als die Perestrojka ins vierte Jahr ging, als Gorbatschows Ruhm im Westen und besonders in Deutschland mit Recht auf dem Höhepunkt war (weil er etwas durchgesetzt hatte, was in der Geschichte relativ selten ist, nämlich den Rückzug einer Großmacht aus einem wichtigen beherrschten Gebiet ohne Waffengewalt), als aber zugleich der innere Erfolg ausblieb und die russische Wirtschaft immer mehr in die Krise geriet, erst 1989 machte der Generalsekretär die Rüstungsquote zum politischen Thema. Ende Mai 1989 bezifferte Gorbatschow das Gesamtvolumen des sowjetischen Rüstungshaushalts auf 77,3 Milliarden Rubel. Diese Information bildete damals eine Enthüllung, weil die offiziellen Angaben für den Rüstungshaushalt kontinuierlich um 20 Milliarden gelegen hatten, so noch 1987. Er teilte auch mit, daß die Rüstungsausgaben 1988 eingefroren worden seien und daß bis 1991 20 Prozent als Folge einseitiger sowjetischer Abrüstungsmaßnahmen gespart werden würden. Am 7. Juni 1989 kündigte Ministerpräsident Ryschkow an, daß die UdSSR bis 1995 ihre Verteidigungsausgaben um ein Viertel bis um die Hälfte kürzen werde. Zum ersten Mal (seit Chruschtschow) wurde damit der sowjetische Rüstungshaushalt für Kürzungen geöffnet.

Gorbatschow hatte mit seiner Zahlenangabe der Kritik sowohl der NATO wie auch des Stockholm-Peace-Research Institutes recht gegeben, daß die offiziellen Angaben des sowjetischen Militärhaushalts den realen Ausgaben nicht entsprachen. In ihrer Kritik der Angabe Gorbatschows ging die NATO davon aus, daß die Betriebskosten der Sowjetarmee auch in ihr nicht angemessen erfaßt waren; die NATO errechnete für 1987 130 Milliarden Rubel. Nach dieser Rechnung gab die UdSSR 15 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für Rüstung aus, und auch nach der Angabe Gorbatschows waren es 9 Prozent. Die Rüstungsquote der USA lag zu diesem Zeitpunkt bei etwa 6 Prozent, die der europäischen NATO-Partner bei 4 bis 3 Prozent und die Japans bei 1 Prozent. Es gibt Schätzungen, nach denen die Rüstungsquote der UdSSR sogar bei 20 Prozent lag (Walter 1990).

## Afganistankrieg

Der Zusammenhang, in dem das sowjetische Publikum sich konkret gegen das Militär stellte, war der Afghanistankrieg (zum Folgenden Sapper 1994). Wir wissen heute, daß das Politbüro Anfang 1979 gut informiert war und skeptisch über Möglichkeiten der Intervention diskutiert hat. Vor allem Taraki, aber auch Amin wurden kritisiert, und Kirilenko sagte sehr nüchtern, daß das afghanische Volk muslimisch sei und man gegen das Volk werde kämpfen müssen. Trotzdem entschloß man sich zur Intervention, weil man glaubte, die linke Option in der Politik des südlichen Nachbarn nicht einfach aufgeben zu dürfen – und weil man dachte, einige ordentliche sowjetische Divisionen würden schnell für Ruhe sorgen.

Dies erwies sich als Fehler, aber darum geht es nicht. In der Presse der UdSSR erschien anfangs kein Bericht über Kriegshandlungen sowjetischer Truppen, obgleich es schnell über Tausend Gefallene gab – „Zinkjungen“, weil sie in Zinksärgen nach Rußland zurückgebracht wurden. Das anfängliche Schweigen wurde vor allem unter Tschernenko gebrochen, weil das Militär für sein Engagement öffentliche Anerkennung suchte. Offiziere und Soldaten fühlten sich gekränkt, weil sie nicht belobigt wurden. Ab 1984 erschienen also Berichte über die siegreiche Verteidigung von Konvojs bei Kabul und über andere Heldentaten. Der Tenor schlug dennoch bald um. 1986 erschienen erste Leserbriefe in der Illustrierten »Ogonjok«, die in Frage stellten, ob die sowjetischen Soldaten in Afghanistan wirklich die Heimat verteidigten. Im Sommer 1987 erschienen Berichte, in denen nicht mehr die Perspektive sowjetischen Heldentums geboten wurde, sondern alle Beteiligte als Verlierer erschienen. Im Februar 1988 kündigte Gorbatschow den Rückzug aus Afghanistan an. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Bild des Militärs in der sowjetischen Öffentlichkeit schon tiefe Einbußen erlitten. Nicht nur, weil man einen Krieg gegen ein kleines Bergvolk verlor, einen Krieg, in den man sich eigentlich nur aus Überheblichkeit hatte hineinziehen lassen. Sondern auch, weil innere Schwächen der Armee in die Öffentlichkeit gelangten, z.B. das „Onkeltum“ – ältere Soldaten und Sergeanten trieben mit den jüngeren brutale Späße, welche zu schweren Körperverletzungen und sogar zu einigen Todesfällen führten und ein Klima persönlicher, auch sexueller Abhängigkeit der Jungen erzeugten. 1989 erschienen Berichte über Rauschgiftgenuß und Kriegsverbrechen sowjetischer Truppen. Das Maß war voll: selbst die «Prawda« schrieb, daß jeder zweite Leserbrief mit der Frage danach schloß, wann der Krieg in Afghanistan beendet würde.

1989 ist auch das Jahr, in dem sich eine breite „informelle“ Gesellschaftsvielfalt in Rußland endgültig etabliert hatte. V. N. Berezovskij zählte in einer lexikalischen Übersicht damals 222 po-

litische Vereine, Klubs, Bünde etc. in Rußland und schätzte, daß es insgesamt 2000 gebe. Diese Bünde reichten von Anarchisten, linken Marxisten, Menschenrechtsgruppen und ökologischen Verbänden bis zu Christdemokraten, Patrioten und Monarchisten. Viele nannten sich Volksfronten und traten für einen demokratischen Sozialismus ein. Es gab sehr mitgliederstarke Vereine wie eben die Volksfronten, Memorial (das sich zum Ziel gesetzt hat, die Verbrechen des Stalinismus aufzuklären) oder ökologische Gruppen, etwa die Gruppe „Delta" in Leningrad, welche gegen die Pläne agierte, den innersten Zipfel des finnischen Meerbusens mit einem Damm zu schließen. Es gab mittelgroße wie etwa die Anarcho-Syndikalistische Freie Assoziation ASA in Leningrad mit 23 Mitgliedern, von der sich im Sommer 1989 die Anarcho-Kommunisten mit 5 Mitgliedern und die Anarcho-Individualisten mit dreien abspalteten. Es gab auch Miniklubs wie den historisch-literarischen in Petrosawodsk mit zwei Mitgliedern, die aber doch ein Bulletin in einer Auflage von 20 bis 40 Exemplaren herausbrachten. Einer der vielen Vereine und Klubs war die „Union zur Verteidigung der Kriegsdienstleistenden und ihrer Familien" (Schtschit), eine unionsweite Vereinigung von Soldaten und Soldateneltern, welche die Übergriffe der Armee anprangerten und für eine Truppenreduktion eintraten. Sie wollten eine Art Soldatengewerkschaft sein.

Mit einem Wort: was man „zivile Gesellschaft" nennt, war auf breiter Front entstanden, nannte sich selbst aber nicht so. Zwar gibt es auch in der russischen Diskussion dieser Zeit den Begriff „graschdanskoje obschtschestwo". Der Terminus „informelles Rußland" war aber weiter verbreitet. Er faßt den Ansatz der Perestrojka auch genauer und macht damit ihr Scheitern deutlicher. Es war ja 1985 das Ziel Gorbatschows gewesen, die geistige Führerschaft, die intellektuelle und moralische Initiative zurückzugewinnen. Er wollte Engagement, Klubs, soziale Bewegung. Aber er wollte sie im formellen Rahmen, in der Partei, im Komsomol, in den Betriebsgruppen. Sie sollten die Partei erneuern, die Korruption bekämpfen, Schwung in die Aktionen bringen. Aber sie sollten auch kontrollierbar bleiben. Das informelle Rußland war voller Bewegung, voller Schwung. Aber es wollte nicht kontrollierbar sein und folgte der Partei nicht mehr. Es war unübersichtlich. Was sollte der KGB nun tun bei der Spaltung der Anarchisten? Die alte Regel des KGB war: in jedem Verein ein Denunziant. War einer der drei Anarchisten-Individualisten KGB-Mitarbeiter? Und einer der beiden im historisch-literarischen Klub in Petrosawodsk? Das ist mit Sicherheit auszuschließen. Zu der neuen Vielfalt kam ja noch hinzu, daß die große Mehrheit dieser Klubs aus jungen Leuten bestand, die ihre eigenen subkulturellen Formen der Ausschließung hatten. Man war höchstens 30 Jahre alt. KGB-Leute hatten gelernt, Meinungen zu simulieren – aber Alter und „neue" Ausdrucksformen?

Bis 1989 war eine klassische zivile Gesellschaft entstanden, in eigener Bewegung, unkontrolliert vom Staat. Die Partei hätte vielleicht die Versammlungen zu diesem Zeitpunkt noch mit Gewalt auflösen können. Aber der Versuch, die Partei wieder an die Spitze der intellektuellen Bewegung zu bringen, war gescheitert.

Aber warum war es so wichtig, die Intellektuellen zu gewinnen, obgleich sie doch eine Minderheit bildeten? Die Arbeiterschaft konnte nur über materielle Anreize motiviert werden. Diese zu bieten, war jedoch das Problem. Die Arbeiterschaft akzeptierte die Führerschaft der Intelligenz weithin, aber unter der Bedingung, daß es ihr kontinuierlich besser gehen würde. Die Eliten im Kommunismus waren, wie K. Segbers (1989:285) formuliert hat, „gegenüber ihren Gesellschaften von der Leistungsfähigkeit ihrer Volkswirtschaft im beträchtlichen Maße abhängig."

## Doppelte Krise

Da die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft, wie 1989 immer deutlicher wurde, nicht gesteigert werden konnte und die Intelligenz sich nicht zurückgewinnen ließ, entstand eine doppelte Krise. Das Militär hatte intellektuell zu dieser Krise beigetragen, indem es als bewaffnete, aber wenig kontrollierte Großinstitution und als Instrument militärischer Intervention moralische und militärische Schwäche zeigte, und es hatte ökonomisch zu dieser Krise beigetragen, weil sein Umfang und die von ihm verursachte Rüstungslast für die Verhältnisse in Rußland einfach zu groß waren. Erst 1989 entschied sich die sowjetische Führung also zu einer radikalen Kürzung des Rüstungshaushaltes. 1989 war jedoch auch das Jahr, in dem die Perestroika innenpolitisch durch eine schwere Wirtschaftskrise geschüttelt wurde. Sie war zuallererst und offenkundig eine fiskalische Krise – die Regierung war nicht in der Lage, die Bergleute zu bezahlen. Diese traten daraufhin in Streik. Das Energiesystem der UdSSR geriet ins Schwanken. Gerade weil es eine fiskalische Krise war, kann man schlüssig behaupten, daß die Krise zumindest in dieser Form und zu diesem Zeitpunkt vermeidbar gewesen wäre, wenn die Rüstungsausgaben schon in den früheren Jahren der Perestroika gesenkt worden wären. Mit anderen Worten: die Krise wäre so nicht eingetreten, wenn die sowjetische Regierung mit der Abrüstung begonnen hätte, und nicht mit dem Kampf gegen den Alkoholismus (da die Alkoholsteuern einen großen Teil der Einnahmen des Fiskus ausgemacht hatten und ihr Ausbleiben die Geldprobleme der UdSSR eingeleitet hatte, ist dies ein unmittelbar gültiges Argument). So nüchtern sah aber Gorbatschow die Lage der Union 1985 gar nicht.

Meine These geht jedoch über diesen fiskalischen Zusammenhang noch hinaus. Mir scheint nicht nur, daß die Krise der Perestroika 1989 vermeidbar gewesen wäre, wenn die sowjetische Führung 1985 begonnen hätte, Ressourcen von der Rüstung in andere Bereiche zu überführen. Es wäre darüber hinaus zu überlegen, was eigentlich mit der sowjetischen Wirtschaft passiert wäre, wenn die sowjetische Führung, statt ca. 15 Prozent des Bruttosozialprodukts in die Armee zu stecken, in den zwanzig Breschnew-Jahren jeweils 5 Prozent in die Erhöhung der Konsumquote, 5 Prozent in die Erhöhung der Investitionsquote und nur 5 Prozent in die Rüstung gesteckt hätte. Das ist eine kontrafaktische Überlegung, aber sie scheint mir nötig, um die Alternative zu verdeutlichen. Hätten die Westmächte die UdSSR angegriffen? Sicher nicht. Sowohl beim ungarischen Aufstand 1956 wie beim Einmarsch des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei 1968 hat der Westen deutlich gemacht, daß er das 1945/47 eroberte Glacis sowjetischer Macht akzeptierte. Daß die Sowjetunion nicht leicht zu erobern ist, war durch die deutsche Niederlage ja allen Militärs deutlich. Selbstverständlich hätte die UdSSR dann auf strategische Spielzeuge wie die Blue-Water-Navy einschließlich Flugzeugträger verzichten müssen. Aber hätte es ihr geschadet?

Umgekehrt: wie wäre der Zustand der sowjetischen Wirtschaft gewesen, wenn die UdSSR in jedem Jahr 5 Prozent mehr investiert und 5 Prozent

mehr konsumiert hätte? Ich will die kontrafaktischen Überlegungen nicht zu weit treiben, aber es scheint mir ziemlich wahrscheinlich, daß Stabilität und Reformfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft viel höher gewesen wären und daß wir es vielleicht heute noch mit einem Generalsekretär Gorbatschow und einer Sowjetunion zu tun hätten.

Der politökonomisch tödliche Fehler kontinuierlicher Überrüstung ist nur aus den Zusammenhängen des Weltsystems zu erklären:

1. aus dem sowjetmarxistischen Anspruch, eine Alternative für die ganze kapitalistische Welt zu bilden,

2. auch aus der Beinahe Eroberung Rußlands durch die deutsche Armee im Zweiten Weltkrieg und

3. aus der realen Globalisierung der Produktionsverhältnisse im Kapitalismus, die so viele Voraussagen von Marx zu bestätigen scheint.

Bei einer nüchternen, kontinuierlich kritischen Beobachtung der kapitalistischen Führungsmächte nach 1945 wäre ein solcher Fehler unter Umständen vermeidbar gewesen. Amerika war nicht Deutschland, der Kapitalismus war kein Faschismus. Das nationalsozialistische Deutschland war militaristisch, in der Konfrontation mit ihm wurde sowjetischer Militarismus legitimiert. Amerika aber war – ohne sich als solche zu bezeichnen – eine zivile Gesellschaft. Hätte die sowjetische Führung „ihrer" Intelligenz erlaubt, die Kenntnisse über diese Differenz (die in den großen Moskauer Forschungsinstitutionen geläufig waren) vielfältig und nachhaltig bekannt zu machen, dann wäre auch klar gewesen, daß der sowjetische Militarismus ein Irrweg, militärische Parität das falsche Ziel war. Dann wäre allerdings auch unmißverständlich deutlich geworden, daß der Sozialismus eben nicht mit dem Zentrum gleichgezogen hatte. Was es überhaupt erst erlaubt hätte, die Frage zu stellen, ob er für ein halbperipheres Land wie Rußland nicht auch brauchbare Elemente enthielte.

Die Überlegung verdeutlicht, worin der tiefere Zusammenhang von ziviler Gesellschaft und Militär in der Schlußphase der Sowjetunion lag. Da sich die politische Führung einschließlich der militärischen von der zivilen Gesellschaft abgeschottet hatte, da sie die Dissidenten des Landes verwies, in Arbeitslager in Mordwinien schickte oder auf ihren psychischen Gesundheitszustand untersuchen ließ, nahm sie die Argumente nicht wahr, welche in diesem Bereich der Sowjetgesellschaft erarbeitet wurden. Die politische Führung kam nicht dazu, ihre Chancen nüchtern abzuwägen, weil sie sich selbst von Informationsströmen abschnitt. Insofern macht das Ende der Sowjetunion die Stärke der zivilen Gesellschaft deutlich – in ihr werden Informationen vielfältiger gesammelt und angemessener beurteilt, als in einem begrenzten politischen System, das sich durch ein Monopol der Macht, aber auch der Informationen zu schützen meint – in Wahrheit aber sich selbst behindert.

Medwedjew hatte mit seiner Kritik also recht: um sich modern zu informieren, müssen die Grundrechte, die civil liberties garantiert sein. Das gilt auch umgekehrt: weil die Sowjetunion die civil liberties nicht garantierte, blieb sie schlecht informiert – bei Strafe des Untergangs. ■

Hans-Heinrich NOLTE ist Professor für osteuropäische Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hannover.

## Literatur


H. ALTRICHTER, Kleine Geschichte der Sowjetunion, 1917–1991, München 1993.

A.A. AMALRIK, Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 überleben? dt. Zürich 1970.

V. ASPATURIAN, Gibt es einen militärisch-industriellen Komplex in der Sowjetunion? Dt. in: Dieter S. Lutz (Hg.), Die Rüstung der Sowjetunion, Baden-Baden 1979, 231– 272.

V. N. BEREZOVSKIJ/N. I. KROTOV, Neformal´naja Rossija, Moskva 1990.

D. BEYRAU, Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985, Göttingen 1993.

W. BORM, Einleitung zu GORBATSCHOW, a.a.O..

D. CHIROT (Hg.), The Origins of Backwardness in Eastern Europe, Berkeley/Cal. 1989.

B. DIETZ (Hg.), Zukunftsperspektiven der Sowjetunion, München 1984.

M. GORBATSCHOW, Aufbruch ins Jahr 2000, Köln 1986.

J. GAIDAR/K.-O. PÖHL, Russian Reform/International Money, Cambridge/Mass. 1995.

H.-H. HÖHMANN, Bilanz der Ära Breschnew: Wachstum und Wachstumsprobleme der sowjetischen Wirtschaft 1964– 2, in: DIETZ, 15–41

A. V. IOU u.a., Kurapaty: Ausgrabung eines Gräberfeldes aus dem Stalinismus, Barsinghausen 1997 = Verein für Geschichte des Weltsystems, Rundbrief Nr. 21.

R. A. MEDWEDJEW, Die Wahrheit ist unsere Stärke, Geschichte und Folgen des Stalinismus, dt. Frankfurt a.M. 1973.

R. A. MEDWEDJEW, Sowjetbürger in der Opposition. Plädoyer für eine sozialistische Demokratie, dt. Hamburg 1973.

H.-H. NOLTE, Gruppeninteressen und Außenpolitik. Die Sowjetunion in der Geschichte internationaler Beziehungen, Göttingen 1979.

H.-H. NOLTE, Die eine Welt, Hannover 1993.

H.-H. NOLTE, Überforderung und Pathos, ein Aufriß. Zur politischen Kultur halbperipherer Länder in: Hans-Peter Waldhoff u.a. (Hg.), Brücken zwischen Zivilisationen, Frankfurt a.M. 1997, 63 – 82

H.-H. NOLTE, Zivile Gesellschaft, Ukasokratie und Militär in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, erscheint Wien 1998 (Wiener Vorlesungen).

A. D. SACHAROW, Memorandum, dt. Frankfurt 1968.

A. D. SACHAROW, Mein Land und die Welt, dt. Wien 1975.

M. SAPPER, Die Auswirkungen des Afghanistankrieges auf die Sowjetgesellschaft, Münster 1994.

W. SCHRETTL, Konsum und Arbeitsproduktivität, in: DIETZ, 42–64.

K. SEGBERS, Der sowjetische Systemwandel, Frankfurt 1989.

V. SELJUNIN/I. CHANIN, Lukavaja cifra, in: »Novyj Mir« 1987/2, 181–201.

A. SOLSCHENIZYN, Offener Brief an die sowjetische Führung, dt. Frankfurt a.M. 1974.

A. TAUSCH, Rußlands Tretmühle. Kapitalistisches Weltsystem, lange Zyklen und die neue Instabilität im Osten, München 1991.

F. WALTER, Rüstungslast der UdSSR aus der Sicht der sowjetischen Führung, in: Ch. Davies u.a. (Hg.), Rüstung, Modernisierung, Reform, Köln 1990, 108–135.

I. WALLERSTEIN, Die Sozialwissenschaft „kaputtdenken". Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts, dt. Weinheim 1995.

M. WALZER, Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie, dt. Berlin 1992.

# Das Ende des Sozialismus und der Sieg des Kapitalismus

## Eine Antwort und viele Fragen

*Peter ROMER*

*Die private Form der Aneignung der Produkte der gesellschaftlichen Arbeit hat sich weltweit durchgesetzt. Kuba, Nordkorea und China befinden sich bereits in einem Transformationsprozeß und werden sich dem Weltmarktsystem nicht mehr lange entziehen und den Pressionen der kapitalistischen Staaten nicht mehr dauerhaft Widerstand leisten können. Trotz der Rolle, die Kuba und China in der Vergangenheit spielten, können auch sie als alternative Modelle vernachlässigt werden, da sie im Weltmaßstab für die politische und ideologische Auseinandersetzung nur noch äußerst geringe Bedeutung haben.*

### Das Schweigen der Hirten

Noch vor wenigen Jahren war bekanntlich das Privateigentum an den Produktionsmitteln in großen Teilen der Welt abgeschafft und man sollte deshalb meinen, die Tatsache, daß dies nun ziemlich plötzlich nicht mehr der Fall ist, habe in Anbetracht des ungeheuren jährlichen Ausstoßes an wissenschaftlicher Literatur eine überwältigende Fülle wissenschaftlicher Erklärungen für diesen Sieg des Kapitalismus hervorgebracht. Dem ist nicht so; man muß die Versuche, das Ende nichtkapitalistischer Produktionsformen zu begreifen, eher suchen.

Die nichtmarxistische Wissenschaft hat es leicht und kann sich Zeit lassen. Um welche ihrer vielen Richtungen es sich auch handeln mag: den klassischen, den neoliberalen, den sozialdemokratischen, den keynesianischen: Einig war sie sich doch darin, daß nur durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln der gesellschaftliche Fortschritt gesichert, der Wohlstand vermehrt und eine menschenwürdige Gesellschaft garantiert sei. So kann man sich also erst einmal ausruhen in dem behaglichen Bewußtsein, es grundsätzlich schon immer gewußt zu haben, und kann die Zwischenzeit nutzen, um die Nachweise zu produzieren, man habe auch die konkreten Verlaufsformen der Systemauseinandersetzung vorausgesehen, und alles habe mit Notwendigkeit so und nicht anders kommen müssen – obwohl man in Wirklichkeit genauso überrascht war wie jedermann vom Zusammenfallen der sozialistischen Gesellschaften.

Objektiv nicht ganz so leicht haben es die Pseudo-Sozialisten vor allem in der DDR und der BRD. Anknüpfend an die vorhandenen Mängel und Defizite des politisch-gesellschaftlichen Systems der sozialistischen Staaten hatte ihnen stets nur überall die Fratze des Sowjetimperialimus entgegengestarrt; dagegen wurde das Bild vom Sozialismus mit menschlichem Antlitz gemalt, und ein Liedermacher sang dazu von der kommunistischen Oma.

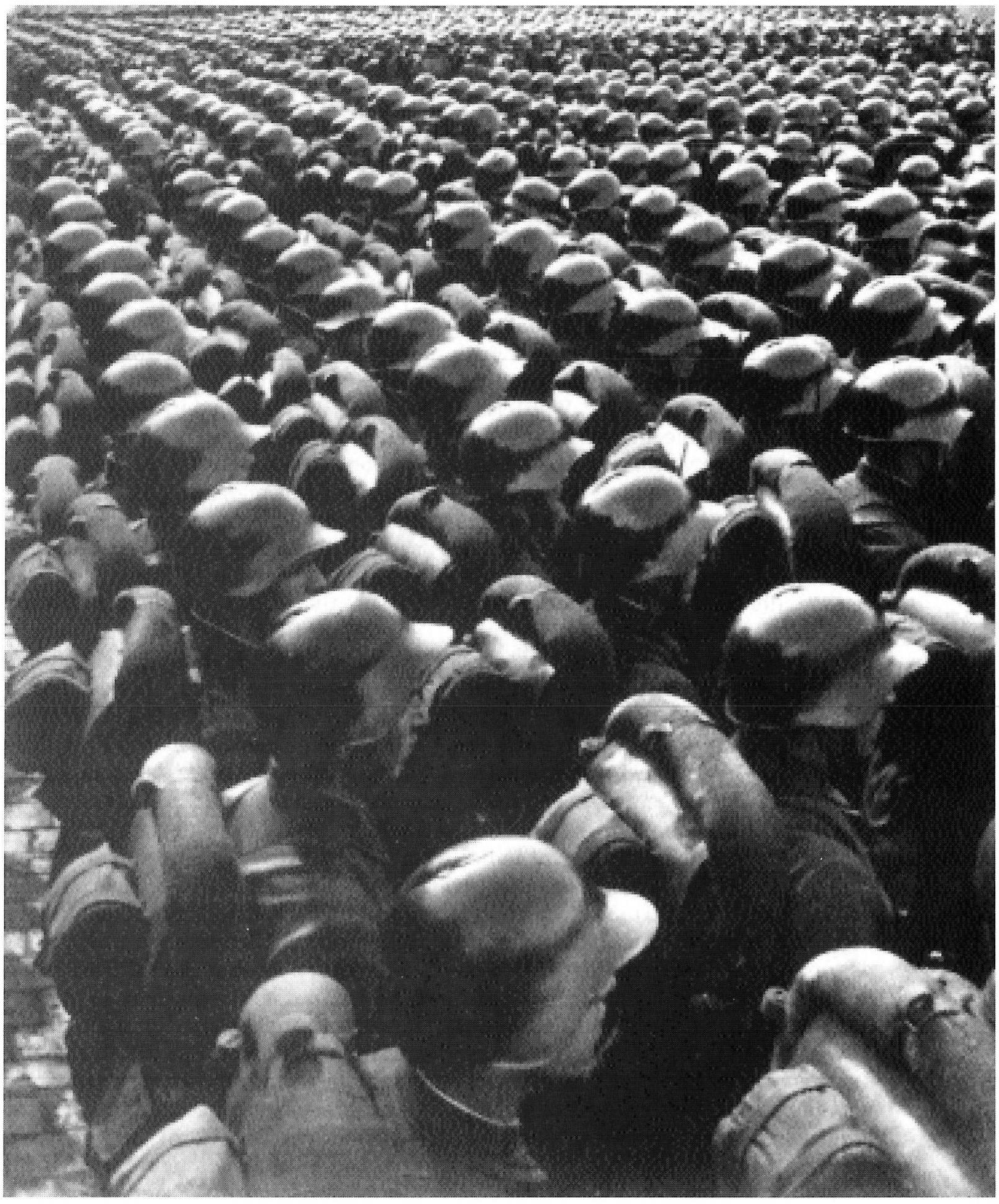
All diese Gruppen und Grüppchen, in der DDR von der Stasi unterwandert, wie in der BRD gewißlich vom Verfassungsschutz, einte bei allem Streit untereinander ihre radikale Ablehnung der existierenden Staaten, in denen das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt worden war, und es verband sie der Kampf gegen diejenigen Parteien in den kapitalistischen Staaten, die sich positiv auf diesen existierenden Sozialismus bezogen und ihm bei aller Kritik an seinen Defiziten und Verformungen ein Entwicklungspotential zusprachen. Emphatisch wurde verkündet, wenn erst einmal dieser bürokratisch entartete Sozialismus destruiert sei, könne der nichtmenschenverachtende Sozialismus geschaffen werden, erst dann seien die Fesseln gelöst, durch die man behindert werde im Kampf für den Sozialismus mit dem bekannten „Antlitz".

Und welches Antlitz erblicken wir nun neben dem Antlitz von zum Beispiel Frau Bohley? Das wohlbekannte unseres Bundeskanzlers, der geruhte, selbige zu besuchen.

Vom Sozialismus ist die Rede nicht mehr bei Biermann et alii. Von Marx auch nicht und erst recht nicht von einer marxistischen Analyse des Zusammenbruchs des Sozialismus und der Perspektiven des Kapitalismus. Diesen angeblichen Kämpfern für den wahren Sozialismus ist denn auch keineswegs problematisch, daß nun, da der herbeigesehnte Untergang der Gesellschaften mit Gemeineigentum an den Produktionsmitteln eingetreten ist, von einem sozialistischen Neuanfang nirgends die Rede ist, am allerwenigsten bei ihnen selbst.

Was aber ist aus den Heerscharen von Wissenschaftlern geworden, die in Schulen und Hochschulen und in unzähligen Forschungsinstituten den Marxismus-Leninismus lehrten und erforschten? Auch sie sind zum allergrößten Teil verstummt. Für die ehrlich um die Darstellung und Fortentwicklung der marxschen Lehre Bemühten wird vielleicht der Schock zu groß gewesen sein, so daß es ihnen nicht möglich ist, die wissenschaftliche Arbeit einfach weiterzuführen. Der Fortfall der materiellen und instiutionellen Arbeitsbedingungen und der Publikationsmöglichkeiten sowie in vielen Fällen persönliche Not mögen ferner mitursächlich für das Schweigen sein. Aber sehr viele greifen auch deshalb nicht zu Papier und Bleistift, die, wenn es sein muß, als Produktionsmittel zur wissenschaftlichen Produktion ausreichen, weil es ihnen mit dem Marxismus letztlich nicht ernst war, weil das, was sie lehrten, ihren wirklichen Überzeugungen nicht entsprach.

Diejenigen, für die Marx nach wie vor kein toter Hund ist, werden es in Zukunft nicht leicht haben. Um so wichtiger ist es, herauszuarbeiten, welches die zu bewahrenden Kernpunkte der marxistischen Theorie sind, und wie mit der dialektischen materialistischen Methode die gegenwärtigen ge-



*Georgij Petrussow, Soldaten mit Helmen, 1935.*

sellschaftlichen und politischen Widersprüche erkannt werden können. Das Zusammenfallen der sozialistischen Systeme materialistisch zu erklären, ist die vordringliche Aufgabe marxistischer Wissenschaft.

### Reform des Staates – Veränderung der Basis

Die neue Politik Gorbatschows, die unter den Parolen *Glasnost* und *Perestroika* zusammengefaßt und propagiert wurde, konnte zunächst als Politik und also als eine Veränderungsstrategie aufgefaßt werden, die sich auf die staatlichen, politischen und rechtlichen Verhältnisse bezog und auf die Bewußtseinsformen, in denen diese Verhältnisse und ihre geplanten Veränderungen wahrgenommen werden. Anfänglich handelte es sich tatsächlich um Änderungen, die vor allem den staatlich-rechtlichen Überbau und nicht die reale Basis der Produktionsverhältnisse betrafen. Auch der Wille der Akteure in dieser Anfangsperiode war zunächst auf Veränderungen des politisch-rechtlichen Überbaus gerichtet.

Als erforderlich wurde insbesondere angesehen, die staatliche Willensbildung zu demokratisieren, die Bürokratie und die Herrschaft der Funktionäre zu bekämpfen, die Stagnation durch die Verstärkung der Entfaltungsmöglichkeiten und der Rechtsstellung der Einzelnen zu überwinden und das Verhältnis von Staat und Partei neu zu gestalten.

Mußte dazu aber das politisch-staatliche System vollkommen revolutioniert werden, wie es dann geschah, einschließlich der Auflösung der Union der Sowjetrepubliken, des Verbots der Kommunistischen Partei und der Erosion der staatlichen Macht im Inneren?

Bei der Beantwortung dieser Frage ist zu berücksichtigen, daß in der UdSSR der Staat im Großen und Ganzen systemadäquat funktioniert hatte und auch im Lichte bürgerlicher Staatslehre viele klassische Staatsaufgaben wahrzunehmen vermochte, ungeachtet der Tatsache, daß er selbstverständlich nicht dem Modell eines parlamentarischen Rechts- und Parteienstaats entsprach.

Dieser Staat war in der Lage gewesen, seinen Bürgern ein Leben in äußerem und innerem Frieden zu ermöglichen, obwohl er von außen von waffenstarrenden Gegnern umzingelt war und obwohl in seinem Inneren viele Völker, viele Religionen, viele Sprachen und Kulturen koexistieren mußten; er beseitigte dauerhaft Hunger und Analphabetismus und sorgte dafür, daß die materiellen und kulturellen Grundbedürfnisse der Bevölkerung, wenn auch auf bescheidenem Niveau, befriedigt wurden; das Verbrechertum wurde bekämpft und konnte sich nicht zu einer eigenständigen Macht im Staate organisieren; das Verschwindenlassen und Vernichten von politischen Gegnern und das systematische Foltern politischer Gefangener wurde nach dem 20. Parteitag diesem Staat selbst von seinen erbittertsten Gegnern nicht mehr vorgeworfen. Diesen Stichworten könnte leicht eine Liste der Fehler und Unvollkommenheiten des staatlichen Systems der UdSSR beigefügt werden. Vergleicht man jedoch die staatlich-rechtlichen Zustände vor dem Zerfall der Sowjetunion mit denen in den heutigen Nachfolgestaaten oder mit den Diktaturen der Gegenwart und der jüngsten Vergangenheit, zum Beispiel in Mittel- und Süd-

amerika und in Afrika, so zeigt bereits der erste, unbefangene Blick, daß zwar der Bedarf an Reform des politisch-staatlich-rechtlichen Systems sehr groß war, daß aber dennoch die Notwendigkeit der totalen Umgestaltung der staatlich-rechtlichen Organisation der Gesellschaft sich aus deren immer deutlicher gewordenen Mängeln allein nicht angemessen erklären läßt.

Wodurch wurde also die grundlegende Umgestaltung des Staates und des Rechts bewirkt, wenn dieser Staat im Großen und Ganzen funktionierte und die Bedrückung des Volkes von diesem selbst auch nicht als so groß empfunden wurde, daß es mit revolutionärer Gewalt den Umsturz erkämpfte?

Nach materialistischer Auffassung lassen sich aufgrund der relativen Selbständigkeit des politisch rechtlichen und des ideologischen Überbaus nicht alle, wohl aber die wesentlichen, dauerhaften Veränderungen, die diesen Überbau betreffen, aus den materiellen Lebensverhältnissen, aus den Produktionsverhältnissen und ihren Veränderungen oder ihrer Stagnation ableiten. Mit berühmten, oft zu unrecht als Simplifikation gewerteten Worten werden von Engels die Wechselwirkungen zwischen Basis und Überbau beschrieben – „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das *einzig* bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus – politische Formen des Klassenkampfs und seine Resultate – Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. – Rechtsformen, und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch all die unendlichen Zufälligkeiten ... als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt." (F. Engels an Joseph Bloch, MEW 37, S.462 ff, S. 463)

Einzelne Änderungen der Ausgestaltung des Rechts und der Organisation der staatlichen Willensbildung können somit unter Umständen auch positivistisch aus sich selbst und ihrer Geschichte heraus oder idealistisch aus der allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, aus den Theorien und Ideologien und den Wertvorstellungen, die in einer Gesellschaft vorherrschen, abgeleitet werden. Solche Erklärungen müssen jedoch versagen, wenn es um eine grundlegende Veränderung des Rechts, des Staates und der Ideologie geht.

Es sind dann die Produktionsverhältnisse, durch die eine Veränderung des Überbaus bewirkt wird, weil Staat und Recht nicht mehr Entfaltungsformen für die Produktionsverhältnisse darstellen, sondern zu deren Fesseln geworden sind. Der Staat als Form der Selbstorganisation der Gesellschaft ist das Instrument, mit dem die Gesellschaft ihre ökonomische Basis und damit sich selbst organisiert und verändert – und zwar entsprechend den Entwicklungsgesetzen dieser ökonomischen Basis.

Auch wenn, wie in der UdSSR, die Anstöße und die Erneuerungsschritte vom Staat ausgehen, sind doch alle grundlegenden Änderungen im politisch-rechtlichen, im sozialen und im ideologischen System bedingt durch die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis ihrer Produktionsverhältnisse. Die Mängel und Behinderungen in der materiellen Produktion, bei der Verteilung und dem Austausch der Produkte und die Fehler bei der Feststellung und der angemessenen Befriedigung der Bedürfnisse und des Konsumverlangens zeigen, daß die bestehenden rechtlichen Normen und staatlichen Maßnahmen Hemmnisse für die optimale Ausgestaltung der Produktionsverhältnisse sind. Die Stagnation herrschte leider nicht nur im Politbüro; die wirtschaftliche Produktion vielmehr stagnierte und bedurfte zu ihrer Intensivierung und Erweiterung neuer Entwicklungsformen. Dies war so offensichtlich geworden, daß nennenswerte Gegenkräfte gegen die radikale politische Neugestaltung nicht auftraten.

Die Schubkraft für die Änderungen wurde also von den Produktionsverhältnissen erzeugt, die in den bestehenden rechtlichen und politischen Verhältnissen nicht mehr ihre optimalen Entwicklungsmöglichkeiten fanden. Im Prozeß dieser Veränderung des Rechts und der Organisation des Staates wurden auch die Produktionsverhältnisse umgestaltet, diese Rückwirkung auf die Basis der Produktionsverhältnisse war einer der Zwecke der Veränderungsstrategie.

Zu beachten ist ferner, daß in einem Gesellschaftsystem mit zentraler Planung und Lenkung von Produktion, Distribution, Austausch und Konsumtion, einem System in dem der Staat selbst Eigentümer der wichtigsten Produktionsmittel ist, demokratische Forderungen sinnvollerweise nur erhoben werden können, wenn auch die Produktionsverhältnisse neue, demokratische Formen erhalten, die auf Eigeninitiative, kollektiver Mitwirkung und Selbstkontrolle beruhen.

So gewiß also die politischen Systeme der sozialistischen Gesellschaften der Reform und der Demokratisierung bedurften, so sicher war auch, daß sich diese Reformen nicht auf den staatlich-politischen Bereich beschränken konnten.

Dies anzuerkennen widerspricht der klassischen Basis-Überbau-Lehre nicht, denn der immer wieder gegen sie erhobene Vorwurf, sie ginge von einer unvermittelten, mechanischen Widerspiegelung der Basis im Überbau aus, ist nicht richtig, vielmehr ist entscheidend die Erkenntnis der Wechselwirkung zwischen Basis und Überbau und der bestimmenden Kraft der Basis.

Von einer bestimmenden Kraft der Produktionsverhältnisse kann allerdings dann nicht mehr die Rede sein, wenn durch die staatliche Macht die Produktionsverhältnisse nicht nur in ihrem Wesen umgestaltet werden, wie dies ursprünglich der Politik Gorbatschows entsprach, sondern *abgeschafft* und durch andere *ersetzt* werden.

Der Kern der Produktionsverhältnisse sind die Eigentums- und Aneignungsverhältnisse, denn: „Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten – ein Verhältnis, dessen jedesmalige Form stets naturgemäß einer bestimmten Entwicklungsstufe der Art und Weise der Arbeit und daher ihrer gesellschaftlichen Produktivkraft entspricht – worin wir das innerste Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden." (K. Marx, Das Kapital, MEW 25, S. 799f.) Eine solche Änderung der Eigentums- und Aneignungsverhältnisse

ist aber in der UdSSR vollzogen worden.

Wie die Geschichte lehrt, gibt es revolutionäre Situationen, in denen die politische Bewegung so stark ist, daß sie, losgelöst vom historischen Entwicklungsstand der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte, radikal umgestaltend in diese eingreift, weil die Visionen der anderen, besseren, leuchtenden Zukunft voll Würde und Wohlstand oder der besonnten Vergangenheit, der guten alten Zeit ohne Not und Erniedrigung zur materiellen Gewalt werden und die Massen ergreifen.

Langfristig wird sich nach materialistischer Auffassung zwar die Übereinstimmung von Basis und Überbau wieder herstellen, aber die Zeiten der Nichtübereinstimmung können je nach den historischen Umständen auch relativ lang sein.

Eine Revolution hat es in der UdSSR nicht gegeben. Im Gegenteil verblüffte die Passivität und Gleichgültigkeit, mit der das Volk in der UdSSR dem Geschehen zusah, ohne auch nur den Wunsch zu haben mitzuwirken, geschweige denn den Versuch zu machen, selbst den Gang der Ereignisse mitzubestimmen. Die Reaktion nach der (Wieder)Herstellung des Kapitalismus zeigt ebenfalls, daß die Abschaffung sozialistischer Eigentumsverhältnisse nicht gleichsam als historischer Betriebsunfall eines notwendigen Reformprozesses interpretiert werden kann. Gegenwärtig fordert in Rußland niemand die Abschaffung der auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Marktwirtschaft, obwohl Deindustrialisierung, Verelendung und Mafia-Kapitalismus deren unmittelbaren Folgen sind.

Die radikale, revolutionierende Umgestaltung der Produktionsverhältnisse ohne revolutionäre Gewalt und ohne militärisch-politischen Machtspruch von außen läßt sich somit materialistisch unter keinem Gesichtspunkt aus dem Verhältnis des Überbaus zur Basis der Produktionsverhältnisse erklären.

## Lenin: Das System mit der höheren Produktivität wird sich durchsetzen!

„Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um." (K. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort MEW 13, S.9) Die Produktivkräfte kennzeichnen das Maß der Naturbeherrschung, das von der gesellschaftlichen Arbeit erreicht worden ist. Sie sind, wie bereits der Name sagt, eine Kraft, sind also nichts Gegenständliches, obwohl ohne Produktionsmittel, vor allem also ohne Arbeitsmittel, die Produktion nicht möglich ist und der Wirkungsgrad der Arbeit von den vorhandenen Produktionsmitteln abhängt. „Produktivkraft ist natürlich stets Produktivkraft nützlicher konkreter Arbeit und bestimmt in der Tat nur den Wirkungsgrad zweckmäßiger produktiver Tätigkeit im gegebenen Zeitraum." (K. Marx, Das Kapital, MEW 23. S.60)

Die marxistische Antwort auf die Frage, weshalb der Sozialismus sich als nicht lebensfähig erwiesen hat, lautet somit: Weil die Warenproduktion für den Markt auf der Grundlage des Privateigentums an den Produktionsmitteln dem gegebenen Stand der Produktivkräfte besser entspricht, weil kapitalistische Produktionsverhältnisse Entwicklungsformen für die weitere Entfaltung der Produktivkräfte darstellen und weil andere, nicht-private Formen des Eigentums zu Fesseln der Produktivkräfte wurden.

Bei dem gegebenen Stand der Produktivkräfte und ihrem Entwicklungspotential ist der Kapitalismus gegenüber dem derzeit möglichen Sozialismus die fortschrittlichere Gesellschaftsform. Das ist eine historische Feststellung, kein Werturteil.

Wenn aber der Kapitalismus bei dem jetzigen Stand der Produktivkräfte die höhere Gesellschaftsformation gegenüber Gesellschaftsformationen ist, in denen das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft wurde, so ist materialistisch zwar erklärbar, weshalb die kapitalistische Produktionsweise in der UdSSR wieder eingeführt wurde, nicht aber, wie der Sozialismus sich eigentlich so lange in der UdSSR hat halten können. Die Antwort liegt nahe, es seien die politischen Verhältnisse für die verzögerte Anpassung der Produktionsverhältnisse an den Stand der Produktivkräfte ursächlich gewesen.

Für den Erhalt des sozialen und politischen Systems der UdSSR waren die gewaltsame Durchsetzung der neuen Produktionsweise, der Terror des Stalinismus, aber auch der erfolgreiche Kampf gegen das faschistische Deutschland, außerökonomische Faktoren also, von großer Bedeutung.

Aber auch die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit wurde anfänglich sehr gesteigert. Bei der Industrialisierung des Landes und bei der immensen Aufbauleistung nach den Zerstörungen durch das Großdeutsche Reich im zweiten Weltkrieg konnte die staatliche Planung und Lenkung beträchtliche Erfolge erzielen. Es gelang der UdSSR, zu einer bedeutenden Industrienation und zur politisch-militärischen Weltmacht aufzusteigen und zum Beispiel in der Weltraumforschung zeitweise die Führung zu erlangen. Bei dem Übergang zur intensiven Reproduktion zeigte sich dann, daß die gegebenen Produktionsverhältnisse den von ihnen zunächst entwickelten Produktivkräften nicht mehr entsprachen. Der Widerspruch zwischen dem Stand der Produktivkräfte, der global erreicht worden war, und den Produktionsverhältnissen in der UdSSR wurde durch die Entwicklungen im Bereich der Mikroelektronik und ihrer technischen Anwendung verschärft. Es wird immer deutlicher, daß die Mikroelektronik die materielle Produktion revolutionieren wird, möglicherweise vergleichbar radikal wie die Dampfmaschine es tat; zugleich zeigte und zeigt sich, daß nur die fortgeschrittensten kapitalistischen Länder in der Lage sind, den qualitativen Sprung in der Entwicklung der Produktivkräfte, der durch den weiteren Ausbau dieser Technik möglich wird, zu bewerkstelligen.

## Was nun?

Ist dies der Beginn des Endes der Geschichte und der unumkehrbare Sieg kapitalistischer Produktionsverhältnisse? Gewiß nicht; mit dem Fortfall jeder Systemalternative kann das Kapital nunmehr ungehinderter seinen eigenen Gesetzmäßigkeiten entsprechend agieren. Es wird damit aber zugleich auch die Bedingungen schaffen, die zu seinem Untergang beitragen. Damit allerdings wird es noch seine gute – und d.h. für die große Mehrheit der Menschheit und die Natur seine schlechte – Weile haben.

Karl Marx hat aus seiner Analyse des Kapitalismus die Schlußfolgerung gezogen, auch die „Stunde des kapitalistischen Privateigentums" werde schlagen, denn die kapitalistische Produktion erzeuge mit der Notwendigkeit

eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Ein wesentliches Ergebnis seiner Theorie ist die Erkenntnis, daß sich das Kapital notwendigerweise zentralisieren muß. Dies vollzieht sich wie ein Naturprozeß, aber es ist selbstverständlich kein Naturprozeß; gerade Marx betonte, daß die Menschen ihre Geschichte selbst machen, wenn auch innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie kommunizieren und praktisch tätig werden, und auf der Grundlage der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit.

Mit der Zentralisation, die mit Kapitalenteignung und Kapitalvernichtung größten Ausmaßes verbunden ist, „entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes." (K. Marx, Das Kapital, MEW 23, S.790) Das ist eine sehr konzentrierte und zutreffende Beschreibung auch des gegenwärtigen Kapitalismus und seiner Entwicklungstendenzen.

Die Kapitalkonzentration hat in dem Jahrhundert seit dem Erscheinen des „Kapitals" stets zugenommen und keine Antimonopolgesetzgebung, keine volkswirtschaftliche Ordnungslehre, keine Mittelstandsideologie und keine Konzentrationskontrollkommission haben daran etwas ändern können. Mit der von Marx prognostizierten Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise hat sich die Zentralisation des Kapitals beschleunigt und intensiviert. Die Milliarde Dollar ist inzwischen zur Recheneinheit bei den Zusammenschlüssen und Übernahmen von Kapitalgesellschaften geworden.

Das Gesetz der Zentralisation gilt nach Marx als allgemeines Bewegungsgesetz des Kapitals und ist nicht auf den Bereich der unmittelbaren Produktion beschränkt; auch in diesem Punkt wird das Gesetz empirisch bestätigt, denn die Zentralisation im Bereich des Finanzwesen, des Handels, des Transports, der Medien, der Touristik, der Hotellerie und der Unterhaltungsindustrie steht der Zentralisation in der Industrie keineswegs nach.

Die Gesetzmäßigkeit der Konzentration des Kapitals ist nicht nur im „Kapital" theoretisch schlüssig bewiesen worden, sie wurde und wird auch empirisch durch eine Fülle von Tatsachen bestätigt.

Nach Marx wird das Kapital abgeschafft werden, wenn die „Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit" einen Punkt erreicht haben, „wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle". Dieser Punkt ist augenscheinlich noch lange nicht erreicht. Er ist erst erreicht, wenn die internationale Konkurrenz der Konzerne durch den Welttrust der Monopole aufgehoben worden ist, und damit der Markt als Instanz zur Feststellung der durchschnittlich gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit seine Funktion verliert. Dann erst wird es möglich, aber auch nötig, durch kollektive Planung und Leitung die gesamtgesellschaftliche Arbeit einzusetzen und zu verteilen.

Der Kampf auf dem Weltmarkt um die Beherrschung dieses Weltmarkts hat, nachdem die ehemals sozialistischen Gesellschaften ebenfalls dem Weltmarkt unterworfen worden sind, ein neues Stadium erreicht. Er wird noch lange dauern und er wird heftiger werden, je mehr die Mikroelektronik die Organisation der Arbeit und deren Produktivität verändern wird.

Ohne jede aktuelle Alternative und ganz auf sich selbst gestellt, wird die gegenwärtige kapitalistische Produktionweise sich ungestörter, reiner und konsequenter gemäß ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten entwickeln können und müssen. Deshalb ist die Lektüre der Schriften des Mannes, der diese Gesetzmäßigkeiten am konsequentesten erkannt und am reinsten dargestellt hat, wichtiger denn je.

Befreit von der Scholastik der offiziösen Lehrbücher des Marxismus-Leninismus, kommt es darauf an, für jede weitere Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus von den Grunderkenntnissen auszugehen, die Marx für jede Produktionsweise, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht, formuliert hat.

Die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise lassen sich nicht beseitigen: Deshalb wird es keinen Staat geben, der nicht der Verteidigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln dient, denn ohne staatliche Zwangsgewalt kann das Privateigentum nicht aufrechterhalten werden; deshalb ist eine sozialistische Marktwirtschaft nicht möglich, denn „nur Produkte selbständige und voneinander unabhängiger Privatarbeiten treten einander als Waren gegenüber." (K. Marx, Das Kapital, MEW 23, S 67; vgl. auch S 87), deshalb wird die Entwicklung der Produktivkräfte mit der Zerstörung der Natur verbunden bleiben, denn eine gesellschaftliche Rahmenplanung, die eine solche Zerstörung verhindern könnte, widerspricht dem Prinzip kapitalistischer Produktion; deshalb wird vor allem der Zwang, die Arbeitskraft an die Eigentümer der Produktionsmittel verkaufen zu müssen, nicht beseitigt werden können, denn das wäre die Aufhebung des Kapitalismus.

Aber all die Widersprüche der kapitalistischen Produktion, die auf den Grundwiderspruch zwischen der privaten Erzeugung und Aneignung der Produkte und dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit zurückgehen, haben ihre eigenen Bewegungsformen und indem sie sich aufheben, reproduzieren sie sich zugleich auf höherer Stufe. Diese Bewegungsformen müssen analysiert werden, um auf die konkreten historischen Formen der dialektischen „Aufhebung" der Widersprüche Einfluß zu nehmen und sie – soweit dies im Rahmen der fortbestehenden Widerspruchsstruktur denn möglich ist – zu gestalten: Im Interesse der Verkäufer ihrer Arbeitskraft, im Interesse der Erhaltung der Natur und vor allem im Interesse der Bewahrung des Friedens, die wichtigste Aufgabe in der Gegenwart, besonders in Deutschland, angesichts des verschärften Kampfes um die Macht auf dem Weltmarkt.

Praktisches Handeln wird sich also, will es erfolgreich sein, auf die Theorie und das methodische Vorgehen von Marx stützen müssen und zwar des Marxismus von Marx selbst und nicht auf einen modisch „reformulierten" oder „rekonstruierten" Marxismus. Damit soll nicht zum wissenschaftlichen Stillstand oder gar zum unkritisch-gläubigen Umgang mit den Worten des Meisters aufgefordert werden; vielmehr wird nur die These aufgestellt, es sei gut zu wissen, was Hand und Fuß ist, bevor man sich mit der Autopoiesis neuronaler Systeme beschäftigt – und wo kann man diese anatomischen Grundkenntnisse besser erwerben als bei Marx, dem Anatom der bürgerlichen Gesellschaft und des Kapitals? ■

Peter RÖMER ist Professor für Politikwissenschaften in Marburg.

# „Helfen statt reden!“?

*Michael HOLLESCHOWSKY*

*„Wir müssen den Menschen beweisen,*
*daß wir für etwas gut sind.“*
*So F. S. Parteder in seiner Nachlese*
*zum Wahlerfolg der KPÖ in Graz,*
*in »Weg und Ziel“ 1/1998.*
*Fragt sich eben nur für was?!*

Franz Stephan Parteder scheint in seiner Nachlese zum Wahlerfolg der KPÖ in Graz eines herausgefunden zu haben: Wirklicher Erfolg kommunistischer Kritik am kapitalistischen Laden ist demnach nur über eine veritable volkstümliche Politikform zu erzielen, die sich wohl gerade auch in der Wahllosung „Helfen statt reden!“ (so auf dem Wahlplakat der Grazer KPÖ) ausgedrückt haben soll.

Nicht kommunistische Kritik an den kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen und deren streckenweise bizarren Bewußtseinsformen soll orginäre Aufgabe von KommunistInnen sein, sondern vielmehr das „Heranführen“ des Untertanenbewußtseins an dessen glattes Gegenteil (so zumindest die behauptete Absicht, denn daß mit einem Untertanenbewußtsein kein kommunistischer Start zu machen ist, ist letztendlich auch F. S. Parteder klar) über einen Katalog diverser sozialer Dienstleistungen, an den ausgemachten Opfern des „Turbokapitalismus“, wie es bei F. S. Parteder so schön heißt. Wobei der Begriff „Turbokapitalismus“ schon einen ersten Hinweis auf Parteders verkürztes Kritikverständnis an dem ganzen kapitalistischen Laden abgibt. So ist es kein Zufall, daß der „Turbokapitalismus“ beliebtestes Angriffsziel von Reformsozialisten/kommunisten geworden ist, deren einziges Problem mit dem Kapitalismus darin besteht, daß eine gehörige Portion staatlicher Regulation nicht auszumachen ist, die die Profitgier in die Schranken verweist.

Da wird also eine exzessive Abweichung von einer bereits unterstellten kapitalistischen Normalität ausgemacht und moralisch denunziert. Es wird so getan, als hätte das eine nichts mit dem anderen zu tun. Als wäre es nur eine Frage des korrekten linken politischen Wollens, zurückzukehren zu den Zeiten sozialstaatlich verwalteter Vernutzung von Mensch und Natur. Geleugnet (ob das von Parteder beabsichtigt ist oder nicht, ist hier völlig belanglos) wird eine „Gesetzmäßigkeit“ kapitalistischer Gesellschaftsentwicklung, die der Zwang kapitalistischer Akkumulation in die Welt setzt, und die es heute erforderlich macht, bei Strafe des Untergangs kapitalistischer Vergesellschaftung, neue Maßstäbe zu exekutieren, wenn es darum geht lohnende Lohnarbeit zu organisieren, die eines kapitalistischen Weltmarktes gerecht zu werden gedenkt. Anstatt diese irrsinnige „Gesetzmäßigkeit“ mit einer radikalen Kritik zu überziehen, unter die Leute zu bringen (mit einer gehörigen Portion Anschauungsmaterial, welche der ganz normale Kapitalismus tagtäglich massenhaft liefert), wird positiv orientiert auf einen Kapitalismus ohne Turbo. Anstatt aufzuzeigen, daß der (demokratische) Kapitalismus seinen „Preis“ für Mensch und Natur hat – ohne diesen nicht zu haben ist, wird dieser „Preis“ glatt als Wucherei abgetan, damit zu einem zwangsläufigen Lob kapitalistischer Normalität. Das damit auch eine wesentliche Schnittstelle zu Kritiken bürgerlicher und faschistischer Machart eingeführt wird, ist den linken Kritikern des Turbokapitalismus egal. Hauptsache dem Volk aufs Maul geschaut. Denn diese Art des Vorurteils ist wahrlich weit verbreitet, wie auch Parteder zu berichten weiß. „Viele Grazerinnen und Grazer haben ganz bewußt und (...) gut informiert für die KPÖ gestimmt, weil sie wie wir gegen den Turbokapitalismus und seine Auswirkungen eintreten.“ Na dann. Ein Lob dem Sozialstaatskapitalismus!

(Auf der Ebene des Antifaschismus wird von den StaatskommunistInnen der gleiche Unsinn vollführt. Hier ist der Faschismus die Ausgeburt der agressivsten Teile des Kapitals. Da hat der Faschismus auf einmal nichts mehr mit den kapitalistischen Basiskategorien generell zu tun – mit der Wertform als gesellschaftliche Vermittlungsinstanz. So kann man endlich vom Faschismus reden und vom Kapitalismus schweigen.)

Also, nicht „praxisferne Theoretisiererei“ und „ultraradikale“ (das Attribut „Turbo“ hätte sich sicherlich auch hier nicht schlecht gemacht) fromme revolutionäre Sprüche, sondern eben konkrete Sprüche („Helfen statt reden!“) und Hilfsangebote, in Form von Mieterberatung und anderes mehr, sollen die Adressaten dieses Bemühens von der Nützlichkeit einer Kommunistischen Partei und letztendlich auch von deren Programmatik überzeugen. F. S. Parteder tut gerade so, als hätte es diese Versuche kommunistischer Sozialarbeit als politisches Betörungsmittel in der Geschichte internationaler kommunistischer Bewegungen nie gegeben. Das Gegenteil ist der Fall. Das gewünschte Ergebnis blieb jedoch regelmäßig aus. Die Bereitschaft von Menschen, ein Gesellschaftssystem radikal in Frage zu stellen und sich eventuell kommunistische Kritik einleuchten zu lassen, hängt mit der Unzufriedenheit mit dem herrschenden System zusammen und hat nichts mit einem zuvor von KommunistInnen geleisteten Engagement für einen Sozialpaß und dergleichen mehr zu tun. Das ist den Leuten dann nämlich ziemlich egal.

So war auch beispielsweise die DDR (und der ganze Staatssozialismus) nie wirklicher letztendlicher Grund für die breite Ablehnung kommunistischer Kritik (die ja auch in großen Teilen eine Kritik am real existierenden Sozialismus war) an der kapitalistischen Scheiße, sondern vielmehr die Zufriedenheit mit derselben. Als hätten die Leute jemals einen objektiven Systemvergleich angestellt (und die Möglichkeit hätten sie sehr wohl gehabt) mit dem Resultat: Na dann, Sozialismus nein danke! Das Urteil stand vielmehr schon immer fest. Der Erfolg kommunistischer Kritik hat nun einmal nichts zu tun mit korrekten Vorbildern, oder korrekten sozialen Betreuungsversuchen kapitalistischer Opfer durch deren Subjekte. Da soll (nach F. S. Parteder) also tatsächlich das bürgerliche Alltagsbewußtsein braver Untertanen (oder auch falsches Bewußtsein) mit all seinen falschen Urteilen über sich selbst und die Welt, erst einmal hofiert und bestätigt werden, um es anschließend in Form der „Verbindung mit einem gesellschaftspolitischen Gesamtkonzept“, wie es bei F. S. Parteder so schön heißt, zu denunzieren.

Es soll also erst einmal gar nicht darum gehen mit dazu beizutragen, daß Leute ihre Lage neu und anders betrachten und daraus einen Schluß ziehen, den sie bislang nie ziehen wollten, nämlich einen radikalen Bruch mit der ganzen kapitalistischen Scheiße. Nach Parteder wäre das blanker Linksradi-

kalismus und würde das Volk (und spätestens seit Mao wissen alle aufrechten TraditionskommunistInnen, daß es die größte Pflicht und Tugend ist, dem Volk dienen zu dürfen) nur dazu bringen, sich von den KommunistInnen und ihrer Mieterberatung abzuwenden.

Vielmehr geht es getreu diesem antirevolutionären Standpunkt erst einmal darum, die Leute in ihrer Rolle als Untertanen (Volk) festzuhalten. Nach der altbekannten Vulgär- und Parteidialektik wird dann zum Beispiel die beliebte spontane (und sowieso schon immer falschen) Beschwerde von Proleten zugestimmt, es sei nun einmal die verdammte Pflicht der Verantwortlichen in Staat und Wirtschaft, für alle Untertanen auch ausreichend Arbeit bereitzustellen – und dies sei doch wohl auch ein Menschenrecht. Schließlich wird noch darauf hingeweisen, daß letztendlich nur der Sozialismus den Mangel an Arbeit beseitigen kann. Zu dieser Untertanenforderung ist schon P. Lafargue 1887 eine richtige Erwiderung eingefallen: „Statt in den Zeiten der Krisis eine Verteilung der Produkte und allgemeine Belustigung zu verlangen, rennen sich Arbeiter vor den Türen der Fabriken die Köpfe ein (...)." Aber auch das müßte bei Parteder dem Verdikt Ultraradikalismus anheimfallen. Denn solch eine Forderung eröffnet doch glatt einen Gegensatz zum Alltagsbewußtsein von Proleten und hat wahrlich nichts zu tun mit einer Politik des Ansetzens (am falschen Bewußtsein) und Heranführens, hat nichts zu tun mit einer „konkreten Arbeit" wie sie Parteder versteht.

Bezüglich des „Wohnungsproblem" bei F. S. Parteder und der Grazer KPÖ wird dem falschen Urteil und der falschen Beschwerde von MieterInnen zugestimmt, das kapitalistische Geschäft mit Wohnraum sei eine einzige Veranstaltung von Mietwucherei und Spekulantentum, also eine unverschämte Abweichung von einem ansonsten doch eigentlich ganz notwendigen kapitalistischen Geschäft mit dem Wohnen der Leute, um am Schluß auch hier darauf hinzuweisen, „daß der kapitalistische Markt die Wohnungsnot nicht aufheben kann", sondern eben nur der Sozialismus (oder Kommunismus). Und schon ist das „Heranführen" – an welche Frage auch immer – erledigt. Wie jedoch aus einem falschen Urteil (und das ist auch immer schon praktisch) eine richtige Konsequenz resultieren soll, dazu schweigt sich Parteder aus. Viel wahrscheinlicher ist es dann doch, daß aus einem falschen Urteil eine falsche Konsequenz resultiert. Hinter dem Angriff auf den Wucherer und Spekulanten wartet dann beispielsweise schon längst der Jude, als Handgreiflichkeit des anonymen raffenden Schmarotzers, als eigentlicher Grund des beklagten Übels.

Wie soll das funktionieren? Wie soll ausgerechnet diese Politik des Nicht-vor-den-Kopf-Stoßens, die des Heranführens (die Sozialdemokratie würde sagen, den Menschen dort abholen, wo er sich gerade befindet und nicht mit toten abstrakten Formeln abschrecken, und auf dumme Gedanken bringen, die er sowieso nicht versteht) einer kommunistischen Kapitalismuskritik förderlich sein?! Die pädagogische Anwort gibt F. S. Parteder dann doch: „Wir müssen den Menschen beweisen, daß wir für etwas gut sind." Übersetzt heißt das etwa am Beispiel materielle Verelendung: nicht radikale kommunistische Kritik an der Armut als Folge des kapitalistischen Reichtums, sondern den kommunistischen Dienst an derselben; nicht radikale kommunistische Kritik am Proletariat (schon der alte Marx wußte, daß es ein Pech und kein Glück ist, Arbeiter zu sein, Kapital I, S. 532), als eine der beiden Seiten des Kapitalverhältnisses, sondern den kommunistischen Dienst an demselben.

F. S. Parteder verwechselt also kommunistische Kritik am Kapitalismus mit einem tätigen sozialen Gewissen, welches im Kapitalismus ein unerschöpfliches Betätigungsfeld vorfindet. Und so betrachtet macht die vulgärkommunistische Politikform des „Helfen statt reden!" nicht nur Sinn, sondern wird auch mal als (Wahl-)Erfolg honoriert, als Dankeschön für eine gelungene „linke" Sozialarbeit. Denn als engagiertes soziales Gewissen in Form von flotten Betriebsräten und Freunde des Friedens etc., waren KommunistInnen schon immer auch gerngesehene Mitbürger des kapitalistischen Miteinanders. Nicht zuletzt auch in einer antikommunistisch konstituierten BRD, wo es schon immer auch kommunistische Wahlerfolge einer DKP auf örtlicher Ebene gegeben hat. Dort nämlich, wo sie sich mit ganz praktischen Lösungsangeboten für allseits anerkannte Probleme vor Ort, als kompetentere Sachwalterin beim Wählervolk anbiedern konnte. Stimmen für den Kommunismus waren das allerdings nie, was so manchem DKPler schmerzlich bewußt wurde, nachdem die Probleme auf die eine oder andere systemimmanente Art und Weise einer Lösung zugeführt wurden, und sich die KommunistInnen damit ganz schnell erübrigten. Das Beharren auf einer kommunistischen Alternative (die „Verbindung mit einem gesellschaftspolitischen Gesamtkonzept" als Anlage) hat man ihnen regelmäßig und dauerhaft übel genommen. Aufgrund dessen entscheiden sich auch erfahrungsgemäß die Untertanen mehrheitlich dann doch lieber für die Parteien des sozialen Gewissens, ohne kommunistische Begleitmusik (als Bebilderung eines „gesellschaftlichen Gesamtkonzeptes").

Nicht zuletzt sind es manche rechtsradikale Volksparteien (in der ehemaligen DDR läßt sich diese Entwicklung recht lebhaft studieren), die Angriffe auf „Mietwucher und Spekulantentum" wesentlich erfolgreicher in Wählerstimmen umzusetzen wissen. Eben weil diese Beschwerde nun einmal nichts mit einer Kritik an der kapitalistischen Warenproduktion zu tun hat, sondern Ausfluß einer nationalistischen Programmatik ist, und das Alltagsbewußtsein braver Untertanen mit all den dazugehörenden Tugenden der Selbstverachtung, Erniedrigung, Unterwürfigkeit, Demut, Feigheit, „kurz alle(n) Eigenschaften der Kanaille" (Marx) vorbehaltlos würdigt.

Verwirklicht wurde F. S. Parteders vulgärkommunistische Kritik in den ehemaligen staatssozialistischen Ländern. Dort war der Staat (= Kommunistische Partei) das materialisierte soziale Gewissen. Der Staat diente der Arbeiterklasse und die Arbeiterklasse dem Staat, später auch gleich dem ganzen Volk. Arbeiterklasse und Volk wurden auch hier in ihrer Rolle festgehalten. Staatliches Prinzip war das imaginierte nichtantagonistische Verhältnis von Sozial- und Wirtschaftspolitik, eben dem Volke dienen und sich als nützlich erweisen. Das hatte viel zu tun mit einem radikalen Sozialstaatsprogramm, aber nichts mit einem Sozialismus. Vom Kommunismus ganz zu schweigen. Der Sozialismus war hier die soziale Alternative zum Kapitalismus, die Ordnung in das kapitalistische Chaos bringt. Der praktizierte Widersinn einer bewußten Planung des Wertgesetzes war ökonomisches Grundprinzip der realen Sozialisten und ihrer Apologeten im Westen; ein Wertgesetz, das „einer Gesellschaftsformation, angehört, worin der Produktionsprozeß die Menschen, der Mensch nicht den Produktionsprozeß bemeistert (...)." (Marx, Kapital I, S. 95); ein wahrgemachter bürgerlicher Sozialismus. „Es ist das Wesen des bürgerlichen Sozialismus, die Grundlage aller Übel der heu-

tigen Gesellschaft aufrechterhalten und gleichzeitig diese Übel abschaffen zu wollen." (Engels, Zur Wohnungsfrage) Man vergaß aber nie den Hinweis auf das kommunistische Endziel (den Verein freier Menschen), sozusagen die „Verbindung mit einem gesellschaftspolitischen Gesamtkonzept" als beliebte Anlage. Daß in diesen eingerichteten Widersprüchen ein sogenannter Stalinismus angelegt ist, als notwendige politisch-ideologische Klammer, sollte nicht verwundern. Der Erfolg ist ja allseits bekannt.

KommunistInnen sollten das tun, was andere nicht tun, nämlich eine radikale Kritik an der kapitalistischen Scheiße zu leisten, ungeachtet des momentanen Nützlichkeitskriteriums, welches brave Untertanen der kapitalistischen Alltagsbewältigung zugrunde legen, und sich freuen, wenn sich genug Leute finden, die eine Kritik zur materiellen Gewalt werden lassen können. Denn ob es dazu kommt oder nicht ist offen. Es gibt keinen geschichtlichen Automatismus und darum ist eine richtige radikale kommunistische Kritik so wichtig. Aus Erfahrungen wird man bekanntlich nicht klüger. Um mit Marx zu sprechen: Das Proletariat ist revolutionär, oder es ist nichts! Mit „Helfen statt reden!" hat das allerdings nichts zu tun! Denn der konkreteste und praktischste Sozialismus besteht immer noch „in einer richtigen Erkenntnis der kapitalistischen Produktionsweise nach ihren verschiedenen Seiten hin (...). Eine Arbeiterklasse, die hierin Bescheid weiß, wird im gegebenen Falle nie in Verlegenheit sein, gegen welche sozialen Institutionen und in welcher Weise sie ihre Hauptangriffe zu richten hat." (Engels, Zur Wohnungsfrage) Eins ist dann jedenfalls sicher: nicht „gegen Mietwucher und Spekulantentum" und für „Reformen auf dem Wohnungswesen". ■

Michael HOLLESCHOWSKY ist Sozialarbeiter. Er lebt in Darmstadt.

# Mit RAF und Engels

*Franz Stephan PARTEDER*

*Etwas weniger polemische Anmerkungen zu Michael Holleschowskys polemischen Anmerkungen.*

Meine Nachlese zur Grazer Gemeinderatswahl hat Reaktionen hervorgerufen. Das freut mich. Michael Holleschowsky hält mich für einen Vulgärkommunisten, er sieht die Grazer KPÖ in die Falle einer nationalistischen Programmatik tappen und sogar (wie er anhand bundesrepublikanischer Beispiele anführt) Handlangerdienste für rechtsradikale Volksparteien leisten. Das freut mich weniger.

Seine Stellungnahme bestätigt aber meine Annahme, daß nicht nur Staberl in der Krone und der Liebe Augustin in der Ganzen Woche jeden Zusammenhang zwischen der Kommunalarbeit der Grazer KPÖ und dem Kommunismus von sich weisen, sondern auch Teile der Linken genau diesen Zusammenhang nicht sehen wollen. Ich habe deshalb (vorausschauend) einen Abschnitt meiner Arbeit diesem Problem gewidmet.[1]

Da ich mich nicht wiederholen will, beschränke ich mich auf folgendes: Wichtigste Leistung der Klassiker war die Verbindung des wissenschaftlichen Sozialismus mit der Arbeiterbewegung. Ihnen genügte die Erkenntnis nicht, sie wollten, daß ihre Ideen zur materiellen Gewalt werden und die Massen ergreifen sollten. Deshalb wurden sie im Bund der Kommunisten aktiv und verfaßten 1848 das Manifest der Kommunistischen Partei. Unsere Aufgabe ist es, stets an die Verbindung von Interessenspolitik und ideologischer Arbeit zu denken. Dieser Zusammenhang sollte – so meine ich nach wie vor – in der Kommunistischen Partei hergestellt werden.

Eine der Ursachen für die aktuelle Misere der radikalen Linken ist die Tatsache, daß dieser Zusammenhang zerbrochen wurde, nur mehr in Spurenelementen vorhanden ist oder gar nicht mehr angestrebt wird. Ein Wahlerfolg der KPÖ (Darmstadt ist übrigens eine Schwesterstadt von Graz) sollte daher von verschiedenen Blickwinkeln aus analysiert werden. Es hilft nicht sehr viel, wenn man ihn – und meine Argumentationsweise – ganz einfach abtut.

Es gibt interessante Zufälle. Genau an dem Tag, an dem ich die polemischen Anmerkungen von Michael Holleschowsky zu Gesicht bekam, las ich in der »Jungen Welt« den Brief der Roten Armee Fraktion „Hinter uns liegt ein gemeinsamer Weg"[2] Ein wichtiger Abschnitt dieser Selbstkritik liest sich wie eine Antwort auf ihn: „Die RAF stand immer im Widerspruch zu den Bewußtseinsmentalitäten eines Großteils dieser Gesellschaft. Das ist ein notwendiges Moment des Befreiungsprozesses, denn nicht nur die Verhältnisse sind reaktionär, sondern die Verhältnisse produzieren das Reaktionäre in den Menschen, das ihre Fähigkeit zur Befreiung immer neu unterdrückt Ohne Zweifel ist es existenziell, Rassismus und jeglicher Form der Unterdrückung entschieden entgegenzutreten und sie zu bekämpfen. *Befreiungsentwürfe der Zukunft werden sich aber auch daran messen müssen, einen Schlüssel zu dem reaktionär eingeschlossenen Bewußtsein zu finden und das Bedürfnis nach Emanzipation und Befreiung zu wecken."*[3]

Auch ihre Feststellung „Die ausbleibende politisch-soziale Orientierung ist ein entscheidender Fehler der RAF gewesen"[4] zeigt, daß die ExponentInnen einer völlig anderen Vorgangsweise als jener der KPÖ-Graz hier zu Schlußfolgerungen kommen, die meiner Formulierung „beweisen, daß wir für etwas gut sind" zumindestens nicht widersprechen.

Michael Holleschowsky zitiert aus Engels' Schrift „Zur Wohnungsfrage". Auch ich will das tun: „Der Kern sowohl der großbürgerlichen wie der kleinbürgerlichen Lösung der „Wohnungsfrage" ist das Eigentum des Arbeiters an seiner Wohnung"[5], schreibt Engels. Könnte es sein, daß wir auf den Spuren von Engels wandeln, wenn wir – wie in Graz – die Privatisierung von Gemeindewohnungen entschieden ablehnen und vor allem für die Rechte der MieterInnen eintreten? ■

Franz Stephan PARTEDER ist Vorsitzender der KPÖ Steiermark. Er lebt in Graz.

## Anmerkungen

1 Franz Stephan Parteder: Von der Ganzen Woche bis zum Kommunistischen Manifest. II.: Person und Ideologie, in: »Weg und Ziel« 1/1998.
2 Der Brief der Roten Armee Fraktion, in: »Junge Welt«, 22. und 23. 4. 1998.
3 Ebd. Hervorhebung von F.St.P.
4 Ebd.
5 Friedrich Engels. Zur Wohnungsfrage. In Marx/Engels. Ausgewählte Werke in 6 Bänden. Bd.4. Berlin-DDR 1986, S. 183.

## Abobedingungen

Das »Weg und Ziel«-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können - falls noch lieferbar - einzeln bestellt werden (siehe nebenstehendes Angebot). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (5 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Preise:
Österreich: . . . . . .250,— öS
Deutschland: . . . . . 45,— DM
übriges Ausland: . . . . . .250,— öS zzgl. Porto

## Probeabonnement

Wenn Sie »Weg und Ziel« kennenlernen und sich von den Vorzügen eines regelmäßigen Bezuges überzeugen möchten, bieten wir Ihnen ein kostenloses und unverbindliches Probeabonnement an. Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen. Das Probeabo kann aus verständlichen Gründen nur einmal eingerichtet werden.

## WEG UND ZIEL

Preis je Heft: 40,- öS (ab Heft 1/97: 50,- öS) zuzüglich Porto

WUZ9201 . . . Weg und Ziel 1/92 . . . Amerika! Amerika!
WUZ9202 . . . Weg und Ziel 2/92 . . . Menschenbilder
WUZ9203 . . . Weg und Ziel 3/92 . . . Leo Kofler 85
WUZ9204 . . . Weg und Ziel 4/92 . . . Fortschritt
WUZ9205 . . . Weg und Ziel 5/92 . . . Das österreichische „Wesen"
WUZ9206 . . . Weg und Ziel 6/92 . . . Rückkehr des Politischen
WUZ9301 . . . Weg und Ziel 1/93 . . . Nation(alismus)
WUZ9302 . . . Weg und Ziel 2/93 . . . Ästhetik
WUZ9303 . . . Weg und Ziel 3/93 . . . Dritte Welt im Abseits
WUZ9305 . . . Weg und Ziel 5/93 . . . Menschenrechte
WUZ9306 . . . Weg und Ziel 6/93 . . . Der reale Kapitalismus
WUZ9401 . . . Weg und Ziel 1/94 . . . „Kalte Frauen"?
WUZ9402 . . . Weg und Ziel 2/94 . . . Europa der Regionen?
WUZ9403 . . . Weg und Ziel 3/94 . . . Alles Öko?
WUZ9404 . . . Weg und Ziel 4/94 . . . Medienwirklichkeit
WUZ9405 . . . Weg und Ziel 5/94 . . . Individualisierung
WUZ9501 . . . Weg und Ziel 1/95 . . . Mensch-Maschinen-Geister
WUZ9502 . . . Weg und Ziel 2/95 . . . Das politische System
WUZ9503 . . . Weg und Ziel 3/95 . . . Mega-Stadt-Raum
WUZ9504 . . . Weg und Ziel 4/95 . . . Inszenierte Literatur
WUZ9505 . . . Weg und Ziel 5/95 . . . Der Nürnberger Prozeß
WUZ9601 . . . Weg und Ziel 1/96 . . . Armut im Überfluß
WUZ9602 . . . Weg und Ziel 2/96 . . . Liebe, Sex & Sinnlichkeit (in Fotokopie)
WUZ9603 . . . Weg und Ziel 3/96 . . . Welt-Meisterschaft
WUZ9604 . . . Weg und Ziel 4/96 . . . Oh, du teure Bildung
WUZ9605 . . . Weg und Ziel 5/96 . . . Kirche/Religion
WUZ9701 . . . Weg und Ziel 1/97 . . . Auto/Industrie/Global
WUZ9702 . . . Weg und Ziel 2/97 . . . Surrealismus/Marxismus/Psychoanalyse
WUZ9703 . . . Weg und Ziel 3/97 . . . Von Klassen-, Geschlechter- und Liebesgefechten
WUZ9704 . . . Weg und Ziel 4/97 . . . 80 Jahre Russische Revolution
WUZ9705 . . . Weg und Ziel 5/97 . . . Pop
WUZ9801 . . . Weg und Ziel 1/98 . . . Brecht/Eisler
WUZ9802 . . . Weg und Ziel 2/98 . . . Antisemitismus
WUZ9801 . . . Weg und Ziel 3/98 . . . Un/mverteilung

Aufgrund der großen Nachfrage gibt es den vergriffenen Schwerpunkt
**Liebe, Sex und Sinnlichkeit Nr. 2/1996**
nun wieder in Fotokopie. (42 Seiten zum Preis eines Heftes.)
Beiträge von Romana Höll, Wilfried von Bredow, Franz Schandl, Maria Wölflingseder, Julius Mende, Anni Donninger.

## Folgende Bücher können bei uns portofrei bestellt werden:

Gero Fischer / Maria Wölflingseder (Hg.): Biologismus – Rassismus – Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch, 260 Seiten, 215 Schilling, 29.80 DM. (Bestellcode: BuchBIO)

Franz Schandl / Gerhard Schattauer: Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft, 600 Seiten inklusive Anhang, 499 Schilling, 69 DM. (Bestellcode: BuchGRÜ)

## WEG UND ZIEL – Abo

❍ Hiermit bestelle ich ein »Weg und Ziel«-Abonnement zu den oben genannten Bedingungen.

Datum Unterschrift

❍ Hiermit bestelle ich ein »Weg und Ziel«-Probeabo über 3 Ausgaben.

## Einzelhefte

❍ Hiermit bestelle ich folgende Einzelhefte:

| Bestellnummer | Stück |
|---|---|
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |
| | |

Datum Unterschrift

# Volksstimme

## Prater ■ Jesuitenwiese

**Kartenverkauf/Teilnahme am Gewinnspiel, Programm, nähere Informationen: KPÖ Wien, 214 45 50-18: Chr. Maringer und Zentralbuchhandlung, 1., Schulerstraße 1-3**

**5 Bühnen • Frauenfest• Linkes Wort • Gaukler auf der Wiese • Kinderfest • Internationale Organisationen zu Gast • Sportfest • Zentrum Arbeit und Demokratie • Solidaritätsdorf**

# TFEST

## 5./6. Sept. 98

P.b.b. Erscheinungsort Wien,
Verlagspostamt 1020 Wien

Absender:
Bitte gut leserlich ausfüllen!!!

Name

Straße

Ort

6.50

An
Kemmerling Zöchling & Partner
Medien- und Informationsdienste KEG
Weg und Ziel-Vertrieb

Schottengasse 3a/1/4/59
1010 Wien